

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich**XI. Gesetzgebungsperiode****Montag, 28. November 1966****Tagesordnung**

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966

Spezialdebatte

Beratungsgruppe I: Oberste Organe
 Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt
 Beratungsgruppe IV: Inneres

Inhalt**Nationalrat**

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Doktor Walther Weißmann (S. 2181)

Angelobung des Abgeordneten Walter Suppan (S. 2182)

Personalien

Krankmeldungen (S. 2181)

Entschuldigung (S. 2181)

Ordnungsrufe (S. 2222, S. 2224, S. 2227 und S. 2261)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 2194)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen 376, 377, 378, 380, 420, 414, 421, 385, 347, 422, 387, 349, 417, 424, 407, 425, 361 und 373 (S. 2182)

Regierungsvorlage

239: Abkommen mit Israel über die Rechtshilfe in Strafsachen (S. 2194)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 d. B.)
 Generalberichterstatter: Dipl.-Ing. Fink (S. 2195)

Spezialdebatte

Gemeinsame Beratung über
 Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof und Kapitel 06: Rechnungshof

Spezialberichterstatter: Titze (S. 2196)

Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei

Spezialberichterstatter: Marwan-Schlosser (S. 2197)

Redner: Dr. van Tongel (S. 2199 und S. 2100), Dr. Withalm (S. 2206), Dr. Pittermann (S. 2213 und S. 2277), Glaser (S. 2218), Peter (S. 2222), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 2227), Robert Weisz (S. 2232), Robert Graf (S. 2236), Dr. Kreisky (S. 2241), Altenburger (S. 2249 und S. 2274), Zeilinger (S. 2254 und S. 2273), Gabriele (S. 2262), Gratz (S. 2266), Stohs (S. 2271), Bundeskanzler Dr. Klaus (S. 2274, S. 2278 und S. 2278), Reich (S. 2276) und Doktor Scrinzi (S. 2278)

Ausschußentschließungen, betreffend Vorlage der Rechnungshofberichte, Novelle zur Reisegebührenvorschrift (S. 2197), Zulagen im öffentlichen Dienst und Rechtsbereinigung und Verwaltungsreform (S. 2198) — Annahme (S. 2279)

Entschließungsanträge Robert Weisz und Genossen, betreffend Erhöhung der Witwenpensionen (S. 2233) und positive Erledigung der Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten (S. 2236) — Ablehnung (S. 2279)

Annahme der Beratungsgruppen I und II (S. 2278)

Beratungsgruppe IV: Kapitel 11: Inneres
 Spezialberichterstatter: Dipl.-Ing. Tschida (S. 2279)

Redner: Kratky (S. 2280), Regensburger (S. 2283), Dr. van Tongel (S. 2289), Hartl (S. 2290), Mondl (S. 2293), Breiteneder (S. 2296) und Bundesminister Dr. Hetzenauer (S. 2297)

Annahme der Beratungsgruppe IV (S. 2301)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 30. Sitzung des Nationalrates vom 23. November 1966 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Staudinger, Dipl.-Ing. Wiesinger, Frühbauer und Dr. Tull.

Entschuldigt ist der Abgeordnete Preußler.

Seitens der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß an Stelle des Abgeordneten Dr. Walther Weißmann, der sein Mandat zurückgelegt hat, Herr Walter Suppan in den Nationalrat berufen worden ist.

Präsident

Da der Wahrschein bereits vorliegt und Herr Suppan im Hause anwesend ist, nehme ich sogleich seine Angelobung vor. Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer wird der Herr Abgeordnete die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer Zeillinger verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordneter Suppan leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 10 Uhr 8 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Einkünfte aus außerordentlicher Waldnutzung.

376/M

Wie hoch war in den Jahren 1964 und 1965 der Steuerausfall auf Grund der Verwendung des § 34 Abs. 3 EStG. auf Einkünfte aus außerordentlicher Waldnutzung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz: Zunächst möchte ich feststellen, daß die Steuersätze des § 34 EStG. keine Steuerbegünstigungen sind und daß eine Anwendung dieses Paragraphen einen Steuerausfall nicht bewirkt. Die Anwendung dieser Steuersätze ist nur ein Ersatz für die mangels eines Bestandsvergleiches beim stehenden Holz nicht mögliche jährliche steuerliche Erfassung des Holzzuwachses. Diese Steuersätze dienen daher nach der ständigen, durch die Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes bestätigten Verwaltungsübung dazu, die im Jahr der Holznutzung zusammengeballten Einkünfte aus dem Holzzuwachs vieler Jahrzehnte mit einem nach der Einkommensteuer für das übrige Einkommen bemessenen Durchschnittssteuersatz nicht höher zu besteuern, als sie im Falle eines Bestandsvergleiches zu besteuern wären.

Es ist ferner nicht möglich, Herr Abgeordneter, aus vorliegenden Unterlagen auf die Höhe der Einkommensteuer ohne Anwendung der Bestimmungen des § 34 zu schließen, weil der allgemeine Einkommensteuertarif auf das

Einkommen, das ist der Gesamtbetrag der Einkünfte aus allen Einkunftsarten, nach Ausgleich mit Verlusten aus einzelnen Einkunftsarten und nach Abzug der Sonderausgaben anzuwenden und der Tarif progressiv aufgebaut ist.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Herr Minister! Ihr Amtsvorgänger, Herr Doktor Korinek, hat anlässlich der gleichen Frage hinsichtlich des Steuerausfalles für 1963 geantwortet, daß dieser rund 100 Millionen Schilling beträgt.

Ich frage Sie nun: Liegt Ihrer Meinung nach in den genannten Jahren der Ausfall in demselben Rahmen, beziehungsweise schätzen Sie ihn höher oder geringer?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Ich kann diese Frage mangels einer mir vorliegenden Information nicht beantworten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Ich darf Sie bitten, Herr Minister, mir die Beantwortung der Frage auf Grund der entsprechenden Informationen schriftlich zu übermitteln.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Ich werde versuchen, diese Antwort im Rahmen der seinerzeitigen Anfragebeantwortung schriftlich nachzutragen.

Präsident: Die 2. Anfrage wird schriftlich beantwortet werden, da der Abgeordnete Dr. Scrinzi wegen Zugverspätung noch nicht im Hause eingelangt ist.

3. Anfrage: Abgeordneter Thalhammer (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Anträge auf Ausbezahlung der Kinderbeihilfe.

377/M

Wieso ist es möglich, daß die Erledigung eines Antrages auf Ausbezahlung der Kinderbeihilfe für einen Präsenzdienster viele Monate lang dauert?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Vollständige Anträge auf Gewährung von Kinderbeihilfe werden in der Regel binnen kürzester Zeit erledigt. Ohne den Einzelfall zu kennen, bin ich nicht in der Lage, zu sagen, ob die länger als üblich dauernde Erledigung gerechtfertigt ist oder nicht.

Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß zufolge des drückenden Personalmangels bei der Finanzverwaltung und der in letzter Zeit

Bundesminister Dr. Schmitz

steigenden Belastung der Beihilfenstellen Verzögerungen bei der Erledigung von Parteienanträgen eintreten können. Ich strebe daher eine Vereinfachung des Beihilfenrechtes an. Das neue Familienlastenausgleichsgesetz, das sich derzeit im Stadium der Begutachtung befindet, hat dafür bereits einige Vorschläge enthalten.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Thalhammer:** Herr Bundesminister! Sie haben auf den konkreten Fall angespielt, der sich tatsächlich zugetragen hat. Schon am 10. August sind vom Finanzamt diese Formalitäten erledigt worden, am 25. Oktober sind aber die Kinderbeihilfen noch nicht ausbezahlt worden.

Ich frage Sie daher: Ist das tatsächlich ein Einzelfall, oder sind solche Fälle schon öfter an Sie herangetragen worden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** In der Regel kommt es deshalb zu Verzögerungen, weil die Unterlagen nicht vollständig sind. Da in diesem Fall, wie Sie sagen, die Unterlagen vollständig waren, die Beihilfengewährung schon ausgesprochen ist und die Auszahlung trotzdem so spät erfolgt, muß das ein ganz außergewöhnlicher Fall sein. Ich wäre Ihnen selbst im Interesse meiner Verantwortung für die Finanzverwaltung sehr dankbar, wenn Sie mir den Fall bekanntgeben würden, damit ich der Sache nachgehen kann.

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Pfeffer (SPÖ) an den Herrn Finanzminister, betreffend Betriebsabgang der niederösterreichischen Spitäler.

378/M

Wann werden Sie, Herr Finanzminister, den Bundeszuschuß in der Höhe von 18,75 Prozent des Betriebsabganges der niederösterreichischen Spitäler für das Rechnungsjahr 1965 zur Anweisung bringen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Gemäß § 58 des Krankenanstaltengesetzes sind die Anträge der Rechtsträger öffentlicher Krankenanstalten um Gewährung eines Zweckzuschusses des Bundes so einzubringen, daß sie nach Prüfung durch den Landeshauptmann dem Bundesministerium für soziale Verwaltung bis 30. April eines jeden Kalenderjahres vorgelegt werden können. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung befaßt vor seiner Entscheidung über diese Anträge das Finanzministerium.

Auf Grund dieser gesetzlichen Regelung könnten somit auch die finanziell notleidenden Anstalten den Zweckzuschuß des Bundes für

ein Kalenderjahr frühestens erst in der Mitte des darauffolgenden Kalenderjahres erhalten.

In Anbetracht der prekären finanziellen Lage vieler Krankenanstalten, insbesondere aber der niederösterreichischen Krankenanstalten, hat das Finanzministerium auf Grund einer Entscheidung meines Amtsvorgängers Minister Dr. Kamitz zugestimmt, daß für die Ermittlung der Höhe des jeweiligen Zweckzuschusses des Bundes nicht zugewartet werden müsse, bis die vom Landeshauptmann geprüften Gebarungsabschlüsse der Krankenanstalten für das in Frage kommende Jahr vorliegen, sondern daß für die Ermittlung der Zweckzuschüsse die bereits vorliegenden Gebarungsabschlüsse des vorangegangenen Jahres herangezogen werden können.

Durch dieses im Interesse der notleidenden Krankenanstalten getroffene Verfahren konnten die Zweckzuschüsse des Bundes an die niederösterreichischen Spitäler für das Rechnungsjahr 1965 bereits im Jänner 1966 überwiesen werden, während sie bei rigoroser Handhabung des § 58 Krankenanstaltengesetz erst frühestens im Juni 1966 hätten überwiesen werden können. (*Abg. Pölz: Das stimmt nicht, Herr Minister!*) Auch die Zweckzuschüsse des Bundes für das Jahr 1966 werden an die notleidenden niederösterreichischen Spitäler bereits im Laufe des Monats Jänner 1967 zur Überweisung gelangen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pfeffer:** Herr Minister! Nach meinen Informationen ist der Sachverhalt anders. Durch den Zwischenruf eines bedauernswerten Erhalters eines Spitales — (*auf den Abg. Pölz zeigend*) Amstetten — wurde das bereits berichtet. Nach meinen Informationen wurden für die Betriebsabgänge 1965 nur kleinere Vorschüsse bezahlt (*Abg. Pölz: Vom Lande Niederösterreich!*), etwa in der Höhe eines Fünftels beziehungsweise eines Sechstels, und es bestehen Aussichten, daß der Rest erst Anfang 1967 bezahlt wird.

Ich stelle daher die Frage, ob Sie, Herr Minister, auch der Meinung sind, daß der Bundeszuschuß, der im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 wieder enthalten ist, effektiv noch im Jahre 1967 beziehungsweise erst spätestens nach Abschluß des Rechnungsabschlusses der Spitäler für 1967 ausbezahlt werden kann. Nach der bisherigen Praxis würde die Akontierung erst Mitte 1968 und die Restzahlung erst im Jänner des Jahres 1969 erfolgen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Die Abschlußzahlungen werden nicht „noch im Jahre 1967“, sondern schon zu Beginn des Jahres 1967 erfolgen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Pfeffer: Ich muß nochmals darauf aufmerksam machen, daß Ihre Erklärung im absoluten Gegensatz zu der geübten Verwaltungspraxis steht. Ich sage noch einmal: Der Bundeszuschuß für das Jahr 1965 ist bei den niederösterreichischen Gemeinden höchstens bis zu einem Fünftel, einem Sechstel oder einem Siebentel eingelangt, und es besteht lediglich eine kleine Hoffnung, daß der Rest im Jänner 1967 ausbezahlt wird.

Um hier vielleicht doch eine Erleichterung herbeizuführen, stelle ich die sehr ernste Frage an Sie, Herr Minister, ob Sie bereit sind, unabhängig von den Verwaltungsnotwendigkeiten der Anweisung diese Betriebsabgänge bereits mit dem Jahr des Betriebsabganges, das ist also für das Jahr 1967 bereits im Jahre 1967, echt zu akontieren.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Die Praxis, die jetzt bei der Abwicklung des Tragens des Defizits — soweit der Anteil auf den Bund entfällt — geübt wird, daß der vorausgegangene Rechnungsabschluß als Basis genommen wird, entspricht der Praxis seit der Gesetzwerdung des Krankenanstaltengesetzes. Ich glaube, die Meinungsdivergenz besteht darin, ob die Zahlungen für das entsprechende Jahr gedacht sind, ob die Zahlung auf der Basis der Betriebsabgänge erfolgt oder, wie seinerzeit von meinem Vorgänger mit den Krankenanstalten vereinbart wurde, auf der Basis eines früheren Rechnungsabschlusses, aber für das laufende Jahr mitakontiert wird. Ich möchte auch noch einmal betonen: Es ist nicht nur die vage Hoffnung, daß sie im Jänner 1967 so wie bisher die Restbeträge bekommen, sondern das ist mit Sicherheit zu erwarten.

Abgeordneter Pfeffer: Zwei Jahre später als der Betriebsabgang.

Bundesminister Dr. Schmitz: Darf ich trotzdem noch darauf antworten?

Präsident: Bitte, ausnahmsweise.

Bundesminister Dr. Schmitz: Mir scheint das Thema nämlich wichtig genug, um doch noch die Antwort zu geben.

Meine Damen und Herren! Hier ist eine Streitfrage, ob das, was, um die Akontierung zu ermöglichen, das Finanzministerium auf der Basis für Rechnungsabschlüsse gewährt, für diese Jahre gewährt wird oder nach Version des Finanzministeriums für das laufende Jahr nur als Berechnung für den Vorschuß nach früheren Abgängen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir diese Frage wahrscheinlich neu regeln werden müssen, wenn es einmal zur großen Regelung

kommt, wobei das ja nur ein kleiner Teil der Regelung sein wird, die ja die Regierung auf Grund eines Entschließungsantrages des Parlamentes in Arbeit hat. Ich glaube, hier kann man ständig Argumente austauschen. Wir werden uns dann vielleicht auch diesbezüglich zusammensetzen, um auch diese Frage, die seit Beginn der Geltungsdauer des Krankenanstaltengesetzes eine Streitfrage ist, einvernehmlich zu klären.

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Konir (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Rechnungshofbericht NEWAG — NIOGAS.

380/M

Ist von der Finanzverwaltung eine Prüfung des Rechnungshofberichtes über die Landesgesellschaften NEWAG und NIOGAS veranlaßt worden, ob Voraussetzungen für die Einleitung eines Finanzstrafverfahrens gegen Generaldirektor Müllner oder gegen andere Personen vorliegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Die Niederösterreichische Elektrizitätswerke AG und die Niederösterreichische Gaswirtschafts-AG werden derzeit von Organen des Finanzamtes für Körperschaften einer Betriebsprüfung gemäß § 147 der Bundesabgabenordnung unterzogen. Den Prüfern steht hiebei der Einschaubericht des Rechnungshofes hinsichtlich dieser Unternehmen zur Verfügung.

Es wird vom Ergebnis der Betriebsprüfung abhängen, ob gemäß § 82 Finanzstrafgesetz Finanzstrafverfahren einzuleiten sind.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Minister! Können Sie uns sagen, wie lange ungefähr diese Überprüfung dauern wird und ob Sie nach Ende der Prüfung bereit sein werden, dem Hohen Haus darüber zu berichten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Ich kann keine Prognose stellen, wie lange das dauern wird. Eine solche Prüfung kann erfahrungsgemäß wochenlang dauern. Sie wird begreiflicherweise in diesem Fall besonders gründlich durchgeführt. Ich bin bereit, darüber zu berichten, soweit es das Steuergeheimnis zuläßt.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Minister! Sind Sie bereit, uns zu versprechen, daß diese Prüfung möglichst schnell stattfinden wird? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Es bedarf dazu keines Versprechens, weil wir schon

Bundesminister Dr. Schmitz

infolge der Knappheit an Betriebsprüfern jede Prüfung möglichst rasch durchführen müssen. (*Bravo-Ruf bei der ÖVP.*)

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: 6. Anfrage: Abgeordneter Kern (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Instandhaltung der Hochwasserschutzbauten.

420/M

Im Hinblick auf die Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre frage ich, ob auch für die Durchführung der notwendigen Instandhaltungsarbeiten an den Hochwasserschutzbauten vorgesorgt ist.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer:** Ich habe erst unlängst dem Herrn Abgeordneten Halder im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzbau ausführlich geantwortet. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß wir unsere Baumaßnahmen im Rahmen eines dreiteiligen Bauprogrammes durchführen:

Erstens einmal das Sofortprogramm zur Wiederherstellung der Abflußverhältnisse und der Räumung der Flüsse und Bachläufe und ihre Zurückführung in das frühere Bett. Für diese Maßnahmen sind durch eine Novelle zum Bundesfinanzgesetz dieses Jahres zusätzliche 160 Millionen Schilling vorgesehen.

Zweitens das Schwerpunktprogramm für Maßnahmen des Schutzwasserbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasserschäden in den Katastrophengebieten. Dieses Schwerpunktprogramm wird aus dem Katastrophenfonds finanziert. Für 1967 sind 250 Millionen Schilling vorgesehen. Aus diesem Katastrophenfonds dürfen für Instandhaltungsarbeiten Mittel nicht verwendet werden.

Drittens das Normalprogramm für die laufende Schadensbehebung, für die Instandhaltung und auch für die Verbesserung der bestehenden Schutzeinrichtungen und für den schrittweisen Ausbau des gesamten Schutzwasserbaues im übrigen Staatsgebiet. Hier stehen aus Haushaltsmitteln für 1967 nach dem vorliegenden Entwurf 410 Millionen Schilling zur Verfügung. Aus dem Normalprogramm werden für die laufende Instandhaltung der bestehenden Schutz- und Regulierungsbauten im Durchschnitt der Jahre im Flußbau 15 Prozent und bei der Wildbachverbauung rund 25 Prozent verwendet. Mit diesen Mitteln ist gewährleistet, daß die notwendigen laufenden Instandhaltungsarbeiten durchgeführt werden können.

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Pansi (*SPÖ*) an den Herrn Landwirtschaftsminister, betreffend Hochwasserschäden in Kärnten.

414/M

Sind Sie bereit, dem dringenden Wunsch der Landesregierung Kärntens, das soeben von einer schrecklichen Hochwasserkatastrophe betroffen wurde, nachzukommen und die durch die 1. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1966 zur Beseitigung von Hochwasserschäden zur Verfügung gestellten Mittel ohne Junktimierung mit Beitragsleistungen des Landes Kärnten beziehungsweise ohne Aufrechnung der Interessentenbeiträge zu Lasten des Landes Kärnten auszus zahlen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer:** Herr Abgeordneter! Dem Wunsch der Kärntner Landesregierung kann aus folgenden Gründen leider nicht entsprochen werden:

Erstens einmal durch die 1. Novelle zum Bundesfinanzgesetz, von der eben die Rede war, und durch die Mittel für die notwendigen Sofortmaßnahmen für die Räumung und Rückführung der Flüsse und Bäche in ihr früheres Bett zur Verfügung gestellt werden; insgesamt sind es 160 Millionen Schilling. Für diese Mittel sind die technischen und finanziellen Bewilligungen für die Verwendung in Anbetracht der Dringlichkeit der auszuführenden Maßnahmen bereits zur Gänze erteilt worden.

Außerdem muß ich darauf hinweisen, daß zweitens die Bewilligung und die Bereitstellung dieser zusätzlichen Bundesmittel nur auf der Grundlage der Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes erfolgen kann. Diese Bestimmungen sehen vor, daß im Falle eines außerordentlichen Notstandes von den Beiträgen der geschädigten Gemeinden und sonstigen Interessenten, nicht aber von den Beiträgen der Länder Abstand genommen werden kann. Von diesen Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung der schwer betroffenen Gemeinden hat die Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Parlaments zur Erlassung einer sogenannten Notstandsverordnung bereits Gebrauch gemacht.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pansi:** Herr Minister! Dem Bund stehen zur Beseitigung der Hochwasserschäden zusätzliche Mittel zur Verfügung. Das gilt für die Länder nicht. Die Länder haben keine zusätzlichen Mittel, wohl aber haben die Länder und vor allem das Land Kärnten durch das Hochwasser gewaltige Schäden an Landesstraßen, Landesbrücken und anderen Einrichtungen des Landes erlitten. Es müssen die gesamten verfügbaren Mittel der Länder, vor allem im Falle des Landes Kärnten, auf-

Pansi

gewendet werden, um die eigenen Schäden zu beseitigen.

Wie, Herr Minister, stellen Sie sich vor, daß das Land Kärnten nun Mittel aufbringen kann, um die Bundesmittel überhaupt ausschöpfen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner: Ich habe bereits ausgeführt, daß es sich bei den Mitteln aus der 1. Novelle zum Bundesfinanzgesetz um zusätzliche Bundesmittel handelt und daß daher für die Verwendung dieser Mittel die Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes maßgebend sind.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Pansi: Herr Minister! Ist es richtig, daß Sie auf die Interessentenbeiträge verzichten, daß Sie aber auf die Interessentenbeiträge zum Teil zum Nachteil des Landes verzichtet haben, daß wohl die Interessenten nichts zu leisten brauchen, daß aber das Land dafür zusätzlich noch mehr leisten muß? Also eine doppelte Benachteiligung des Landes: einmal haben die Länder keine zusätzlichen Mittel, um die Bundesmittel ausschöpfen zu können, und zweitens werden die Länder noch mit der Hälfte der Interessentenbeiträge belastet.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner: Dazu darf ich Ihnen folgendes sagen, Herr Abgeordneter. Es gibt Länder, die diese Interessentenbeiträge zur Gänze selbst übernommen haben, weil sie Wert darauf legten, daß es zu keiner Schmälerung des Bauvolumens kommt. Ich habe für die schwer betroffenen Länder durchaus Verständnis. Das, was bisher durchgeführt wurde, eine Teilung der Interessentenbeiträge zwischen Bund und Land, entsprach der bisherigen Übung. Ich bin persönlich bereit, auch zu überprüfen, diese Interessentenbeiträge zur Gänze durch den Bund zu übernehmen. Die Entscheidung liegt nicht ausschließlich in meinem Ressort.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Präsident: Die an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen gerichteten Fragen werden von seinem Staatssekretär Dr. Taus beantwortet.

8. Anfrage: Abgeordneter Krempel (ÖVP), betreffend Konzentrationen in der Eisen- und Stahlindustrie.

421/M

Angesichts der in den westeuropäischen Ländern stattfindenden Konzentrationen im

Bereich der Eisen- und Stahlindustrie frage ich Sie, Herr Minister, ob ähnliche Bestrebungen auch in der verstaatlichten österreichischen Eisen- und Stahlindustrie bestehen.

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen **Dr. Taus:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Namen und im Auftrag des Herrn Bundesministers Dr. Weiß erlaube ich mir, Ihre Anfrage folgendermaßen zu beantworten:

In der österreichischen verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie wurden im Jahre 1965 zusammen 2,2 Millionen Tonnen Roheisen und 3,08 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugt. Diese Größen sind im Vergleich zu den in den westeuropäischen Ländern geschaffenen Kapazitäten relativ bescheiden. So möchte ich beispielsweise anführen, daß in Frankreich im Feber 1966 durch eine Fusion von USINOR und LORRAINE ÉSCAUT eine Kapazität von rund 8 Millionen Tonnen geschaffen wurde. Ähnliche Erscheinungen finden sich praktisch in allen westeuropäischen Ländern.

Über diese Unternehmenszusammenschlüsse hinausgehend versucht man zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, durch die Zusammenfassung von 34 Stahlunternehmungen in vier große Walzstahlkontore die ungünstige wirtschaftliche Lage der Eisen- und Stahlindustrie zu verbessern. Damit soll eine Rationalisierung in Produktion und Verkauf, eine Abstimmung der Investitionen, eine Vermeidung von Doppel- oder Fehlinvestitionen, eine Anpassung der Erzeugung an die Nachfrage und damit eine Stabilisierung des Marktes erreicht werden. Letztlich zielt die beabsichtigte Schaffung der Walzstahlkontore auch auf eine gemeinsame Forschung und Entwicklungstätigkeit ab. Für die österreichische Eisen- und Stahlindustrie sind diese Erscheinungen von entscheidender Bedeutung. Einerseits ist sie sehr weitgehend auf Exporte angewiesen; 1965 wurden zum Beispiel fast 7 Milliarden Schilling oder 52,3 Prozent des gesamten Umsatzes mit dem Ausland abgewickelt, wobei der Exportanteil bei einer Firma bei 78,2 Prozent liegt. Andererseits kann sich auch aus Wettbewerbsgründen auf dem Inlandsmarkt die österreichische Eisen- und Stahlindustrie den am internationalen Markt vor sich gehenden Konzentrations- und Zusammenarbeitsbestrebungen nicht entziehen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Vorgänge auf dem internationalen Markt werden derzeit Pläne für eine wirtschaftlich vertretbare Zusammenarbeit der verstaatlichten Unternehmungen der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie ausgearbeitet. Dabei wird an eine Lösung gedacht, die alle Unternehmungen der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie

Staatssekretär Dr. Taus

umfaßt und nicht allein die Edelfeststoffindustrie, wie dies vielfach in Diskussionen zum Ausdruck kommt. Das Schwerkgewicht der künftigen Zusammenarbeit soll auf Abstimmung im Produktionsbereich und damit auch auf die Investitionstätigkeit gelegt werden. Außerdem ist, im Sinne des dem Parlament bereits zugeleiteten Gesetzes über die Verwaltung der Anteilsrechte an verstaatlichten Unternehmungen, an eine verstärkte gemeinsame Forschungs- und Entwicklungstätigkeit gedacht.

Präsident: 9. Anfrage: Abgeordneter Eberhard (SPÖ), betreffend Bahnhofsneubau in Wolfsberg.

385/M

Wann ist mit dem Bahnhofsneubau in Wolfsberg in Kärnten zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Obwohl die Durchführung des Vorhabens in Wolfsberg, den Bahnhof umzugestalten, aus Kreditgründen relativ schwerfällt, ist der Baubeginn für das Jahr 1967 vorgesehen.

Die Notwendigkeit — wenn ich etwas näher auf dieses Problem eingehen darf — einer Sanierung des Aufnahmsgebäudes ist gegeben, da sich diese Anlage in einem schlechten Bauzustand befindet. Der geplante Durchbruch eines durchgehenden Eingangsraumes wird eine moderne und übersichtliche Gestaltung ergeben. Da schon seit vielen Jahren vom Umbau des Aufnahmsgebäudes gesprochen wird, wurde die Erhaltung, um einen verlorenen Bauaufwand zu vermeiden, nicht im notwendigen Umfang durchgeführt. Ferner stehen am Bahnhof eine Anzahl zum Teil baufälliger Hütten und Baracken. Zur Sanierung war deshalb geplant, einen Anbau zum Aufnahmsgebäude zu errichten.

Da aber infolge der Auflassung der Zugförderungsstelle Wolfsberg, die im Zusammenhang mit der Jauntalbahn erfolgte, die Dispositionsmöglichkeiten günstiger geworden sind, wird derzeit untersucht, ob es möglich ist, diesen Anbau zurückzustellen, bis später die Errichtung eines Mittelstellwerkes aktuell wird, und zunächst nur das Aufnahmsgebäude selbst zu sanieren.

Der Umbau dieses alten Aufnahmsgebäudes wird rund 700.000 S kosten und in etwa zwei Jahren durchgeführt sein. Die Bahnmeisterstelle wird in die Objekte der Zugförderung verlegt, und so wird es möglich sein, daß man im gleichen Zeitraum auch einige der alten Hütten und Baracken entfernen wird.

Präsident: 10. Anfrage: Abgeordneter Melter (FPÖ), betreffend Bahnstrecke Bregenz—Bludenz.

347/M

Bis wann ist mit der Fortsetzung des zweigleisigen Ausbaues der Bahnstrecke Bregenz—Bludenz zu rechnen und in welchen Etappen soll sie durchgeführt werden?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Westbahnstrecke zwischen Innsbruck und Buchs beziehungsweise zwischen Bregenz und Lindau ist nicht nur als internationale Transitstrecke von Bedeutung, sondern sie hat auch wesentliche Funktionen im Nahverkehr in Tirol und Vorarlberg.

Auf Grund genauer Studien wurde für die Sanierung der Strecke Innsbruck—Buchs beziehungsweise Bregenz—Lindau ein Rahmenprogramm mit abschnittweisem Ausbau erstellt. Die erforderlichen Maßnahmen wurden im 10jährigen Investitionsprogramm 1964 bis 1973 angemeldet.

Das genannte Rahmenprogramm beinhaltet auch — und dahin geht Ihre Frage — den zweigleisigen Ausbau der Streckenabschnitte Innsbruck Westbahnhof—Landeck, Bludenz—Feldkirch und die Zulegung des zweiten Gleises von Lauterach bis zum Bahnhof Feldkirch. Hievon konnte bisher der zweigleisige Ausbau auf dem Teilabschnitt Innsbruck Westbahnhof—Völs durchgeführt werden.

Die Planungen für den zweigleisigen Ausbau des Streckenabschnittes Lauterach—Dornbirn stehen vor dem Abschluß, im Zuge des derzeitigen Umbaus des Bahnhofes Feldkirch wird der zweigleisige Streckenausbau bereits berücksichtigt.

Nach dem Stand der Planung könnte im Jahre 1967 mit dem zweigleisigen Ausbau des Streckenabschnittes Lauterach—Dornbirn begonnen werden.

Mit Rücksicht allerdings auf die beschränkten zur Verfügung stehenden Kreditmittel konnte in das Programm 1967 nur der zweigleisige Ausbau des Streckenabschnittes Völs—Zirl aufgenommen werden.

Sobald die erforderlichen Mittel bereitgestellt sein werden, wird als Fortsetzung des geplanten Ausbaues zuerst mit dem Streckenabschnitt Lauterach—Dornbirn begonnen werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Melter: Herr Staatssekretär! Wann, glauben Sie, können die erforderlichen Mittel für diesen Ausbau bereitgestellt werden?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Ich nehme an, daß dies etwa im Jahr 1968 der Fall sein wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Melter**: Können Sie darüber Auskunft geben, Herr Staatssekretär, welche weiteren Streckenabschnitte als nächste drankommen werden?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär **Dr. Taus**: Ich habe mir bereits erlaubt, anzuführen, daß im Jahre 1967 der Streckenabschnitt Innsbruck Westbahnhof — Völs durchgeführt wird; als folgender soll eben dann der Streckenabschnitt Lauterach—Dornbirn drankommen. Wie gesagt, es ist geplant, im Jahre 1968 damit zu beginnen.

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Machunze (ÖVP), betreffend Elektrofahrzeuge der Post.

422/M

Sehen Sie, Herr Minister, eine Möglichkeit, die den Straßenverkehr in Wien stark behindernden Elektrofahrzeuge der Post durch moderne Fahrzeuge zu ersetzen?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär **Dr. Taus**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Paketkraftwagen der Type 2 ENO werden durchwegs für die Paketzustellung verwendet, wo sie sich bestens bewähren. Auf Grund der verhältnismäßig kleinen Abmessungen können mit diesen Fahrzeugen enge Gassen und schmale Einfahrten von Postämtern relativ leicht befahren beziehungsweise passiert werden. Der besondere Vorteil dieser Fahrzeuge ist neben der einfachen Wartung und Bedienung die fast vollkommene Geräuschlosigkeit im Fahrbetrieb und das Fehlen von Abgasen, sodaß durch sie die Luft nicht verunreinigt wird. Da sie eine Spitzengeschwindigkeit von zirka 40 Stundenkilometer erreichen und bei der Paketzustellung zumeist nur von Haus zu Haus fahren, wirken sie sich nicht verkehrsbehindernd aus.

Die Paketkraftwagen der Type 5 ENO, der zweiten Type, die bei der Post im Einsatz ist, sind für Stadtkurse eingesetzt, die von den Bahnhöfen zu den Postämtern und von Postamt zu Postamt geführt werden. Diese Fahrzeuge erreichen nur eine Fahrgeschwindigkeit von zirka 25 Stundenkilometer, und es ist schon deswegen, um eine geringere Fahrzeit zu erreichen, die Post- und Telegraphenverwaltung seit längerem bestrebt, sie gegen schnellere Paketkraftwagen auszutauschen. Allerdings gibt es Elektrofahrzeuge dieser Größe mit höherer Geschwindigkeit derzeit nicht, sodaß als Ersatz nur Fahrzeuge mit Diesel- oder Benzinantrieb in Betracht kämen, wobei auf die Vorteile des Elektrofahrzeuges, eben das lautlose Fahren und keine Verunreinigung der Luft, verzichtet werden müßte. Diese Eigenschaften sind auch deshalb wichtig,

weil die Paketkraftwagen betriebsbedingt auch in geschlossenen Pakethallen be- und entladen werden müssen. Da die Elektropaketkraftwagen wegen der häufig schmalen Einfahrten eine geringere Breite als andere Kraftfahrzeuge aufweisen, wären Sonderanfertigungen anderer Kraftfahrzeuge mit hohen Kosten verbunden. Das ist einer der Gründe, warum man sich nur sehr schwer entschließen kann, hier mit einer Änderung vorzugehen.

Der Austausch der 5 ENO Paketkraftwagen würde nach den heutigen Preisverhältnissen einen Kostenaufwand von zirka 13 Millionen Schilling erfordern. Obwohl die Creditsituation der letzten Jahre der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung nicht gestattet hat, den nach Ansicht der Post wichtigeren Austausch der überalterten Omnibusse durchzuführen, wird allerdings der Austausch dieser großen Elektrofahrzeuge weiter im Auge behalten werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Machunze**: Herr Staatssekretär! Ich bin für diese Antwort sehr dankbar, ich habe auch für die Darlegungen der Beamten Verständnis. Trotzdem aber bin ich der Meinung, Herr Staatssekretär, daß die Postverwaltung daran denken muß, die Elektrokarren planmäßig auszutauschen, weil ich es für unmöglich ansehe, daß, wenn man in dieser Stadt alles tut, um den Verkehr nicht zu behindern, er durch die Elektrokarren der Post behindert wird.

Herr Staatssekretär! Sind Sie der Meinung, daß solche Pläne konkret erstellt werden sollen? Man wird nicht alle Fahrzeuge auf einmal austauschen können, aber man muß daran denken.

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär **Dr. Taus**: Dazu darf ich sagen, daß in der Post- und Telegraphenverwaltung die Pläne des Austausches im Auge behalten werden, und daß bei Vorliegen einer Creditsituation, die einen Austausch ermöglicht, sicherlich mit einem Austausch begonnen werden wird.

Präsident: 12. Anfrage: Abgeordneter Wodica (SPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Kaufangebot der Stadtgemeinde Wiener Neustadt.

387/M

Welche Stellung nehmen Sie als zuständiger Ressortminister zum Kaufangebot der Stadtgemeinde Wiener Neustadt im Zusammenhang mit den Rax-Werken ein?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär **Dr. Taus**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich erlaube mir, auf Ihre An-

Staatssekretär Dr. Taus

frage folgendes zu antworten: Sie haben bereits im Juli dieses Jahres an den Herrn Bundesminister eine Anfrage über denselben Gegenstand gerichtet. Dazu darf ich mitteilen, daß sich im grundsätzlichen an der Situation nichts geändert hat. Die Geschäftsführung der Rax-Werke Ges. m. b. H. vertritt die Rechtsauffassung, daß mit der Allgemeinen Kugellagerfabrik hinsichtlich aller Vermögensschaften der genannten Gesellschaft ein rechtsgültiger Kaufvertrag zustande gekommen ist und daher die Rax-Werke nicht mehr Eigentümerin der in Frage kommenden Objekte ist.

An dieser Rechtslage hat sich grundsätzlich bisher nichts geändert. Da die Allgemeine Kugellagerfabrik A. G. jedoch bisher der Aufforderung, den Kaufgegenstand zu übernehmen, nicht nachgekommen ist, wird derzeit durch die Geschäftsführung der Rax-Werke geprüft — das ist ein sehr unangenehmes und zeitraubendes Verfahren, weil unter Umständen langwierige Zivilprozesse ins Haus stehen können —, welche rechtlichen Schritte zur Ordnung der Angelegenheit unternommen werden sollen.

Dazu darf ich im Namen des Herrn Ministers folgendes feststellen: Sollte in der gegenständlichen Angelegenheit in absehbarer Zeit keine Lösung im Sinne der Rechtsansicht der Geschäftsführung der Rax-Werke Ges. m. b. H. möglich sein und sich auch keine Möglichkeit einer Verwertung ergeben, die sowohl vom Standpunkt der Rax-Werke aus gesehen als auch vom strukturpolitischen Standpunkt im Raume Wiener Neustadt aus gesehen günstiger ist als das Anbot der Gemeinde Wiener Neustadt, wird sich der Herr Bundesminister dafür einsetzen, daß diese Grundstücke an die Stadtgemeinde Wiener Neustadt verkauft werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Wodica: Herr Staatssekretär! Sie selbst haben angeführt, daß ich vor etwa sechs Monaten fast die gleiche Frage gestellt habe. Um die Weihnachtszeit wird es sich jähren, daß die Stadtgemeinde Wiener Neustadt dieses Kaufansuchen gestellt hat. Meine Frage: Wer wird für den Zeitschaden verantwortlich gemacht werden, der jetzt schon eingetreten ist und zweifellos noch eintreten wird? Das Dach hat bereits Defekte aufzuweisen, ein stärkerer Wind könnte verursachen, daß die große Halle oder ein Teil von ihr des Daches entblößt wird und die dort noch vorhandenen Maschinen schwersten Schaden nehmen. Es tritt also effektiv eine Wertminderung von Tag zu Tag ein, und zwar eine Wertverminderung an dem Vermögen der Republik Österreich. So sehen wir Wiener Neustädter das. Es ist jetzt durch die meiner persönlichen Meinung nach nicht sehr glückliche Konstel-

lation dieses Kaufvertrages eine Situation geschaffen worden, bei der beide behaupten, es gehört nicht ihnen. Ich bin der Meinung, es gehört nach wie vor der Republik Österreich. Wer wird für diesen Schaden, der dadurch entsteht, verantwortlich gemacht werden?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Herr Abgeordneter! Hiezu möchte ich folgendes grundsätzlich feststellen: Sicherlich ist es sehr unangenehm, wenn über einen Kaufvertrag bei einem so großen Objekt Rechtsstreitigkeiten, das heißt Auseinandersetzungen zwischen den Vertragspartnern entstehen. Die Erfahrung lehrt, daß sich dann normalerweise derartige Dinge lange hinziehen. Sollte es zu einem Rechtsstreit kommen, dauern diese Prozesse in der Regel wegen Schwierigkeiten der Beweisaufnahme relativ lange. Daher sollte versucht werden, diese Angelegenheit ohne Prozeßführung aus der Welt zu schaffen.

Ich bin mir vollkommen bewußt, daß im Laufe der Zeit ein Schaden an dem Objekt eintritt. Dieser Schaden wird in der Regel von dem verantwortet werden, dessen Rechtsansicht nicht zum Durchbruch kommt.

Ich darf aber hier die Auffassung des Herrn Bundesministers Dr. Weiß wiederholen, daß, sofern in absehbarer Zeit keine Lösung im Sinne der Rechtsansicht der Geschäftsführung möglich sein wird, die Frage des Kaufanbotes der Stadt Wiener Neustadt vom Standpunkt des Herrn Ministers aus unterstützt werden wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Wodica: Ich danke Ihnen, Herr Staatssekretär, für diese zweite Fragebeantwortung. Ich erlaube mir noch eine weitere Frage.

Ich glaube, es ist in der Öffentlichkeit absolut — ohne daß ich jetzt hier gegen irgend jemanden eine Spitze richten möchte — sehr unangenehm, daß wir jetzt diesen Bauskandal behandeln. Ich glaube, wir könnten uns alle gemeinsam nur wünschen, daß es nicht vielleicht auch noch zu einem Rax-Werke-Skandal kommen wird. Derzeit sieht die Lage fast danach aus.

Herr Staatssekretär! Ist es nicht möglich, daß angesichts der Schwierigkeiten, wo beide den Besitz in Frage stellen, das Ministerium der Geschäftsführung in irgendeiner Form nahelegt, von dem Vertrag mit Kugellager-Pölzl zurückzutreten und das nächstliegende Kaufanbot — das ist das der Stadtgemeinde Wiener Neustadt — einer Realisierung zuzuführen?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Ich glaube, ich habe in meiner Anfragebeantwortung ausgeführt, daß der Herr Bundesminister die Absicht hat, sich für das Kaufanbot der Gemeinde Wiener Neustadt unter bestimmten Bedingungen einzusetzen, daß es angenommen wird. Allerdings darf ich hier im Hinblick auf die schwierige Rechtssituation — und das ist bedauerlich bei derartigen Streitigkeiten, wenn beide Parteien einen grundsätzlich anderen Rechtsstandpunkt über einen Vertrag einnehmen, den sie beide zuvor abgeschlossen haben — darauf hinweisen, daß aus diesem Vertrag beiden Parteien selbstverständlich Rechte und Pflichten erwachsen und daß hier das Problem entsteht, daß die Geschäftsführung, wenn sie unter Umständen vorschne eine Entscheidung fällt, einen anderen Vertragspartner aus den Pflichten entläßt, die auch er schon eingegangen ist.

Ich bitte Sie, zu verstehen, daß der Herr Minister trachten wird, in absehbarer Zeit eine Lösung herbeizuführen, aber auf der anderen Seite das Risiko nicht eingehen will, daß der Eigentümergeverwaltung aufgelastet werden könnte daraus, daß man ihr sagt: Du hast hier eine Lösung angestrebt, die dann für den gesamten SGP-Komplex insgesamt Nachteile gebracht hat. Das ist der Weg zwischen Scylla und Charybdis, den der Herr Minister zu gehen versuchen wird.

Präsident: 13. Anfrage: Abgeordneter Meißl (FPÖ), betreffend Einhebung des Wagenstandgeldes an Samstagen.

349/M

Kann an Samstagen von der Einhebung des Wagenstandgeldes durch die ÖBB mit Rücksicht auf die Tatsache, daß an diesen Tagen die benötigten Arbeitskräfte überhaupt nicht zur Verfügung stehen, künftig Abstand genommen werden?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen erstellte endgültige Entwurf einer neuen Eisenbahnverkehrsordnung trägt der in der Wirtschaft zum Teil bestehenden Arbeitsruhe an Samstagen bereits Rechnung. Er sieht vor, daß die Verlade- und Abnahmefrist, bei deren Überschreitung der Absender beziehungsweise der Empfänger zur Zahlung von Wagenstandsgeld verpflichtet ist, nicht nur wie bisher an Sonn- und Feiertagen, sondern auch an Samstagen ruhen soll. Das bedeutet, daß nach dem Inkrafttreten der neuen Eisenbahnverkehrsordnung der Samstag grundsätzlich nicht

wagenstandsgeldpflichtig sein wird. Für Samstage soll Wagenstandsgeld nur dann eingehoben werden, wenn ein Verfrachter die vorerwähnten Fristen bereits vor dem Samstag, zu einer Zeit also, an der ihm Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, überschritten hat.

Der Herr Bundesminister hat die Absicht, den Entwurf dieser neuen Eisenbahnverkehrsordnung, die den Wünschen der Wirtschaft entspricht und auch die Zustimmung der gesetzlichen Interessenvertretungen gefunden hat, in der nächsten Zeit der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Präsident: Danke, Herr Staatssekretär.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Die 14. Anfrage wird schriftlich beantwortet. Der Abgeordnete Dr. Kummer ist im Saale nicht anwesend.

15. Anfrage: Abgeordneter Moser (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Suspendierung eines Beamten.

417/M

Ansichts der Tatsache, daß verschiedenen Meldungen zufolge vor dem Sommer, also viele Wochen vor Aufdeckung des Bauskandals, ein Beamter des ehemaligen Handelsministeriums und nunmehrigen Bautenministeriums über Nacht vom Dienst suspendiert wurde, frage ich, ob diese Suspendierung mit dem nunmehr aufgefliegenen Bauskandal im Zusammenhang stand.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Dr. Kotzina:** Herr Abgeordneter! Bei dem in der Anfrage nicht namentlich genannten Beamten dürfte es sich — ich glaube, mit Ihnen übereinzustimmen — um Ministerialrat Dipl.-Ing. Otto Bruckner handeln. (Abg. Moser: Stimmt!)

Gemäß Benachrichtigung des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom 10. Juni 1966 ist gegen den Genannten ein Strafverfahren gemäß § 101 StG. anhängig. Ministerialrat Dipl.-Ing. Bruckner wurde am 15. Juni 1966 mit sofortiger Wirkung außer Dienst gestellt. Die Suspendierung wurde mit Beschluß vom 22. Juni 1966 von der Disziplinaroberkommission bestätigt.

Über den derzeitigen Stand der gerichtlichen Untersuchung wurde das Bundesministerium für Bauten und Technik bisher nicht informiert. Die Ministerialrat Dipl.-Ing. Bruckner zur Last gelegten Verfehlungen betreffen im wesentlichen die nicht ordnungsgemäße Erledigung eines Aktes, betreffend die Verrechnung von Mehrleistungen einer Firma, die im Burgenland Bauleistungen erbracht hat.

Bundesminister Dr. Kotzina

Da das gegenständliche Gerichtsverfahren noch anhängig ist, bin ich derzeit nicht in der Lage, weitere Aufschlüsse über den Sachverhalt zu geben. Ich möchte jedoch feststellen — das ist nunmehr die konkrete Beantwortung Ihrer Anfrage —, daß diese Angelegenheit in keinem direkten Zusammenhang mit den Fakten steht, die in den letzten Wochen zur Einleitung von Strafverfahren gegen Baufirmen und Beamte geführt haben.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Moser:** Herr Minister! Sie sagten, daß eine nicht ordnungsgemäße Erledigung von Rechnungen oder Abrechnungen vorliegt. Sie können aber derzeit nichts darüber aussagen.

Ich frage Sie, Herr Minister: Sind Sie bereit, nach Abschluß des Verfahrens dem Hohen Hause oder mir die Antwort zu geben, um welche Fakten es sich dabei gehandelt hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Nach Abschluß des Verfahrens — Sie meinen wohl nach rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens — bin ich dazu bereit.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Moser:** Ich frage Sie, Herr Minister: Erhält dieser Beamte noch die Bezüge in voller Höhe weiter oder wurden die Bezüge dieses Beamten eingestellt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Die Bezüge dieses Beamten wurden nicht gekürzt.

Präsident: 16. Anfrage: Abgeordneter Guggenberger (*ÖVP*) an den Herrn Bautenminister, betreffend bauliche Maßnahmen für Bundesstraßen.

424/M

Angesichts der letzten Unwetterkatastrophen in Kärnten frage ich Sie, Herr Minister, ob Sie bereit sind, Erhebungen darüber anstellen zu lassen, welche baulichen Maßnahmen erforderlich sind, um in Katastrophenfällen die für die Bewohner des Lesachtals lebenswichtige Bundesstraße vor Verwüstungen zu schützen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Die technischen Möglichkeiten für eine endgültige und dauernde Sanierung der Gailtal-Bundesstraße wurden bereits untersucht. Um künftig ähnlichen Katastrophen im Bereich des Lesachtals, welche die Existenz der Bewohner gefährden, hintanzuhalten, werden jedoch auch umfangreiche Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft erforderlich sein.

Bisher konnten bereits 15 km der Strecke, von Kötschach-Mauthen vorstoßend, wieder provisorisch fahrbar gemacht werden. Die Bundesstraßenverwaltung ist bemüht, auch den Restteil in einer Länge von etwa 13 km, soweit es die Wetterverhältnisse gestatten, dem Verkehr zu übergeben.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Guggenberger:** Herr Minister! Es ist mir bekannt, daß alle Bemühungen im Gange sind, die Straße jetzt fahrbar zu machen. Es dreht sich aber darum, ob jene technischen Maßnahmen durchgeführt werden, die eine künftige Zerstörung der Straße in einem Ausmaß, wie es jetzt erfolgt ist, verhindern können.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Ich muß neuerlich darauf hinweisen, daß ein Vorbeugen gegen ähnliche Zerstörungen der Bundesstraße, wie sie in der letzten Zeit zu verzeichnen waren, nur im Zusammenhang mit den Hochwasserschutzbauten, die im konkreten Fall dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehen, möglich ist.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Guggenberger:** Herr Minister! Sind Sie bereit, diese Absprachen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft so rasch wie möglich in Fluß und zum Abschluß zu bringen, damit dann die vorbeugenden Maßnahmen so rasch wie möglich durchgeführt werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Dazu bin ich und mein Ministerium nicht nur bereit, sondern wir sind verpflichtet, raschest nach einem gemeinsamen Konzept mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu suchen. Ich bin überzeugt davon, daß noch während dieses Winters die endgültigen Pläne erarbeitet werden, um eine Generalsanierung durchzuführen beziehungsweise ähnlichen Katastrophen in diesem Gebiet vorzubeugen.

Präsident: 17. Anfrage: Abgeordneter Peter (*FPÖ*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Mittelschule Rohrbach.

407/M

Wie weit sind bisher die Bauarbeiten an der Mittelschule Rohrbach gediehen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Der Mittelschulbau in Rohrbach im Mühlviertel wurde durch das Land Oberösterreich vorfinanziert.

Bundesminister Dr. Kotzina

Gemäß dem Vorfinanzierungsvertrag und der vor Baubeginn zwischen den betroffenen Dienststellen, das sind das Bundesministerium für Bauten und Technik, das Bundesministerium für Unterricht, das Bundesministerium für Finanzen und das Land Oberösterreich, einvernehmlich festgelegten Gesamtbaukostensumme wird das gegenständliche Objekt nach seiner Bezugsfertigstellung nach den tatsächlichen Kosten des Bauaufwandes — jedoch höchstens mit 30 Millionen Schilling — durch den Bund angekauft werden. Als Bauzeit werden für dieses rund 25.000 m³ umbauten Raum aufweisende Bauvorhaben, das aus 13 Klassen zuzüglich aller sonstigen Sonderklassen und Nebenräume sowie zwei Turnsälen, zugehörigen Freispielflächen und einer Schulwartwohnung besteht, etwa drei Jahre angenommen. Gegenwärtig sind die Aushubarbeiten im Gange. Ein Teil der Fundierung — das sind Betonarbeiten — wurde bereits in Angriff genommen, wobei allerdings infolge des vorzeitigen Wintereinbruches diese Bauarbeiten gegenwärtig sehr behindert sind. Dadurch wird die Erreichung der Kellergleiche erst im Frühjahr 1967 möglich werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter:** Herr Minister! Ich nehme an, daß Ihnen bekannt ist, daß in der Gegend von Rohrbach größter Unmut über die Vergabep Praxis im Zusammenhang mit dem Bau dieser Mittelschule vorherrscht.

Wie Sie bereits zum Ausdruck brachten, hat das Land Oberösterreich in entgegenkommender Weise die Vorfinanzierung dieses Bundesschulbaues übernommen. Das Land Oberösterreich hat im Jahre 1965 für diesen Bau 3,5 Millionen Schilling bereits zur Verfügung gestellt, das Land Oberösterreich hat für das Jahr 1966 eine Vorfinanzierung von 9,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Kraft der Vergabep Praxis Ihres Ressorts war es nicht möglich, diese 9,5 Millionen Schilling zu verbauen, weil die Baufirma, die den Auftrag erhalten hat, erst am 21. Oktober dieses Jahres mit den Vermessungsarbeiten begonnen hat. Es spricht aber für Sie, Herr Minister, daß Sie den Gründungstag der Republik, den 12. November, dazu benützt haben, um den Spatenstich vorzunehmen.

Warum sind die 9,5 Millionen Schilling nicht bisher verbaut worden, obwohl hier einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen werden müßte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter Peter! Zunächst darf ich klarstellen, daß kein Spatenstich vorgenommen wurde,

sondern daß ich lediglich die Freude, daß schon begonnen wurde, zum Anlaß genommen habe, die Baustelle im Zuge einer sonstigen Überprüfung von Baumaßnahmen im Mühlviertel zu besichtigen.

Zu dem von Ihnen gemachten Vorwurf, daß durch Verzögerungen des Bundesministeriums für Bauten und Technik erst relativ spät der Bauauftrag vergeben wurde, darf ich sagen, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik zur Überprüfung der Angebote, die vom Amt der oberösterreichischen Landesregierung vorgelegt wurden, maximal eine Zeit von 8 bis 14 Tagen benötigte, also für den Aktengang in einem Bundesministerium eine relativ kurze Zeit.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Der Unmut über die Vergabep Praxis im Zusammenhang mit diesem Bundesschulbau wurde auch aus der einstimmigen Meinungsäußerung eines Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates einer Rohrbacher Baufirma sichtbar, die nicht weniger als 270 Beschäftigte zählt. Am 25. Oktober dieses Jahres hat Ihnen der Betriebsrat dieser Baufirma einen Brief unterbreitet, in dem er zum Ausdruck brachte, daß nach seiner Ansicht schwerwiegende und grobe Mängel in der Vergabep Praxis vorgelegen sind, und hat Sie, Herr Minister, gebeten, dazu Stellung zu nehmen.

Wenn ich heute früh richtig informiert worden bin, waren Sie bisher noch nicht in der Lage, den Brief vom 25. Oktober 1966 zu beantworten. Ich darf daher an Sie die höfliche Frage richten, ob Sie bereit sind, dem Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat dieser Rohrbacher Baufirma eine Antwort zu erteilen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Die Antwort auf den Brief, den Sie zitieren, wurde vergangene Woche nicht nur geschrieben, sondern auch von mir unterfertigt und zur Post befördert. Es ist daher dem Angestelltenbetriebsrat dieser Firma, der sich an mich um Auskünfte gewendet hat, die Antwort zuteil geworden.

Ich bin aber auch bereit, Ihnen, Herr Abgeordneter, den Inhalt dieser Antwort bekanntzugeben:

„Die Überprüfung des Angebotes der mindestbietenden Firma“ — ich will den Namen nicht nennen — „durch das Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Landesbauamt, hat ergeben, daß einige Positionen nicht dem Text des Leistungsverzeichnisses entsprechend ausgepreist waren. Die Firma verlangt die Vergütung dieser Positionen gegen nachträg-

Bundesminister Dr. Kotzina

lichen Nachweis. Eine von der Firma nach Angebotseröffnung hierfür angebotene Pauschalsumme konnte nicht angenommen werden, da diese eine Benachteiligung der übrigen Bieter ergeben hätte. Weiters hat diese Firma einige Positionen äußerst niedrig kalkuliert gehabt. Auf Grund dieser Gegebenheiten sowie im Hinblick auf die äußerst knappe Kalkulation mit in Klammer gesetzten Unterpreisen der bezogenen Firma hat das Landesbauamt befürchtet, daß sich im Falle der Vergabe der Arbeiten an diese Firma Schwierigkeiten bei der Arbeitsdurchführung ergeben könnten.

Das Amt der oberösterreichischen Landesregierung hatte daher beantragt, der Firma, die nunmehr mit den Arbeiten beauftragt ist, den Auftrag zu übergeben. Im übrigen sei auch darauf hingewiesen, daß in der Preislegung keine sehr große Diskrepanz zu verzeichnen ist. Die Firma, von der Sie sprechen, also die mindestbietende Firma, hat ein Angebot von 11,1 Millionen Schilling und die andere Firma, die den Auftrag bekommen hat, ein solches von 11,5 Millionen Schilling gelegt.

Präsident: 18. Anfrage: Abgeordneter Mayr (ÖVP) an den Herrn Bautenminister, betreffend Gendarmerieposten in Ansfelden.

425/M

Wann ist mit dem Bau des Gendarmerie-Dienst- und -Wohngebäudes für den Gendarmerieposten in Ansfelden zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! An der Autobahn ist in Ansfelden kein Gendarmerieposten und daher auch kein Gendarmerie-Dienstgebäude für Autobahnzwecke vorgesehen. Beim Bundesministerium für Bauten und Technik liegt derzeit auch kein Antrag des Bundesministeriums für Inneres zur Errichtung eines neuen Gendarmerie-Dienst- und Wohngebäudes in Ansfelden vor. Gendarmerie-Dienstgebäude sind auf der oberösterreichischen Autobahnstrecke bisher in Haid bei Linz und in Seewalchen geplant.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 19. Anfrage: Abgeordnete Lola Solar (ÖVP) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Bedarf an Fürsorgerinnen.

361/M

Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Unterricht getroffen, um den steigenden Bedarf an Fürsorgerinnen zu decken?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffel-Perčević: Verehrte Frau Abgeordnete! Zu-

nächst muß ich mit Bedauern feststellen, daß das Schulgesetz keine präzise Anweisung gibt, Schulen für gehobene Sozialberufe zu errichten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß dies seitens des Unterrichtsressorts geschehen kann. Wir prüfen diese Frage sowohl hinsichtlich der rechtlichen als auch der organisatorischen Seite und hinsichtlich der etwa zur Verfügung stehenden Lehrkräfte. In dem Zusammenhang wird natürlich auch mit dem Sozialministerium Fühlung zu halten sein.

Wir unterstützen daher zurzeit lediglich private Anstalten, die sich der Heranbildung von Kräften für gehobene Sozialberufe widmen, und zwar durch sachliche Zuwendungen und durch Übernahme von Lehrkräften auf den Bundeshaushalt. Wir sind bestrebt, diese sich den Sozialberufen widmenden Privatanstalten weiterhin bestmöglich zu unterstützen, bis es allenfalls möglich sein mag, auch eine Bundesanstalt zu errichten.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Lola Solar: Könnte man erfahren, in welcher Zeit solche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten, wenn das Ministerium bereit wäre, in seinen Bereich die Ausbildung der Fürsorgerinnen einzubauen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffel-Perčević: Ich sehe jedenfalls keine Möglichkeit, schon im kommenden Jahr daranzugehen. Ich glaube, daß mindestens ein Jahr nötig ist, allein um die geeigneten Lehrkräfte zu gewinnen und mit ihnen gemeinsam einen geeigneten Lehrplan auszuarbeiten, wofür wir allerdings an den Lehrplänen der bestehenden Privatanstalten schon Paradigmata hätten. Aber dennoch müßte dann von Grund auf alles neu überdacht und überlegt werden. Es wird also, abgesehen von Baufragen, die natürlich in sehr weiter Ferne stünden, nicht gelingen, vor dem Jahr 1969, bestenfalls im Herbst 1968, eine solche Anstalt des Bundes ins Auge zu fassen.

Präsident: 20. Anfrage: Abgeordneter Dr. Broda (SPÖ) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend juristische Studienordnung.

373/M

In welchem Stadium befinden sich die Vorarbeiten für die Erlassung eines besonderen Studiengesetzes über die juristische Studienordnung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffel-Perčević: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Minister!

Bundesminister Dr. Piff-Perčević

Die juristischen Fakultäten waren bereits im Jahre 1965 gebeten, Vorschläge für eine Neugestaltung des juristischen Studiums auszuarbeiten. Auf Grund der damals bei einem Fakultätentag vorgebrachten Überlegungen wurde die Wiener Fakultät gebeten, einen ersten Entwurf auszuarbeiten. Dieser Entwurf wurde vom Unterrichtsministerium als Ministerialentwurf übernommen und ins Begutachtungsverfahren gegeben. Die hierauf einlangenden Stellungnahmen waren Gegenstand einer erst in diesem Monat, am 10. und 11., stattgehabten neuerlichen Aussprache der Fakultäten einschließlich der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschule in Linz. Das Ergebnis dieser Aussprache wird zurzeit vom Unterrichtsministerium beurteilt und überarbeitet und wird voraussichtlich die Grundlage für einen neuen Gesetzentwurf sein können.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Broda: Herr Bundesminister! Ich nehme an, daß in Hinblick auf die weitreichende Bedeutung einer Neugestaltung der juristischen Studienordnung in Österreich dieser zweite Ministerialentwurf, der auf Grund der jetzt abgehaltenen Fakultätsberatung ausgearbeitet wird, ebenfalls zur Begutachtung ausgesendet und im Hinblick auf die Bestimmungen des Hochschul-Organisationsgesetzes auch der Akademische Rat damit befaßt werden wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piff-Perčević: Ihre Annahme ist völlig richtig; das Bundesministerium für Unterricht wird so vorgehen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Broda: Herr Bundesminister! Wir waren uns im Unterausschuß, der im Sommer mit Ihnen, Herr Bundesminister, und den Vertretern Ihres Ministeriums das Allgemeine Hochschulstudiengesetz beraten hat, darüber einig, daß wir bei der Ausarbeitung der besonderen Studiengesetze natürlich mehr Zeit zur Verfügung haben müssen, als es im Sommer aus bekannten Gründen der Fall gewesen ist.

Es ist ferner bekannt, daß bei den betroffenen Juristenkreisen, insbesondere bei den Rechtsanwälten und Richtern, eine gewisse Beunruhigung darüber besteht, wie nun die juristischen Studienordnungen aussehen werden.

Meine Frage geht somit dahin: Werden insbesondere die Vertreter der österreichischen Rechtsanwaltschaft und die Vertreter der Standesorganisationen der Richterschaft ausreichend Gelegenheit haben, zu diesen Ent-

würfen Stellung zu nehmen, und denken das Bundesministerium für Unterricht und Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, daran, die vorgesehene Enquete, bei der alle beteiligten Kreise gehört werden sollen, abzuhalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piff-Perčević: Wir werden für das in Begutachtung zu gebende Elaborat eine sehr ausreichende Begutachtungsfrist vorsehen, sodaß die beteiligten Kreise, wie Richterschaft, Rechtsanwaltschaft, Notariat, die Möglichkeit haben werden, sich eingehend intern in ihren Gremien damit zu beschäftigen. Wir werden auf diesem Gebiete sicher keinen Zeitdruck auslösen, wie das, wie Sie meinten, im Sommer der Fall gewesen wäre. Auf Grund der dann einlangenden Stellungnahmen würden wir uns weiter schlüssig werden, in welcher Form, in welchen Kreisen, mit welcher zeitlichen Einschichtung in das gesamte Gesetzgebungsverfahren die an sich ins Auge gefaßte Enquete abzuhalten wäre.

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen; somit ist die Fragestunde beendet.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Zeillinger:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschluß vom 23. November 1966, Zl. 10.211/1966, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Weiß, in der Zeit vom 27. November bis 4. Dezember 1966 den Bundesminister für Bauten und Technik, Dr. Vinzenz Kotzina, mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Klaus“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich teile mit, daß die Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über die Rechtshilfe in Strafsachen (239 der Beilagen) eingetroffen ist. Ich werde deren Zuweisung gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung vornehmen.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen):
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der
Beilagen)**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967.

Ich darf hiezu folgendes bekanntgeben:

Gemäß § 46 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz habe ich festzustellen, welche Teile der Vorlage bei der Spezialdebatte für sich oder vereint zur Beratung und Beschlußfassung kommen. Die Beratung in der Spezialdebatte wird nach Beratungsgruppen durchgeführt. Eine Aufstellung der vorgenommenen Gruppeneinteilung ist allen Abgeordneten des Hauses zugegangen. Wird hiegegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Die Parteien sind übereingekommen, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen. Dafür wird aber den Abgeordneten die Möglichkeit gegeben, anlässlich der gemeinsamen Verhandlungen über die Beratungsgruppen I und II gegebenenfalls zu Fragen Stellung zu nehmen, die ansonsten Gegenstand einer Generaldebatte wären. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Es wird daher die Debatte über die Beratungsgruppen I und II unter einem abgeführt, wobei es den Abgeordneten freisteht, bei der Behandlung dieser Gruppen zu Fragen Stellung zu nehmen, die ansonsten Gegenstand einer Generaldebatte wären.

Allen Abgeordneten ist weiters ein mit den Parteien einvernehmlich aufgestellter Plan für die Durchführung der Spezialdebatte im Hause zugegangen. Falls Verzögerungen in den Beratungen des Bundesvoranschlages gegenüber dem Arbeitsplan eintreten, müßte der Nationalrat auch an Samstagen zu Sitzungen zusammentreten. (*Abg. Zeillinger: Das ist eine gefährliche Drohung!*) Die Abstimmung über die einzelnen Beratungsgruppen und die dazu eingebrachten Entschließungsanträge erfolgt, sobald die Debatte über eine Gruppe abgeschlossen ist.

Ich bitte nunmehr den Generalberichterstatter, Abgeordneten Dipl.-Ing. Fink, seinen Bericht zu erstatten.

Generalberichterstatter Dipl.-Ing. Fink: Hohes Haus! Herr Präsident! Meinem Bericht möchte ich ganz bewußt geradezu als Präambel den fundamentalen Satz voranstellen: Es kann nur soviel verteilt werden, als erarbeitet wird! Dieser Satz gilt nicht nur für die gesamte Volkswirtschaft, er gilt im übertragenen Sinn auch für den Bundeshaushalt. Daher haben wir, nicht nach Lebensalter, sondern nach Berufsgruppen gesehen, jenen

gegenüber eine besondere Verpflichtung, deren Arbeitstag lang ist und die mehrenteils schattenhalb der heutigen Konjunktursonne wohnen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Artikel 51 der derzeit geltenden Bundesverfassung ist dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung der Bundesvoranschlag für das nächstfolgende Finanzjahr vorzulegen. Dieser Termin fällt auf den 22. Oktober. Es ist nun erstmals in der Zweiten Republik gelungen, diesen Termin um zwei Wochen zu unterschreiten. Die Beratungen im Ausschuß sind — das stelle ich gerne und erfreut fest — ruhig und sachlich verlaufen. Die Abgeordneten sind sich darüber im klaren, daß die Beratungen über den Bundesvoranschlag eine hohe Verantwortung erfordern.

Im Ausschuß ergriffen der Generalberichterstatter und 13 Spezialberichterstatter das Wort, ferner erfolgten 272 Wortmeldungen — zum Bundeshaushalt 1966 vergleichsweise 202 — von Debatterednern, wobei sich insgesamt 99 Abgeordnete an der Debatte beteiligten. Die durchschnittliche Redezeit betrug sieben Minuten.

Das beweist am besten, daß es der weit überwiegenden Mehrzahl der Abgeordneten nicht darum ging, zu reden, sondern darum, etwas zu sagen respektive zu fragen. Dadurch ist es auch begreiflich, daß die Beantwortung durch den Herrn Präsidenten des Nationalrates, die Minister beziehungsweise die Staatssekretäre und den Präsidenten des Rechnungshofes im Durchschnitt 54 Minuten in Anspruch nahm. Insgesamt beanspruchte die Beratung des Bundeshaushaltes im Finanzausschuß 46 Stunden und 40 Minuten gegenüber dem Bundesvoranschlag 1966 mit 42 Stunden und 56 Minuten.

Seit 1945 Mitglied des Finanz- und Haushaltsausschusses, kann ich mich auch nicht an eine annähernd so große Zahl im Ausschuß eingebrachter Anträge erinnern. Es waren diesmal 103 Anträge, in den vorhergehenden Jahren etwa 40.

Die eminente Bedeutung, aber auch die schwierigen Aufgaben des Budgets können Sie unschwer aus dem uns vorliegenden Voranschlagsentwurf erkennen. Es mußte einerseits für einen um fast 2 Milliarden höheren Personalaufwand vorgesorgt werden, andererseits mußten Mittel für die Finanzierung des Zuwachses bei den gesetzlichen Verpflichtungen im Ausmaß von fast 2,5 Milliarden, wovon allein 1,2 Milliarden auf den sozialen Sektor entfallen, sichergestellt werden. Im Hinblick auf den Vorrang für Unterricht, Bildung,

Dipl.-Ing. Fink

Forschung und Erziehung wurde auch eine bedeutende Verbesserung auf diesem Sektor dem Hohen Hause zur Beschlußfassung empfohlen. Schließlich waren angesichts des ständig steigenden Bedarfes, aber auch aus konjunktur- und wachstumspolitischen Gründen eine Ausweitung der Investitionen des Bundes, vor allem der Infrastrukturinvestitionen, wie Straßenbau, Post und Eisenbahn, Verbesserung der Agrarstruktur, weiter Schulbauten und anderes notwendig.

Der vorliegende Entwurf 1967 versucht dem Wirtschaftswachstum ohne Kaufkraftgefährdung vor allem durch Investitionen Impulse zu verleihen. Dabei wurde vielfach von einem Investitionsbudget gesprochen. Weiters sollen die genannten Aufgaben nach dem Grundsatz „Förderung des Wirtschaftswachstums ohne Kaufkraftgefährdung“ erfüllt werden.

Der vorliegende Haushalt zeichnet sich auch durch den Abbau der Subventionen aus, wobei für die einkommensschwachen Gruppen eine finanzielle Abgeltung vorgesehen ist, sodaß für diese im allgemeinen keine Mehrbelastung entstehen soll.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat an den ziffernmäßigen Ansätzen keine Änderungen vorgenommen. Es steht daher folgender Vorschlag zur Beratung:

In der ordentlichen Gebarung Ausgaben 74.988 Millionen Schilling, Einnahmen 74.992 Millionen, sodaß sich in der ordentlichen Gebarung ein Überschuß von 4 Millionen ergibt.

Die Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung, denen selbstverständlich keine Einnahmen gegenüberstehen, betragen 3601 Millionen. Daher beträgt der Gesamtgebarungsabgang 3597 Millionen. Der Gesamtausgabenrahmen beträgt sogar 78.589 Millionen.

Zum Technischen ist noch zu bemerken, daß erstmalig ein dekadisch numerierter Ansatzplan vorliegt. Ich darf auch auf das Umstellungsverzeichnis hinweisen.

Hohes Haus! Was hier an Ausgaben beschlossen wird, muß in irgendeiner Form eingenommen werden. Es sind Gelder aller Staatsbürger, über die durch das Budget verfügt wird. Dabei tragen alle, die die Ausgaben und Einnahmen beschließen, eine große Verantwortung. Eine nicht minder große Verantwortung aber tragen jene, welche die vom Nationalrat bewilligten Gelder ausgeben. Auch sie müßten sich von den Grundsätzen der Sparsamkeit leiten lassen und sollten stets daran denken, daß sie Gelder aller Österreicher verwalten und verteilen.

Nähere Details hinsichtlich des Bundesvoranschlags im ganzen bitte ich meinem

schriftlichen Bericht zu entnehmen. Hinsichtlich der Beratungsgruppen enthalten die Spezialberichte die näheren Einzelheiten.

Ich bitte nunmehr in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Generalberichterstatter für seinen Bericht.

Wie schon erwähnt, soll von einer Generaldebatte Abstand genommen werden. Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Generalberichterstatters auf Eingehen in die Spezialdebatte ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Spezialdebatte**Beratungsgruppe I**

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02: Bundesgesetzgebung

Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 06: Rechnungshof

Beratungsgruppe II

Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Kapitel 70: Staatsdruckerei

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppen I und II, die unter einem abgeführt wird.

Spezialberichterstatter zur Beratungsgruppe I ist Abgeordneter Titze. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Titze: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die zur Verhandlungsgruppe I gehörenden Kapitel des Bundesvoranschlags für das Jahr 1967 in seiner Sitzung vom 3. November 1966 in Verhandlung gezogen.

Im Bundesvoranschlag 1967 sind für die Gruppe I mit den Kapiteln 01: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof und Kapitel 06: Rechnungshof an Ausgaben zusammen 144.625.000 S und an Einnahmen zusammen 2.657.000 S präliminiert.

Für Kapitel 01 sind in Summe 12.470.000 S, das sind um 811.000 S mehr als im Jahre 1966,

für Kapitel 02 sind in Summe 91.177.000 S, das sind um rund 12,5 Millionen Schilling mehr als 1966, veranschlagt. An Einnahmen werden 1,9 Millionen, demnach um 203.000 S mehr als 1966, erwartet.

Titze

Für Kapitel 03 sind in Summe 3,360.000 S, das sind um 270.000 S mehr als 1966, vorgesehen.

Für das Kapitel 04 sind insgesamt 14,391.000 S, das sind um rund 1,2 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1966, veranschlagt.

Für Kapitel 06 sind in Summe 23,227.000 S, das sind um 912.000 S mehr als für 1966, präliminiert.

Die Erhöhung der Ausgaben bei allen angeführten Kapiteln ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten sowie außerdem auch auf die Vorsorge für die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben zum Teil notwendige Ergänzung der Personalstände zurückzuführen.

Bei Kapitel 01 sind die erhöhten Ansätze bei den sachlichen Ausgaben überwiegend durch die Aufwendungen für offizielle Staatsbesuche bedingt.

Der vermehrte Sachaufwand im Kapitel 02 ist im wesentlichen durch die Intensivierung der parlamentarischen Tätigkeit und die Erhöhung der Entschädigungen der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates im Zusammenhang mit den Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Bei Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, sind die höheren sachlichen Ausgaben im wesentlichen auf den steigenden Aktenanfall und die dadurch bedingte längere Dauer der Verhandlungsperioden zurückzuführen.

Bei Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, ist der höhere Sachaufwand seit 1966 im wesentlichen durch die Einrichtungskosten im Zusammenhang mit der Generalsanierung des Gebäudes bedingt geworden.

Das Mehrerfordernis im Kapitel 06: Rechnungshof, beim Personalaufwand ab 1966 ist auf die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten und auf die Vorsorge für die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendige Ergänzung des Personalstandes zurückzuführen. Die Mehrausgaben im Sachaufwand sind im wesentlichen durch Personalvermehrungen bedingt.

In der Debatte zum Spezialbericht ergriffen insgesamt 13 Abgeordnete das Wort.

Bei der Abstimmung am 17. November 1966 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der gegenständlichen Beratungsgruppe in der Fassung der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Withalm, Czettel, Dr. van Tongel und Genossen hat der Ausschuß einstimmig einen Entschließungsantrag angenommen, der die rechtzeitige und direkte Vorlage der Rechnungshofberichte

an die zuständigen gesetzgebenden Körperschaften betrifft.

Weiters hat der Ausschuß über Antrag der Abgeordneten Gabriele, Weikhart, Dr. van Tongel und Genossen einstimmig einen Entschließungsantrag, betreffend eine Novelle zur Reisegebührenvorschrift, angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit auf Grund seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, und dem Kapitel 06: Rechnungshof, des Bundesvoranschlags für 1967 (204 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt, und die beiden Entschließungsanträge werden angenommen.

Ich stelle auch hier den Antrag, in die Spezialdebatte einzugehen.

Die beiden Entschließungen haben folgenden Wortlaut:

1.

Der Präsident des Nationalrates wolle gemeinsam mit den Organen des Rechnungshofes hinsichtlich der Wahrung der Bestimmungen des Artikels 126 d Abs. 1 B.-VG. Maßnahmen treffen, welche die rechtzeitige und direkte Vorlage der Rechnungshofberichte an die jeweils zuständigen gesetzgebenden Körperschaften vor ihrer Veröffentlichung sichert.

2.

Der Nationalrat ersucht den Bundeskanzler, zu veranlassen, daß dem Nationalrat eine Novelle zur Reisegebührenvorschrift vorgelegt wird, durch die der Zeitraum für den Bezug der Tagesgebühr nach Tarif I verlängert wird.

Präsident: Ich bitte nunmehr den Spezialberichterstatter zur Beratungsgruppe II, Abgeordneten Marwan-Schlosser, um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Marwan-Schlosser: Hohes Haus! Im Auftrag des Finanz- und Budgetausschusses habe ich den Spezialbericht zu Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei, zu erstatten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1967 am 3. November 1966 der Vorberatung unterzogen.

Im Bundesvoranschlag sind für das Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“

Marwan-Schlosser

für das Budgetjahr 1967 an Ausgaben insgesamt 218,700.000 S ausgewiesen. Von diesem Betrag entfallen auf die Personalausgaben 103,118.000 S und auf die sachlichen Ausgaben 115,582.000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1966 bedeutet dies eine Erhöhung beim Personalaufwand von 12,286.000 S und beim Sachaufwand eine solche von 13,288.000 S, zusammen also 25,574.000 S.

Die Einnahmen werden im kommenden Jahr 12,158.000 S betragen, was eine Erhöhung um 549.000 S gegenüber dem Jahre 1966 bedeutet.

Die sachlichen Ausgaben des Bundeskanzleramtes sind für das Jahr 1967 mit einem Betrag von 67,822.000 S präliminiert. Hievon entfallen auf den Verwaltungsaufwand 5,858.000 S, auf Anlagen 1,498.000 S, auf Bezugsvorschüsse für die Bediensteten des gesamten Ressortbereichs 1,350.000 S; als Förderungsausgaben sind 8,640.000 S vorgesehen, die Aufwandskredite betragen 20,953.000 S und die sonstigen Aufwandskredite 29,523.000 S.

Unter Ansatz 1001 werden die Ausgaben der Sektion für wirtschaftliche Koordination veranschlagt, deren Aufgabe die Koordinierung und Programmierung der laufenden internationalen wirtschaftlichen Maßnahmen ist und der die Geschäftsführung des ERP-Fonds obliegt. Der genannten Sektion sind noch die Österreichische Delegation bei der OECD in Paris und die Wirtschaftliche Verbindungsstelle in Washington angeschlossen.

Zur Durchführung dieser Aufgaben werden im Jahre 1967 insgesamt 25,947.000 S erforderlich sein.

Die Kosten des Druckes und Vertriebes des Bundesgesetzblattes und auch der „Amtlichen Sammlung wiederverlautbarter österreichischer Rechtsvorschriften“ sind unter Ansatz 1002 veranschlagt und werden für das kommende Jahr mit 3,350.000 S beziffert.

Die Aufwendungen für das Staatsarchiv werden im kommenden Jahr 9,954.000 S betragen, von welchen 8,475.000 S auf den Personalaufwand entfallen.

Das Statistische Zentralamt, dessen Aufwand unter dem Ansatz 102 ausgewiesen ist, wird im Jahre 1967 zusätzlich zu den laufend durchzuführenden Zählungen die Arbeiten der Nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung und der Steuerstatistiken weiterzuführen haben. Der Personalaufwand wird mit 51,963.000 S beziffert. Der Verwaltungsaufwand des Österreichischen Statistischen Zentralamtes wird 22,160.000 S betragen. Dieser Mehrbedarf ist auf die Kosten von kurzfristigen periodischen Stichprobenerhebungen, die erstmalig im Jahre 1967 durchgeführt werden sollen, zurückzuführen.

Die Anlagen sind mit 2,734.000 S veranschlagt.

Unverändert gegenüber 1966 ist der Ansatz für gesetzliche Verpflichtungen.

Das Kapitel 70: Staatsdruckerei, sieht für das Budgetjahr 1967 Ausgaben von insgesamt 169,981.000 S vor.

Von diesem Betrag entfallen auf den Personalaufwand 85,702.000 S, und zwar 65,127.000 S auf den Aktivitätsaufwand und 20,575.000 S auf den Pensionsaufwand.

Der Sachaufwand beträgt 84,279.000 S. Darin ist der Kredit für Anlagen mit 20,129.000 S enthalten.

Den Gesamtausgaben von 169,981.000 S stehen Betriebseinnahmen in der Höhe von 165,830.000 S gegenüber, das heißt, daß sich im Geschäftsjahr 1967 ein voraussichtlicher kassenmäßiger Betriebsabgang von 4,151.000 S ergeben wird.

Von den Betriebseinnahmen in der Höhe von 165,830.000 S resultieren 145,500.000 S aus Erzeugung und Verschleiß und 18,700.000 S aus der „Wiener Zeitung“.

Bei der Abstimmung am 17. November 1966 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe II gehörenden Teile des Bundesvoranschlages unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Gabriele, Robert Weisz und Dr. van Tongel, betreffend Zulagen im öffentlichen Dienst, sowie ein weiterer Entschließungsantrag der Abgeordneten Gratz, Gabriele und Dr. van Tongel, betreffend Rechtsbereinigung und Verwaltungsreform, wurden vom Ausschuß einstimmig angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, und dem Kapitel 70: Staatsdruckerei, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 (204 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschlußbericht beige gedruckten Entschließungen werden angenommen.

Die Entschließungen haben folgenden Wortlaut:

1. Der Nationalrat ersucht die Bundesregierung, die Gewährung von Zulagen im öffentlichen Dienst einer Überprüfung zu unterziehen, um ungerechtfertigte Ungleichheiten zu vermeiden.

2. Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat einen Bericht über die Rechts-

Marwan-Schlosser

bereinigung und Verwaltungsreform vorzulegen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, in die Spezialdebatte über die Kapitel 10 und 70 eingehen zu wollen.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein, die über beide Beratungsgruppen unter einem abgeführt wird.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie die freiheitlichen Abgeordneten schon bei der ersten Lesung des Haushaltsvoranschlages 1967 erklärt haben, lehnen die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs das Budget für 1967 der monokoloren Regierung der ÖVP ab, weil es ein Opferbudget ohne klare Zielsetzung und ohne Konzept und auf Kosten des kleinen Mannes ist.

Das Bundesfinanzgesetz für 1967 enthält darüber hinaus wieder trotz einem klaren Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes eine Reihe verfassungswidriger Ermächtigungen für den Finanzminister. Gerade angesichts der so lautstarken Deklamationen für den Rechtsstaat von seiten einzelner Mitglieder der Bundesregierung und der Redner der Österreichischen Volkspartei am vergangenen Mittwoch, dem 23. November, muß diese neuerliche Verfassungswidrigkeit besonders hervorgehoben werden. Ich komme im einzelnen noch darauf zurück.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung und für die Verweigerung des Vertrauens für die gegenwärtige Bundesregierung sind die Vorgänge in der Bauwirtschaft, die durchaus zum Ausdruck gebracht haben, daß die verantwortlichen und zuständigen Männer in ihren Ressorts nicht jene Aufmerksamkeit und Dienstaufsicht entwickelt haben, die einen solchen Bauskandal hätte vermeiden lassen.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einigen allgemeinen Feststellungen von hervorragender wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Seite.

Das Budget des Bundes für 1967 ist expansiv, noch deutlicher gesagt: es enthält in verschiedener Hinsicht inflationistische Momente. Es mag übertrieben scheinen, zu einem Zeitpunkt von Inflation zu sprechen, da, verglichen mit dem gleichen Abschnitt des Vorjahres, nur eine Erhöhung der Verbraucherpreise um 2 Prozent festzustellen ist. Aber für diese geringe Erhöhung der Jahresrate war doch vor allem entscheidend, daß wir heuer ein einmaliges Obst- und Gemüsejahr hatten, das sich nicht so bald wiederholen wird. Für die konjunkturelle Betrachtung eines Budgets ist

im übrigen, meine Damen und Herren, nicht das Jahr seiner Erstellung, sondern das Jahr seiner Durchführung entscheidend. Und man darf gerade in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung vor kurzem vor der Entwicklung der Preissituation des kommenden Jahres gewarnt und dabei insbesondere das Frühjahr 1967 als inflationsgefährdet bezeichnet hat.

Die Haltung der Oesterreichischen Nationalbank ist im Gegensatz zur Tendenz des Budgets noch im weiten Maße restriktiv. Seit die Zahlungsbilanz ebenfalls stark passiv geworden ist, steht die Notenbank vor der Frage, wer nun das Wirtschaftswachstum eigentlich finanzieren soll. Die restriktive Politik der Nationalbank, die Kreditrestriktionen und damit die Liquiditätslücken zeigen deflationistische Züge. Meint man, daß sich nun eine inflationistische Budgetpolitik und eine restriktive Notenbankpolitik ausgleichen würden und daß damit der in letzter Zeit oft angesprochene „goldene Mittelweg“ gefunden werden könnte?

Das ist, meine Damen und Herren, ein schwerer Irrtum. Die Budgetvorstellungen des Finanzministers Dr. Schmitz können nämlich nur mit einer expansiven Notenbankpolitik realisiert werden. Ein Investitionsbudget kann in einer Zeit verknappter Kreditmittel nicht zum Ziel führen. Die Nationalbank mußte daher, um das Budget wirksam werden zu lassen, eine expansive Politik betreiben. Auch eine Senkung der Mindestreserven wäre zu erwägen.

Wir sehen also die entscheidenden Schwierigkeiten im folgenden: Behält die Nationalbank ihre restriktive Politik bei, so lassen sich die Vorstellungen des gegenwärtigen Budgets für 1967 ganz einfach überhaupt nicht verwirklichen. Ändert aber die Nationalbank ihre Politik in eine expansivere Richtung, dann würden die bereits vorhandenen inflationistischen Tendenzen unseres Budgets voll zur Geltung kommen.

Ungeachtet einer Ausweitung der Staatsausgaben um mehr als 11 Prozent sprach Finanzminister Dr. Schmitz in seiner Budgetrede wieder von einem währungsneutralen Budget. Bereits in der Kritik zu seinen ersten beiden Budgets für die Jahre 1965 und 1966 wurde auf die wissenschaftliche Unhaltbarkeit des Begriffes eines währungsneutralen Budgets hingewiesen. Heuer stellt sich zusätzlich heraus, daß die Vorstellung von einem derart neutralen Budget nicht nur wissenschaftlich gesehen unrichtig, sondern auch praktisch unbrauchbar ist.

Wie sehen nun die politischen Entscheidungen aus, die dem Budget 1967 zugrunde

2200

Nationalrat XI. GP. — 31. Sitzung — 28. November 1966

Dr. van Tongel

gelegen sind? Welche Ausgaben sieht die gegenwärtige Alleinregierung der ÖVP als vordringlich an? Auffallend stark sind die Ausgaben für die Landesverteidigung angewachsen, die im Vergleich zum Voranschlag für 1966 um mehr als 25 Prozent erhöht wurden. Sie betragen nun 3,4 Milliarden Schilling. Das ist genauso viel wie die Aufwendungen für unsere Beamtenpensionen.

Den eigentlichen Erfolg des Budgetkampfes aber hat die Landwirtschaft davongetragen, wenn man sich vor Augen hält, daß die Mittel für den Grünen Plan um nahezu 35 Prozent auf 790 Millionen Schilling erhöht wurden. Man sieht, daß im Bündepproporz der Monokole die grüne Farbe den ersten Preis davongetragen hat.

Heftig umstritten sind die Kürzungen der Ausgaben im Bereich der Preisstützungen. Diese Maßnahme wird in ihrer prinzipiellen Berechtigung von ernst zu nehmenden Wirtschaftspolitikern überhaupt nicht mehr diskutiert. Im Gegenteil. Es gab schon seit Jahren gewichtige Forderungen nach Abbau der Preisstützungen. Was aber sehr ernsthaft zu überlegen und zu diskutieren ist, meine Damen und Herren, ist der Zeitpunkt der erfolgten Maßnahmen. Zugleich und im Verein mit den Gebührenerhöhungen bei Bahn, Post und Telefon sowie der Benzinpreiserhöhung werden sich die durch die Subventionskürzungen notwendigen Preiserhöhungen für die Grundnahrungsmittel auf das Lohn- und Preisgefüge sicherlich erheblich auswirken. Diese Preisberichtigungen bei Brot und Milch werden allein den Index vermutlich nahezu um 1 Prozent steigen lassen.

Den Ausführungen des Finanzministers in seiner Budgetrede, daß die Auswirkungen des Subventionsabbaues und der Tarifierhöhungen auf die Entwicklung der Einkommen sehr wohl überlegt seien und daß diese Maßnahmen so dosiert seien, daß hievon keine wirtschaftlich berechtigten Ansprüche auf Abgeltung durch Lohn- und Gehaltserhöhungen abgeleitet werden können, muß große Skepsis entgegengesetzt werden. Abgesehen von dem Ausdruck Skepsis, ist eine solche vorhergehende Feststellung des Ressortchefs eine kühne Feststellung. Es ist auch bereits hier in diesem Hohen Hause gegen diese Feststellung nachdrücklich Protest erhoben worden.

Und wenn der Minister im Anschluß an seine Überlegung, die ich hier eben zitiert habe, davon spricht, daß es mit diesem Budget gelungen sei, Kaufkraft abzuschöpfen und durch Umschichtungen Mittel vom Konsum zu Investitionen zu transferieren, so ist auch diese Behauptung nur sehr bedingt richtig. Kaufkraft wurde nämlich in dem Budget dort abge-

schöpft — bei den Grundnahrungsmitteln —, wo sie wieder nachgefordert und auch gewährt werden wird.

Die Vorausschätzung der Einnahmen auf der anderen Seite aus den öffentlichen Abgaben ist als optimistisch zu bezeichnen. Die tatsächlichen Eingänge werden natürlich davon abhängen, ob sich die Investitionserwartungen des Finanzministers erfüllen werden. Dabei wird die Politik der Nationalbank entscheidend sein. Eine restriktive Politik der Nationalbank würde wahrscheinlich dazu führen, daß die geschätzten Einnahmensummen nicht erreicht werden können. In einem solchen Fall müßten dann selbstverständlich notgedrungen die Investitionskredite gekürzt werden.

Daß dies zu besonders schwerwiegenden Beeinträchtigungen des Wirtschaftswachstums führt, hat das Debakel des ersten Budgets des derzeitigen Finanzministers erwiesen: denn 1965 wurde die Einnahmenschätzung um 2 Milliarden zu hoch angesetzt. Es mußten dann im Laufe des Budgetjahres drastische Sparmaßnahmen ergriffen werden, die nicht nur für die betroffenen Unternehmungen, sondern für die ganze Volkswirtschaft äußerst nachteilige Folgeerscheinungen hatten.

Die Betriebseinnahmen sollen nach dem vorliegenden Budget für 1967 18,1 Milliarden Schilling — um 15 Prozent mehr als im laufenden Jahr — ergeben. Diese Steigerung geht auf die Erhöhung der Post- und Telefongebühren zurück, wobei ich hier nur in Klammern einschalten möchte, daß wir kürzlich durch eine Radiomeldung darüber informiert oder — besser gesagt — überrascht wurden, daß nunmehr auch das Inlandsbriefporto von 1,50 S auf 2 S erhöht werden soll, dies ganz kurze Zeit, nachdem das Ortsporto von 1 S auf 1,50 S erhöht wurde. Diese Tarifierhöhung, meine Damen und Herren, wird also hinterherum, gewissermaßen subkutan, eingeschmuggelt und ist in den übrigen Tarifierhöhungen bisher nicht erwähnt gewesen. Bei der praktisch ausgeglichenen Gebarung der Post — und das gehört auch hiezu, nämlich daß die Erhöhungen dort zur Kostendeckung überhaupt nicht notwendig sind — ergibt sich daraus, daß diese Tarifierhöhungen für andere Ausgabenpositionen im Budget herangezogen werden. Es ist also völlig unverständlich, warum man bei der ausgeglichenen Gebarung der Post solche Gebührenerhöhungen vornimmt, die gerade beim Telefon eine exorbitante Erhöhung erreicht haben.

In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, meine Damen und Herren, daß der Erhöhung der Postporti und der Telefongebühren eine ausgesprochen inflationistische Tendenz innewohnt. Während die übermäßig

Dr. van Tongel

große Ausweitung des Budgetvolumens vom Staat her selbst inflationistisch wirken wird, belastet der Subventionsabbau für die Grundnahrungsmittel zunächst vor allem die Arbeitnehmer und die eben behandelte Gebührenerhöhung zum größten Teil die Unternehmer. Von beiden Seiten, meine Damen und Herren, ist daher eine Überwälzung über die Lohn-Preis-Spirale zu befürchten. Also wahrlich nicht das, was ein Budget auslösen soll.

Und nun zu dem Problem der Bundesschuld, meine Damen und Herren, die bereits 30 Milliarden erreicht hat. 30 Milliarden Bundesschuld sind pro Kopf der Bevölkerung, Greis oder Säugling gleich bewertet, 4285 S auf den Kopf jedes Herrn oder jeder Frau oder jedes Fräulein Österreicher. Das Anschwellen der Finanzschuld des Bundes konnte auch im abgelaufenen und im laufenden Jahr nicht zum Stillstand gebracht werden. Sie hat sich neuerlich erhöht, und zwar um mehr als 1,7 Milliarden als zu Ende 1965. Dies entnehmen Sie den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz, die, wie ich mir sagen habe lassen, zwar nur selten und sehr wenig gelesen werden.

Falls die bisher vorliegenden Schätzungen über die voraussichtliche Höhe des Bruttonationalproduktes für 1966 mit 276 Milliarden einigermaßen richtig sind, würde der Anteil der Bundesschuld daran etwa 8 oder 9 Prozent betragen. Wenn nun das Prinzip der Währungsneutralität, das im Finanzministerium etwa als Übereinstimmung zwischen dem Gesamtdefizit des Staatshaushaltes und den für Bildungszwecke notwendigen Ausgaben des Budgetjahres umschrieben wird, durchgehalten worden wäre, so hätte die Bundesschuld nicht steigen dürfen.

Außerdem sind im Bundesfinanzgesetz noch weitere Ermächtigungen enthalten, die den Betrag der Kreditaufnahme über den „währungsneutralen“ Plafond anheben. Dazu gehören die Schatzscheine, die von der Nationalbank zur Finanzierung von Kapitaleinzahlungen bei internationalen Instituten begeben werden; das sind im Jahre 1966 etwa 275 Millionen Schilling.

Und nun eine sehr wesentliche Feststellung: Der Aufwand für die Bedienung der Bundesschuld wird mit der Erhöhung des Schuldenstands natürlich immer weiter steigen. Für 1967 sind unter dem Titel „Bedienung“, also Zinsenlast der Bundesschuld, schon 4,56 Milliarden Schilling veranschlagt, das sind um 690 Millionen Schilling mehr als für 1965. Der Anteil der Zinsenlast für die Bundesschuld an den gesamten Ausgaben des Staates, des Bundes, dürfte sich auf rund 5,8 Prozent belaufen, gerechnet auf der Basis des Voranschlages.

Neben den Bundesschulden gibt es aber „unter dem Strich“ noch etwas anderes, was ein Autor als „graue Bundesschuld“ bezeichnet hat, nämlich die sogenannten Bundesgarantien, die von diesem Hohen Haus in reicher Fülle sehr oft übernommen worden sind. Der Finanzminister hatte nämlich auf Grund verschiedener gesetzlicher Ermächtigungen bis Ende 1966 bereits Haftungszusagen für 20,5 Milliarden Schilling gegeben. Das waren 71 Prozent der langfristigen Bundesschuld, die damals aushafteten. Beinahe die Hälfte dieser Haftungszusagen waren zugunsten des Verbundkonzerns vorgenommen worden. Für die Ausfuhrförderung waren es etwa 3,3 Milliarden Schilling, für die Anleihen des Hochwasserfonds 1,2 Milliarden, für den Wohnhausbaufonds ebensoviel und 1,4 Milliarden für agrarische Investitionskredite.

In den Voranschlägen für die Jahre 1966 und 1967 sind weitere Ermächtigungen für die Bundesgarantien, und zwar je 800 Millionen Schilling für Agrarinvestitionskredite, je 50 Millionen Schilling für die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und je 50 Millionen für Atomrisiken sowie ein jeweils 300 Millionen übersteigender Betrag für die beiden staatlichen Wohnbaufonds enthalten.

Gerade in der Ausfuhrfinanzierung wird — verursacht durch die wachsende politische Unruhe in den Entwicklungsländern — das Haftungsrisiko des Bundes wachsen. Auch werden dem Staat Belastungen im Bereich der verstaatlichten Industrie im Zuge der Sanierung entstehen. So mußten allein im Jahre 1965 135 Millionen Schilling aus einer Haftung an die Simmering-Graz-Pauker und 20 Millionen Schilling aus einer anderen Haftung für die verstaatlichte Firma Hofherr-Schranz herangezogen und verbraucht werden.

Zu den bereits von mir erwähnten verfassungswidrigen Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes 1967 möchte ich darauf hinweisen, daß bei der Beratung des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1966 im Juni des heurigen Jahres beide Oppositionsparteien des Nationalrates ihre sorgfältig begründeten verfassungsmäßigen Bedenken im Hohen Haus zum Ausdruck gebracht haben. Wenn man berücksichtigt, daß in der Schlußabstimmung das Budget für 1966 mit der „ungeheuren Mehrheit“ von zwei Stimmen beschlossen wurde (*Abg. Dr. Pittermann: Wäre der Scrinzi dageblieben!*), hätte man doch annehmen sollen und müssen, daß solchen verfassungsmäßigen Bedenken fast der Hälfte des Nationalrates in irgendeiner Form Rechnung getragen worden wäre. Dazu kommt, daß die Wiener Landesregierung das Bundesfinanz-

Dr. van Tongel

gesetz 1966 beim Verfassungsgerichtshof angefochten hat. Ich will nicht prophezeien, welche Entscheidung gefällt wird, aber wenn der Verfassungsgerichtshof einer von ihm im Jahre 1962 getroffenen Entscheidung treu bleibt, kann er gar nicht anders, als einige dieser Ermächtigungen aufheben. Man hat gesagt: Na ja, das ist sehr einfach; das Erkenntnis wird im Dezember kommen, wenn es kommt, dann machen wir eben ein neues Bundesfinanzgesetz. Meine Damen und Herren! Eine solche Art von „Gesetzesinitiative“ der Bundesregierung — wenn ich mich so ausdrücken kann — kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden.

Man hat sich im übrigen, meine Damen und Herren, bei dem gegenwärtigen Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 nicht einmal die Mühe gemacht, auch nur einen Beistrich zu ändern. Man hat die Ziffern der Artikel, der Absätze und der Buchstaben sklavisch beibehalten; man hat nur die jetzt überflüssig gewordene Bestimmung über die Neuerrichtung des Bundesministeriums für Bauten und Technik weggelassen.

Wir können also mit denselben Worten wie am 15. Juni 1966 diese verfassungswidrigen Ermächtigungsbestimmungen für den Finanzminister neuerlich hervorheben, zitieren und kritisieren und dabei anprangern, meine Damen und Herren, daß die Verfasser dieses Bundesfinanzgesetzes sich nicht einmal der stilistischen Mühe unterzogen haben, hier einige Änderungen anzubringen. Das ist im Zeichen der Aufwertung des Parlamentes eine außerordentliche Rücksichtslosigkeit der Gesetzgebung gegenüber, und angesichts der zu erwartenden Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes wird darauf noch zurückzukommen sein.

Ich darf daher dieselben Bemängelungen, die von beiden Oppositionsparteien des Hohen Hauses, im besonderen aber von meiner Fraktion am 15. Juni 1966 hier im einzelnen vorgenommen wurden, zitieren, selbst auf die Gefahr hin, daß ich Ihre mittägliche Aufmerksamkeit stark damit strapaziere. Aber es ist doch von wesentlicher Bedeutung, wenn in einem so lautstark deklamierten Rechtsstaat wie dem unsrigen das entscheidende Wirtschafts- und Finanzgesetz eine Reihe verfassungswidriger Bestimmungen, die auch jedem juristischen Anfänger in die Augen springen, enthält. So sieht Artikel II Abs. 4 vor, daß auf „Antrag“ des zuständigen Bundesministers die gemäß Absatz 2 verfügten Rückstellungen von Ausgabenansätzen zur Gänze oder zum Teil auf andere Ausgabenansätze des Ressorts umgelegt werden können, ohne weitere Maßnahme, Zustimmung, Verfügung, Beschlußfassung oder dergleichen.

Artikel III Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes sieht vor, daß der Bundesminister für Finanzen unter bestimmten Voraussetzungen auf „Antrag“ die Verwendung von Mehreinnahmen bei einem Monopol, bei einem Bundesbetrieb, bei den Bundesbahnen oder bei einem betriebsähnlichen Verwaltungszweig für betriebsnotwendige Investitionen bewilligen kann.

Im Artikel II Abs. 4, den ich schon erwähnt habe, fehlt aber jede Bestimmung darüber, welches Organ über einen solchen „Antrag“ zu entscheiden hat. Auch im Abs. 2 des Artikels III ist das zur Stellung eines solchen „Antrages“ berufene Organ nicht genannt. Die Schlampigkeit der Abfassung dieser Bestimmung springt in die Augen. Offenbar hat man sich dabei gedacht, daß in einem Fall der Bundesminister für Finanzen, im anderen Fall aber jener Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich eine der genannten Einrichtungen fällt, gemeint ist, ausgedrückt und im Wortlaut des Bundesfinanzgesetzes ist es aber nicht. Es ergibt sich auch die Frage (*Abg. Dr. Broda: Es steht auch nicht in den Erläuterungen!*) — ja, da steht überhaupt nichts drin —, ob es verfassungsrechtlich zulässig ist, daß ein Bundesminister an einen anderen, hier offenbar an den Bundesminister für Finanzen, einen „Antrag“ richtet, denn in beiden Fällen handelt es sich um oberste Organe der Vollziehung.

Meine Damen und Herren! Das haben wir alles mit genau denselben Worten kritisiert, angeprangert, wissenschaftlich nachgewiesen; berücksichtigt ist es nicht worden. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. (*Abg. Dr. Broda: Aber wir predigen tauben Ohren!*) Der antragstellende Bundesminister ist somit keineswegs Partei wie etwa in einem Fall der Privatwirtschaftsverwaltung, sondern nimmt bekanntlich in Österreich die gleiche rechtliche Stellung ein wie der Bundesminister für Finanzen. Es sollte daher im Wortlaut des Gesetzes an die Stelle des „Antrages“ eines Bundesministers an seinen Finanzministerkollegen das sonst so häufig verwendete Wort „Einvernehmen“ und nicht etwa das Wort „Antragsrecht“ treten.

Die Bewilligung von Ausgaben steht gemäß Artikel 42 Abs. 5 in Verbindung mit Artikel 51 der Bundesverfassung dem Nationalrat zu. In diesem Belange hat der Verfassungsgerichtshof, wie ich schon zitiert habe, mit Beziehung auf die Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes von 1962 folgendes Erkenntnis gefällt — ich zitiere wörtlich:

„Der Nationalrat kann eine ihm durch die Bundesverfassung eingeräumte Zuständigkeit ohne besondere Ermächtigung des Verfassungsgesetzgebers weder übertragen noch auf sie verzichten. Er kann sie ohne verfassungs-

Dr. van Tongel

gesetzliche Ermächtigung weder einschränken noch ausdehnen.“

Dies ist der Wortlaut eines Verfassungsgerichtshoferkennnisses aus dem Jahre 1962. In Österreich beachtet man aber solche Erkenntnisse nicht.

In dieser Form geht es nun weiter. Ich möchte Ihnen aber jetzt eine andere Stellungnahme zur Kenntnis bringen, eine, ich möchte fast sagen, Ausarbeitung auf einem hohen Niveau der Staatslehre:

Der Staatsvoranschlag ist ein Institut der Rechtsordnung und unterliegt daher in erster Linie rechtlichen Maßstäben. Bei einem Staatsvoranschlag können nicht nur ausschließlich Erwägungen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit maßgeblich sein.

Der Staat ist darauf beschränkt, rechtens nur solche Akte setzen zu können, die ihm die Rechtsordnung ausdrücklich gestattet, dem einzelnen bleibt es dagegen überlassen, nach Belieben alles zu tun, was von der Rechtsordnung nicht besonders untersagt ist. Erst diese Verteilung sichert jenes Gleichgewicht, das es dem Menschen überhaupt ermöglicht, in und mit einem potentiell übermächtigen Staat zu leben, ohne der Despotie zu unterliegen und in der Sphäre seines Persönlichkeitswertes vernichtet zu werden.

Wie immer, wenn die kollektive Macht der sie bezähmenden Fesseln des Rechtsstaates überdrüssig wird, wählt sie verschiedene Gestaltungsformen, die uns entweder als Relikte polizeistaatlicher Verwaltung geläufig sind oder aber — wie im vorliegenden Fall — verschiedene Arten formalgesetzlicher Delegation, hinter denen sich lauernd die Willkür verbirgt.

Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung darf bekanntlich den „Erfordernissen der Verwaltung“ nicht geopfert werden, wenn es uns ernst ist mit der hohen Idee der rechtlichen Bindung der Staatsgewalt „Potestas delegata non potest delegari“ — eine übertragene Gewalt kann nicht weiter übertragen werden!

Das Budgetrecht, die Budgetbewilligung ist eine vom Staatsvolk an das Parlament delegierte Gewalt. Schließlich aber kommt die hohe staatsrechtliche und politische Bedeutung des Bundesvoranschlages dadurch zum Ausdruck, daß er der Form eines Gesetzes vorbehalten wird.

Im Artikel IV Abs. 1 des Bundesfinanzgesetzes 1967 heißt es: „... oder zu produktiven Zwecken ...“ Mit diesen unter Anführungszeichen zitierten Worten werden Ausgaben für zulässig erklärt, sofern sie für produktive Zwecke notwendig sind. Auch darüber gibt es bereits ein Verfassungsgerichtshoferkennnis vom 21. März 1958. Darin heißt es:

„... daß Artikel 130 Bundes-Verfassungsgesetz dem Gesetzgeber Verpflichtungen auferlegt, den Sinn von Gesetzen, die zur Ermessensübung ermächtigen, so zum Ausdruck zu bringen, daß die Beurteilung der Frage möglich ist, ob im Einzelfall das Ermessen im Sinne des Gesetzes geübt worden ist. Gesetze, bei denen ein Urteil darüber nicht möglich ist“ — sagt der Verfassungsgerichtshof — „sind verfassungswidrig.“

Die Bestimmung des Absatzes 1 des Artikels IV des in Beratung stehenden Bundesfinanzgesetzes bringt aber weder zum Ausdruck, daß die Behörde zur Ermessensübung berufen ist, noch inwieweit ihr die Bestimmung ihres Verhaltens überlassen bleibt; noch spricht sie aus, welche Behörde hier überhaupt tätig werden soll — von einem Gesetzessinn dieser Bestimmung ganz zu schweigen.

Meine Damen und Herren! Eine solche Rechtsnorm kann nicht vollzogen werden — es sei denn durch Willkür. Alle diese Bestimmungen sind — so sagt ein wissenschaftliches Gutachten — ein Schulbeispiel einer riesenhaften formalgesetzlichen Delegation. Es ist keine verfassungsmäßige Ermächtigung zur Ermessensübung, sondern es ist eine verfassungswidrige Vollmacht, deren Hauptgefahren Gleichheitsverletzung und Verschwendung öffentlicher Mittel sind, denen der einzelne ohne Rechtsschutz ausgeliefert ist; ganz abgesehen von den Bestimmungen des Artikels 18 Abs. 1 der Bundesverfassung, wonach die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden darf. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Die Ausgaben müssen ziffernmäßig festgesetzt werden und müssen unmittelbar oder mittelbar aus dem Bundesvoranschlag selbst ziffernmäßig erchenbar sein. Aus dem Wortlaut des Artikels 18 geht hervor: erstens die Bindung der staatlichen Verwaltung und zweitens die Verpflichtung des Gesetzgebers.

Eine gesetzesfreie Verwaltung ist auch in diesem Bereich nicht zu finden, denn der Grundsatz des zitierten Artikels 18 gilt allgemein.

Herr Universitätsprofessor Dr. Klecatsky hat einmal gesagt:

„Die Vorstellung, daß sich der Staat nur in der Hoheitsverwaltung seiner Macht bedient, in der Privatwirtschaftsverwaltung aber darauf verzichtet, entspricht keiner Tatsache, sondern einer rechtlichen Fiktion.“

Denn bekanntlich ist der Gesetzgeber zur Schaffung genereller, aber inhaltlich erfüllbarer Normen verhalten. Dazu sagt der Präsident unseres Verfassungsgerichtshofes,

Dr. van Tongel

Professor Dr. Antonioli: „Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung muß durch die einfache Gesetzgebung dahin verwirklicht werden, daß jeder Verwaltungsakt nach allen Richtungen hin durch das Gesetz bestimmt ist, und zwar derart, daß die Verwaltungsbehörde gar nie einer Gesetzeslücke gegenübersteht.“

Meine Damen und Herren! Wo immer dieser Grundsatz angetastet wird, entfallen in logischer Folge der Reihe nach die Grundfesten unseres staatlichen und damit auch unseres persönlichen Lebens: Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaat, aber auch die Freiheit des einzelnen.

Ortega y Gasset sagt:

„Es gibt keine Kultur, wo die wirtschaftlichen Beziehungen von keiner Verkehrsordnung beherrscht werden, unter deren Schutz man sich stellen kann. Wo dies alles fehlt, gibt es keine Kultur; es herrscht im genauesten Sinn des Wortes Barbarei. Barbarei ist die Abwesenheit von Normen und Berufungsinstanzen. Der Grad der Kultur bemißt sich nach der Genauigkeit der Normen. Wo sie gering ist, ordnen sie das Leben nur im groben, wo sie groß ist, durchdringen sie bis ins einzelne die Ausübung aller Lebensfunktionen.“

Verzeihen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich Sie mit solchen grundsätzlichen Ausführungen so lange bemüht habe. Ich habe es aber gerade heute bei dieser heute üblichen Generaldebatte über das entscheidende Gesetz unseres wirtschaftlichen und finanziellen Geschehens für notwendig gehalten, hier einmal solche Gedanken vorzutragen.

Nun darf ich mich den Beratungsgruppen I und II zuwenden.

Meine Damen und Herren! Die Reform der Geschäftsordnung des Nationalrates ist seit langem notwendig. Sie wird augenblicklich durch eine Entscheidung des Klubobmanns der Österreichischen Volkspartei, Herrn Dr. Withalm, verhindert, der erklärt hat, er sei nicht bereit, im gegenwärtigen Zeitpunkt über eine Geschäftsordnungsreform zu sprechen. Ich werde mich daher auch hier nicht weiter über die Notwendigkeiten der so oft erörterten Einzelheiten einer Geschäftsordnungsreform verbreiten.

Ich möchte nur unserer Kritik an der Fragestunde einen weiteren Beitrag beifügen. Es gibt in diesem Hohen Hause einen Bundesminister, der es als sein besonderes Vergnügen betrachtet, die Fragestunde durch provozierende Antworten zu mißbrauchen. Ich spreche vom gegenwärtigen Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević. Seine Art, Fragen, im besonderen der freiheitlichen

Abgeordneten, zu beantworten, zeichnet sich durch eine kesse Forscheit aus, durch Vernachlässigung jedes sachlichen Inhaltes, mit einem Wort durch Vermeidung jeder sachlichen Antwort; sie stellt daher eine Verletzung des Fragerechtes des Nationalrates dar und im übrigen auch eine Beleidigung der souveränen Volksvertretung. Das wird nicht dadurch gemildert, daß der Unterrichtsminister selbst Mitglied des Hauses ist und damit auch sein eigenes Haus mißachtet.

Der vergangene Mittwoch — ich habe das hervorgehoben — war ein Schulbeispiel für einen solchen Mißbrauch einer Ministerantwort.

Aber auch in den schriftlichen Antworten befließt sich der Minister Dr. Piffl einer besonders forschen Ausdrucksweise, er erteilt Zensuren, er geht auf den Inhalt der Anfragen nicht ein, er verletzt die geschäftsordnungsmäßige Frist, mit einem Wort: Er verletzt ununterbrochen das verfassungsmäßig und geschäftsordnungsmäßig gewährleistete Fragerecht der Mitglieder des Nationalrates.

Ich richte daher an den Herrn Präsidenten des Nationalrates die Bitte und den Appell, dafür zu sorgen, daß dieses Fragerecht des Nationalrates auch gegenüber dem Minister Dr. Piffl einwandfrei durchgesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht der Augenblick, über die Sendezeiten für Rundfunk und Fernsehen bei Übertragungen aus dem Nationalrat zu sprechen. Wir werden das zum gegebenen Anlaß nachtragen.

Es ist aber augenblicklich bei der Beratung über die Gruppe I notwendig, auch über den Rechnungshof zu sprechen. Ich habe bereits im Finanzausschuß festgestellt, daß es noch immer einige Ministerien und sonstige Stellen gibt, die die Einschauberichte des Rechnungshofes entweder überhaupt nicht oder nur unzureichend beantworten. Der Herr Bundeskanzler hat zugesagt, daß er in einem Rundschreiben die Ressorts auf die Pflicht, auf den Rechnungshofbericht zu reagieren, aufmerksam machen wird.

Davon unabhängig aber ist die Novellierung des Rechnungshofgesetzes wahrlich nicht mehr aufschiebbar. Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes — ich muß dauernd in unserem Rechtsstaat feststellen, daß entscheidende Erkenntnisse eines unserer obersten Organe, des Verfassungsgerichtshofes, nicht beachtet werden — also ein Erkenntnis vom 18. Oktober 1958 hat eine Novellierung des Rechnungshofgesetzes notwendig gemacht.

Auch der Herr Präsident des Rechnungshofes hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er diese Novellierung gerne sehen würde, weil er sie sachlich und dienstlich benötigt. Ich darf also den Appell an das Hohe Haus richten,

Dr. van Tongel

endlich dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Ich möchte zum Abschluß der Beratungsgruppe I zum Ausdruck bringen, daß der Nationalrat im besonderen den Beamten und Angestellten des Hauses, insbesondere auch den Stenographen, zu aufrichtigem Dank für ihre jederzeitige Unterstützung und Hilfe und Einsatzbereitschaft verpflichtet ist. Ich möchte namens meiner Fraktion, wie ich glaube auch im Namen der anderen Kollegen, diesen Dank gerade heute am Beginn dieser für die genannten Damen und Herren so anstrengenden Budgetberatungen zum Ausdruck bringen.

Nun zur Beratungsgruppe II: Ich möchte mit einem aktuellen Gegenstand beginnen und daher den Herrn Bundeskanzler fragen, welche Maßnahmen die Bundesregierung zu treffen bereit ist, um derart skandalöse Ereignisse, wie sie sich am vergangenen Samstag ereignet haben, hintanzuhalten: Es fliegt ein Flugzeug nach Wien ein, es wird nicht geortet, es wird nicht festgestellt, es gelangt nach Wien. (*Abg. Dr. Pittermann: Es ist ja niemand kompetent!*) Das kommt noch, Herr Dr. Pittermann. Es fliegt in einer Höhe von 50 m über dem Stephansplatz, also niedriger als die Spitze des alten Steffl. Man weiß nicht, was los ist, das Flugzeug wirft hunderttausend Flugzettel ab, und eine Behörde nach der anderen weiß nicht, ob sie zuständig ist. Die Polizei wird von Passanten auf der Straße aufmerksam gemacht, die Staatspolizei wendet sich an das Innenministerium (*Abg. Peter: Prader muß ja Offiziere versetzen!*), das Innenministerium wendet sich an das Außenministerium, niemandem fällt ein, daß es ja auch noch eine bewaffnete Macht in diesem Staate gibt, für die Milliarden ausgegeben werden. Ein Hubschrauber, der angeblich ständig startbereit in der Meidlinger Kaserne steht, startet mit einiger Verspätung und kann daher das Flugzeug nicht mehr einholen. Es verschwindet ebenso geheimnisvoll, wie es gekommen ist. (*Abg. Steininger: Raketen brauchen wir!*) Jetzt wird behauptet, man weiß gar nicht, ob es ein italienisches Flugzeug war, es könnte auch ein österreichisches gewesen sein. (*Abg. Dr. Broda: Kollege, es war Samstag!*) Wenn es ein österreichisches gewesen ist, ist der Skandal, der hier aufgedeckt worden ist, ja umso größer. (*Abg. Weikhart: Fünftage-woche!*)

Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, wie in einem wirklichen Ernstfall, wenn also nicht nur eine Sportmaschine mit einer Geschwindigkeit von etwa 350 km pro Stunde einfliegt, wie das am Samstag der Fall war, wenn also etwa feindliche Flugzeuge in aggressiver Absicht einfliegen, wie dann die so kost-

bare und für uns kostspielige Neutralität von unseren staatlichen Organen, von unserer bewaffneten Macht geschützt wird. (*Abg. Doktor Broda: Es war Samstag!*)

Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung ist leider nicht da, er kann daher keine Antwort geben, aber vielleicht wird der Herr Bundeskanzler als Chef der Gesamtregierung unsere Sorge darüber zerstreuen, wie solches möglich war.

Nun einige andere Fragen. Die Wiederverlautbarung des Bundes-Verfassungsgesetzes wird von mir im besonderen seit sieben Jahren bei jeder Budgetdebatte verlangt. Es ist hoch an der Zeit, hier endlich Klarheit zu schaffen.

In einem Punkt ist ein Fortschritt festzustellen: Das Personalvertretungsgesetz wurde als Regierungsvorlage eingebracht und steht in einem Unterausschuß des Verfassungsausschusses in Behandlung. Allerdings mangelt dieser Regierungsvorlage die Spitze, nämlich die Spitze einer Bundespersonalvertretung. Aber ich habe mir sagen lassen, daß gewerkschaftliche Bedenken der Grund für diesen Mangel gewesen sind.

Die Bundesregierung hat einem jahrelangen Verlangen nach einer Dienstrechtsvereinigung insofern Rechnung getragen, als sie einen Entwurf über ein sogenanntes Zwischendienstzeitengesetz ins Begutachtungsverfahren gebracht hat. Schon eine flüchtige Durchsicht dieses Entwurfes läßt erkennen, daß er völlig ungeeignet ist und in keiner Weise den Anforderungen eines solchen Gesetzes entspricht.

Ich sehe mich daher veranlaßt, namens meiner Fraktion folgenden Antrag zu stellen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der das Problem der sogenannten Dienstrechtsvereinigung gesetzlich geregelt wird. Diese Regelung soll etappenweise verwirklicht werden, um den Staat finanziell nicht zu überlasten.

In der ersten Etappe sollen allen durch das Beamten-Überleitungsgesetz geschädigten Pensionisten sowie den wiederingestellten Beamten und Angestellten alle bisher vorerhaltenen Dienstjahre sowie die nach den am 3. März 1933 in Geltung gestandenen österreichischen Gesetzen möglichen Vorrückungen und Beförderungen anerkannt und angerechnet werden. In der gleichen Weise sollen den nach dem 12. März 1938 wiederverwendeten Beamten des Ruhestandes die in Wiederverwendung zugebrachten Zeiten im gleichen Sinne angerechnet werden.

Dr. van Tongel

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, für diesen Antrag die Unterstützungsfrage zu stellen.

Nun noch ein Ersuchen an den Herrn Bundeskanzler. Wir bitten den Herrn Bundeskanzler um Auskunft, welche Vorsorge er bereit ist, im Budget für die Gehaltsforderungen der öffentlichen Angestellten zu treffen. Bekanntlich enthält das in Beratung stehende Budget keine derartige Vorsorge.

Wie allgemein bekannt ist, werden die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 9. Dezember 1966 dem Herrn Bundeskanzler ihre weiteren Wünsche und Forderungen vortragen. Angesichts der bevorstehenden und bereits erfolgten Preissteigerungen und der allgemeinen Lohnerhöhungen muß man sagen, daß auch solche Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten durchaus gerechtfertigt sind und daher von uns unterstützt werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf den Herrn Bundeskanzler auch noch bitten, dem Hohen Hause einen Zeitplan für die Durchführung des am 1. Jänner 1967 in Kraft tretenden Rundfunkgesetzes zu übermitteln, da dieses Gesetz bereits jetzt seine Wellen wirft.

Im übrigen darf ich feststellen, daß die freiheitlichen Abgeordneten die Beratungsgruppen I und II ablehnen werden, wie sie auch gegenüber allen anderen Budgetgruppen eine ablehnende Stellungnahme beziehen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel hat soeben einen Antrag gestellt, betreffend Dienstrechtsvereinbarung. Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage. Wer diesem Antrag seine Unterstützung gibt, den bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist nicht genügend unterstützt, der Antrag steht nicht zur Diskussion.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich im Einvernehmen mit allen Mitgliedern der Präsidialkonferenz mitteilen, daß wir heute die ersten Redner der drei Parteien anhören, bevor wir für die Mittagspause unterbrechen. Ab morgen werden wir dann die Sitzung jeweils um 1 Uhr unterbrechen, wobei die näheren Details morgen noch mitgeteilt werden. Heute unterbrechen wir also erst nach dem dritten Redner.

Nunmehr ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn die Spezialdebatte über das Budget alljährlich mit der gemeinsamen Beratung über die

Gruppe „Oberste Organe“ mit den Kapiteln „Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei“, „Organe der Bundesgesetzgebung“, „Gerichte des öffentlichen Rechtes“ und „Rechnungshof“ und über die Gruppe „Bundeskanzleramt“ eingeleitet wird, so entspricht das nicht nur der Systematik des Bundesfinanzgesetzes — es stellt auch die an uns gerichtete Aufforderung dar, uns Gedanken darüber zu machen,

1. welche Aufgaben diese obersten Organe auf Grund der Verfassung zu erfüllen haben und wie sie diese Aufgaben in der Realität unseres politischen Lebens auch tatsächlich erfüllen,

2. inwieweit sie zusammenwirken, sich gegenseitig zu kontrollieren oder auch ihre Unabhängigkeit zu respektieren haben, und nicht zuletzt

3. bis zu welchem Grade durch sie das Funktionieren und die Lebendigkeit unserer Demokratie gewährleistet ist.

Das ist ohne Zweifel auch eine finanzielle Frage — ich erinnere hier nur an den von allen Parteien dieses Hauses am 15. Juni dieses Jahres gefaßten Gesetzesbeschluß, mit dem die Tätigkeit der parlamentarischen Klubs erleichtert wurde —, aber doch nicht nur eine finanzielle Frage.

Von den eingangs erwähnten obersten Organen gehen die Person des Bundespräsidenten und die Abgeordneten dieses Hauses aus allgemeinen, freien und geheimen Wahlen hervor. Auch die Bundesregierung, die das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses besitzen muß, darf — wie ich noch näher ausführen werde — die Bezeichnung „freigewählte Regierung“ für sich in Anspruch nehmen. Andere oberste Organe, wie die Gerichte des öffentlichen Rechtes, verdanken hingegen ihre Unabhängigkeit gerade dem Umstand, daß ihre Kontrollbefugnis, die sie gegenüber der Gesetzgebung, der Regierung und der Verwaltung auszuüben haben, von Wahlergebnissen unberührt bleibt.

Nicht umsonst haben alle Akte zur Beseitigung der Demokratie stets zwei Stoßrichtungen aufgewiesen: eine gegen den freien Wähler und die andere gegen den unabhängigen Richter!

Nichts wischt alles Gefasel von einer Alleinherrschaft rascher vom Tisch als die Tatsache, daß heute ebenso wie gestern von den Österreichern frei gewählt und von unabhängigen österreichischen Richtern Recht gesprochen werden kann. Heute sind es Betriebsratswahlen und Landwirtschaftskammerwahlen, morgen werden es Gemeinderats- und Landtagswahlen sein und übermorgen wieder Nationalratswahlen. Sehr bald, meine Damen und

Dr. Withalm

Herren, werden unabhängige Gerichte über Mißstände zu urteilen haben, die nicht etwa gestern aufgedeckt wurden und heute geschehen sind, sondern die gestern geschehen sind und heute aufgedeckt werden.

Der österreichische Wähler braucht wahrhaftig nicht nervös zu werden. Der 6. März war nicht der Begräbnistag einer bis dahin ideal funktionierenden Demokratie, sondern viel eher der Geburtstag einer besser funktionierenden Demokratie. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.)* Das danken wir der Reife der österreichischen Wähler, das danken wir aber auch der Voraussicht des Verfassungsgesetzgebers, der bei der Funktionsabgrenzung der obersten Organe unseres Staates keineswegs in erster Linie an das System der starren Koalition gedacht hat, sondern an eine voll funktionierende parlamentarische Demokratie, wie wir sie heute haben.

Folgendes steht fest: Es hat sich sehr viel geändert seit dem 6. März 1966. *(Abg. Sekanina: Das stimmt! Es hat sich sehr viel geändert!)* So die Zusammensetzung dieses Hauses und vor allem durch den Beschluß der Sozialistischen Partei Österreichs, in die Opposition zu gehen, die Zusammensetzung der Regierung.

Ein weiteres steht fest, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Es ist deshalb nicht das geringste passiert, denn selbst ein parteipolitischer Erdrutsch bei einer Wahl bedeutet in einer rechtsstaatlichen Demokratie noch lange nicht, daß die Grundrechte des einzelnen Staatsbürgers, die Unabhängigkeit der Richter, die Rechte des Parlaments und der parlamentarischen Opposition und die Freiheit der öffentlichen Meinung verschüttet werden. *(Abg. Pay: Bei Rundfunk und Presse auch!)*

In seinem historisch-philosophischen Buch „Grund und Abgrund der Macht“ stellt Dolf Sternberger die für uns so aktuelle Frage: „Wie soll ein Kabinett der ganzen Staatsgesellschaft zum Besten dienen, welches von vornherein auf den Grundsätzen und Interessen von Parteien oder einer einzigen Partei festgelegt und vereinigt ist?“

Er antwortet darauf: „Die Rechtmäßigkeit der parlamentarischen Parteiregierung ... fußt ... auf der wiederkehrenden freien Wahl ..., darauf, daß sie sich in Abständen dem Votum der aktiven Bürgerschaft unterwirft, mag es zustimmend oder ablehnend ausfallen ... Wer will, mag auch dies — für einen Augenblick und sozusagen der Paradoxie zuliebe — eine ‚Herrschaftsordnung‘ nennen: es ist die Ordnung, die auf der unbedingten Herrschaft der Spielregel beruht. Dieser Art

von Herrschaft ... ist auch in unseren Tagen Gehorsam geleistet worden in einem Maße, das jedermann verwundern ... muß. Winston Churchill hat ihr gehorcht, als er, der Retter Englands, nach den Sommerwahlen von 1945 zurücktrat. Die Hälfte der Wählerschaft, die sich an der amerikanischen Präsidentenwahl von 1960 beteiligte, hat ihr gehorcht, als sie widerspruchslos den demokratischen Kandidaten, John F. Kennedy, als Präsidenten anerkannte, obwohl ihm ... nur ein recht geringfügiger Vorsprung vor seinem republikanischen Mitbewerber zuteil geworden war. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat dieser Herrschaft der Spielregel gehorcht, indem sie ... im Bundestag das harte Brot der Opposition aß, ohne sich zu empören, ohne den Umsturz oder auch nur den Boykott zu wählen.“ Soweit Dolf Sternberger.

Ich aber möchte zu dieser Frage zusammenfassend noch einmal betonen: Es gibt, meine Damen und Herren, auch im dritten Jahrzehnt der Zweiten Republik keine Alleinherrschaft einer Partei und deshalb auch keine gespielte oder probeweise durchexerzierte Empörung gegen eine solche nicht vorhandene Alleinherrschaft, sondern es gibt nur Grundregeln unseres Zusammenlebens, denen wir uns alle zu unterwerfen haben. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zeillinger: Daher keine Sendezeit für die Opposition!)*

Meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien! Gerade für diejenigen unter Ihnen, die am lautstärksten die Behauptung aufstellen, die Mehrheit dieses Hauses und die vom Vertrauen dieser Mehrheit getragene Regierung mache Fehler über Fehler, muß es doch an und für sich eine sehr große Beruhigung sein, daß sich diese Regierungspartei innerhalb einer verfassungsmäßig festgesetzten, ohne Ihre Mitwirkung nicht zu verlängernden Frist wieder den Wählern zu stellen haben wird.

Seien Sie überzeugt davon, daß die Mehrheit alles tun wird, um das von den Wählern in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Seien Sie aber auch überzeugt davon, daß die Mehrheit nichts tun wird, um die Rechte der Minderheit auch nur im geringsten anzutasten und zu schmälern. *(Abg. Dr. Pittermann: Na, beim Finanzgesetz 1966! — Abg. Zeillinger: Rundfunk und Fernsehen! — Abg. Pay: Bei Rundfunk und Fernsehen!)* Herr Kollege Zeillinger, ich glaube, es wäre besser, Sie würden nicht erinnern an zurückliegende Zeiten! Das täte Ihnen besser und stünde Ihnen wirklich besser an! *(Abg. Peter: Die Zensur beim Fernsehen hat die Mehrheit angeordnet!)* Reden wir vom Fernsehen, wenn Sie wollen; darüber könnten wir tagelang reden. Wir wissen sehr wohl *(Abg. Peter:*

Dr. Withalm

Einen Maulkorb wollt ihr uns umhängen!), daß das, was eine Partei heute als Hindernis auf dem Weg zur uneingeschränkten Macht empfindet, schon morgen sich als ein Schutzwall für ihre Existenz erweisen kann. Vielleicht versteht heute mancher auf der linken Seite dieses Hauses besser, daß es nicht nur unser persönliches Steckenpferd oder unser parteipolitisches Interesse war, wenn wir für die Erhaltung solcher Schutzwälle, die früher oft als Hindernisse angesehen wurden, eingetreten sind.

Hohes Haus! Die Koalition existiert nicht mehr. Am allerwenigsten in Form einer Koalition des Vertuschens der Fehler, die die Oppositionsparteien der Regierungspartei anlasten zu können glauben. (*Abg. Rosa Jochmann: Lassen Sie jetzt wählen!*) Umso lebendiger aber darf unsere Überzeugung sein, daß es nicht nur zwischen den beiden früheren Koalitionsparteien, sondern zwischen allen Parteien dieses Hauses eine Übereinstimmung im grundsätzlichen geben muß und auch gibt. Weder unsere Verfassung noch die Geschäftsordnung dieses Hauses darf Anlaß zu der falschen Spekulation geben, daß die Verletzung von Grundregeln, die heute für den einen von Nutzen und für den anderen von Schaden ist, auch morgen nur dem einen nützen und nur dem anderen schaden wird.

Ich möchte sogar noch weiter gehen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meinen Vorschlag, den ich 1965, noch in der Zeit der Koalition, machte: wir müssen, so sagte ich damals, dem Beispiel anderer Demokratien folgend, unbeschadet unserer gesellschaftspolitischen Meinungsverschiedenheiten, dazu kommen, Fragen von nationaler Bedeutung außer Streit zu stellen. Wie sollte unsere Neutralität, unsere Außenpolitik, unsere Landesverteidigung ernst genommen werden, wenn wir versuchen sollten, uns in diesen Fragen gegenseitig auszuspielen oder gar in den Rücken zu fallen? (*Abg. Peter: Siehe Versetzung der Offiziere! — Abg. Melter: Bundesheer! — Ruf bei der ÖVP: Noch lauter!*) Ja ich glaube sogar, meine Damen und Herren, daß angesichts einer immer stärkeren Verwissenschaftlichung des Lebens (*Abg. Melter: Keine sachliche Diskussion möglich im Bundesheer!*) auch einmal außer Streit gestellt werden könnte, daß die Alternative zu einem Budget, dessen Einnahmen nach fachlichen Gesichtspunkten geschätzt wurden und dessen Ausgaben die Einnahmen um das Ausmaß der Schuldentilgung übersteigen, nicht einfach darin bestehen kann, auf Einnahmen zu verzichten, gleichzeitig aber mehr auszugeben.

Hohes Haus! Wenn ich eingangs davon sprach, wir sollten uns Gedanken darüber

machen, bis zu welchem Grade durch unsere obersten Organe das Funktionieren und die Lebendigkeit unserer Demokratie gewährleistet ist, dann gilt dies wohl in erster Linie für uns selbst, für die Abgeordneten dieses Hauses. Wir sollten dabei nicht nur als Fraktion an anderen Fraktionen Kritik üben, sondern uns auch mit der öffentlichen Kritik am Parlamentarismus in der Parteiendemokratie auseinandersetzen.

Hieß es nicht früher und heißt es nicht auch heute noch, daß die eigentlichen Entscheidungen in Parteigremien fallen und daß das, was sich auf der Bühne des Parlaments abspielt, eigentlich nur ein Stück sei, dessen Text schon längst vorher festgelegt wurde, also überspitzt formuliert: Theater?

Ich glaube, es gilt hier, einige Mißverständnisse aufzuklären: die Willensbildung in den ältesten Parlamenten erfolgte ursprünglich nicht in aller Öffentlichkeit, sondern in vertraulicher Beratung — daher der Ausdruck „Kammer“. (*Abg. Zeillinger: Nachtigall ich hör dir trapsen!*) Für die Öffentlichkeit der Plenarsitzungen mußte ein Preis bezahlt werden: aus der Diskussion wurde ein Disput! Wer wird wirklich angesichts der Galerie, der Presseloge und der Fernsehkamera das Schauspiel einer öffentlichen Bekehrung zum Standpunkt seines Gegners bieten, statt seinen eigenen Standpunkt mit Vehemenz darzulegen und zu vertreten? Das sollten wir doch, glaube ich, einmal ohne jede falsche Sentimentalität zur Kenntnis nehmen.

Gleichzeitig aber sollten wir durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Bevölkerung die Vorgänge auf der Bühne und hinter den Kulissen des Parlaments im richtigen Licht erscheinen lassen. (*Ständige Zwischenrufe des Abg. Zeillinger.*) Meine Herren! Ich weiß nicht, warum Sie so nervös sind. Ich glaube, Sie sind mehr in Bonn als in Wien. Dann verstünde ich Ihre Nervosität. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zeillinger: Warum verbieten Sie dann Fernsehen im Parlament? — Zwischenruf des Abg. Melter.*) Gleichzeitig aber sollten wir durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, so sagte ich, der Bevölkerung die Vorgänge auf der Bühne und hinter den Kulissen des Parlaments richtig vor Augen führen:

Der Disput auf der Bühne der Plenarsitzungen ist kein „Theater“ in dem abwertenden Sinn, in dem dieses Wort gerne gebraucht wird. Die Bevölkerung soll und muß ja erfahren, wie die Regierungspartei und die Oppositionsparteien ihren Standpunkt begründen. Das ist doch die wichtigste Voraussetzung für die kontinuierliche Bildung des Volkswillens. (*Abg. Peter: Dann geben Sie*

Dr. Withalm

wenigstens dem Fernsehen genug Licht!) Herr Kollege Peter! Ich habe Ihnen bereits einmal gesagt: Schauen Sie, daß Sie bei der nächsten Wahl von 6 Mandaten meinetwegen auf 30 kommen, dann werden Sie entsprechend größere und längere Zeiten auch im Fernsehen haben! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Wir werden uns bemühen, der ÖVP Mandate abzunehmen!)* Nur so kann die nächste Wahl eine „Fortsetzung der Parlamentsdebatte mit anderen Mitteln“ sein. *(Abg. Zeillinger: Hatten Sie das für demokratisch? Das ist brutale Diktatur! — Weitere heftige Zwischenrufe bei der FPÖ. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin überzeugt davon, daß die Konfrontation einer regierenden Mehrheitspartei mit einer starken Opposition, wie wir sie heute haben, dem Wähler die Entscheidung sehr erleichtern wird. An Stelle von ungelösten Problemen und gegenseitigen Beschuldigungen gibt es heute Entscheidungen, die auf der einen Seite begründet und von der anderen Seite kritisiert werden.

Der Disput auf der Bühne der Plenarsitzungen aber ist ja nicht alles, was sich auf parlamentarischem Boden und in diesem Hause abspielt. Der an die Adresse der Koalitionsparteien der Weimarer Republik gerichtete Vorwurf Carl Schmitts, daß „sie nur noch miteinander verhandeln, um durch Verträge zu herrschen“, geht am heutigen parlamentarischen Leben der Zweiten Republik vollkommen vorbei. Kein Koalitionspakt bindet die Fraktionen. In den Ausschüssen wird diskutiert. *(Abg. Dr. Pittermann: Oder auch nicht! — Rufe bei der FPÖ.)* Auch innerhalb der Fraktionen ist die Haltung, die man dann in den Ausschüssen und im Plenum einnimmt, das Ergebnis echter Diskussion.

Ich möchte hier auch einmal ganz offen zu der Frage Stellung nehmen, inwieweit der Grundsatz des freien Mandates mit dem sogenannten Klubzwang vereinbar ist. Die Bundesverfassung setzt zwar die Mitwirkung der politischen Parteien an der Berufung der Abgeordneten voraus. In der Ausübung ihrer Funktion aber sind diese Abgeordneten Repräsentanten ihrer Wähler und nicht etwa kündbare Angestellte einer politischen Partei. Wir haben uns deshalb auch immer zu dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes bekannt, wonach die Wahl einen Anspruch auf die Ausübung der Funktion während der ganzen Wahlperiode vermittelt. Die Verfassung sieht zwischen dem Prinzip des freien Mandats und dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung keinen Widerspruch. Man rede deshalb nicht von Klubzwang, wenn die einzige Klubdisziplin, die wir verlangen, darin

besteht, daß sich der Abgeordnete in seiner Fraktion dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung unterwirft. Es ist doch keineswegs so, daß die Abgeordneten einer Partei, die aus den verschiedensten Teilen unseres Landes und aus Bevölkerungsgruppen mit verschieden gelagerten Interessen kommen, von vornherein immer der gleichen Meinung sind. Der gemeinsame Standpunkt, den sie später dann hier im Plenum des Hauses einnehmen, steht keineswegs von Anfang an fest, sondern stellt das Ergebnis langer Diskussionen und eines echten Ringens dar. Auch die Erarbeitung dieses gemeinsamen Standpunktes sollte man als Teil des parlamentarischen Lebens und einer funktionsfähigen Demokratie würdigen.

In diesem Zusammenhang ist wohl auch ein Wort über die Parteien als solche am Platz. Der Nationalrat hat bekanntlich anlässlich der Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1964 eine Entschliebung gefaßt, in der die Bundesregierung ersucht wurde, dem Nationalrat einen Bericht über die Rechtsauffassung betreffend die Stellung der Parteien im öffentlichen Leben vorzulegen. Dieser Bericht liegt nunmehr vor. Er weist darauf hin, daß unsere Bundesverfassung, die den Ausdruck „politische Partei“ überhaupt nur an einer einzigen Stelle verwendet, über die tragende Funktion, die die Parteien tatsächlich im Rahmen des Staatsgeschehens ausüben, eigentlich nichts aussagt. Das mag mit ein Grund dafür sein, weshalb in der Öffentlichkeit die Parteien zuweilen eher als Schönheitsfehler denn als organische Bestandteile unseres demokratischen Lebens gesehen werden, obwohl das Verhältniswahlrecht die Existenz politischer Parteien geradezu voraussetzt.

Es fehlt an einer Institutionalisierung der Parteien, das heißt an einer Verfassungsbestimmung, die ihre Funktion als Träger öffentlicher Aufgaben klarstellt. Es fehlt infolgedessen auch an einer klaren Abgrenzung zwischen der Staatsgewalt und den Aufgaben der politischen Parteien und nicht zuletzt an einer Regelung, die die Frage der Rechtspersönlichkeit der politischen Parteien klärt.

Mit Grundsätzen allein ist es freilich nicht getan, wie das Beispiel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zeigt. Denn so, wie die politische Partei in der Verfassung gewissermaßen „programmiert“ wird, so muß sie sich dann auch in der Wirklichkeit darstellen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich jedenfalls klarstellen, daß unser Interesse in erster Linie der Abgrenzung der Aufgaben und damit der Begrenzung der Rechte der politischen Parteien gilt und nicht einer rein

Dr. Withalm

optischen Aufwertung durch eine Verfassungsbestimmung, die dann womöglich nur als Aufhänger für eine Parteifinanzierung aus Steuergeldern benützt werden könnte.

Das Wort „Partei“, meine Damen und Herren, hat bei uns — das wissen wir — sicher noch nicht den guten demokratischen Klang, den dieser Begriff überall dort, wo er sich in der Mehrzahl anwenden läßt, nämlich in echten Demokratien, an und für sich verdient.

Wenn wir uns zum Pluralismus bekennen, dann müssen wir uns zu zweierlei bekennen: zur Übereinstimmung im gemeinsamen Staatsbewußtsein und zur Differenzierung in verschiedenen parteipolitischen Richtungen. Hanna Arendt hat in ihrer Untersuchung über die „Ursprünge totalitärer Herrschaft“ überzeugend nachgewiesen, daß in Zeiten einer Krise nur die Schaffung einer formlosen Masse das Substrat einer totalitären Diktatur abzugeben vermag. Sie schreibt: „Der Ausdruck Masse ist überall da zutreffend und nur da, wo wir es mit Gruppen zu tun haben, die sich ... in keiner Organisation strukturieren lassen, die auf gemeinsamen Interessen an einer gemeinsam erfahrenen Welt beruht, also in keinen Parteien, keinen Interessenverbänden, keinen Selbstverwaltungen, keinen Gewerkschaften, keinen Berufsvereinen.“

In diesem Sinne haben die Parteien die Aufgabe einer Überwindung der Gleichgültigkeit für öffentliche Angelegenheiten und des Brückenschlages vom Volk zum Staat, eine Aufgabe, die gerade im Interesse der Freiheit des einzelnen und der Abwehr einer totalen Verpolitisierung gesehen und gewürdigt werden muß.

In der Zeit der Koalition war es oft sehr schwer, diese Gleichgültigkeit gegenüber Fragen des öffentlichen Lebens zu überwinden. Mit der Konfrontation einer großen Regierungspartei und einer großen Oppositionspartei aber ist das Interesse der Bevölkerung an der Politik im allgemeinen und am Parlament im besonderen merklich größer geworden; vor allem auch das Interesse der Jugend, wie ich auf Grund meiner Erfahrungen in den letzten Wochen und Monaten immer wieder feststellen konnte. Sehr viele junge Bürger unseres Staates sind sich der Tatsache sehr wohl bewußt, daß mit den Entscheidungen, die wir hier treffen, die Weichen für ihre Zukunft gestellt werden; daß das, was wir für die Bildung, für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und für die Modernisierung der Betriebe tun, für sie getan ist. Deshalb interessiert die jungen Menschen auch, welche Begründung die regierende Mehrheit den von ihr getroffenen Maßnahmen

gibt. Es interessiert sie aber nicht minder, ob die opponierende Minderheit, die diese Maßnahmen kritisiert, auch echte Alternativen dazu aufzuweisen hat.

Meine Damen und Herren! In unserer Demokratie weht seit einiger Zeit ein frischer Wind, und das spürt die Jugend. Die Auseinandersetzungen sind nicht unbedingt härter, aber offener und ehrlicher geworden. Wie oft haben sich die Koalitionsparteien früher gegenseitig angegriffen, und dann haben sie doch gemeinsam abgestimmt. Das war der Bevölkerung nicht immer leicht zu erklären. Jetzt trägt jeder die ungeteilte Verantwortung für seine Haltung: die Mehrheit für jene Gesetze, die nur mit ihren Stimmen beschlossen wurden, aber auch die Oppositionsparteien für die Konsequenzen, die eintreten würden, wenn die von ihnen abgelehnten Gesetze nicht oder in einer anderen Form beschlossen würden.

Wenn vor kurzem in einer Fernsehdiskussion die Frage aufgeworfen wurde, ob in Österreich ein Vertrauensnotstand herrsche, dann glaube ich, daß nicht nur meine Partei, sondern wir alle diese Frage in dieser allgemeinen Form mit gutem Recht verneinen können. Es mag schon sein, daß die Oppositionsparteien der Regierungspartei in dem einen oder anderen Punkt kein Vertrauen entgegenbringen. Das beruht im übrigen, meine Damen und Herren, bezüglich mancher Vorschläge der Oppositionsparteien auf Gegenseitigkeit. Aber unserem Staat und seiner demokratischen Ordnung gegenüber kann doch nicht von einem Vertrauensnotstand gesprochen werden.

Niemand in diesem Land ist so mächtig, daß nur noch er etwas zu sagen hätte oder daß er jedem anderen das Reden verbieten könnte. Die Regierung wird gefragt, sie muß Rede und Antwort stehen, und das ist gut so. Im Parlament kommt die Opposition zu Wort, auch das ist gut so. In der öffentlichen Meinung kann die Regierungspartei kritisiert werden — und sie wird auch heftig kritisiert —, und das ist ebenfalls gut so. Und schließlich können wir alle in diesem Hause — so hitzig auch manche Debatte sein mag — doch auch miteinander reden; oder können wir das nicht, meine Damen und Herren? Die Gesprächssituation ist gegeben: hier in diesem Saal, draußen in den Couloirs und bei Begegnungen außerhalb dieses Hauses.

Eines möchte ich freilich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen. Wenn schon die Regierung, wenn schon die Mehrheit dieses Hauses gefragt werden kann und auf eine Frage eine klare und unmißverständliche Antwort gibt, dann wäre es ein Gebot der Fairneß, diese Antwort, die man ja haben

Dr. Withalm

wollte, nicht zu entstellen oder gar zu verschweigen.

Meine Kollegen von der sozialistischen Fraktion! Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß den Herrn Bundeskanzler um eine Stellungnahme zur Frage des Habsburgvermögens gebeten. Der Herr Bundeskanzler hat Ihnen klipp und klar erklärt, daß auf Grund der derzeitigen geltenden Gesetzeslage kein Vermögensanspruch besteht und daß die Bundesregierung auch keine Initiative zur Änderung dieser Gesetzeslage zu ergreifen gedenkt. Auf eine Zusatzfrage, ob es keine Hintertür der Vermögensrückgabe durch Miete oder Pacht gäbe, erwiderte der Bundeskanzler, daß die Erledigung eines Antrages hinsichtlich Pacht und Miete von dessen Umfang abhängt. „Wenn“, so erklärte der Kanzler wörtlich, „ein solcher Antrag in seiner Umfänglichkeit praktisch einer Vermögensrückgabe gleichkäme, dann hätte seine Erklärung auch für Miet-, Pacht- und Baurechte Geltung.“ Diese Antwort ließ also keinen Zweifel, daß auch in Form einer Verpachtung und Vermietung keine Vermögensrückgabe in Frage kommt. Den Eindruck des genauen Gegenteils aber, meine Damen und Herren, hat man in Reden und Presseerklärungen zu erwecken versucht.

Im übrigen darf ich der Vollständigkeit halber auch hier wiederholen, daß ich namens der ÖVP-Fraktion die verbindliche Erklärung abgegeben habe, daß auch seitens der ÖVP-Parlamentsfraktion eine Gesetzesinitiative in dieser Frage nicht entwickelt werden wird.

Hohes Haus! Was die Organe der Gesetzgebung betrifft, möchte ich zur Tätigkeit des Abgeordneten noch unter drei Gesichtspunkten kurz Stellung nehmen.

Zuerst ein sehr offenes Wort zur sogenannten Interventionstätigkeit. Es ist kein Geheimnis, daß von jedem einzelnen Abgeordneten sehr viel Zeit und sehr viel Mühe für diesen Zweck aufgewendet wird. Ich wende mich hier keineswegs gegen den sehr wünschenswerten Kontakt zwischen Wählern und Gewählten und auch nicht gegen den berechtigten Wunsch der Bevölkerung, die Hilfe eines Abgeordneten in Anspruch zu nehmen, um im Wege der Gesetzgebung regionale Wünsche zu erfüllen oder im Wege der Kontrolle der Verwaltung Mißstände abzustellen.

Aber warum geht es denn bei der Interventionitis in neun von zehn Fällen? Nicht um Wünsche von Bevölkerungsgruppen, sondern von einzelnen Personen, nicht um Gesetzgebungsakte, sondern um Gefälligkeiten. Nicht selten soll diese Gefälligkeit sogar darin bestehen, einzelne bei der Anwendung der Gesetze einseitig zu bevorzugen. Das aber

verstößt gegen die Verfassungsgrundsätze der Gleichheit vor dem Gesetz und der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.

Wir wollen es den Leuten, die da glauben, mit guten Beziehungen ließe sich alles richten — von der Steuer bis zum Förderungskredit, von der Wohnung bis zur Wehrpflicht —, nicht unbedingt verargen, daß sie so denken. Die Kriegswirtschaft einer Diktatur, die wir sechs Jahre lang erlebten, das Regime der Besatzungsmächte, das zehn Jahre lang über und neben unserer staatlichen Ordnung existierte, die Bewirtschaftung der Nachkriegszeit und auch der Proporz der Koalitionszeit waren nicht unbedingt die beste Schule für rechtsstaatliches Denken. Nun aber ist es meiner Meinung nach zumindest für den Abgeordneten an der Zeit, zu einem Umdenken beizutragen. Der Abgeordnete ist Volksvertreter, aber nicht Laufbursche für Behördenwege; er soll sich gesetzgeberisch betätigen; seine Aufgabe ist es aber nicht, dabei zu helfen, daß Lücken in der Gesetzgebung entsprechend ausgewertet, sondern daß sie geschlossen werden. Es soll auch in Zukunft nicht an Hilfsbereitschaft gegenüber einem einzelnen Staatsbürger fehlen, der unverschuldet in Not geraten ist und beim besten Willen keinen Ausweg findet. Aber jenen, die von uns erwarten, daß wir ihre Angelegenheiten statt auf dem normalen Weg unter der Hand erledigen, werden wir nein sagen müssen. Wenn wir von der Sauberkeit des öffentlichen Lebens reden, dann erfordert das gerade von uns, von den Abgeordneten, den Mut, korrekt zu sein, selbst wenn das auf Kosten der Popularität gehen sollte.

Meine Damen und Herren! Auf der anderen Seite sollten wir uns mehr als bisher bemühen, der Bevölkerung den Abgeordneten bei seiner eigentlichen Tätigkeit zu zeigen. Das ist Aufgabe einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, für die nun erfreulicherweise finanziell vorgesorgt ist. Die Öffentlichkeit soll mehr als bisher von der Tätigkeit des Abgeordneten erfahren. Nicht nur als Redner im Plenum, auch bei der Diskussion im Ausschuß und bei der Beratung im Klub, beim Studium der zur Verhandlung stehenden Materie, bei der Vorbereitung seiner Rede und bei der Aussprache mit Experten sollte er der Öffentlichkeit zu Bewußtsein gebracht werden. Möglichkeiten dazu sind durch die Berichterstattung in Presse und Rundfunk, durch Broschüren, Kino- und Fernsehfilme und Führungen in reichlichem Maße gegeben. Wir sollten nicht nur durch die Hissung der Fahnen kundtun, daß der Nationalrat tagt, sondern auch in öffentlich zugänglichen Schaukästen der Bevölkerung mitteilen, worüber am jeweiligen Sitzungstag beraten wird. Wir

Dr. Withalm

sollten den Staatsbürgern nicht nur die Debatte im Plenum und den Abstimmungsvorgang zeigen, sondern sie den ganzen Prozeß der Gesetzwerdung von der Regierungsvorlage oder vom Initiativantrag bis zur Verlautbarung im Bundesgesetzblatt miterleben lassen. Handelt es sich doch hier um die Normen, die später im täglichen Leben für Millionen von Staatsbürgern verbindlich sind!

Wir sollten schließlich auch überlegen, ob wir nicht an einem sitzungsfreien Tag die Tore dieses Hauses für unsere Jugend öffnen könnten. Wir, die Abgeordneten, sollten sie selbst durch jene Räume führen, in denen für die junge Generation so bedeutungsvolle Entscheidungen fallen. (*Abg. Rosa Jochmann: So wie das im Wiener Rathaus gemacht wird!*) Wenn irgendwo etwas Gutes gemacht wird, Frau Kollegin, haben wir selbstverständlich keinen Grund, dem nicht nachzueifern. (*Abg. Probst: Es fragt sich nur, wer der „Wir“ ist!*) Wir, die Abgeordneten. Herr Abgeordneter Probst: Wir, die Abgeordneten dieses Hohen Hauses, worunter ich 165 Abgeordnete zum Nationalrat verstehe. (*Abg. Probst: Wenn Sie alles mit Mehrheit beschließen wollen, wird es nicht gehen!*)

Dann aber noch ein Drittes: Der Abgeordnete kann seine verantwortungsvolle Tätigkeit nicht vollkommen auf sich allein gestellt ausüben. Die Vorgänge des öffentlichen Lebens werden immer komplizierter und komplexer. Niemand kann Fachmann auf allen Gebieten der Gesetzgebung eines modernen Staates sein. Nicht nur die Exekutive, auch die Legislative hat Anspruch auf sachkundige Berater. Die Beschlüsse, die wir anlässlich der Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1966 zur Klubfinanzierung gefaßt haben, haben sich mittlerweile gut ausgewirkt. Der Schaden, der durch unverständliche oder die Verwaltung komplizierende und verteuernde Gesetze hervorgerufen wird, ist ungleich größer als der bescheidene Beitrag, den das Parlament nicht zuletzt deshalb in Anspruch nimmt, um mit der Verfassung im Einklang stehende und ohne große Schwierigkeiten und zusätzliche Verwaltungskosten anzuwendende Gesetze zu beschließen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Schluß noch eine grundsätzliche Bemerkung zu all jenen Gesetzen machen, die bisher nur mit den Stimmen der Regierungsmehrheit und gegen die Stimmen der Oppositionsparteien beschlossen wurden.

Die Regierungspartei trägt zwar für diese Gesetze allein die Verantwortung, aber es sind deshalb keine Gesetze, die nur den Wählern der Regierungspartei nützen (*Abg. Czettel: Schaden!*) oder nur von den Wählern der

anderen Parteien ein Opfer verlangen. Gerade weil wir die Mehrheit sind, meine Damen und Herren, können wir keine Klassenpolitik betreiben. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Wir haben mehr Konsumenten als Sie in unseren Reihen und nicht weniger Arbeitnehmer, kleine Selbständige und Pensionisten als die anderen Parteien. Die Entscheidung zwischen Konsum und Investition, die bei diesem Budget getroffen werden mußte, ist keine Entscheidung zwischen Klassen. Es ging bei dieser Entscheidung darum, ob wir in der Gegenwart auf Kosten der Zukunft leben wollen oder ob wir heute Opfer bringen wollen, damit wir morgen mehr und bessere Früchte ernten können. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Jochmann: Die meisten Opfer bringt das Volk!*)

Hohes Haus! Die Probleme, mit denen sich die Regierungspartei in den letzten Monaten zu beschäftigen hatte, sind keine Probleme, die durch die Entscheidung der Wähler am 6. März 1966 entstanden sind, sondern Probleme, die durch das Nichtentscheiden der Koalition in den letzten Jahren entstanden sind. Wenn Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, etwas den Entschluß, in Opposition zu gehen, erleichtert hat, dann zweifellos das aus der Führung zahlreicher Regierungsressorts stammende Wissen darüber, wie groß die von den letzten Koalitionsregierungen nicht mehr gelösten Probleme sind. Denken Sie etwa an die Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen oder an die Lage mancher verstaatlichter Betriebe.

Wenn ich am Ende einer Rede, in der ich mich bemüht habe, das Gemeinsame zu sehen und zu begründen, auch auf das zu sprechen komme, was uns trennt, dann deshalb, meine Damen und Herren, weil Sie im Finanz- und Budgetausschuß — das ist jetzt eine Frage an die Sozialistische Partei — ja nur der Gruppe „Oberste Organe“ Ihre Zustimmung gegeben haben, alle anderen Gruppen und Kapitel des Budgets aber abgelehnt haben und sicher auch im Plenum ablehnen werden.

Unser Budget ist also nicht Ihr Budget. Die Frage ist nur, wie Ihr Budget eigentlich aussieht. Die Abgeordneten Gratz und Czettel haben noch vor zwei Monaten ein Alternativbudget angekündigt. Vorgelegt wurde es bisher nicht. Vorgelegt wurde lediglich ein Minderheitsbericht — oder wird vorgelegt werden. Meine Damen und Herren! Ein Minderheitsbericht, der am Ende von Ausschüßberatungen erstattet wird, ist aber kein Alternativkonzept. (*Abg. Dr. Pittermann: Glauben Sie!*) Ein Alternativbudget hätte nur dann Sinn und Zweck gehabt, wenn es zu Beginn und nicht

Dr. Withalm

nach Abschluß von Ausschlußberatungen vorgelegt worden wäre oder meinetwegen bei der ersten Lesung gebracht worden wäre. Wir kennen nur zahlreiche sozialistische Anträge, die Mehrausgaben verursachen würden. Wir kennen den sozialistischen Wunsch, auf die Erschließung von Mehreinnahmen zu verzichten und die große Steuersenkung durchzuführen. Darüber hinaus kann man in der „Zukunft“ lesen, daß die Industrie die Forschung mitfinanzieren oder selbst finanzieren soll, daß die Motorisierungswelle gebremst werden soll, daß die Vermögensteuer erhöht werden soll, daß die Landwirtschaft stärker besteuert werden soll und daß dann das immer noch verbleibende Loch im Staatsbudget durch höhere Staatsverschuldung gestopft werden soll.

Wenn überhaupt, meine Damen und Herren, dann könnte man auf diese Überlegungen den Begriff Klassenpolitik anwenden. Uns interessiert aber hier nicht, was in der „Zukunft“ steht, sondern uns interessiert ausschließlich, was Sie hier in diesem Hohen Hause zum Budget 1967 zu sagen haben. Die Antwort auf die zentrale Frage steht noch immer aus. Und diese zentrale Frage lautet: Wie sollen die Ausgaben, die Sie sich vorstellen, durch die Einnahmen, die Sie sich vorstellen, bedeckt werden? Es ist unserer Meinung nach keine Alternative, wenn Sie jetzt einen Minderheitsbericht vorlegen. Das ist kein Konzept, und das ist auch, was die Budgetpolitik betrifft, kein Beispiel einer konstruktiven Opposition. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Das werden nicht Sie bestimmen, was konstruktiv ist! Das ist nur Ihre Auffassung!)* Herr Abgeordneter Czettel, ich bedaure sehr, das feststellen zu müssen. Doch das gehört zu den Meinungsverschiedenheiten, die wir uns, glaube ich, erlauben dürfen, weil wir uns über die Form im klaren sind, in der die Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden sollen. In diesem Sinne fasse ich auch Ihre Zustimmung zur Gruppe Oberste Organe auf.

Die Österreichische Volkspartei stimmt dieser Gruppe nicht nur als solcher zu, sondern als Bestandteil des gesamten Staatshaushaltes, für den sie allein die Verantwortung zu übernehmen bereit und auch entschlossen ist. *(Anhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **DDr. Pittermann** (SPÖ): Hohes Haus! Die Sozialistische Partei und damit auch ihre Abgeordneten hier im Hohen Haus befinden sich in Opposition gegen die Alleinregierung der ÖVP und gegen die sie

unterstützende Mehrheit im Hohen Haus. Diese Opposition soll und kann sich aber nicht erstrecken auf den Staat, die Republik Österreich und die Demokratie. Die sozialistischen Abgeordneten lehnen dieses Budget der Regierung und der Parlamentsmehrheit ab, weil sie es in seinem formellen Teil für verfassungswidrig halten, weil sie die Lastenverteilung, die zur Aufbringung der Mittel für den Staatshaushalt notwendig ist, für unsozial halten und weil sie auch die Auffassung über einzelne Zweckbestimmungen dieses Budgets nicht teilen.

Wir haben uns daher der Mühe unterzogen, unseren Standpunkt über ein Budget, das unserer Auffassung entsprechen würde, in einem Minderheitsbericht darzustellen. Wenn er Ihnen, Herr Klubobmann Dr. Withalm, nicht paßt, so muß ich sagen, wir haben nichts anderes erwartet. Die Frage ist nur, bei wem die Vorschläge, die wir machen, mehr Zustimmung finden werden.

Sie sagen, Sie machen keine Klassenpolitik — wir auch nicht. Sie sind der Meinung, daß man die Lasten des Staatshaushaltes beim Subventionsabbau, bei der Verteuerung der Grundnahrungsmittel, bei Brot und bei Milch, mehr auf die Familien verlegen muß. Wir sind der Meinung, daß die Förderung der Forschung in Österreich sehr wohl eine Aufgabe ist, zu der auch die großen Unternehmungen, zu der auch die Industrie einen Beitrag zu leisten hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden daher so wie in den Ausschlußberatungen diesem Budget unsere Zustimmung versagen. Wir erwarten aber, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, daß sich Ihre Fraktion zu unserem Minderheitsbericht anders verhält als entgegen Ihren Behauptungen bei den Beratungen über unseren konstruktiven Vorschlag hinsichtlich der Wachstumsgesetze im Ausschluß, wo Sie uns zwar haben reden lassen — das gebe ich zu; so weit geht wieder Ihre Demokratie nicht, daß Sie uns schon das Reden verbieten —, aber Rede und Antwort sind Sie uns nicht gestanden. Zum Schluß ist die Majoritätswalze eingesetzt worden, und wir sind niedergestimmt worden. *(Lebhafter Zustimmung bei der SPÖ.)* Wir hoffen, daß Sie sich diesmal an das halten, was Sie hier gesagt haben *(Abg. Dr. Withalm: Zwei Monate zu lang haben Sie daran gebastelt, es hat halt nicht richtig geklappt!)*, nämlich, daß Sie als Mehrheit bereit sind, der Opposition nicht nur das Recht einzuräumen zu reden; sondern auch entschlossen sind, ihr Rede und Antwort zu stehen. *(Abg. Dr. Withalm: Das ist bisher immer geschehen!)*

Ich möchte schließlich noch eines sagen, Herr Abgeordneter Withalm: Sie haben hier

DDr. Pittermann

in Ihren Ausführungen einmal das Wort von der besseren Demokratie gebraucht, die Sie hier vertreten wollen. (*Abg. Dr. Withalm: Nein, daß sie seit dem 6. März gegeben ist, habe ich gesagt!*) Ich würde dringend empfehlen, den Ausdruck „bessere Demokratie“, den man in Österreich schon einmal zu etwas anderem verwendet hat, nicht zu gebrauchen. Denn was wir 1945 — der konservative Teil der Bevölkerung durch seine Vertreter und der sozialistische Teil — beschlossen und wieder aufgebaut haben, das war die Rückkehr zur Verfassung und der auf ihr beruhenden Demokratie und nichts anderes. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Wir sind der Meinung, wir sollen uns hier in Österreich nicht in Diskussionen — solche spüren wir schon hie und da auf akademischem Boden — um bessere Demokratie einlassen, sondern wir sollen in einen Wettbewerb treten, wer die Gebote der Verfassung, die wir ja schließlich 1945 gemeinsam rezipiert haben, besser einhält. Aber nicht von der Verfassung weg zu etwas Neuem, das sich in Österreich noch nie als etwas Besseres erwiesen hat! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Herr Abgeordneter Pittermann! Das war die Rückkehr zur Verfassung. Einem Kelsen hat sicherlich nicht die starre Koalition vorgeschwebt!*)

Damit, Hohes Haus und Herr Kollege Withalm, komme ich zur Auseinandersetzung über die Beziehungen zwischen der Volksvertretung und der Vollziehung, sowohl der Verwaltung wie der Gerichtsbarkeit.

Der Artikel 1 der Bundesverfassung stellt die Rangordnung klar: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. — Das heißt, das Parlament, National- und Bundesrat beschließen die Gesetze, die die Vollziehung anzuwenden hat, und zwar nicht nur die Administration, nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Gerichtsbarkeit. Der Verfassungsgerichtshof sagt in einem Erkenntnis — Sie können es nachlesen: 2902 seiner Sammlungen — ausdrücklich: Gerichtsbarkeit ist die Vollziehung der Gesetze durch die mit den verfassungsgesetzlichen Garantien der Unabhängigkeit und Unversetzbarkeit ausgestatteten Organe. Hier ist die Rangordnung klar vorgezeichnet: Die Volksvertretung ist das oberste Organ der Staatsgewalt, sie kann die Verfassung ändern. Sie ist dabei bei einer Teiländerung unter bestimmten Voraussetzungen im Nationalrat gebunden. Sie ist bei einer Totaländerung der Verfassung gezwungen, über ihre Beschlüsse eine Volksabstimmung durchzuführen.

Wenn ich nun kurz auf das Verhältnis Gesetzgebung und Organe der Gesetzgebung und Verwaltung zu sprechen komme, so will

ich mir diesmal Ausführungen über den Konflikt bezüglich des formellen Teiles des Finanzgesetzes deswegen ersparen, weil darüber, wie hier schon gesagt wurde, ein Verfahren beim Verfassungsgerichtshof anhängig ist und man während dieser Zeit über diese Frage meines Erachtens im Hause nicht diskutieren sollte. Es wird hernach genügend Gelegenheit geboten sein.

Hingegen scheint mir manches im Verhältnis zwischen dem Nationalrat und der Bundesregierung noch verbesserungswürdig. Man verlangt, wenn die Verwaltung mit der Fertigstellung von Gesetzen saumselig ist, dann rascheste Entscheidungen des Nationalrates, die eine fach- und sachkundige Prüfung der vorgelegten Gesetze nahezu ausschließen. Das letzte Beispiel auf diesem Gebiet ist das Familienlastenausgleichsgesetz. Die Begutachtungsfrist darüber läuft, wie ich vorher erfahren habe, bis 1. Dezember, und es ist bereits von uns verlangt worden, wir mögen einer Sitzung des Finanzausschusses am 2. Dezember zustimmen. (*Abg. Machunze: Am 12., Herr Vizekanzler!*) Am 12.? Also ist das Datum geändert worden. Das gäbe Zeit, denn vor Abschluß oder unmittelbar nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens ist es ausgeschlossen, hier sachliche Entscheidungen zu treffen.

Ich möchte auf noch etwas zu sprechen kommen. Betrachten Sie es, wenn Sie wollen, als eine Marotte, aber ich glaube, es ist mehr dahinter. Denn die Funktion der Demokratie, die Funktion des Parlaments, muß dem Staatsbürger verständlich sein, nicht nur in äußeren Formen, wie etwa am letzten Mittwoch, sondern auch in den Produkten der Arbeit, nämlich in den Gesetzen. Wenn wir uns den Text der heute von den legislatischen Technokraten der Ministerien gemachten Regierungsvorlagen ansehen, so müssen wir bezweifeln, ob die Masse der österreichischen Staatsbürger mit der durchschnittlichen Grundschulbildung imstande ist, zu erkennen, was in den Gesetzen enthalten ist. Die Existenz der Demokratie besteht aber darin, daß sie verständlich ist — nicht Juristen allein, nicht Verwaltungsbeamten oder Interessenvertretungen allein. Es gibt Gesetze, die infolge unserer rechtsstaatlichen Bindung so speziell sind, daß sie eben von einem großen Teil der Bevölkerung nicht verstanden werden können. Aber wenn man Gesetze beschließt wie etwa ein Kraftfahrzeuggesetz oder anderes, das für die ganze Bevölkerung von Bedeutung ist, dann gehört es meines Erachtens zu den Aufgaben des gesamten Nationalrats, der Abgeordneten aller Parteien, dafür zu sorgen, daß das Gesetz so geschrieben ist, daß es der Staatsbürger verstehen und lesen

DDr. Pittermann

kann und daß er nicht zu jeder Stellungnahme zu einem Halteverbot oder zu einem Kreuzungsverbot einen Advokaten zu Rate ziehen muß. Ich glaube, das wäre eine der wichtigsten Aufgaben der gesamten Volksvertretung, auch wenn sie uns vielleicht in Konflikt bringt mit Zeitwünschen der Regierung oder mit Textierungswünschen von Legisten in der Administration. Aber schließlich und endlich sitzen auch hier im Hohen Haus Frauen und Männer, die eine juristische Vorbildung genossen haben, und es sitzen hier auch solche, die, ohne das römische Recht gelernt zu haben, wenigstens über das, was heute notwendig ist, Bescheid wissen. Ich appelliere also an alle, daß wir diesen Dingen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen und vor allem die Regierung ersuchen, durch die Zeitwahl dem Nationalrat auch genügend Zeit zur Erwägung solcher Gesichtspunkte zu geben.

Zuletzt eines noch: Die Rechte der Gesetzgebung, wie sie die Verfassung und die Geschäftsordnung vorsehen, sind Rechte für alle, für die Mehrheit wie für die Minderheit. Die Minderheit müßte sich auch dagegen zur Wehr setzen, wenn irgendein Organ der Vollziehung Rechte der Mehrheit verletzt oder verletzen sollte. Aber wir erwarten, daß auch die Abgeordneten der Mehrheitspartei dann, wenn Minderheitsrechte nicht berücksichtigt oder gar verletzt werden, mit der gleichen Entschiedenheit gegen die Verletzung der Parlamentsrechte auftreten wie die betroffene Minderheit. Darüber werden wir nach dem Abschluß des Verfahrens beim Verfassungsgerichtshof noch weiter zu entscheiden haben.

Nun zum Verhältnis zur Gerichtsbarkeit. Hier muß ich auf ein Verfahren zu sprechen kommen, das an sich hier im Hause abgeschlossen ist, dessen Weiterungen aber für das österreichische Volk und für die Innenpolitik weiter bestehen.

Durch das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 24. 5. 1963 wurde in der Streitfrage der Rückkehr von Otto Habsburg entschieden, daß die Landesverweisung als aufgehoben gilt, obwohl der Hauptausschuß nicht befragt wurde, dessen Einvernehmen aber das Landesverweisungsgesetz über die Habsburger als notwendig voraussetzt.

Ich will heute gegen dieses Urteil an sich nicht polemisieren; ich will auf einen einzigen Hinweis jedoch nicht verzichten. In den Entscheidungsgründen wurde unter anderem auf eine Textstelle der Ausgabe des Bundesverfassungsrechts von Werner Klecatsky hingewiesen, und zwar auf Seite 7 ff. Wenn der Senat bis Seite 451 weitergeblättert hätte, wo das seinerzeitige Verfassungsgesetz steht, wäre er zweifellos auf die Stelle gestoßen: „...

steht der Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß der Nationalversammlung zu.“ Aber schon auf der nächsten Seite, gleich oben, ist die Fußnote dazu: „Jetzt Bundesregierung und Hauptausschuß des Nationalrats.“ Einer der Mitverfasser dieser Ausgabe, der heutige Bundesminister für Justiz, Dr. Klecatsky, war Mitglied des Senats, der entschieden hat, daß diese Funktion des Hauptausschusses hinsichtlich seiner Mitwirkung bei der Landesverweisung nicht mehr besteht. Ich kann nur bedauern, daß es dem Herrn Professor Dr. Klecatsky nicht gelungen ist, auch die übrigen Mitglieder des Senats zu der in diesem Werk von ihm niedergelegten Rechtsauffassung zu bekehren.

Wir bejahen alle das Prinzip des Rechtsstaats, mit seinen Vorzügen und mit Schwächen, die jedem System anhaften. Und auch diejenigen, die am 4. Juli 1963 hier im Hohen Haus die authentische Interpretation mitbeschlossen haben, die in Zukunft alle Gerichte und Verwaltungsbehörden bindende Auslegung des Habsburgergesetzes, daß der Hauptausschuß nach wie vor befugt ist, hier mitzubestimmen, müssen diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes anerkennen.

Es ist nicht leicht, Frauen und Männern des österreichischen Volkes begreiflich zu machen, daß über die Rückkehr von Otto Habsburg der Hauptausschuß nicht mitbestimmen durfte, aber jetzt im Einlauf und Verhandlungsprogramm des Hauptausschusses die Loyalitätserklärungen seiner Gattin und seiner Schwester enthalten sind, die der Hauptausschuß vermutlich in dieser Woche behandeln wird. Sicher entspricht auch das nicht dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, wenn der eine einreisen darf, ohne daß der Hauptausschuß befragt werden mußte, und die anderen jetzt, nach der authentischen Interpretation, nunmehr das Einvernehmen mit dem Hauptausschuß einholen müssen. Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen: Auch wenn wir anerkennen, daß hier auf dem Boden des Rechtsstaats eine gerichtliche Entscheidung anerkannt werden muß, auch wenn sie nachträglich durch einen einmütigen Beschluß des Nationalrates als Fehlurteil klassifiziert wurde; wenn wir das anerkennen, so anerkennen wir in keiner Weise etwa, daß wir die Rückkehr von Otto Habsburg als erwünscht bezeichnen. Im Gegenteil, wir haben gerade während der Haussitzung Nachrichten erhalten, daß Otto Habsburg heute vormittag über Feldkirch-Tisis wieder nach Österreich eingereist ist. Ich begrüße die Gelegenheit, von dieser Stelle aus zu sagen, daß der sozialistische Teil der österreichischen Bevölkerung, und wahrscheinlich nicht nur wir,

DDr. Pittermann

nach wie vor seine Anwesenheit in Österreich als nicht erwünscht bezeichnet. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Zwischen dem Anerkenntnis eines Urteils im Sinne des Rechtsstaats und der Ausnützung der Möglichkeiten dieses Urteils gibt es nämlich noch Unterschiede. Wir haben — ich habe Aufrufe dieser Art in der „Furche“ gelesen — bisher vergeblich darauf gewartet. Wir haben es ja auch nicht erwartet, aber offenbar andere Mitbürger, daß Otto Habsburg sich dieser Unterschiede und der Möglichkeiten bewußt ist.

Wir haben von Haus aus erklärt: Wir trauen dieser Loyalitätserklärung nicht. Die Zweifel, die die sozialistischen Regierungsmitglieder seinerzeit bei der Entscheidung in der Regierung geäußert haben, sind nachträglich noch bestätigt worden. So hat Otto Habsburg, als er zuletzt in Innsbruck war, zum Beispiel erklärt, es sei das erstemal, daß er österreichischen Boden betreten habe. Nun, das stimmt nicht. Er war schon 1945 mit einem seiner Brüder in Innsbruck, und er wurde damals sehr nachdrücklich aufgefordert, österreichischen Boden — damals unter der französischen Besatzungsmacht — wieder zu verlassen. Der Herr Staatssekretär Dr. Gruber könnte seinen Kollegen im ÖVP-Klub darüber wahrscheinlich für einige von Ihnen neue Einzelheiten zur Kenntnis bringen.

Wie schaut es aber mit nachher aus? Ich habe hier eine deutsche Bilderzeitung vor mir, die eine Fürstenhochzeit in — ich weiß jetzt nicht, wie der Ort in Baden heißt, ja, Bronnbach — in Bronnbach schildert, am 12. April. Hier wird unter anderem abgedruckt die Sitzordnung in der Schloßkirche von Bronnbach anlässlich des Trauungsaktes: „Ihre kaiserliche und königliche Hoheit Erzherzogin Anna geht mit seiner Majestät Kaiser Otto“.

Der Mann, der hier der österreichischen Regierung — dem österreichischen Nationalrat nicht, aber der österreichischen Regierung — gegenüber erklärt hat, er wolle auf alle Herrschaftsrechte verzichten und sich in Zukunft als ein getreuer Bürger der Republik Österreich betätigen — in diesem Falle hätte dort stehen müssen: Dr. Otto Habsburg-Lothringen. Wir haben uns aber nie einem Zweifel darüber hingegen, daß er nicht gewillt ist, hier das Wort zu halten, das er gegeben hat.

Nun möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß die Entwicklung im Zusammenhang mit diesem Verfahren und mit dem späteren Verhalten durchaus Grund zur Besorgnis in Österreich gibt. Gerade wir Älteren haben schon einmal miterlebt, wie das österreichische Volk nicht nur in zwei durch die momentane politische Situation als

Regierung und Opposition gegenüberstehende Lager zerfallen ist, sondern wie diese politische Frontstellung hier im Hohen Haus immer mehr und mehr zu einem menschlichen Gegeneinander innerhalb des österreichischen Volkes wurde, bis aus politischer Gegnerschaft, die in der Demokratie eine Selbstverständlichkeit ist, eine unmenschliche Feindschaft wurde, an der die Demokratie und an der schließlich die Republik Österreich untergegangen ist. Gerade darum möchte ich mit aller Eindringlichkeit sagen: Wir sollen aus der leidvollen Geschichte der Ersten Republik die Erkenntnis ziehen, daß man solchen Entwicklungen auf dem Boden der Demokratie von allem Anfang an entschieden entgegenzutreten muß. Ich sage auch namens der sozialistischen Abgeordneten den Männern und Frauen des österreichischen Volkes, die dieser Meinung sind, unsere volle Unterstützung auf parlamentarischem Boden zu.

Nun zu der vom Herrn Vorredner Klubobmann Dr. Withalm erwähnten Auseinandersetzung im Finanzausschuß über die Frage der Vermögensrückgabe. Ich bestätige, daß sowohl Sie, Herr Klubobmann Dr. Withalm, wie der Herr Bundeskanzler erklärt haben, die Österreichische Volkspartei oder die von ihr gestellte Bundesregierung würde keine Initiative entfalten, um die gegenwärtige Rechtslage zugunsten einer Rückstellung von Vermögen an Otto Habsburg zu verändern. Die Frage ist ja nur, ob Ihre Auffassung, Herr Dr. Withalm, und die des Herrn Doktor Schmitz, daß die gegenwärtige Rechtslage keinen Anspruch gewährleistet, auch überall von Gerichten in Zukunft geteilt werden wird.

Ich habe aber den Herrn Bundeskanzler ausdrücklich gefragt: Und wie steht es mit Miet- und Pachtrechten oder eventuell mit Baurechten? Er hat mir die Antwort gegeben, die Sie korrekterweise wiederholt haben, die mich aber in keiner Weise befriedigt hat. Was heißt das: Nur Pacht- oder Mietrechte sind ausgeschlossen, die einer Vermögensübertragung gleichkommen. Das ist doch praktisch die Zustimmung, etwa Otto Habsburg und seiner Familie gegen einen Mietzins das Schloß Eckartsau als Wohnsitz in Österreich zu geben oder den Kobernauserwald in Oberösterreich als Forstgut zu verpachten. (*Abg. Dr. Withalm: Das hat doch der Bundeskanzler klipp und klar erklärt, wenn das größenordnungsmäßig einer Vermögensrückgabe gleichkommt!*) Das ist ja das, Herr Klubobmann Withalm, woran sich unsere Zweifel knüpfen. (*Abg. Dr. Withalm: Das wurde verschwiegen in der Antwort beziehungsweise die „Arbeiter-Zeitung“ hat alles wiedergegeben, nur nicht das, was der Kanzler gesagt hat!*) Das ist ja das, woran wir unsere Zweifel schließen. Was heißt

DDr. Pittermann

„in der Größenordnung einer Vermögensrückgabe“? Man kann einen Mietzins, einen Pachtzins sehr wohl so festsetzen, daß er nicht den Umfang einer Vermögensrückstellung erreicht, daß aber trotzdem neben dem Aufwand für die Erhaltung ein ganz erklecklicher Ertrag für den Mieter oder Pächter übrigbleibt. (*Abg. Minkowitsch: Sind bewirtschaftet von der Gemeinde Wien!*) Die sind ja längst zurückgestellt. Sie wurden ja aufgeteilt, Sie wissen das ja, Herr Minkowitsch. (*Abg. Minkowitsch: Sie sind im Irrtum! Es ist nur die Hälfte zurückgestellt, die andere wird zu einem minimalen Pachtzins von der Gemeinde Wien weiterbewirtschaftet!*) Nun, so ist die Hälfte den Bauern gegeben worden. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*)

Herr Abgeordneter Minkowitsch! Auch wenn Sie aus Niederösterreich sind, bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Bundesland Wien niemals von einer Landesverweisung aus dem Bund bedroht war, sondern Wien gehört zu Österreich und hat als österreichisches Bundesland Ansprüche, nicht der Herr Otto Habsburg. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Er hat von einem sehr minimalen Pachtzins gesprochen! — Abg. Minkowitsch: Nach dem alten Grundsatz, Dr. Pittermann: Reden wir von etwas anderem! Sie Demagogeles!*) O nein! Jetzt kommen wir gleich zu noch etwas anderem, meine Herren, auch wenn es Ihnen unangenehm ist!

Im Verhältnis zwischen Nationalrat oder, besser gesagt, zwischen Volksvertretung und Gerichtsbarkeit hat sich in letzter Zeit ein Vorfall abgespielt, den ich ebenfalls als ein bezeichnendes Charakteristikum für die kommende Entwicklung hier dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen möchte.

Am 26. Juni dieses Jahres hat der Herr Abgeordnete Wodica hier im Hohen Haus in der Budgetdebatte gesprochen und dabei an dem Vorstandsdirektor der Simmering-Graz-Pauker Kritik geübt. Der Betroffene hat daraufhin beim Bezirksgericht Wiener Neustadt eine Feststellungs- beziehungsweise eine Widerrufsklage eingebracht, in der er verlangt hat, das Gericht möge durch Urteil einen Abgeordneten zwingen, eine hier im Hohen Hause gemachte Äußerung zu widerrufen.

Der Artikel 57 unserer Bundesverfassung sagt klar und eindeutig, daß jeder Abgeordnete für Abstimmungen niemals, für im Hohen Haus gemachte mündliche Äußerungen nur vom Nationalrat zur Verantwortung gezogen werden kann. Das ist die berufliche Immunität, die nicht einmal in der Zeit der konstitutionellen Monarchie in Österreich bestritten war.

Was ist geschehen? Das Bezirksgericht Wiener Neustadt hat nicht etwa unter Hin-

weis auf diesen ja auch ein Bezirksgericht bindenden Artikel der Verfassung die Klage zurückgewiesen oder hat wenigstens das Präsidium des Nationalrates hievon verständigt. Nein, es hat die Klage angenommen, die erste Tagsatzung abgeführt und wie üblich eine Frist zur Klagebeantwortung erteilt.

Ich habe den Präsidenten des Hohen Hauses, Herrn Dr. Maleta, darauf aufmerksam gemacht und ihn ersucht, er möge eine Stellungnahme des Justizministeriums einholen. Er ist dem Ersuchen — ich möchte das ausdrücklich feststellen — sofort nachgekommen. Der Herr Bundesminister für Justiz hat sich etwas länger mit der Antwort Zeit gelassen, denn er hat sich zur Feststellung darüber, was vorliegt, um Stellung eines Gutachtens an den Verfassungsdienst beim Bundeskanzleramt gewendet. Allen Respekt vor den verfassungsrechtlichen Kenntnissen des Herrn Sektionschefs Dr. Loebenstein! Er hat dem Rechnung getragen und hat klipp und klar die Auskunft gegeben, daß ein solches Vorgehen der Verfassung widerspricht. Seither ist im Bereich der Gerichtsbarkeit nichts geschehen. (*— Abg. Weikhart: Und das ist der Justizminister!*)

Hohes Haus! Das ist nicht eine Frage, die, weil sie den Herrn Abgeordneten Wodica betrifft, die Sozialistische Partei angeht, es kann genauso gut morgen gegen ein Mitglied einer anderen Partei des Hauses gehen; und wenn wir nicht alle mitsammen dagegen einschreiten und mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die Grundrechte des Parlaments und seiner Abgeordneten, wie sie in der Verfassung festgelegt sind, vom ganzen Hohen Haus vertreten werden, dann werden wir sehr bald zu einer anderen Form der Demokratie in Österreich kommen — aber nicht zu einer besseren, Herr Kollege Withalm.

Darum möchte ich auch mit aller Eindringlichkeit sagen: Die Volksvertretung muß hier nicht nur ihre Rechte wahrnehmen, es ist auch eine Pflicht, die sie wahrzunehmen hat, denn die Verfassung gibt ja der Volksvertretung und ihren Trägern diese Ausnahmen nicht ohne guten Grund und hat sie ihnen schon zu der Zeit gegeben, als in Österreich noch keine parlamentarische Demokratie, sondern eine Konstitutionelle Monarchie bestand. Wir alle sollen uns verpflichtet fühlen, Rechte des Parlaments, Rechte der Abgeordneten ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Fraktion gemeinsam zu vertreten und gemeinsam allen Angriffen auf die Rechte des Parlaments und seiner Abgeordneten entgegenzutreten. (*Starker Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Ich unterbreche nunmehr die Sitzung auf zwei Stunden, das heißt bis 15 Uhr 30 Minuten.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 30 unterbrochen und um 15 Uhr 30 wiederaufgenommen.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glaser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Glaser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Frauen und Herren Abgeordneten! Bevor ich zum Thema Kapitel Bundeskanzleramt komme, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu den Ausführungen und zum Teil auch zu den Zwischenrufen im Laufe der bisherigen Debatte. Heute wurde an Hand eines zumindest mir bisher nicht bekannten Falles erklärt, daß es Stellen gäbe, die die Grundrechte des Parlaments und der Abgeordneten entweder nicht entsprechend kennen oder vielleicht auch nicht entsprechend achten. Namens der Österreichischen Volkspartei möchte ich dezidiert erklären: Die Österreichische Volkspartei wird in der Verteidigung der Rechte des Parlaments und aller Rechte der Abgeordneten niemand übertreffen können! *(Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Das ist ja für den „Blauen Montag“!)* Wenn Ihnen, Herr Kollege Weikhart, daran gelegen wäre, in etwa diesem Fall, der heute vormittag besprochen wurde, mit uns zu bereden, so hätten Sie dazu genug Zeit und Gelegenheit gehabt. Aber der Obmann des Immunitätsausschusses zum Beispiel hat erst heute davon Kenntnis erlangt. *(Ruf bei der SPÖ: Ihr wißt nie was!)*

Während seiner Budgetrede zu Mittag hat sich der Vorsitzende der sozialistischen Parlamentsfraktion wieder einmal — wie könnte es anders sein — überwiegend mit Dr. Otto Habsburg befaßt. *(Abg. Dr. Kranzlmayr: Den hat der Pittermann bestellt!)*

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß dem Herrn Dr. Pittermann und einem Großteil seiner Parteifreunde noch immer nicht klar geworden ist, daß die Masse der Österreicher an Otto Habsburg gänzlich desinteressiert ist *(lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ)* und daß Otto Habsburg höchstens Ihnen und Ihrem Parteivorsitzenden dafür dankbar sein kann, daß Sie und Ihr Parteivorsitzender ständig für eine Publicity sorgen, die auch mit höchsten Werbungskosten nicht erreichbar wäre. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber der politische Beobachter wird sich wahrscheinlich sagen, zweimal hat auf einem sozialistischen Parteitag Otto Habsburg schon die Hauptrolle gespielt. Es steht ein neuer sozialistischer Parteitag Ende Jänner des kommenden Jahres ins Haus, und da braucht

man als wichtigsten, wenn auch unsichtbaren Delegierten wieder Otto Habsburg, weil man von den anderen Dingen nicht viel Positives berichten kann. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Dann noch eine Bemerkung, auch wenn es Ihnen nicht paßt. *(Abg. Czettel: Aber ja, alles paßt uns von Ihnen!)* Den Eindruck habe ich bisher von Ihnen noch nicht gehabt, Herr Kollege Czettel. *(Abg. Czettel: Sie können uns nicht aus der Ruhe bringen!)* Sie mich auch nicht. *(Weitere Zwischenrufe.)* Der Herr Dr. Pittermann hat heute während der Mittagspause eine Bemerkung mit einem Rückblick auf die Erste Republik gemacht, die sinngemäß etwa lauten würde: Aus politischer Gegnerschaft wurde menschliche Feindschaft, und damit wurde die Vorstufe zum Ende der Demokratie geschaffen. *(Ruf bei der SPÖ: Stimmt doch!)* Ja, daß er nicht ganz unrecht hat, aber er müßte sich das auch selbst zu Herzen nehmen, denn wenn man etwa überlegt, daß vor wenigen Tagen durch die österreichischen Zeitungen eine Nachricht ging, aus der zu entnehmen war, daß der sozialistische Klub es seinen Abgeordneten nicht gestattet, gemeinsam mit Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei und der anderen Oppositionspartei einige Tage Wintersport zu betreiben, dann habe ich schon den Eindruck, daß es bei Ihnen Kreise gibt *(Abg. Weikhart: Wintersport schon, aber nicht mit Ihnen!)*, die an entsprechenden menschlichen Kontakten gar nicht interessiert sind; denn in Fortsetzung dieser Haltung, Herr Weikhart *(erneute Zwischenrufe bei der SPÖ)*, müßte man ja auch dazu kommen, daß Sie zum Beispiel dem Abgeordneten Preußler und mir verbieten, gemeinsam zu Mittag zu essen, oder daß die Abgeordneten aus den westlichen Bundesländern — Ihnen ist das natürlich fremd — etwa in Zukunft gar nicht mehr gemeinsam im gleichen Abteil Richtung Salzburg, Innsbruck oder Klagenfurt oder sonst wohin fahren könnten. *(Abg. Weikhart: Kein Mensch hat es dem Preußler verboten!)* Ihr Klub hat beschlossen, daß keiner Ihrer Abgeordneten einige Tage Skisport mit uns betreiben darf. *(Abg. Dr. Pittermann: Das stimmt nicht! — Abg. Weikhart: Märchen-erzähler!)* Nein, aber entschuldigen Sie, das sind keine Märchen, das steht zum Beispiel im sozialistischen Organ für Salzburg und Oberösterreich vom 25. November mit der Überschrift „Gegen Skikurs mit der ÖVP“. Ich erspare es mir und Ihnen, das im Detail zu verlesen. *(Abg. Dr. Pittermann: Sie fahren lieber allein!)* Es sind also keine Märchen, sondern als Märchenerzähler haben ja Sie sich nicht erst jetzt, sondern schon früher

Glaser

sehr, sehr oft in diesem Hause betätigt. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Aber, daß Sie mit dem Preußler nicht essen gehen können, das ist ein Märchen!)*

Und nun noch etwas, meine Damen und Herren! Nicht erst heute, sondern schon früher, im Laufe der letzten Wochen, haben Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei, aber darüber hinaus auch viele Journalisten zum Ausdruck gebracht und kritisiert, daß die Sozialistische Partei keine Alternative zum Budget 1967 entfaltet beziehungsweise keinen Alternativvorschlag vorgelegt habe. Wenn Sie erst heute, sechs Wochen nach der Einbringung des Budgets, mit einem Minderheitsbericht kommen, der darüber hinaus ohnehin in den Bedeckungsvorschlägen sehr dürftig ist — wenigstens war aus den Zeitungen nicht viel zu entnehmen —, dann ... *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Herr Glaser, das werden Sie nie begreifen! Darüber können Sie gar nicht reden!)* Herr Dr. Weihs, wer was begreift, das überlassen wir jemand anderem. Am 6. März hat das österreichische Volk gezeigt, wer richtig begriffen hat. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich glaube jedenfalls, wenn man bis heute außer entsprechenden Forderungen und ohne Bedeckungsvorschläge nichts anderes zum Ausdruck bringen kann *(Abg. Czettel: Das stimmt ja nicht!)*, darf man keinen Anspruch erheben, mit seinen Vorschlägen entsprechend ernst genommen zu werden.

Nun noch etwas anderes, was weniger in den Reden als in Zwischenrufen zum Ausdruck gekommen ist. Der Herr Abgeordnete Tongel und Zwischenrufer der Freiheitlichen Partei haben kritisiert, daß die Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen ungerecht verteilt wären. Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt in diesem Hause nur Abgeordnete mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Es kann keinen Abgeordneten geben, der für sich eine längere Sendezeit in Anspruch nehmen darf als ein anderer. *(Abg. Peter: Wie die gleichen Rechte aussehen, werde ich gleich sagen!)* Und wenn Sie überlegen, meine Damen und Herren, daß etwa für den Rundfunk 83 Minuten Sendezeit zur Verfügung stehen, dann würde bei entsprechender Aufteilung auf alle Abgeordneten auf einen rund eine halbe Minute oder auf eine Fraktion wie die Sechs-Mann-Fraktion der Freiheitlichen insgesamt drei Minuten entfallen. Die Großzügigkeit der anderen Parteien hat diesen Zeitraum ohnehin mehr als verdreifacht. Ähnlich, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, ist es mit der Zuteilung der Zeit im Fernsehen. Auch hier hat jeder Abgeordnete das gleiche Recht und den

gleichen Anspruch, und es würde bei Aufteilung der Sendezeit auf alle 165 Abgeordneten für einen rund 40 Sekunden herauskommen, das heißt für Ihre Partei knapp 9 Minuten. Auch hier wird Ihnen mehr als die Hälfte zur Verfügung gestellt. *(Abg. Dr. van Tongel: Und die Belangsendungen, die Sendung des Bundeskanzlers rechnen Sie nicht?)* Ich glaube, da kann man nicht davon reden, daß die eine Fraktion besser daran ist als die andere. Unser Klubobmann hat Ihnen schon gesagt: Sie müssen halt dafür sorgen, daß Sie das nächste Mal mehr Stimmen bekommen. Aber wenn sich Ihre Tätigkeit vor allem in Lautstärke, so wie das in den letzten Sitzungen der Fall war, dokumentiert, dann können Sie wahrscheinlich nicht nur nicht damit rechnen, mehr zu werden, sondern Sie werden weniger werden, als Sie jetzt ohnehin schon sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zum eigentlichen Thema. Zum zweitenmal innerhalb von knapp sechs Monaten ist es mir heute möglich, im Rahmen einer Budgetdebatte zu Problemen Stellung zu nehmen, die in das Kapitel Bundeskanzleramt fallen. Ich werde mich dabei bemühen, jene Fragen, die ich in der Budgetsitzung am 15. Juni dieses Jahres behandelt habe, heute nicht oder nur am Rande zu berühren. Ich werde mich ferner bemühen, die mir wichtig scheinenden Fragenkomplexe im Sinne einer konzentrierten Aussage jeweils nur mit einigen Sätzen zu behandeln.

Die finanziellen Ziffern des in Beratung stehenden Kapitels hat ja schon der Herr Spezialberichterstatter im Detail erläutert. Ich kann mich daher auf einige grundsätzliche Fragen des Ressorts Bundeskanzleramt beziehungsweise auf Fragen, die aus diesem Ressort resultieren, beschränken.

Zunächst einmal einige Sätze zu der in früheren Koalitionsregierungen manchmal bezweifelte Koordinierungsfunktion des Bundeskanzlers. Diese Koordinierungsfunktion ist schon im Staatsgesetzblatt Nr. 139/1918, und zwar im § 11, festgehalten:

„Der Bundeskanzler ist als Vorsitzender der Bundesregierung für ein einheitliches Zusammenarbeiten aller Bundesämter und für die Führung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen verantwortlich.“

Diese einem jeden Vorsitzenden einer Regierung zukommende Aufgabe muß, losgelöst von bestimmten Ressortinteressen, den Integrationsgedanken und damit die Einheit des Staatsgefüges und die Einheitlichkeit der Staatsfunktionen zum Ausdruck bringen. Dies gilt für die Gebiete der Außen- und Ver-

Glaser

teidigungspolitik genauso wie etwa für die Wirtschafts-, Sozial- oder Kulturpolitik.

Die Verantwortlichkeit der Minister reicht so weit, als der Gesetzgeber den Wirkungsbereich der einzelnen Minister festsetzt. Auf alle Fälle ist es aber im Interesse des gemeinsamen Ganzen erforderlich, daß die Ressortminister wichtige Probleme ihrer Bereiche mit dem Bundeskanzler als dem Koordinator in der Bundesregierung besprechen.

In der auf Grund der Nationalratswahl vom 6. März gebildeten Bundesregierung wird die Koordinierungsaufgabe des Bundeskanzlers als etwas Selbstverständliches betrachtet. Wenn es in seinerzeitigen Koalitionsregierungen nicht immer so war, so drückte sich dies eben in mangelnder Handlungsfähigkeit besonders in den letzten Jahren aus. Die Kommentare „Regieren durch Nichtregieren“ kennzeichneten treffend diese Situation.

Als Vertreter der Österreichischen Volkspartei begrüße ich es sehr, daß die neue, nun übrigens schon über sieben Monate im Amt befindliche Bundesregierung, vor allem der Herr Bundeskanzler selbst, zahlreiche Initiativen unternommen hat und erfreulicherweise auch heiße Eisen angefaßt hat. (*Abg. Czettel: Lauter Verschlechterungen für das Volk!*) Anlässlich der Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1964 ... (*Abg. Czettel: Es ist viel schlechter geworden in Österreich, seitdem Sie regieren! Das spürt heute das österreichische Volk ganz genau!*) Da müssen Sie, Herr Kollege Czettel, einmal die Referate lesen, die der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes Benya vor gar nicht langer Zeit, zum Beispiel in Vorarlberg, aber auch in Linz, gehalten hat, dann werden Sie etwas vorsichtiger mit Ihren Äußerungen sein. (*Abg. Czettel: Sie haben Unsicherheit in Österreich gezüchtet! Das wissen Sie ganz genau! Schimpfen Sie nicht über früher!*)

Meine Damen und Herren! Anlässlich der Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1964 hat der Nationalrat eine Entschliebung gefaßt, in der die Bundesregierung ersucht wird, dem Nationalrat einen Bericht über ihre Rechtsauffassung, betreffend die Stellung der politischen Parteien im öffentlichen Leben, vorzulegen.

Einer meiner Vorredner, Herr Klubobmann Dr. Withalm, hat dieses Thema schon sehr ausführlich behandelt, ich beschränke mich daher auch hier wieder auf einige kurze Sätze.

Dieser von der Bundesregierung angeforderte Bericht wurde am 10. Juni dieses Jahres dem Nationalrat zugeleitet und wird derzeit im Verfassungsausschuß beraten. Ohne diesem Beratungsergebnis vorgreifen zu wollen, darf

ich folgendes sagen: Ein Wesensmerkmal der Demokratie ist die Existenz politischer Parteien. Ohne politische Parteien gibt es keine Demokratie! Die politischen Parteien üben im Rahmen des Staatsgeschehens eine tragende Funktion aus. Diese Feststellung wird durch das Bundes-Verfassungsgesetz bestätigt, auch wenn die Stellung der politischen Parteien darin nicht geregelt ist. Aber das in der Verfassung zum Ausdruck kommende Prinzip des Parlamentarismus und der Grundsatz des Verhältniswahlrechtes setzen nicht nur das Vorhandensein politischer Parteien voraus, sondern weisen ihnen auch eine hervorragende Rolle im Staate zu.

In dem vorher erwähnten Bericht der Bundesregierung werden noch eingehende Darstellungen der gesamten Problematik und hiebei auch eine Reihe von Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die aber alle nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen können.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es in dieser Gesetzgebungsperiode möglich sein wird, wenigstens einen ersten Schritt zur Regelung dieses zweifellos sehr diffizilen Fragenkomplexes zu tun. Aus den Studien über die Stellung der politischen Parteien in anderen demokratischen Ländern können wir dabei sicherlich sehr wertvolle Anregungen gewinnen.

Nun zu einem anderen Thema: 1967, also in jenem Jahr, für das dieses in Beratung stehende Bundesfinanzgesetz gilt, werden es 100 Jahre her sein, daß das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger beschlossen und wirksam wurde. Diese Grund- und Freiheitsrechte sind auch heute noch, nach 100 Jahren, hochaktuell und in unsere Zeit passend. Ich glaube ohne Übertreibung sagen zu können, daß diese Grund- und Freiheitsrechte eine wesentliche Säule unserer Gesellschaftsordnung darstellen und sich allein daraus ihre Bedeutung ergibt.

Eine Neukodifizierung, wie sie derzeit durch ein Gremium von Sachverständigen unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers vorbereitet wird, ist aber nach 100 Jahren zum Beispiel allein schon durch die technische Entwicklung geboten und verständlich. Würden alle Gesetze, meine Frauen und Herren Abgeordnete, eine derart lange Lebensdauer haben, wäre es nicht notwendig, sich mit dem Problem „Verwaltungsreform“ zu befassen. Doch darüber später noch einige Worte.

Im Sinne einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1965 wird 1968 das Menschenrechtsjahr sein. Unter Führung des Herrn Bundeskanzlers wird ein nationales Komitee entsprechende Vorbereitungsarbeiten leisten. Von Österreich ist ja bereits eine besondere

Glaser

Initiative entfaltet worden, die vor allem darauf abzielt, ein internationales Institut für Menschenrechte zu errichten. Eine Begründung für die Notwendigkeit eines derartigen Institutes erübrigt sich wohl, man braucht ja nur daran zu denken, wie sehr die Menschenrechte in vielen Staaten mißachtet, ja geradezu mit Füßen getreten werden.

Nun auch ein paar kurze Sätze — ich glaube, Sie werden mir bestätigen, daß ich mich wirklich bemühe, konzentriert zu sprechen — zum Thema Rechtsbereinigung und Verwaltungsreform. Mit Recht wird wohl von allen unseren Mitbürgern, egal ob Sie in Wien oder Salzburg wohnen, ob sie Arbeitnehmer oder Arbeitgeber sind, ob sie einer politischen Partei angehören oder nicht, über die Hypertrophie unserer staatlichen Verwaltung und die Unübersichtlichkeit unserer Rechtsgrundlagen kritisiert und darüber geklagt.

Parlament und Regierung sehen sich hier vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Ein wesentlicher Beitrag zur Vereinfachung der gesamten Verwaltung ist nach meiner Meinung die Bereinigung des Vorschriftenwesens. In dieser Auffassung weiß ich mich übrigens in sehr guter Gesellschaft. Hiezu gehört zunächst die Ausscheidung aller jener älteren Rechtsvorschriften, die wegen ihrer Bedeutungslosigkeit aufgehoben werden können oder die aus verwaltungsrechtlichen oder verfassungsrechtlichen Gründen unanwendbar geworden sind oder die schließlich in ihrer Geltung zweifelhaft geworden sind.

Ein Rechtsbereinigungsgesetz, wie es schon in der Regierungserklärung angekündigt ist, könnte diesen Vorschlägen Rechnung tragen. Die nächste Stufe könnte dann die Neukodifizierung der in Geltung bleibenden Rechtsvorschriften aus der Zeit vor 1918 sein. Schließlich wird die Bereinigung der Vorschriften aus der Zeit von 1918 bis zum heutigen Tag erforderlich sein.

Eine echte Vereinfachung kann vor allem dadurch erreicht werden, daß Doppel- und Mehrfachkompetenzen beseitigt werden. Ferner soll — ich habe das schon in einer Reihe früherer Reden in diesem Haus zum Ausdruck gebracht — sich der Gesetzgeber von dem Grundsatz leiten lassen: Was ein Bürgermeister besorgen kann, dazu ist kein Minister notwendig; oder anders ausgedrückt heißt dies: dort, wo es nur irgendwie geht, Kompetenzen an Länder und Gemeinden abgeben, innerhalb der Bundesbehörden aber den untergeordneten Dienststellen mehr Entscheidungsbefugnisse einräumen.

Die ständig steigende Schwierigkeit, qualifizierte Kräfte für den öffentlichen Dienst zu

bekommen, wird dabei von selbst alle Bemühungen für eine Verwaltungsvereinfachung beschleunigen.

Zu den Problemen des öffentlichen Dienstes selbst werden meine Parteifreunde Gabriele und Stohs ausführlich Stellung nehmen. Ich beschränkte mich auf die Feststellung, daß endlich die Beschlußfassung über ein Personalvertretungsgesetz in greifbare Nähe gerückt ist und damit auch den Angehörigen des öffentlichen Dienstes eine gesetzlich fundierte Interessenvertretung zuerkannt werden wird.

Und nun zu einem Thema, das ebenfalls in den Bereich des Bundeskanzleramtes gehört: zur Familienpolitik. Immer breitere Kreise und Schichten unserer Bevölkerung, immer mehr Organisationen erkennen erfreulicherweise die Bedeutung der Familie für Volk und Staat. Keine Meinungsverschiedenheit besteht jedenfalls darüber, daß die Familie noch weitgehender materieller und ideeller Förderung bedarf. Die Österreichische Volkspartei begrüßt daher die beabsichtigte Schaffung eines familienpolitischen Beirates beim Bundeskanzleramt. Damit wird ein Gremium geschaffen, das in allen wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Angelegenheiten, die die Familie betreffen, Gutachten zu erstellen haben wird. Ich würde es sehr begrüßen, wenn dieses Gesetz über die Schaffung des familienpolitischen Beirates bald verabschiedet und damit zum Beispiel bereits eine Mitwirkung des Beirates bei der geplanten Steuerreform möglich wäre.

An alle jene Organisationen, die in diesen Beirat Vertreter entsenden werden, appelliere ich schon heute, dabei nur Mitbürger zu nominieren, denen die Probleme der Familie aus eigener Anschauung bekannt sind.

Ich sehe mich nun leider noch veranlaßt, ein Thema zu behandeln, das zu schärfster Kritik Anlaß gibt, nämlich die Austria-Wochenschau. Im Laufe früherer Budgetberatungen wurden von einer Reihe von Abgeordneten vor allem die ständigen Übergriffe des technischen Leiters der Austria-Wochenschau angeprangert, und zwar nicht nur von Abgeordneten meiner Partei. Ich darf hier aus dem Protokoll vom 26. November 1964 Herrn Abgeordneten Dr. Tongel wörtlich zitieren, der die rote Schlagseite der Austria-Wochenschau-Berichte anführt und dann erklärt:

„Ich darf hier an die Wiener Gemeinderatswahlen erinnern, wo eine rein sozialistische Wahlpropaganda durch diese Wochenschau gemacht wurde.“

Es wäre auch zweifellos interessant zu hören, wie weit die Erhebungen der Wirtschaftspolizei und des Gerichtes im Zusammenhang mit einer Einschau des Rechnungshofes in dieser

Glaser

Hinsicht gediehen sind. Jedenfalls — und damit komme ich schon zum Ende meiner Ausführungen — müssen auch bei der Austria-Wochenschau ehestens Verhältnisse geschaffen werden, die eine objektive Berichterstattung gewährleisten. Eine ähnliche Regelung wie etwa beim Österreichischen Verkehrsbüro erschiene mir hier richtig und zweckmäßig.

Abschließend möchte ich neuerlich feststellen — so wie das schon durch andere Vertreter meiner Fraktion im Ausschuß getan wurde —: Die Österreichische Volkspartei wird auch dem Kapitel Bundeskanzleramt die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Von mir wurde für den Herrn Abgeordneten Minkowitsch der Ordnungsruf verlangt, und zwar für den Ausdruck „Demagogeles“ *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, den er im Zuruf gegen den Herrn Abgeordneten Pittermann gebraucht hat. Ich erteile ihm den Ordnungsruf. *(Abg. Glaser: Siehst du: Die Wahrheit darfst du nicht mehr sagen! — Abg. Rosa Jochmann: In der Form nicht, das klingt an etwas anderes an! — Abg. Dr. Kranzlmayr: Das ist griechisch! — Abg. Dr. J. Gruber: Griechisch darf man in diesem Haus nicht reden!)*

Als nächstem Redner gebe ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Withalm hat heute vormittag zum Ausdruck gebracht, daß das Wesen der Demokratie und die Meinungsfreiheit seit dem 6. März 1966 in unserer Republik nicht gefährdet wären.

Der Herr Abgeordnete Withalm läßt außer acht, daß mit dem in Beratung stehenden Bundeshaushalt 1967 ein schwerer finanzieller Druck auf die Bevölkerung Österreichs ausgeübt wird. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Die Österreichische Volkspartei läßt ebenso außer acht, daß der von ihr vorgelegte Haushaltsplan für das Jahr 1967 mit schweren Lasten, mit schweren Opfern für die sozial Schwachen verbunden ist, ohne jene Ziele zu erreichen, die der Finanzminister in seiner Budgetrede zum Ausdruck gebracht hat.

Die Österreichische Volkspartei scheint es mit den Dingen nicht sehr genau zu nehmen, sonst würde sie ihnen mehr auf den Grund gehen, als das bisher der Fall war. Aber geht es dieser Alleinregierung überhaupt darum, den Dingen und Fehlerquellen in unserem Staat auf den Grund zu gehen, oder geht es dieser ÖVP-Alleinregierung lediglich darum, alle erlaubten und fragwürdigen Methoden anzuwenden, um ihre absolute Mehrheit in

diesem Hohen Hause mit allen verfügbaren Kräften zu zementieren? Ich glaube jenen Ausführungen nicht, die der Abgeordnete Withalm heute vormittag dem Nationalrat dargelegt hat, wenn er sagte, die Mehrheit der ÖVP würde die demokratischen Grundsätze im Staate respektieren und sie gegenüber den Abgeordneten der anderen Parteien zur Anwendung bringen.

Wir Freiheitlichen begegnen der Österreichischen Volkspartei mit großem Mißtrauen nicht zuletzt deswegen, weil diese im letzten Nationalratswahlkampf Methoden angewendet hat, die einer Verteufelung des politischen Gegners gleichzusetzen sind. Vor dem 6. März 1966 waren es die Sozialisten, die von der Wahlpropaganda der Österreichischen Volkspartei verteufelt wurden. Als Wegbereiter Österreichs in die Volksdemokratie hat die ÖVP-Propaganda die Sozialisten dargestellt. Nach dem 6. März 1966 ist es die Freiheitliche Partei, die von der Österreichischen Volkspartei verteufelt wird. *(Abg. Dr. Haider: Wozu? — Zwischenruf des Abg. Dr. Kranzlmayr.)* Was das heißt, Herr Abgeordneter Kranzlmayr, werde ich jetzt ausführen und begründen. *(Abg. Fachleitner: Zahlt sich gar nicht aus!)* Ja, Herr Fachleitner! *(Abg. Fachleitner: Was ist, Herr Kollege?)* Es zahlt sich wohl aus, über diese Verteufelung zu reden! *(Abg. Glaser: Noch lauter! — Abg. Fachleitner: Hoffnungsloser Fall in meinem Bezirk!)* Hoffentlich, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, wird die Demokratie nicht durch Ihre Methoden zu einem hoffnungslosen Fall! *(Abg. Glaser: Das haben Sie notwendig, zu sagen! — Abg. Lola Solar: Vor 20 Jahren!)* Herr Abgeordneter Glaser! Ob ich es notwendig habe oder nicht, werde ich Ihnen jetzt beweisen. Ich glaube, daß berechtigter Anlaß besteht, von Seite der Freiheitlichen Partei Ihnen, den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, diesen schwerwiegenden Vorwurf zu machen.

Ich beschäftige mich jetzt mit dem Exklusiv-ÖVP-Pressedienst vom 25. November 1966, der mit folgendem Hinweis eingeleitet wird: „Es ist der Wunsch der ÖVP-Parteiführung, die Freiheitliche Partei Österreichs jetzt und in Zukunft im nachstehenden Sinn stärker zu kritisieren als bisher. Wir bitten deshalb unsere Blätter um Abdruck des folgenden Artikels.“

Dieser ÖVP-Pressedienst ist überschrieben: Freiheitliche Partei Österreichs auf dem NPD-Kurs. — Herr Bundesparteiobermann der ÖVP, das entstammt der Sudelküche Ihres von Dr. Withalm geleiteten Generalsekretariates. *(Pfui!-Rufe bei der ÖVP.)* Die Urheberschaft für dieses Pamphlet kann daher die Öster-

Peter

reichische Volkspartei nicht in Abrede stellen. (*Abg. Machunze und Abg. Glaser: Ordnungsruf! Ordnungsruf! Ordnungsruf!*) Lassen Sie mich weiter zitieren. (*Abg. Machunze: Herr Präsident, ein Ordnungsruf! — Abg. Glaser: Das ist eine Unverschämtheit, so etwas! — Abg. Marwan-Schlosser: Was ist „Sudelküche“?*) Wenn Sie fertig sind, werde ich weiterreden! (*Abg. Glaser: Zuerst bekommen Sie noch einen Ordnungsruf!*) Ich zitiere weiter aus dem Exklusiv-ÖVP-Pressedienst vom 25. November 1966. Darin heißt es wörtlich. (*Abg. Dr. van Tongel: Das ist die Demokratie unter Withalm! Jawohl! — Abg. Glaser: Ordnungsruf! Schimpfkanonaden sind das! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Dr. van Tongel: Für Sie bin ich immer noch der Herr Tongel! — Ruf bei der ÖVP: Herr Doktor Tongel! — Abg. Dr. J. Gruber: Nur der Peter darf das!*) Herr Abgeordneter Gruber, ich empfehle Ihnen, diesen Exklusiv-Pressedienst der Österreichischen Volkspartei nicht zu verniedlichen. Vielleicht haben Sie die Güte, sich anzuhören, was der ÖVP-Pressedienst weiter ausführt. (*Abg. Dr. J. Gruber: Nur die Freiheitlichen dürfen es! — Zwischenruf: Nur nicht ablenken! — Rufe bei der ÖVP: Nur Peter darf! NPD! — Heiterkeit. — Ruf: Gauredner!*) Daß Sie, Herr Abgeordneter Gruber, noch nicht einmal so weit sind, zu wissen, was NPD heißt, spricht nicht für Sie, sondern gegen Sie! (*Abg. Glaser: Das war sehr schwach! — Abg. Dr. J. Gruber: Herr Kollege Peter! Ich weiß eh, das ist nämlich in Wels gegründet worden, aber es tut Ihnen anscheinend sehr weh, weil Leute dabei sind, die noch Mitglieder der Freiheitlichen Partei sind! — Ruf: Sie haben den Pressedienst herausgegeben!*) Herr Abgeordneter Gruber! Nach meinen Informationen ist diese Partei trotz des Welser Gespräches noch nicht gegründet worden. Sie befindet sich im Gründungsstadium. (*Ruf bei der ÖVP: Ja sicher! — Abg. Dr. van Tongel: Wer steckt denn mit den Leuten dauernd beisammen? Fragen wir einmal da! Wenn Sie darauf antworten! — Abg. Dr. J. Gruber: Reden Sie einmal mit dem Dr. Wolter! — Abg. Dr. van Tongel: Wer steckt denn dauernd mit den Leuten zusammen? — Abg. Dr. J. Gruber: Reden Sie einmal mit dem!*) Verdächtigen Sie nicht Leute, zu deren Verdächtigung Sie weder Anlaß noch das Recht haben, Herr Abgeordneter Gruber! (*Abg. Dr. J. Gruber: Ich habe ihn nicht verdächtigt, aber er war dabei! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kranzlmayr: Das weiß der Peter nicht!*)

Ich zitiere nunmehr aus dem ÖVP-Exklusiv-Pressedienst vom 25. November weiter: „Auch die Freiheitliche Partei schwimmt also, davon gibt nicht nur dieser bezeichnende Zwischenruf“

des Abgeordneten Zeillinger „beredtes Zeugnis, jetzt mehr und mehr von der ‚Nationalliberalität‘ — unter diesem Markensiegel wollte bekanntlich Dr. Pittermann den Ankauf der FPÖ vor seinen Parteigenossen rechtfertigen — ins nationalsozialistische Fahrwasser.“ Meine Herren der Österreichischen Volkspartei! Ihr Exklusiv-Pressedienst vom 25. November 1966 unterstellt der Freiheitlichen Partei, daß die FPÖ ins nationalsozialistische Fahrwasser segeln würde! Sind Sie sich bewußt, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, welchen Vorwurf Sie gegenüber der Freiheitlichen Partei erheben? Ich fordere Sie, Herr Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei auf, vor dem österreichischen Nationalrat und vor der österreichischen Öffentlichkeit den Beweis anzutreten, daß die Freiheitliche Partei Österreichs in ein nationalsozialistisches Fahrwasser segeln würde. Herr Dr. Klaus! Entweder treten Sie als Bundesparteiohmann der ÖVP den Beweis dafür an, oder Sie nehmen diese ungeheure Beschuldigung gegenüber der Freiheitlichen Partei namens der Österreichischen Volkspartei zurück! (*Beifall bei der FPÖ.*) Mit Verdächtigungen, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, ist der Demokratie und der Zweiten Republik Österreich bestimmt nicht gedient. (*Abg. Altenburger: Sagen Sie das dem Abgeordneten Zeillinger! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Melter: Der hat den Bericht nicht herausgegeben, Herr Altenburger!*) Was ich jetzt festgestellt habe, Herr Abgeordneter Altenburger, das sagte nicht der freiheitliche Abgeordnete Zeillinger, das stellte der ÖVP-Exklusiv-Pressedienst vom 25. November 1966 fest. (*Abg. Altenburger: Ich meine nur die Verdächtigungen!*)

Einer demokratischen Partei, deren Abgeordnete das Gelöbnis auf die Zweite Republik Österreich abgelegt haben und die dieses Gelöbnis auf diese Republik ernst nehmen, derartiges vorzuwerfen, ohne es zu beweisen, das ist eine Niederträchtigkeit und Gemeinheit, die widerrufen oder bewiesen werden muß, meine Herren der Österreichischen Volkspartei! (*Abg. Glaser: Schon der dritte Ordnungsruf! — Abg. Dr. van Tongel: Ein solches Pamphlet werden wir doch beleidigen dürfen, wenn es so niederträchtig und gemein ist! — Abg. Glaser: Wenn man Sie einen Verleumder nennt oder einen Rufmörder, dann gibt es einen Ordnungsruf! — Abg. Dr. van Tongel: Daß das Pamphlet niederträchtig und gemein ist, das sage ich noch einmal! — Abg. Zeillinger: Das Pamphlet ist eine Gemeinheit!*)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter Peter! Ich be-

Präsident Wallner

trachte darin eine beleidigende Äußerung und erteile Ihnen den Ordnungsruf. *) (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. van Tongel: Das ist allerhand! — Abg. Libal, zur ÖVP gewendet: Rufmörder seid ihr vor dem 6. März gewesen! — Ruf bei der ÖVP: Ordnungsruf!*)

Abgeordneter **Peter** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Bisher stand die Würde des Präsidenten dieses Hohen Hauses außer Diskussion. Hochverehrter Herr Präsident! Ich muß mir wirklich Mäßigung auferlegen, wenn ich jetzt zu dem Ordnungsruf, den Sie mir erteilt haben, keinen Kommentar abgebe. (*Ruf bei der ÖVP: Wird Ihnen schwerfallen!*) Aber eines sei hier unmißverständlich festgehalten. (*Zwischenrufe bei der SPÖ: Lautsprecher! Was ist denn nur? — Ruf bei der ÖVP: Es ist eh laut genug! — Abg. Libal: Schlafen Sie, Herr Präsident?*) Gleiches Recht für alle!, hat der Abgeordnete Glaser vor einer Viertelstunde gesagt! Daher auch für die freiheitlichen Abgeordneten den Lautsprecher, meine Herren der Österreichischen Volkspartei! (*Ruf bei der ÖVP: Dann aber halbe Lautstärke!*)

Ich stelle fest, daß die Regierungspartei in dieser Republik nunmehr ungestraft verleumden darf, während Abgeordnete der Oppositionsparteien, wenn sie sich dagegen gemessen zur Wehr setzen, den Ordnungsruf vom Stuhl der Präsidenten erhalten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) So weit, meine Damen und Herren, ist es in wenigen Monaten, in sieben Monaten, in Österreich mit der Demokratie unter einer Alleinregierung der ÖVP gekommen. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. van Tongel: In dem Fall die Demokratie des Herrn Witzthalm! — Abg. Zeillinger: Das ist Diktatur noch im Parlament!*)

Ich zitiere weiter aus dem Exklusiv-Presse-dienst der Österreichischen Volkspartei vom 25. November dieses Jahres: „Vielleicht er-mutigt durch die Gewinne der bundesdeutschen NPD und der ehemaligen NS-Größen Thadden und Thielen, verheißen Tongel und Peter auch in unserem Land der Ideologie der Vergangenheit eine glorreiche Zukunft.“ Wenn das, was der ÖVP-Presse-dienst behauptet, wahr ist, wenn das, was hier unter-stellt wird, zu Recht besteht, dann, meine Damen und Herren, gehörten die freiheitlichen Abgeordneten vor den Staatsanwalt. Daher fordere ich von Ihnen, Herr Bundespartei-obmann der Österreichischen Volkspartei, daß Sie den Wahrheitsbeweis antreten. (*Abg. Melter: Das wird sehr schwerfallen!*)

Nun möchte ich mich dem Bundeshaushalts-plan 1967 zuwenden. (*Rufe bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Melter: Das ist eine Schein-*

heiligkeit! — Abg. Dr. van Tongel: Und Sie verteidigen das sogar noch und der Herr Ober-regierungsrat Guggenberger auch! Sie bekennen sich also dazu! Seien Sie so mutig und sagen Sie ja! — Präsident Wallner gibt das Glocken-zeichen. — Heiterkeit bei der ÖVP.) Wir Freiheitlichen verwahren uns dagegen, daß nach dem 6. März, in Zeiten, wo keine Wahl stattfindet, genauso wie vor dem 6. März 1966 verteufelt wird. Wir verwahren uns dagegen, daß die ÖVP dekretiert, wer ein Demokrat ist, und wir verwahren uns ebenso dagegen, daß die ÖVP dekretiert, wer ein Nazi ist. Mit jenem unseligen Spiel der Vergangenheit, das da lautet: Mein Nazi ist kein Nazi, aber dein Nazi ist ein Nazi, muß endlich einmal Schluß gemacht werden in Österreich! (*Beifall bei der FPÖ.*) Es ist traurig, daß es der Öster-reichischen Volkspartei vorbehalten war, diese Wunden der Vergangenheit 21 Jahre nach Kriegsschluß neuerdings aufzureißen, wo unsere Pflicht und Aufgabe, ganz gleich, wel-cher Partei wir angehören, darin besteht, die Grundlagen dieser Demokratie fester zu ver-ankern, als es heute der Fall ist. Wir frei-heitlichen Abgeordneten nehmen für uns das Recht heraus, daß wir im Geiste des Gelöb-nisses, das wir auf die Republik Österreich geleistet haben, unserem Vaterland Österreich, der demokratischen Republik, vorbehaltlos zu dienen bereit sind.

Wir haben der Österreichischen Volkspartei in Erinnerung zu rufen, daß ihr Bundeshaus-haltsplan 1967 leider keine Rücksicht auf den Einbau Österreichs in sich entwickelnde euro-päische Wirtschaftsordnungen nimmt. Wir vermissen, daß dieser Bundeshaushaltsplan 1967 Ansätze zu einem echten Strukturkonzept zeigt, deren die österreichische Wirtschaft so dringend bedarf; jene österreichische Wirt-schaft, mit deren Konkurrenzfähigkeit die Existenzsicherung für alle Menschen dieses Landes verbunden ist, ganz gleich, in welchem parteipolitischen Lager der einzelne Staats-bürger steht.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Her-ren, daß ich an ein Wort erinnere, das in der Schweizer Budgetdebatte geprägt wurde. Dort wurde festgestellt, es sei unmöglich, überholte und neuzeitliche Bedürfnisse gleichzeitig zu finanzieren und in einem Haushaltsplan zu verankern. Auch die österreichische Bundes-regierung sollte sich einmal die Frage vorlegen und sie gründlich prüfen: Was ist überholt und welche Bedürfnisse entsprechen nicht mehr den zeitgemäßen Umständen?

Überholt ist in Österreich zweifellos die überdimensionierte Zentralverwaltung, von der uns Finanzminister Schmitz in seiner vor-letzten Budgetrede sagte, daß sie dringend einer Reorganisation bedürfe. Es sei nur daran

*) Siehe auch Seite 2227.

Peter

erinnert, daß wir heute weitaus höhere Personalstände in den einzelnen Ressorts aufzuweisen haben, als dies in der Zwischenkriegszeit der Fall war. Zweifelsohne sind die Aufgaben des Staates in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Andererseits steht dem aber die Tatsache entgegen, daß der Verwaltungsaufwand in Österreich weit über das gebührende Maß hinausgeht. Es war nicht möglich, aus dem Mund des Bundesfinanzministers endlich Klarheit dahin gehend zu erfahren, in welchem Ausmaß Arbeitskräfte in der öffentlichen Verwaltung nicht vollinhaltlich ausgelastet sind.

Der Finanzminister versprach dem Parlament auch, so bald wie möglich die Vorschläge für Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu unterbreiten. Wir lesen von solchen Detailergebnissen, von solchen Detailplänen bereits in der Zeitung, ohne aber vom Finanzminister im Rahmen seiner Budgetrede eine sachgerechte Aufklärung zu erhalten. Gerade aus den jüngsten Presseveröffentlichungen geht hervor, daß der Verwaltungsaufwand in Österreich wesentlich größer als in der Bundesrepublik Deutschland und in der benachbarten Schweiz ist. Wenn aber die Journalisten bereits diese Unterlagen in Händen haben, dann frage ich mich, warum der Finanzminister entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt war, dem Nationalrat diese Untersuchungsergebnisse zur Kenntnis zu bringen. Es wäre hoch an der Zeit, im Hohen Hause die Ansichten des Finanzministers auf Grund der nunmehr vorliegenden Unterlagen kennenzulernen.

Herr Dr. Schmitz hat in seiner Budgetrede auch zum Ausdruck gebracht, daß er dem Nationalrat für 1967 ein währungsneutrales Budget vorlegen würde. Noch ehe dieser Bundeshaushaltsplan 1967 beschlossen ist, stellt sich heraus, daß dieser dem Grundsatz der Währungsneutralität nicht entspricht und ihm nicht Rechnung trägt. Der Herr Finanzminister erklärte vor wenigen Wochen dem österreichischen Nationalrat, daß die Gebühren- und Tarifierhöhungen so dosiert angesetzt worden wären, daß sie Gehalts- und Lohnforderungen nicht im Gefolge haben würden und haben könnten. Hier gehen jetzt die Meinungen zwischen den Oppositionsfractionen und der ÖVP-Alleinregierung in einem weiten Maß auseinander. Wir Freiheitlichen sind der Überzeugung, daß die Gebühren- und Tarifierhöhungen, die nunmehr wirksam werden, ein Ausmaß erlangt haben, daß sie zwangsläufig Lohn-, Gehalts- und Rentenforderungen im Gefolge haben werden.

Auf der einen Seite wollte der Finanzminister vermeiden, daß Konsumbedürfnisse

eine entsprechende Anheizung erfahren, andererseits beschränkte er sich vor allem darauf, den Investitionen gebührenden Raum im Haushaltsvoranschlag 1967 einzuräumen. Tatsächlich steht er nun vor der Situation, daß er auf der einen Seite dem Investitionsprinzip Rechnung zu tragen versucht, während er andererseits dem Konsumbedürfnis auf Grund der gegebenen Situation nicht aus dem Weg gehen kann. Ein Budgetprinzip steht im Haushaltsvoranschlag 1967 dem anderen entgegen. Daher müssen wir Freiheitlichen der Österreichischen Volkspartei den Vorwurf machen, daß sie keine grundsatzgerechte Budgetpolitik betreibt. Sie fällt von einem Extrem ins andere, ohne dabei zu brauchbaren Budgetergebnissen zu kommen.

Im Haushaltsplan 1967 fehlt auch die Entzündung der Staatsausgaben. Das Problem der Dezentralisierung der Zentralgewalt ist hier zuwenig berücksichtigt: Man muß sich endlich einmal von Seite der Bundesregierung entschließen, gemäß dem Prinzip des Föderalismus den Ländern mehr Kompetenzen, zumindest jene Kompetenzen einzuräumen, die ihnen seit geraumer Zeit vorenthalten werden. Im überschaubaren Kreis der kleinen Gemeinschaften — und dies ist eine alte Erfahrungstatsache — wird sparsamer und wirtschaftlicher gearbeitet als im weniger überschaubaren Bundesbereich, was nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Bautenskandal in jüngster Zeit zutage getreten ist.

Vorangegangene Bundesregierungen wie auch die ÖVP-Bundesregierung nach dem 6. März 1966 waren nicht in der Lage, dem Umbau der Steuerstruktur in Österreich gerecht zu werden. So ist zum Beispiel die Allphasen-Umsatzsteuer in unserem Lande katastrophal hoch und weitaus höher als in benachbarten Ländern.

Ebenso ist von Seite der Bundesregierung im Haushaltsplan 1967 der Beseitigung überholter Vorstellungen wenig Rechnung getragen worden. Wir Freiheitlichen meinen hier jene Vorstellungen, die der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht adäquat sind. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß von der geistigen wie aber auch von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Österreichs im Konkurrenzkampf der Völker und Staaten letzten Endes unsere Zukunft und damit die Existenzgrundlage eines jeden einzelnen Österreicherers abhängt.

Uns Freiheitlichen fehlt im Haushaltsplan für 1967 ebenfalls der konzentrierte Einsatz der Mittel auf große, lebenswichtige, entscheidende Ziele des Staates und der Wirtschaft. Wir vermissen im Bundeshaushaltsplan entsprechende Ansätze zur Bereinigung der Strukturkrise unserer österreichischen Wirt-

Peter

schaft. Wir Freiheitlichen sind uns sehr wohl der Tatsache bewußt, daß wir mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die von außen her auf uns zukommen. In einigen Diskussionsbeiträgen klang ja bereits die Sorge um die Entwicklung auf dem Eisen- und Stahlmarkt an. Wir haben uns klar darüber zu sein, daß die Eisen- und Stahlkrise ihren Höhepunkt auf dem Weltwirtschaftsmarkt noch nicht erreicht hat. Das verpflichtet uns aber, die Frage vorzulegen, wie die Stahl- und Eisenindustrie Österreichs einer solchen Entwicklung gerecht zu werden versucht. Dies nicht zuletzt deswegen, weil in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland in den letzten Monaten Entwicklungen eingetreten sind, die zu größter Besorgnis Anlaß gegeben haben. So mußte sich zum Beispiel Glöckner-Deutz in den letzten Monaten von 3000 Mitarbeitern trennen, Rheinstahl hat sogar die Ausstellung von 8300 Arbeitskräften vorgenommen. Die Lage auf dem Gebiet der Schwerindustrie der Bundesrepublik Deutschland hat ja nicht zuletzt den Metallarbeitergewerkschafter Otto Brenner veranlaßt, für 1966 auf jegliche Lohnforderungen für die von ihm vertretenen Stahlarbeiter zu verzichten. Er hoffte, auf diesem Weg die Arbeitsplätze sichern zu können. Es gelang ihm aber nicht, mit Hilfe dieses Weges das gesteckte Ziel zu erreichen. Zur Diskussion steht auch die Frage, wie die österreichische Eisen- und Stahlindustrie einer solchen Situation gerecht werden wird.

Ebenso erfüllen uns die Verhältnisse auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues mit großer Sorge. Wenn jüngst der steirische Landeshauptmann und Bundesrat Krainer der Regierung große Vorwürfe gemacht hat, so treffen diese Vorwürfe zu. Es ist aber nicht so, daß diese Krise des Kohlenbergbaues in den letzten Monaten auf uns zugekommen wäre. Es handelt sich hier um eine latente Krise, der die Verantwortlichen des Staates in den abgelaufenen Jahren nicht gerecht geworden sind.

Nicht verstehen können wir allerdings die Auffassung des Landeshauptmannes Krainer, wenn er sagte, daß die Verbilligung des Gasheizöles zu einer Diskriminierung der Kohle in Österreich geführt hätte. Wir haben den Heizölpreis von 2,50 auf 1,70 S senken können, lassen aber dabei außer acht, daß ein Liter Gasöl gleicher Qualität in der Bundesrepublik Deutschland lediglich 75 g kostet. Worin liegen die Ursachen, daß bei uns Gasöl gleicher Qualität um so viel mehr kostet? Die Ursachen sind darin gelegen, daß die Steuerreduktion nicht in jener Höhe erzielt werden konnte, die eben notwendig gewesen wäre, um den Öfenbesitzern das Heizöl zu jenem Preis zu ermöglichen, der ihren Einkommensverhältnissen

entsprochen hätte. So stehen Versäumnisse zur Diskussion, die eben durch die jetzige Bundesregierung nicht beseitigt worden sind.

Auch auf dem Gebiet der Verwaltungsreform steht vieles aus. Bis jetzt haben wir von der ÖVP-Alleinregierung nur Erklärungen zur Kenntnis nehmen können, die bis zur Stunde zu keinen konkreten und positiven Ergebnissen geführt haben.

Wir vermissen im Bundeshaushaltsplan 1967 auch wesentliche und weitgesteckte Ziele, die wirklich zu einer Verbesserung der Wachstumsquote beitragen könnten. Das ist darin begründet, daß die Regierung zu sehr auf die Ausgabenseite bedacht gewesen ist, ohne der Einnahmenseite gebührend Rechnung zu tragen.

Immer wieder verweisen wir Freiheitlichen auf die Versäumnisse im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Integration Europas. Es tritt im Bundeshaushaltsplan zuwenig zutage, welche Förderungsrichtungen die Regierung in diesem Zusammenhang einzuschlagen beabsichtigt. Auch die derzeitige Regierung vermeidet nicht jene hypertrophen Entwicklungen, denen unsere Republik in den letzten Jahren ausgesetzt gewesen ist. Wir finden im Bundeshaushaltsvoranschlag 1967 keine Hinweise darauf, wie die Entballung der überfüllten Räume unserer Republik in die Wege geleitet werden soll und wie andererseits eine bessere Nutzung der bisher vernachlässigten Räume unseres Staates erreicht werden kann.

Wir Freiheitlichen haben bereits bei der ersten Lesung des Bundeshaushaltsplanes 1967 zum Ausdruck gebracht, daß diesem Schmitz-Budgetentwurf Inflationstendenzen eigen sind. Damals hat man diese Bedenken von Seite der Regierung mit einer Handbewegung in den Wind geschlagen. Inzwischen haben sich jene Meinungen der Fachleute verdichtet, die diese Auffassung unterstreichen. Meinem Parteifreund Dr. Tongel war es bereits vorbehalten, darauf eingehend zu verweisen. Ich erinnere abschließend noch einmal daran, daß das Budget für 1967 einen expansiven und damit inflationistischen Charakter hat. Mit Rücksicht auf die für das Frühjahr 1967 vom Institut für Wirtschaftsforschung prophezeite inflationsgefährdete Preissituation erscheint eben diese expansive Tendenz des Budgets bedenklich. Wir Freiheitlichen sind der Überzeugung, daß mit dem Bundeshaushaltsplan 1967 nicht das erreicht wird, was der Finanzminister in seiner Budgetrede in Aussicht gestellt hat. Darum sind wir Freiheitlichen nicht in der Lage, dem Haushaltsplan für 1967 die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Wallner: Der Obmann der Abgeordneten des freiheitlichen Klubs hat bei mir wegen des Ordnungsrufes Einspruch erhoben. Ich konnte inzwischen feststellen, daß mit dieser beleidigenden Äußerung nicht ein Mitglied des Hauses, sondern eine allgemeine Vorgangsweise benannt war. Ich nehme deshalb den Ordnungsruf zurück.

Ich habe aber inzwischen festgestellt, daß mit dem Ausdruck „das entstammt der Sudelküche“ eines Abgeordneten ein bestimmtes Mitglied des Hauses gemeint war. Darin erblicke ich eine beleidigende Äußerung und erteile deshalb dem Herrn Abgeordneten Peter den Ordnungsruf. *(Abg. Peter: Aber diese Stelle, die das herausgegeben hat, ist und bleibt die Sudelküche!)*

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es wäre jetzt sehr verlockend, auf die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Dr. Peter einzugehen. Ich glaube schon, daß die Freiheitliche Partei etwas nervös geworden ist durch den Erfolg einer extremen Partei in Deutschland. Wir sind sicher alle aufgeschreckt worden durch diesen Erfolg. Aber ich glaube, wir dürfen diese Nationale Partei Deutschlands auch nicht überbewerten. Um die Demokratie wäre es sehr schwach und schlecht bestellt, wenn sie bereits durch ein kleines Häuflein extremer Leute gefährdet wäre. Es gibt auch in anderen Demokratien extreme Parteien, ohne daß deshalb die Demokratie gefährdet ist.

Aber natürlich verstehe ich auch, daß die Freiheitliche Partei noch mehr aufgeschreckt ist durch die Ankündigung des Dr. Burger, auch in Österreich eine solche Partei zu gründen, weil es dann sehr leicht möglich wäre, daß, da die Freiheitliche Partei ihre Wähler ja besser kennen muß als wir, sie das Grundmandat nicht mehr erreicht. Aber wie Sie richtig gesagt haben, Herr Kollege Peter, ist diese Partei noch nicht angemeldet, noch nicht gegründet. Es wird erst zu prüfen sein, ob es eine demokratische Partei ist. Als Tiroler komme ich aus einem Land mit einer alten Demokratie. Wir in Tirol haben Demokratie nicht erst seit 15 Jahren gepflogen, sondern wir sind seit 600 Jahren ein demokratisches Land. Wenn Sie heute ein Bekenntnis zur Demokratie abgelegt haben, dann freue ich mich darüber und hoffe, daß es auch aus einem echten Herzen kommt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und jetzt darf ich etwas zum Rechnungshof sagen. Der Artikel 122 der Bundesverfassung bestimmt, daß der Rechnungshof unmittelbar dem Nationalrat untersteht. Dieses Hohe

Haus ist daher für sein Kontrollorgan, für den österreichischen Rechnungshof voll verantwortlich. Es scheint daher nicht nur zweckmäßig zu sein, ich glaube, es ist notwendig, daß sich der Nationalrat um sein Organ, welches die oberste Kontrolle in Angelegenheiten der Bundesfinanzen und damit auch der Verwaltung ausübt, mehr als bisher kümmert, damit der Rechnungshof diese seine Aufgaben richtig erfüllen kann. Die Unabhängigkeit der Beamten des Rechnungshofes muß voll gewährleistet sein. Darüber hinaus ist darauf zu achten, daß er seine volle Leistungsfähigkeit vor allem durch eine hohe Qualität jedes einzelnen Mitgliedes erhält. Die Quantität allein wird dazu nicht ausreichen.

Das Rechnungshofgesetz 1948 bestimmt im § 1 genau, daß der Rechnungshof die Gebarung der gesamten Staatswirtschaft zu überprüfen hat. Der Absatz 3 verpflichtet ihn zur Überprüfung der Gebarung jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Bundesorganen verwaltet werden. In den §§ 11 und 12 wird bestimmt, daß der Rechnungshof die Gebarung der wirtschaftlichen Unternehmungen des Bundes überprüft und auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Betriebsführung achtet. Ebenso unterliegt die Gebarung öffentlich-rechtlicher Körperschaften mit Mitteln des Bundes der Überprüfung des Rechnungshofes. Der Rechnungshof hat also durch die ständig steigenden Aufgaben des Staates eine ständig wachsende Kontrolltätigkeit auszuüben.

Darüber hinaus bestimmt das Rechnungshofgesetz im § 2 aber, daß der Rechnungshof festzustellen hat, ob die Gebarung den bestehenden Gesetzen und Verordnungen entspricht und ob sie sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig ist. Er hat bei seiner Kontrolltätigkeit die Möglichkeit der Herabminderung und Vermeidung von Ausgaben zu beachten. Diese sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Gebarung hängt eng mit einer Verwaltungsvereinfachung zusammen. Ich sehe hier eine wesentliche Aufgabe des Rechnungshofes, denn Verwaltungsvereinfachung ist nur möglich, wenn das Subsidiaritätsprinzip und damit das föderalistische Prinzip beachtet und gehandhabt wird.

Es soll aber nicht nur die allgemeine Forderung aufgestellt werden, daß dem Rechnungshof beste Nachwuchskräfte und gut geschulte, geeignete Personen aus der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden müssen. Es müssen auch die konkreten Wünsche der Beamten des Rechnungshofes unterstützt werden. An der Spitze meiner Ausführungen möchte ich diesen Beamten den Dank der österreichischen Volkspartei für die oft unbedankte und für die noch öfter unbeachtete Arbeit aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Wir leben heute in einem eher materialistischen Zeitalter. Hohe Leistungen sind auf die Dauer nicht allein durch Idealismus, sondern nur durch eine entsprechende Honorierung zu erreichen. Der Rechnungshof soll kein Superkontrollapparat werden, es ist nicht möglich, alles, und jedes zu kontrollieren und zu überprüfen, hinter jeden Prüfenden allenfalls noch einen Prüfenden zu stellen. Schon die Möglichkeit, alles, was mit der Staatsverrechnung zusammenhängt, zu überprüfen und zu kontrollieren, ist für einen ungetreuen Verwalter des Staatseigentums ein Damoklesschwert über seinem Haupt. Der ehrliche und tüchtige Beamte aber wird durch die Kontrolltätigkeit eine Bestätigung für seine geleistete Arbeit erhalten.

Der Kontrollapparat muß vor allem dadurch leistungsfähig bleiben, daß seine Beamten eine sehr hohe Qualität haben. Dann besitzt der Rechnungshof auch die entsprechende Schlagkraft und wird den Aufgaben gerecht werden.

Bei der Beschlußfassung des Rechnungshofgesetzes wurde eine Entschließung des Verfassungsausschusses angenommen, in der es unter anderem heißt, daß die Zentralstellen angewiesen sind, Personalanforderungen des Rechnungshofes nicht nur keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern alle Bewerbungen von geeigneten Interessenten für den Rechnungshof weitestgehend zu fördern. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, die Mittel für die Wiedereinführung einer Rechnungshofzulage in ausreichendem Maße bereitzustellen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die damit verbundene Integrität der Kontrollbeamten zu gewährleisten.

Die bessere Durchführung dieser Entschließung ist umsomehr berechtigt, als im Artikel 126 der Bundesverfassung bestimmt wird, daß kein Mitglied des Rechnungshofes an der Leitung und Verwaltung von Unternehmen beteiligt sein darf, die seiner Kontrolle unterliegen. Ebenso wenig darf ein Mitglied des Rechnungshofes an der Leitung und Verwaltung sonstiger, auf Gewinn gerichteter Unternehmungen teilnehmen. Es ist daher notwendig, die Prüfungszulagen zu erhöhen und tüchtigen Prüfungsbeamten besondere Leistungszulagen zu gewähren. Es wird sicher auch im Rechnungshof weniger leistungsfähige Prüfungsbeamte geben. Vielleicht besteht die Möglichkeit, im Einvernehmen mit diesen Beamten einen Tausch mit der Verwaltung zu ermöglichen. Ein sehr guter Verwaltungsbeamter muß noch lange kein sehr gutes Kontrollorgan sein. Verwaltung und Kontrolle sind zwei durchwegs verschiedene Gebiete und verlangen eine spezifische Eignung. Durch

eine solche Maßnahme könnte die Leistungsfähigkeit des Rechnungshofes sicher gesteigert werden.

Eine Erhöhung der Rechnungshofzulagen ist umsomehr berechtigt, als zentrale Verwaltungsstellen die Möglichkeit haben, einzelnen ihrer Beamten durch Entsendung in Aufsichtsräte, in die Körperschaften der Sozialversicherung und ähnliches entsprechende Zulagen zu verschaffen. Die Verwaltung wird diese Möglichkeit immer haben, selbst dann, wenn es durch die Kontrolltätigkeit des Rechnungshofes gelingt, den Mißbrauch, welcher damit getrieben wurde, abzustellen. Gerade im letzten Einschaubericht hat der Rechnungshof aufgezeigt, daß im Jahre 1964 ein Sektionschef in der Sektion IV des Bundeskanzleramtes — das sind die verstaatlichten Betriebe — in 13 Gesellschaften als Aufsichtsrat entsendet wurde und damit ein zusätzliches Einkommen von 151.000 S im Jahr bezogen hat. Wir wissen alle, daß diese Mittel zum größeren Teil als Aufwandsentschädigung gegeben werden, also zum großen Teil steuerfrei und sozialversicherungsfrei sind.

Es ist also nicht zu verwundern, wenn sich der Rechnungshofbeamte selbst bei einer gerechten Handhabung dieser Möglichkeit für den Verwaltungsbeamten zurückgesetzt fühlt und damit immer weniger Fachleute bereit sein werden, ihre Arbeitskraft dem Rechnungshof zur Verfügung zu stellen.

Die Österreichische Volkspartei hat bei der Budgetberatung einen weiteren Entschließungsantrag eingebracht, dem sich alle Parteien, die in diesem Hohen Hause vertreten sind, angeschlossen haben. Dieser Antrag verlangt eine Novellierung der Reisegebührenvorschrift, damit der Beamte bei einer länger dauernden Prüfungstätigkeit nicht in seinen Diäten benachteiligt wird. Wir wissen alle, daß die gründliche Prüfung eines Betriebes oft länger als 14 Tage dauert.

Bei einem Besuch des Rechnungshofes mußte ich auch feststellen, daß eine bessere Ausstattung der einzelnen Diensträume notwendig ist. Es muß doch möglich sein, die Zimmer entsprechend auszumalen, mit ordentlichen Möbeln zu versehen und auch mit einem Vorhang und einen Teppich auszustatten. Die Diensträume des Rechnungshofes sollen sicher einfach sein — das gehört zum Prüfungsorgan —, aber sie dürfen keineswegs vernachlässigt wirken. Ich bitte den Präsidenten des Hohen Hauses, bei der Verwirklichung dieser drei berechtigten Wünsche tatkräftig mitzuhelfen.

Nun eine etwas weniger erfreuliche Tatsache. Die Artikel 121 und 126 der Bundesverfassung bestimmen, daß der Inhalt des

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Bundesrechnungsabschlusses und des Tätigkeitsberichtes erst nach Vorlage an den Nationalrat veröffentlicht werden darf. Beim Einschaubericht bestimmt die Verfassung, daß eine Veröffentlichung des Inhaltes nicht vor Beginn der Beratung im Nationalrat erfolgen darf. Diese Verfassungsbestimmungen werden dauernd verletzt. Dies trägt keineswegs zu einer Mehrung des Ansehens des Rechnungshofes bei. Sicher hat ein Rechnungshofbericht einen weiten Weg zurückzulegen, bis er im Parlament behandelt werden kann. Der Rechnungshof stellt einen Rohentwurf her und leitet diesen an die überprüfte Stelle weiter, damit er im endgültigen Bericht die so erlangte Stellungnahme berücksichtigen kann. Auf diesem langen Weg gelangen anscheinend einzelne Details an die Öffentlichkeit. Damit ist aber auch die Möglichkeit einer politischen Brunnenvergiftung gegeben, da vorzeitige Berichte nicht verifiziert werden können. Das Vertrauen kann bewußt oder unbewußt auch dort untergraben werden, wo es gerechtfertigt wäre.

In der letzten Woche hat der Herr Abgeordnete Weikhart den Nachtragsbericht des Rechnungshofes in diesem Hohen Hause diskutiert, obwohl er dem Parlament noch gar nicht zugegangen ist. Den Rohentwurf kennt der Herr Abgeordnete von seiner Tätigkeit als Staatssekretär. Dieser Rohbericht wurde auch an die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Strengberg verteilt. Ich frage jetzt: Wo hat die „Arbeiter-Zeitung“ ihre Artikel in dieser Sache her? Aus welcher Quelle stammen sie?

Der Herr Landeshauptmann von Tirol hat sich in einer sehr deutlichen Erklärung gegen reine Erfindungen verschiedener Pressezeugnisse zum Bauskandal zum Wort gemeldet. Eine österreichische Zeitung schrieb in diesem Zusammenhang, daß die Baufirmen für die Olympische Straße 150 Millionen Schilling an Mehrkosten präsentiert und bekommen haben. Die gesamte Axamer Lizum-Straße, die Olympia-Straße, wurde aber mit einem Betrag von 28,7 Millionen Schilling abgerechnet, und zwar endgültig abgerechnet.

Eine andere Zeitung bringt die Meldung, daß die Felberntauernstraße statt 800 Millionen Schilling 1,2 Milliarden Schilling kostet. Auch diese Meldung ist falsch. Die Felberntauernstraße wird nur 800 Millionen Schilling kosten.

Die Meldung, daß bei der Vergabe der Arbeiten für die Autobahnbrücken in Tirol Geldgeschenke eine maßgebliche Rolle gespielt haben, ist ebenso falsch. Es wurde bisher nur eine Brücke der Inntal-Autobahn vergeben, und zwar an den Billigstbieter.

Herr Landeshauptmann Wallnöfer richtete dann einen Appell an die Presse. Er sagte wörtlich: Die Freiheit der Presse ist eine wesentliche Grundlage einer gesunden Demokratie, aber die Pressefreiheit ist gebunden an eine große Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen, daß nicht durch eine unrichtige Berichterstattung die Allgemeinheit zu Schaden kommt.

Hier ergäbe sich die dankbare Aufgabe für den Pressebeirat, auf die Einhaltung der Verfassungsbestimmungen zu dringen, denn nicht nur die Verantwortung wurde in vielen Fällen klein geschrieben, sondern es wurde auch die Verfassung verletzt. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß die Rohberichte des Rechnungshofes an der Pressebörse gehandelt werden. Hier ergäbe sich eine ebenso wichtige Aufgabe für den Presseanwalt, weil auf dieser Börse nicht nur alles seinen Wert und seinen Preis hat, sondern weil dort auch das Wort vom ungerechten Mammon sehr zutreffend sein könnte.

Auch die Freiheitliche Partei, die sich in der letzten Zeit oft als Schützer des Rechnungshofes angetragen hat, hat diesem keine guten Dienste erwiesen. Herr Abgeordneter Dr. van Tongel hat in den Stadtgesprächen über den Bauskandal verschiedene Behauptungen über Vorkommnisse beim Autobahnbau aufgestellt, die im Rechnungshofbericht enthalten sein sollen, aber nicht enthalten sind, wie ich in der Zwischenzeit festgestellt habe. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder werden Behauptungen aufgestellt, um Eindruck in der Öffentlichkeit zu machen, ohne es mit der Wahrheit genau zu nehmen (*Abg. Dr. van Tongel: Sagen Sie gefälligst, welche Behauptungen ich aufgestellt habe!*), oder die Freiheitliche Partei verfügt tatsächlich über erstaunlich gute Informationen aus dem Rechnungshof. (*Abg. Dr. van Tongel: Das ist alles aus dem Rechnungshofbericht! Alles andere ist eine Lüge!*) Präsident Kandutsch war freiheitlicher Abgeordneter, aber jetzt ist er Präsident des Rechnungshofes, und ich schätze den Präsidenten des Rechnungshofes viel zu sehr, als daß ich annehmen wollte, daß er einer Partei Informationen gibt, also vorzeitig Sprengstoff liefert und damit die Verfassung verletzt. Deshalb braucht Kandutsch seine private Gesinnung weder aufzugeben noch zu ändern.

„Der Tiroler Freiheitliche“ schreibt in dem Artikel „Der Balkan kommt auf uns zu“: „Schließlich war es auch der Freiheitliche Dr. Kandutsch, der als energischer und fachlich hervorragender Rechnungshofpräsident unentwegt in den Dschungel der öffentlichen Mißwirtschaft hineinleuchtete, bis so viel Unrat sichtbar wurde, daß Justiz und Regierung

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

es sich einfach nicht mehr leisten können, zu tun, als ob alles in schönster Ordnung wäre.“ (*Abg. Dr. van Tongel: Jedes Wort ist wahr!*) „Das ist doch eine echte Leistung freiheitlicher Politik für Österreich.“

Es ist eigentlich sehr interessant, daß sich die Sozialistische Partei und die Freiheitliche Partei über das Urheberrecht der Klärung des Bauskandals streiten. Tatsache ist aber, daß die Regierung der Österreichischen Volkspartei diese Mißstände energisch angeht (*Abg. Dr. van Tongel: „Die ÖVP greift durch“ hat es geheißen! Auf einmal sind wir schuld!*) und sich bemüht, den Schmutzkübel auszulernen und nicht nur darin umzurühren. (*Abg. Weikhart: Herr Doktor! Das müssen Sie aber jetzt wirklich beweisen, daß zwischen Sozialistischer Partei und Freiheitlicher Partei in irgendeiner Form hier ein Wettstreit besteht!* — *Abg. Dr. Kranzlmayr: Freilich, Sie haben es gesagt!*) Herr Abgeordneter, in der letzten Woche haben Sie sehr viel Wert darauf gelegt, die Termine zu fixieren und im Hohen Hause festzuhalten, daß Ihre Minister mit der Aufräumung im Bauskandal begonnen haben. Die Freiheitliche Partei schreibt, daß das eine freiheitliche Leistung ist. Und ich stelle fest, daß die ÖVP damit aufräumen und durchgreifen wird. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Weikhart: Das nennen Sie einen Beweis? Sie sind ihn nach wie vor schuldig!*) Nein, ich bin ihn nicht schuldig. Sie haben in der letzten Woche sehr deutlich festgestellt (*Abg. Weikhart: Sie verdächtigen bloß, aber beweisen nichts!*), als die Termine diskutiert wurden, daß am 4. Juli 1964 die Bundespolizeidirektion Wien, und zwar die Wirtschaftspolizei, mit Vorerhebungen beauftragt wurde (*Abg. Weikhart: Das hat uns der Justizminister im Finanzausschuß gesagt!*) und daß der Schlußbericht am 17. Februar 1966 bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck eingelangt ist. (*Abg. Weikhart: Der Justizminister hat das klar und deutlich festgestellt!*) Ja. (*Abg. Weikhart: Na also!*) Und Sie haben das hier noch einmal zu hören verlangt, Herr Abgeordneter.

Die vorzeitigen Diskussionen des Rechnungshofberichts haben dem Rechnungshof keinen guten Dienst erwiesen, sie haben seiner Unabhängigkeit geschadet und bergen die Gefahr in sich, seine Kontrolltätigkeit unnötig zu belasten. Damit wurde auch einer sauberen, korrekten Verwaltung entgegengearbeitet. (*Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Herren! Warum regen Sie sich auf? — Es ist eigentlich sehr erfreulich, daß sich alle drei Parteien zusammengefunden und einen Entschließungsantrag eingebracht haben, worin der Präsident des Nationalrates gemein-

sam mit den Organen des Rechnungshofes aufgefordert wird, die rechtzeitige und direkte Vorlage der Rechnungshofberichte an die zuständigen gesetzgebenden Körperschaften vor ihrer Veröffentlichung zu sichern. Dazu haben sich alle drei Parteien bekannt. Antragsteller war der Abgeordnete Dr. Withalm. Eine solche Maßnahme dient nicht zur Verschleierung von Mißständen, sondern sie dient einer echten Wahrheitsfindung, einer sauberen Verwaltung und damit einer Stärkung der Demokratie in unserem Staatswesen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Gestatten Sie mir noch, zwei konkrete Wünsche zur Tätigkeit des Rechnungshofes vorzutragen. Die Kontrolltätigkeit für die Gesetzmäßigkeit der Gebarung und für die Sauberkeit der Verwaltung ist nur eine Seite des Rechnungshofes. Der Bauskandal zeigt zwar, daß diese Seite eine sehr große Bedeutung hat, aber die Verwaltung soll nicht nur sauber, sie soll auch sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig sein. Hier ist ein innerer enger Zusammenhang: Je einfacher und klarer, desto sauberer wird die Verwaltung sein.

Der Rechnungshof hat die Aufgabe, diese Verwaltungsvereinfachung zu fördern. Er soll durch seine Kontrolltätigkeit aber auch die Entscheidungsfreude des einzelnen Beamten nicht bremsen, sondern fördern. Wie notwendig wir diese Entscheidungsfreude brauchen, hat ja die Flugzettellaktion der vergangenen Tage in Wien sehr deutlich gezeigt. (*Abg. Dr. van Tongel: Ist an der Geschichte mit dem Flugzeug auch der Rechnungshof schuld?*) Ich habe gesagt, daß wir entscheidungsfreudige Beamte brauchen, und Sie haben vorhin gesagt, da hat der eine mit dem anderen telefoniert, das eine Ministerium mit dem anderen — das sind ja Beamte —, aber niemand hat entschieden. Daher ist der Pilot mit seinem Flugzeug wieder nach Italien zurückgekehrt. (*Abg. Libal: Der Seidl war entscheidungsfreudig! Ein zweiter Seidl müßte her!*) Wir haben drei Forderungen aufzustellen: die Sauberkeit, die Einfachheit der Verwaltung und die Entscheidungsfreude des Beamten. Auch die brauchen wir nämlich sehr notwendig.

Im Einschaubericht 1965, der vor wenigen Tagen im Ausschuß behandelt wurde, sind die Möglichkeiten einer Verwaltungsvereinfachung in einzelnen Ministerien sehr stark aufgezeigt worden. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Gegenrufe bei der ÖVP: SADI, SADI, Hueber!* — *Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Ich erwähne hier nur den Bericht über das Innen- und das Sozial-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

ministerium. In anderen Kapiteln des Einschauberichtes fehlt dieser Gesichtspunkt beinahe vollkommen. Ich denke hier an das Kapitel Verkehr, an die Bundesbahnen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn der Rechnungshof in Zukunft die Bemühungen der Regierung um eine Verwaltungsreform einschließlich einer Kompetenzabklärung stark unterstützen würde. Ich weiß zwar, daß der Rechnungshof bereits jetzt stark eingeschaltet ist, um gemeinsam eine moderne Verwaltung einzuführen. Der Rechnungshof kann aber hier manche Anregung geben, eingefleischte Vorurteile brechen und die Bereitschaft einzelner Verwaltungsorgane für eine Modernisierung der Verwaltung anregen. Hiebei ist es sicher möglich, daß der Rechnungshof nicht alles selber untersucht, sondern eben seine Erfahrungen zur Verfügung stellt. Die Verwaltungsreform ist gerade heute zur großen Aufgabe geworden, weil man mit einer Maria-Theresianischen Kanzleiordnung im Zeitalter der elektronischen Rechen- und Datenverarbeitungsmaschinen, im Zeitalter der modernen Buchungsmaschinen eine moderne Verwaltung nicht mehr führen kann.

Bei der gründlichen Durchsicht der letzten Einschauberichte ist mir der Gedanke gekommen, daß auf die Hebung der Entscheidungsfreude des tüchtigen Beamten zu wenig Rücksicht genommen wurde, daß man dieser oft geradezu entgegenwirkt. Auch ein entscheidungsfreudiger Beamter kann korrekt und gesetzestreu verwalten. Wie oft wird ein Akt herumgeschoben und die Entscheidung abgewälzt! Es muß doch möglich sein, das Parkinsonsche Gesetz, wonach sich die Verwaltung automatisch vermehrt und zu einer Hydra wird, zu durchbrechen. Unsere Gesellschaft und unser Gemeinwesen braucht heute mehr denn je ehrliche, tüchtige und entscheidungsfreudige Beamte.

Es hat mich gefreut, daß der Rechnungshof in einer gesonderten Beilage zum Einschaubericht aufgezeigt hat, welche Gesetzesänderungen notwendig sind, um seiner Kritik im Hinblick auf eine einfache und saubere Verwaltung gerecht zu werden. Ich erinnere nur an die Anregung, den § 16 des Invalideneinstellungsgesetzes dahingehend zu ändern, daß die Dienstgeber die Beschäftigungsunterlagen jährlich nur einmal vorzulegen brauchen. Durch diese einfache Maßnahme könnte die Aktenzahl auf die Hälfte verringert werden. Aber es sind noch viel zuwenig konkrete Forderungen in dieser Beilage enthalten. Ein Rechtsstreit mag für Juristen nicht nur interessant, er mag sogar sehr verlockend sein. Aber jeder weiß, daß es sehr schwer ist, bei einer etwas komplizierten Gesetzesmaterie

die Juristen auf eine gemeinsame Meinung zu bringen. Es gibt sicher viele andere Möglichkeiten, eine sparsame und zweckmäßige Verwaltung zu fördern. Die Klarheit und Einfachheit ist ein Schlüssel hiezu, und hier kann sich auch ein großer Nutzen für den Gesetzgeber ergeben, der sich vielleicht auch einige Scheiben abschneiden kann und der diese Einfachheit in seiner Gesetzgebung ebenfalls zu berücksichtigen hat.

Den zweiten Wunsch an den Rechnungshof möchte ich überschreiben: „Rechnungshof bleibe bei deinen Aufgaben, welche dir vom Gesetzgeber deutlich zugewiesen sind!“ Der Rechnungshof prüft alljährlich die Gebarung der Fonds, darunter auch die des Milchwirtschaftsfonds. 1963/64 wurde ein Streit ausgelöst, ob über den Fonds jeder private und genossenschaftliche Milchwirtschaftsbetrieb geprüft werden könne, weil diese über den Fonds Marktausgleichsbeträge erhalten. Es gab einen langen Streit der Juristen. Jetzt ist geklärt, daß die derzeitige Gesetzeslage dem Rechnungshof kein Prüfungsrecht im einzelnen Milchwirtschaftsbetrieb einräumt, daß aber selbstverständlich der Fonds genau und eingehend geprüft werden kann. Es gibt eine Fondsabrechnung, die die Ausgaben und Einnahmen jedes einzelnen Betriebes in 564 Positionen aufgliedert. Als Betriebswirtschaftler erlaube ich mir das Urteil, daß damit eine sehr gute Kontrollmöglichkeit über die ordentliche und sparsame Verwendung der Fondsmittel möglich ist. Mit einer Aufgliederung der Abrechnung des einzelnen Betriebes in mehr als 560 Positionen können gleichartige Betriebe gut verglichen werden, und es sind entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen.

Im heurigen Rechnungshofbericht ist aufgezeigt, daß das Abrechnungssystem des Milchwirtschaftsfonds auf Grund der Anregung des Rechnungshofes geändert wurde. Die Verwaltungskommission hat durch den Anstoß des Rechnungshofes das neue Abrechnungssystem beschlossen. Der Streit um das Kontrollrecht war überflüssig und hat sicher viel Zeit und Arbeit gekostet. Wegen Arbeitsmangel aber braucht der Rechnungshof keine Ausdehnung seiner Kompetenzen. Es bleibt aber ein bitterer Nachgeschmack, weil die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß man das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen damit unverdienterweise auf die politische Anklagebank bringen wollte.

Der Rechnungshof ist kein politisches Organ, er ist das Kontrollorgan des Nationalrates. Das Parlament ist eine politische Instanz, der Rechnungshof muß seine Arbeit objektiv und ohne politische Hintergedanken leisten

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

können. Sicher wird in seinen Berichten oft politischer Zündstoff enthalten sein. So war es in der Vergangenheit, so wird es auch in der Zukunft bleiben. Die Konsequenzen aus dem Bericht aber hat das Hohe Haus zu ziehen. In der Vergangenheit sind diese Berichte manchmal zuwenig beachtet worden. Das kann in Zukunft anders sein.

Es ist auch zweckmäßig, daß die monokolore Regierung mehr Konsequenzen aus diesen Berichten zieht, als es die Koalitionsregierung in den vergangenen Jahrzehnten getan hat.

Hohes Haus! Mögen sich alle gemeinsam, das Parlament, der Rechnungshof und die Regierung, für eine saubere und korrekte, aber auch für eine sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Verwaltung einsetzen. Unser Staatswesen braucht eine solche Verwaltung. Der Staatsbürger wird nur zu einer solchen Verwaltung Vertrauen haben, und damit wird er auch das Vertrauen in die österreichische Demokratie haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Robert Weisz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert Weisz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Kapitel II: Bundeskanzleramt, bietet die Gelegenheit, Probleme der öffentlich Bediensteten zu besprechen. Gerade in den letzten Tagen sind diese Probleme besonders in den Vordergrund gerückt.

Eine Frage, die auch heute von Vorrednern angeschnitten wurde, ist die Regulierung der Reisegebühren, eine Frage, auf deren Lösung die öffentlich Bediensteten schon sehr lange warten.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben diese Forderung auf Erhöhung der Tages- und Nachtgebühren der Reisegebührenvorschrift erhoben und verhandeln derzeit mit der Bundesverwaltung. Diese Gebührensätze sind seit 1. August 1963 unverändert geblieben. Die Berechnungen, die nicht mehr strittig sind, zeigen, daß die Aufwendungen für Verpflegung um 36 Prozent und die Nächtigungskosten um 42 Prozent gestiegen sind, und sie zeigen, daß diese Frage sehr vordringlich ist. Wir glauben, daß auch in der Frage der Reisegebühren nicht für eine einzelne Sparte eine Separatregelung erfolgen kann, sondern diese muß den gesamten öffentlichen Dienst betreffen.

Um aber zu vermeiden, daß bei Dienstreisen die öffentlich Bediensteten und Bundesbediensteten die Differenzen aus ihrem eigenen Sack zu zahlen haben, weil sich die Kosten

wesentlich erhöht haben, wäre es dringend notwendig, daß diese Frage der Reisegebühren raschest einer Erledigung zugeführt wird. Es wäre vorzusorgen, daß die notwendigen Maßnahmen für die Reisegebührenerhöhung und die Regulierung dieser Ansätze spätestens mit 1. Jänner 1967 durchgeführt werden.

Ein Ersuchen hätte ich an den Herrn Bundeskanzler: ob man nicht überprüfen könnte, daß die Gerichtsvollstreckungsbeamten, die sich derzeit in der Verwendungsgruppe D befinden, in die Verwendungsgruppe C überreicht werden könnten. Es handelt sich hier um eine Kategorie von Bundesbediensteten, die sicherlich auf Grund ihrer Tätigkeit nicht richtig gereiht sind und daher mit Recht eine Änderung ihrer derzeitigen Einreibungsbestimmungen wünschen können.

Wir können nunmehr feststellen, daß nach sehr langwierigen Verhandlungen der Entwurf des Personalvertretungsgesetzes vorliegt. Er ist derzeit dem Verfassungsausschuß zur Beratung zugewiesen und wird dort nunmehr in einem Unterausschuß behandelt.

Durch den Erlaß des damaligen Herrn Bundeskanzlers, Ing. Figl, aus dem Jahre 1947 haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Vertretung des Personals der öffentlich Bediensteten durchzuführen und wahrzunehmen gehabt. Fast 20 Jahre hat dieser Erlaß gewirkt. Die Gewerkschaften haben in all diesen Jahren sehr verantwortungsvoll ihre Tätigkeit ausgeübt. Die Gewerkschaften wollen nunmehr ein wirksames Personalvertretungsgesetz, das den Wünschen, aber auch den Möglichkeiten der Ausnützung einer wirklichen Mitbestimmung und Mitarbeit Rechnung trägt.

Infolge des vom Herrn Bundeskanzler fixierten Termines vom 30. September wurden die Verhandlungen in sehr großer Eile und Hast durchgeführt. Der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf ist ein Gemisch von brauchbaren und guten, aber auch von sehr viel oberflächlich durchberatenen Bestimmungen.

Bisher war es auch üblich, daß alle Gesetze, die Personalprobleme behandelten, gründlichst mit dem Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beraten wurden. So war es zuletzt beim Pensionsgesetz. Ich möchte hier sagen: Die wirklich gute Durcharbeitung und Beratung dieses Gesetzes hat fast vier Jahre gedauert, aber wir dürfen heute mit Stolz feststellen, daß das Pensionsgesetz ein gutes Gesetz ist und wirklich den Belangen der öffentlich Bediensteten Rechnung trägt. Leider ist dies nicht so beim Personalvertretungsgesetz. Es sollte insbesondere in diesem Gesetz eine

Robert Weisz

vernünftige Abgrenzung der Tätigkeitsmerkmale Personalvertretungen — Gewerkschaften erfolgen.

Den Gewerkschaften, deren Stellung nach einer 21jährigen Tätigkeit im Staate und in der Gesellschaft unbestritten ist, die soviel für den Wiederaufbau unseres Staates, für die Erhaltung des inneren Friedens getan haben, muß die entsprechende Einflußnahme auf das Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht im öffentlichen Dienst gesichert bleiben.

Wir bedauern auch, daß zum Beispiel der Antrag auf Erhöhung der Witwenpension von 50 auf 60 Prozent im Finanzausschuß neuerlich abgelehnt wurde. Frau Minister Rehor hat am 31. Mai festgestellt, daß man etappenweise vorgehen sollte, um die Erhöhung der Witwenpension zu berücksichtigen.

Ich darf daher heute neuerlich dem Hohen Hause einen Entschließungsantrag vorlegen, der sich mit der Erhöhung der Witwenpension nach dem Pensionsgesetz von 50 auf 60 Prozent beschäftigt:

Die unterzeichneten Abgeordneten haben sich bereits mehrfach mit Entschiedenheit für eine Erhöhung der Witwenpension nach dem Pensionsgesetz von 50 auf 60 Prozent eingesetzt, ebenso wie die sozialistische Fraktion des Sozialausschusses sich für eine Erhöhung der Witwenpension nach dem ASVG. um den gleichen Prozentsatz eingesetzt hat.

Da dieser dringenden Forderung, deren Berechtigung auch von der Frau Sozialminister nicht bestritten werden kann, von der Regierung bisher nicht Rechnung getragen wurde, stellen die unterzeichneten Abgeordneten anläßlich der Verhandlungen des Bundesfinanzgesetzes neuerlich nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche die Erhöhung der Witwenpensionen nach dem Pensionsgesetz von 50 auf 60 Prozent zum Inhalt hat.

Wir bitten, daß das Hohe Haus diesem Antrag beitreten möge.

Das Unfallversicherungsgesetz für die öffentlich Bediensteten ist noch immer ein offenes Problem. Als letzte große Gruppe sind die Beamten in Österreich noch immer ohne Unfallschutz. Im Pensionsgesetz 1965 ist auf die Unfallversicherung ausdrücklich Bezug genommen. Die öffentlich Bediensteten erwarten die Vorlage des Gesetzentwurfes, damit

das Hohe Haus die entsprechenden Beschlüsse fassen kann. Die Unfallversicherung oder Unfallfürsorge müßte raschest in die dienstrechtlichen und pensionsrechtlichen Bestimmungen eingebaut werden, damit die Rechtsunsicherheit, die heute zwischen dem Pensionsgesetz und der kommenden Unfallversicherung besteht, aufgehoben wird. Es ist unsere Pflicht, für die durch Unfälle immer wieder zu Schaden gekommenen Bediensteten wenigstens finanziell vorzusorgen. Die öffentlich Bediensteten erwarten daher, daß die Unfallversicherung für den öffentlichen Dienst mit 1. Jänner 1967 in Kraft treten kann.

Nun vielleicht zu einem der schwierigsten Probleme, aber auch zu dem Problem, das derzeit in den Kreisen des öffentlichen Dienstes im Vordergrund steht, nämlich die Frage der Forderung nach einer entsprechenden Besoldung, nach einer Erhöhung der Bezüge aller öffentlich Bediensteten. Während der Budgetberatungen im Finanzausschuß wurde sehr oft und von fast allen Ministern festgestellt, wie notwendig eine bessere Bezahlung der öffentlich Bediensteten wäre. Daher haben mit Recht die Vertreter der Sozialistischen Partei den Antrag eingebracht, der Herr Finanzminister möge im Budget 1967 Vor-sorge treffen, damit die Gehaltsforderungen erfüllt werden können.

Erst in der letzten Sitzung des Nationalrates am 23. November hat der Herr Abgeordnete Minkowitsch in seinem Beitrag zur Bauskandal-Angelegenheit festgestellt: „Man kann entsprechende Verantwortung moralisch berechtigt nur dann fordern, wenn man auch für den gerechten Lohn Vorsorge trifft ... Erheblich weniger, dafür höherwertige, weitaus besser bezahlte Beamte müßte der Sinn einer echten Verwaltungsreform sein. Die Diskrepanz zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft muß ehestens beseitigt werden.“

Mit Recht hat mein Parteifreund Abgeordneter Probst in einem Zwischenruf festgestellt: „Sie haben doch die Mehrheit, tun Sie das doch! Uns brauchen Sie das nicht erzählen!“

Der Herr Finanzminister hat selbst im April 1965 in Nr. 4 der Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ wörtlich erklärt: „Die zukünftigen Budgets sollen daher meiner Meinung nach so erstellt werden, daß ein realer Einkommenszuwachs der öffentlich Bediensteten eingeplant wird, der die Einkommen der öffentlich Bediensteten nicht hinter denen der anderen Berufsgruppen nachhinken läßt.“ Das ist eine Feststellung des Herrn Finanzministers Dr. Schmitz. (*Abg. Weikhart: Aber er tut es nicht!*)

Interessant ist aber auch eine Studie, die das Bundesministerium für Auswärtige Ange-

Robert Weisz

legenheiten über die Bezugsstellung der Staatsbeamten der anderen westeuropäischen Länder im Vergleich zu Österreich erstellt hat. In dieser Studie sind sämtliche Kategorien enthalten, alle Verwendungsgruppen von E bis A und alle Dienstklassen. Es wurden Vergleiche gezogen, und man ist zu einem mehr als betrüblichen Ergebnis für den österreichischen Beamten gekommen. Nur die Türkei, Griechenland und teilweise Portugal rangieren hinter uns. Alle anderen Länder sind mit ihren Bezügen gegenüber dem österreichischen Beamten um 50—100 Prozent höher. *(Abg. Rosa Jochmann: Das ist die Wahrheit!)*

Zu diesem Ergebnis ist der Schlußsatz — die Zusammenfassung dieser Studie — interessant: „Es ist eindeutig aus den Aufstellungen ersichtlich, daß die Bezüge der österreichischen Staatsbediensteten gegenüber allen Mitgliedstaaten der EWG sehr stark abfallen. Selbst unter Berücksichtigung der in diesen Staaten vielleicht noch teilweise höheren Lebenshaltungskosten ist das Realeinkommen der österreichischen Staatsbediensteten noch weit unter dem Niveau der EWG-Mitgliedstaaten und auch fast aller anderen europäischen Staaten.“

Ich würde auch bitten, daß die besonderen Befürworter der EWG diese Studie beachten. *(Abg. Kern: Die haben eine konservative Mehrheit und daher höhere Löhne!)* Wo? In der Türkei? In Griechenland? *(Abg. Kern: In Griechenland nicht, in den westeuropäischen Staaten!)* Also Deutschland? *(Abg. Konir: Deutschland morgen nimmermehr!)* Alle Staaten können Sie anführen, alle Staaten Europas sind angeführt. Ich stelle Ihnen gerne diese Studie zur Verfügung, sie ist lesenswert. Es ist besonders traurig, daß man hier feststellen muß, daß unsere Bezüge gegenüber den westeuropäischen, man kann sagen gegenüber allen europäischen Ländern sehr stark abfallen. Das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen.

Ich will weiters nur feststellen, daß das keine Studie ist, die vielleicht die Gewerkschaften erstellt haben, sondern es ist eine Studie, die offiziell vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten erstellt wurde.

Ich glaube auch, daß heute die Feststellung notwendig ist, daß die am 1. Jänner 1967 zur Auszahlung kommenden zweieinhalb Prozent an die öffentlich Bediensteten mit unserer derzeitigen Forderung für den öffentlichen Dienst nichts zu tun haben. Sie gelten noch als Abgeltung der gestiegenen Lebenshaltungskosten bis August 1965. Die öffentlich Bediensteten hinken nunmehr seit August 1965 mit ihren Bezügen nach.

Man macht den Gewerkschaften immer den Vorwurf, sie kämen immer erst dann, wenn das Budget bereits erstellt wurde. Am 21. August sind die Bundesregierung, der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister schriftlich verständigt worden, daß sie noch im September Verhandlungen durchführen mögen, damit eine Vorsorge im Budget 1967 möglich ist, die entsprechenden Beträge einsetzen zu können.

Wir haben oftmals zu dieser Aussprache gemahnt. Der Herr Bundeskanzler hat die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 23. September empfangen. Leider war der Empfang nur auf seine Person beschränkt, denn der Herr Finanzminister hat sich im Ausland befunden, sodaß also der Herr Bundeskanzler die Forderung der 8 Prozent für den öffentlichen Dienst nur zur Kenntnis genommen und erklärt hat, er werde die Prüfung dieser Forderung vornehmen lassen. Er hat die Fortsetzung der Besprechungen nach Rückkehr des Finanzministers in Aussicht gestellt.

Wir haben damals die 8 Prozent auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten festgelegt und verlangt, daß man endlich den öffentlich Bediensteten auch den gerechten Anteil am gestiegenen Sozialprodukt geben möge und daß auch der entsprechende Nachholbedarf besteht, um die Bezüge der öffentlich Bediensteten an die der Privatwirtschaft näher heranzubringen.

Leider hat uns dann der Herr Bundeskanzler am 7. Oktober verständigt, daß er momentan keine Möglichkeit sieht, vor der Vorlegung des Budgets im Parlament mit den Gewerkschaften weitere Verhandlungen zu führen; die Forderungen seien ihm bekannt, deren Überprüfung habe er angeordnet. Auch der Herr Bundeskanzler selbst werde die Wünsche der Gewerkschaften prüfen.

Der Verwaltungsausschuß hat neuerlich verlangt, es solle, noch bevor die Budgetansätze dem Parlament vorgelegt werden, zu einer Verhandlung kommen. Am 31. Oktober ist dann der Verwaltungsausschuß für 10. November eingeladen worden. Damals mußten die Vertreter der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes feststellen, daß die anderen Gebietskörperschaften erklärt hätten, sie hätten von Forderungen des öffentlichen Dienstes keine Ahnung gehabt und seien überrascht, daß überhaupt Forderungen gestellt werden. Sicherlich ist es ganz interessant, eine solche Meinung zu hören, nachdem in allen Zeitungen über die Forderungen des öffentlichen Dienstes geschrieben wurde. Angeblich nur die Länder- und Gemeindevertreter hätten keine Ahnung gehabt.

Robert Weisz

Bei dieser Aussprache, die am 10. November unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers stattgefunden hat, sind die Standpunkte beider Verhandlungspartner festgelegt worden. Es wurde festgestellt, daß sich die Landeshauptleute damit beschäftigen werden, wie weit eine Erfüllung möglich ist. Als Termin für neuerliche Verhandlungen ist der 9. Dezember vereinbart worden.

Ich glaube, daß wir mit Recht, und zwar insbesondere auch hier im Hohen Haus, feststellen können, daß bei dem letzten Verhandlungsabschluß im Mai der Aufteilungsschlüssel — zuerst sechs Prozent und dann zweieinhalb Prozent — nur von dem Gesichtspunkt aus zu verstehen war, daß die zwingenden budgetären Verhältnisse nicht dazu angetan waren, auf einen einmaligen Betrag hinauszukommen. Ich glaube, daß gerade der Versuch, den der Bundesminister für Finanzen immer wieder macht, daß er die ausstehende Etappe als eine Teilabgeltung für 1967 betrachtet, von den Gewerkschaften entschieden zurückgewiesen wird. Sonst würde das dazu führen, daß bei künftigen Verhandlungen keinesfalls einer Teilabgeltung oder Teillösung zugestimmt werden könnte.

Wir glauben, daß die Berechtigung, die Verhandlungen auch raschest durchzuführen, auch von den Gebietskörperschaften anerkannt werden soll.

Wie dringend das ist, haben gerade die in der Vorwoche durchgeführten Demonstrationen der Postbediensteten in fast ganz Österreich gezeigt. Sie haben dazu beigetragen, die Stimmung unter den öffentlich Bediensteten noch mehr in Unruhe zu versetzen. Den anderen Gewerkschaften ist es nur schwer möglich gewesen, von ähnlichen Aktionen Abstand zu nehmen. Wenn aber am 9. Dezember keine konkreten Ergebnisse zu erzielen sein werden, muß mit den stärksten Erschütterungen gerechnet werden. Ich möchte hier sagen: Ich glaube, mehr als das unterstreichen die Flugblätter, die die Postbediensteten bei ihrem Demonstrationszug verteilt haben: Stundenlöhne von 10,30 S brutto nach dem zehnten Dienstjahr, ein Bruttoverdienst von 2008 S, ein Nettoverdienst von 1732,90 S; ein Kraftfahrzeugmechaniker oder Fernmeldemonteur hat einen Stundenlohn von 11,50 S brutto, ein Jurist, ein Diplomingenieur nach zehn Dienstjahren einen Stundenlohn von 21,57 S und einen Nettoverdienst von 3149,20 S.

Ich glaube also, wenn dann eine Zeitung feststellt, wie es in einer Wochenzeitung geschehen ist, daß man die öffentlich Bediensteten als die allzeit Vergessenen betrachtet, kann man mit Recht verlangen, daß man sich endlich dieser allzeit Vergessenen erinnert, daß sich

die Bundesregierung vor Augen hält, daß sie einen so großen Stock von treuen und braven Dienstnehmern hat, denen gegenüber sie auch die Verpflichtung hat, die entsprechende Besoldung bereitzustellen. Die Gewerkschaften tragen eine sehr große Verantwortung, aber ich glaube, die Verantwortung kann nicht nur immer auf der Seite der Gewerkschaften liegen.

Es ist auch notwendig festzustellen, daß die Erstellung einer Forderung keine Angelegenheit einer Fraktion oder einer Partei ist, sondern im Verhandlungsausschuß von allen Gewerkschaftsgruppen einhellig erfolgt ist und nicht nur eine Angelegenheit der Sozialistischen Partei gewesen ist, wie es am 23. November in einer sogenannten unabhängigen Zeitung zu lesen war.

Es ist klar, daß man in dieser Zeitung den Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber keine wohlwollende Einstellung hat, denn sie hat andere Interessen zu vertreten. Daher sollte man diese Gelegenheit benützen, dem Hohen Hause mitzuteilen, was hier geschrieben steht: „Die sozialistischen Fraktionen der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben für den Fall, daß sich die Regierung widersetzen sollte, einen vorweihnachtlichen Generalstreik der Beamtenschaft angekündigt.“ Eine „Großspurigkeit, die dazu bestimmt ist, den Verhandlungspartner zu beeindrucken — Klappern gehört eben zum Geschäft“. Selbst beim gutwilligen Beobachter werde der Eindruck verstärkt, „hier sei mehr beabsichtigt, als Gehaltsforderungen durchzusetzen.“ „Die Vermutung, daß es sich bei den massiven Lohn- und Gehaltsforderungen der letzten Monate im Grunde genommen um eine politische Offensive der Sozialisten handle, die mit gewerkschaftlichen Mitteln, mit gewerkschaftlicher Tarnung gegen die ÖVP-Alleinregierung vorgebracht wird, geht ohnehin schon lange um.“ So geht es in dem Artikel weiter, und am Schluß heißt es: „Was immer aber das Ergebnis der bevorstehenden Machtprobe auch sein wird“, wenn die Beamten „das ernstlich wollen, werden sie um die Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung nicht herumkommen. Und dabei wird manche liebgewordene Bequemlichkeit, manches Privileg auf der Strecke bleiben.“

Den Schreiber dieses Artikels lade ich gerne ein, in den öffentlichen Dienst zu treten, damit er die entsprechenden „liebgewordenen Bequemlichkeiten“ der Postler, der Eisenbahner, der Gemeindebediensteten und der anderen öffentlich Bediensteten wahrnehmen kann. Er wird dann sehen, wie er mit seinem Gehalt, das den öffentlich Bediensteten heute bezahlt wird, auskommt, und er wird trotz dieser „liebgewordenen Bequemlichkeit“ gerne wieder weggehen und gern eine andere Be-

Robert Weisz

schäftigung suchen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Pittermann: Einschließlich der Parlamentsangestellten mit ihrer Mehrarbeit!*) Herr Dr. Pittermann macht mich darauf aufmerksam, daß auch die so „bequem“ hier sitzenden Herren der „Parlamentskorrespondenz“ öffentlich Bedienstete sind, die bis spät in die Nacht ihre Tätigkeit ausüben. Auch sie würden zu der Kategorie der „Bequemlichkeit“ gehören. (*Abg. Rosa Jochmann: Fragen Sie einmal, was sie verdienen!*)

Dazu möchte ich noch feststellen, daß auch die Generalpostdirektion selbst festgestellt hat, daß allein im Dienstpostenplan für 1967 mehr als 2000 Arbeitskräfte fehlen, die dringend gebraucht werden, damit der Dienstbetrieb bei den Post- und Telegraphenbetrieben aufrechterhalten werden kann.

Wir dürfen daher feststellen, daß gerade diese Menschen im Interesse der gesamten Bevölkerung Österreichs mehr als ihre Pflicht erfüllen, und es ist daher auch die einhellige Meinung, daß daraus auch das Recht abgeleitet werden kann, daß der Einkommensstandard entsprechend festgesetzt wird.

Aus diesem Grunde und auch, weil wir glauben, daß man den berechtigten Wünschen und Forderungen der öffentlich Bediensteten nachkommen müßte, stelle ich folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, um die laufenden Verhandlungen über die berechtigten Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten so rasch wie möglich einem positiven, für die öffentlich Bediensteten zufriedenstellenden Ergebnis zuzuführen und allenfalls durch ein Nachtragsbudget für die Bedeckung dieser Forderung Vorsorge zu treffen.

Ich bitte ebenfalls um die Unterstützung dieses Antrages.

Zum Schluß möchte ich nur noch eine Feststellung treffen, weil immer wieder, auch vom Herrn Bundeskanzler bei der letzten Verhandlung, von einem neuen Gehaltsgesetz gesprochen wurde. Alle vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind jederzeit für ein Gehaltsgesetz. Wenn man aber den Gedanken eines neuen Gehaltsgesetzes ausspricht, muß man sich auch damit beschäftigen, welche Beträge für die Finalisierung, welche Erstellung eines Gesetzes notwendig und vorhanden sind; denn wir dürfen eines nicht vergessen: Die Anfangsbezüge sollen geregelt werden, die Spannen innerhalb des Schemas sollen hergestellt werden, und Leistung und Verantwortung sollen im Schema zum Ausdruck kommen. Das erfordert wesentliche

Geldbeträge, die doch vorher gesichert sein sollen, wenn man von einem neuen Gehaltsgesetz spricht.

Es wird daher an der ÖVP-Alleinregierung liegen, ob der Arbeitsfriede gewahrt bleibt, ob uns Auseinandersetzungen mit den öffentlich Bediensteten erspart bleiben. Jedes Hinauszögern der Verhandlungen wird von den öffentlich Bediensteten nicht mehr zur Kenntnis genommen. Die öffentlich Bediensteten bleiben mit ihren Bezügen zurück, daher ist auch die Unruhe so groß. Schaffen Sie die Möglichkeit der Erfüllung dieser Gehaltsforderungen, aber nicht mit Worten, sondern mit Taten. Die öffentlich Bediensteten haben in all den Jahren ihre Pflicht restlos erfüllt, die Regierung soll ihre Pflicht auch ihren Bediensteten gegenüber erfüllen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Die beiden Entschließungsanträge des Herrn Abgeordneten Weisz, die er auch verlesen hat, wurden überreicht und haben die entsprechende Unterstützung. Sie sind mit Gegenstand der Verhandlung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert Graf (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darf ich im Rahmen der Behandlung dieser Budgetgruppe einiges zur Strukturpolitik sagen, und zwar nur einige grundsätzliche Bemerkungen zur Strukturpolitik im allgemeinen und in der Hauptsache etwas zur regionalen Strukturpolitik.

Ich glaube aber doch einleitend feststellen zu dürfen, daß alle Maßnahmen, welche einen näheren Zusammenhang mit strukturpolitischen Anliegen haben, zu den heikelsten, aber sicher auch faszinierendsten Problemen der österreichischen Politik gehören, denn wohl kaum ein anderes Gebiet hat eine derartige Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft und deren Entwicklung wie die Strukturpolitik im weitesten Sinne.

Strukturpolitik, welche sich mit Umschichtungen in Produktionszweigen der industriell-gewerblichen Wirtschaft beschäftigt und daher naturgemäß auch die verstaatlichte Industrie und das Großgewerbe betrifft, kann nur dann verwirklicht werden, wenn sie einer genauen Prüfung unterzogen wird und diese Maßnahmen dann koordiniert und von einer gemeinsam zu findenden Stelle in die Wege geleitet und durchgeführt werden.

Was die regionale Strukturpolitik betrifft, wird es wahrscheinlich Aufgabe der Länder sein, nach genau zu erarbeitenden Konzepten räumliche, besonders schlecht strukturierte Gebiete zu erfassen und danach mit der

Robert Graf

Bundesregierung und den Landtagen gemeinsam Maßnahmen durchzuführen. Gerade dazu bedarf es aber meiner Meinung nach einer sehr gut funktionierenden Koordination zwischen Ländern und Bund, um hier optimale Erfolge erzielen zu können. Des weiteren wird es unbedingt erforderlich sein, einen Katalog, der Dringlichkeit nach geordnet, zu erstellen, worin Maßnahmen der allgemeinen Strukturpolitik sowie auch der regionalen Strukturpolitik genau aufeinander abzustimmen sein werden.

Wie ich schon eingangs erwähnte, möchte ich mich nur grundsätzlich mit allgemeinen strukturpolitischen Problemen befassen, um dann näher auf regionale Strukturpolitik und deren Probleme einzugehen.

Um aber überhaupt dazu eine Basis zu finden, welche als Ausgangspunkt für derart diffizile Probleme dienen kann, ist es notwendig, daß wir zu einer Budgetpolitik kommen, welche die verstärkte Nachfrage nach Konsumgütern etwas eindämmt und den Schwerpunkt auf wachstumsfördernde Investitionen wird lenken können.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, das Absinken der Wachstumsrate von 6,1 Prozent in den Jahren 1950 bis 1955 auf 5,2 Prozent in den Jahren 1955 bis 1960 und auf 4,2 Prozent von 1960 auf 1965 ansehen, spricht das allein eine sehr deutliche Sprache für die Situation, in der sich die Wirtschaft zurzeit schon befindet.

Des weiteren hat die Vollbeschäftigungspolitik die Erhaltung von Arbeitsplätzen um jeden Preis überbetont und so die Mobilität des Arbeitsmarktes fast zum Erliegen gebracht. Des weiteren wurde leider die Förderung von Entwicklungsstudien, Forschung und ähnliches sehr vernachlässigt, und ich glaube, es ist keine vermessene Forderung, wenn man den Ausdruck gebraucht, daß die öffentliche Hand, gemessen an der Betriebsgrößenstruktur in Österreich, hier weitgehende Mittel für Forschung und Förderung von Industrie und Wirtschaft zu übernehmen hätte, wenn man hier zu Rande kommen will.

Des weiteren dürfte es notwendig sein, große Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Ich darf als bekannt voraussetzen, daß eine Verbesserung der Infrastruktur die Voraussetzung für jegliche Strukturpolitik im allgemeinen und im besonderen darstellt. Besonderes Gewicht bekommen diese regionalen strukturpolitischen Mittel schon deshalb, weil gerade solche Länder am schwersten betroffen sind, in denen eine schlechte Infrastruktur festzustellen ist. Des weiteren haben Ereignisse Platz gegriffen, die diese Situation noch mehr verschlechtert haben.

Bedenken Sie, daß vom Jahr 1951 bis 1961 die Anzahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft in Österreich um zirka 30 Prozent zurückgegangen ist und daß diese Arbeitsgruppen wieder in die Ballungsräume der Industrie abgewandert sind. Die dadurch verstärkte regionale Verschiebung hat auch eine Verschiebung der Einkommensgruppen mit sehr unterschiedlichen Einkommensziffern mit sich gebracht. Ich darf zitieren, dieser Umstand bewirkte bereits im Jahre 1961 zwischen dem reichsten Bundesland Wien und dem ärmsten Bundesland Burgenland einen Einkommensunterschied beziehungsweise eine Spanne von 1:3.

Allein diese paar grundsätzlichen Feststellungen beweisen, daß strukturpolitische Erfolge wachstumsfördernde Maßnahmen erheischen und diese wieder wachstumsfördernde Erfolge erzielen.

Nun darf ich mich doch etwas mehr der regionalen Strukturpolitik zuwenden. Ich möchte vorausschicken, daß ich überzeugt bin, daß alle Bundesländer gewisse regionale Schwierigkeiten und Schwächen aufzuweisen haben, aber ich möchte in erster Linie von jenen Ländern oder Landesteilen sprechen, welche augenfällige Minuskriterien aufweisen. Als solche Gebiete kann man, wie ich glaube, jene bezeichnen, welche im Rahmen der Einkommensteuernovelle 1966 bei der vorzeitigen Abschreibung berücksichtigt wurden und auch taxativ aufgezählt wurden. Wenn ich, meine Damen und Herren, in der Folge das Burgenland oft zitieren werde, so nicht allein deshalb, um Ihre Aufmerksamkeit auf dieses Land zu lenken, sondern weil ich leider sagen muß, daß das Burgenland, gewiß gleich Teilen von anderen Bundesländern, ein geradezu klassisches Land und einen geradezu klassischen Modellfall für eine schlechte Struktur darstellt, mit wenig Aussicht auf eine wirtschaftliche Besserstellung, wenn hier nicht Strukturmittel in Anwendung gebracht werden. Ich darf nur einige dieser Kriterien aufzählen.

Bei einem angenommenen österreichischen Durchschnittseinkommen von 100 verdient der Burgenländer 67. Für Niederösterreich beträgt diese Summe 83. Im Bezirk Güssing im Burgenland wird allerdings schon nicht einmal mehr die Hälfte des österreichischen Durchschnittsverdienstes, nämlich 42,8 Prozent, und im Bezirk Jennersdorf nur ein Drittel, nämlich 35,2 Prozent, erreicht. An Wohnungen, welche die Statistiker als schlecht ausgestattet bezeichnen, hat zum Beispiel das Burgenland 49 Prozent aufzuweisen, während Vorarlberg nur 6 oder Gott sei Dank nur 6 Prozent solcher Wohnungen aufweist. Die Zahl der Berufstätigen, meine Damen und

Robert Graf

Herren, hat zwischen 1951 und 1961 im Bezirk Feldkirch um 24 Prozent zugenommen, im Bezirk Oberpullendorf im Burgenland in der gleichen Zeit um 21,4 Prozent abgenommen.

Vielleicht zeigt dies sehr deutlich die geradezu katastrophale Situation, die der Osten Österreichs nehmen müßte, wenn man hier nicht grundsätzliche Dinge in die Wege leitet. Ich darf sagen, darüber, was als Notstandsgebiet zu gelten hat, gibt es verschiedene Meinungen und auch verschiedene Kriterien. Ich darf aber doch eines sagen, das Burgenland erfüllt leider jedes dieser Kriterien. Lassen Sie mich hier nur einige schlagwortartig aufzählen: Überwiegend agrarische Struktur, schlechtentwickelte gewerbliche Wirtschaft, die tote Grenze, ungünstige Verkehrsverhältnisse, geringe Steueraufkommen und ähnliches mehr. Nun nehmen Sie auf der Gegenseite die sogenannten Wohlstandsymbole, vom Stromverbrauch angefangen über die Anzahl der Fernsehgeräte, Waschmaschinen und weiteres mehr: das Burgenland steht leider an letzter Stelle, und zwar mit großem Abstand.

Ich möchte dazu etwas sagen. Die wirtschaftliche Schlechterstellung der österreichischen Bevölkerung einzelner Gebiete muß neben wirtschaftlichen Umständen und Nachteilen vor allem schwere soziale Probleme auslösen und birgt sie ja schon in sich. Wie immer sich das Arrangement Österreichs mit der EWG entwickeln wird, es ist leider auf jeden Fall zu erwarten, daß die wirtschaftliche Dynamik der EWG sich zunehmend auf westliche Bundesländer konzentrieren wird. Der wirtschaftliche Schwerpunkt Österreichs wird sich immer stärker dorthin verlagern, der Bevölkerungsanteil wird naturgemäß im Westen steigen, im Osten zuerst stagnieren und dann vermutlich sogar abnehmen.

Meine Damen und Herren! Eine solche Entwicklung in Ländern oder in einem Land, deren Hälfte der Grenze durch Stacheldraht markiert ist, ist auch staatspolitisch nicht unbedenklich. Eine Vernachlässigung der Ostgrenzen Österreichs im bisher vorzufindendem Ausmaß würde von allgemein schweren Nachteilen begleitet sein, die sich nicht allein auf jene Räume beschränken würden.

Ich darf als Gegensatz dazu darauf hinweisen, daß man in Deutschland zum Beispiel sehr viel unternommen hat, um Betriebe an der Zonengrenze durch massive steuerliche Vorteile zu stabilisieren. Um dort auftretende Strukturschwankungen zu beheben, hat man Betriebe an der Zonengrenze mit bedeutenden Frachtermäßigungen auf der Bundesbahn beziehungsweise mit Frachtzuschüssen im Straßenverkehr bedacht. Es ist Ihnen weiters bekannt, daß die deutsche Bundesregierung

beispielsweise im Raume Berlin sehr große Anstrengungen unternimmt, um dieses Gebiet wirtschaftlich zu stabilisieren.

Ich darf dazu sagen, die schlechte Struktur der Wirtschaft in unseren Räumen, die als Notstandsgebiete zählen, ist leider Gottes allein durch Fleiß und Einsatzfreudigkeit der Bevölkerung nicht zu beheben. Das beweist allein der Umstand, daß wir selbstverständlich die normale Rate der Hochkonjunktur mitgemacht haben und miterleben konnten, aber leider den Abstand zu der wirtschaftlichen Kraft der anderen Bundesländer nicht kleiner machen konnten, sondern der Abstand blieb leider auch in dieser Zeit gleich.

In sehr vielen anderen Ländern des freien Westens wird ja seit Jahren bedeutend mehr zur Sanierung diesbezüglicher Dinge unternommen, sodaß sich unsere Wünsche hier ziemlich bescheiden ausnehmen. Ich glaube, es ist erfreulich, daß die Einparteienregierung der Volkspartei erstmalig Schritte unternimmt, um dieses Übels Herr zu werden. (*Abg. Robak: Versprochen!*) Herr Abgeordneter Robak, darf ich Sie bitten, mir eines zu glauben: Ich bin mit einigen Ihrer Kollegen im Burgenland einig, daß man hier Maßnahmen nur gemeinsam treffen kann, und Ihr Landeshauptmann war der erste, der kapiert hat, daß das, was wir seit Jahren erwünschen, nicht so dumm ist, sondern er hat sich mir angeschlossen. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe des Abg. Robak.*) Herr Abgeordneter Robak, ich bitte, in den stenographischen Protokollen des Landtages nachzulesen. Ich werde noch auf etwas zu sprechen kommen, was Sie wahrscheinlich wieder mobilisieren wird. Es ist der Seedamm und die leidige Geschichte, ich bin aber bereit, dann auch etwas zu sagen, wenn Sie glauben, etwas dazu meinen zu wollen.

Darf ich also, meine Damen und Herren, etwas dazu sagen. Es ist, wie ich schon ausgeführt habe, beweisbar, daß sich eine schlechte wirtschaftliche Struktur nicht auf jenen Raum beschränkt, der davon betroffen ist, sondern das Prosperieren der Gesamtwirtschaft empfindlich stört.

Hohes Haus! Wenn ich mir erlaube, einige Beispiele aufzuzählen, die sich mit dem Burgenland beschäftigen, so nicht deswegen, um Sie mit den Problemen dieses Landes allein zu behelligen, sondern weil ich glaube, daß das beispielhaft dafür ist, welche Maßnahmen die Struktur eines Landes zu bessern in der Lage sein könnten. Ich darf vielleicht zuerst einige Maßnahmen aufzählen und dann einiges dazu sagen.

Als Maßnahmen, die zur Verbesserung der Infrastruktur des Burgenlandes dienen könn-

Robert Graf

ten, seien nur der Straßenbau im allgemeinen und eine Seestraße über den Neusiedler See, Herr Robak, erwähnt. (*Abg. Robak: Die Badener Bahn!*) Herr Abgeordneter! Ich komme noch dazu. — Aber was die Seedammstraße betrifft, haben noch vor zehn Jahren Ihre Abgeordneten geschrieben, wir seien „Damm“-Hirsche, weil wir diese Seedammstraße verlangt haben. Ich darf aber sagen, daß im letzten halben Jahr Ihre Geweihe zum Seedamm sehr beträchtlich gewachsen sind (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP*), denn Sie sind jetzt auch dafür, und das ist beweisbar, das wissen Sie so gut wie ich, denn Sie haben bei den Verhandlungen ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Der Damm ist weg, und die Hirsche sind übriggeblieben!*) Es fragt sich nur, Herr Abgeordneter, wer dann die Hirsche sind, das wird sich ja zeigen, nicht wahr? (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Immer derjenige, der fragt, Herr Kollege!*) Ich überlasse der SPÖ gern den Ruhm, die ersten Hirsche erfunden zu haben, Herr Dr. Weihs!

Ich darf zur Illustration dieser Details ja doch einige Feststellungen treffen: Ich sprach vom Straßenbau, Herr Kollege Robak! Ich bin einer Meinung mit Ihnen: Die Hauptverbesserung unserer Struktur würde die Führung der Autobahn über das Burgenland mit sich bringen. Davon bin ich restlos überzeugt, weil diese Autobahn dichtbesiedeltes Gebiet erschließen würde. Ich glaube, daß in der heutigen Zeit strategische Bedenken wegen der Grenznähe nicht ganz am Platz sind, da man heute in der Lage ist, die Rückseite des Mondes zu photographieren. (*Zwischenruf des Abg. Müller.*) Ich weiß es nicht, ich danke für die Überschätzung, es liegt sicherlich nicht in meiner Macht, Herr Abgeordneter Müller, das wissen Sie.

Die Führung der Autobahn durch das Burgenland ist, wie ich sagte, eines jener Hauptargumente, die für uns notwendig sind. Ich erwähne des weiteren noch den Ausbau einer Schnellstraße von Eisenstadt nach Wien, welche die Landeshauptstadt näher an die Bundeshauptstadt heranbringen könnte.

Ich darf bitte noch ein Wort zum Neusiedler Seedamm sagen, der ja die Gemüter im Burgenland jahrelang bewegt hat. Als direkte Verbindung mit der Landeshauptstadt würde er den sogenannten Seewinkel an das Verkehrszentrum Eisenstadt heranbringen, und seine Tragweite, sei es vom Fremdenverkehr, von der wirtschaftspolitischen oder soziologischen Seite her gesehen, kann nicht hoch genug gewertet werden, weil dieser Damm in der Lage sein wird, echte Erschließungen herbeizuführen und außerdem der Wirtschaft zu dienen.

Des weiteren betrachte ich — zumindest für das Burgenland, und ich glaube mich hiemit in bester Gesellschaft zu wissen — die fortschreitende Automatisierung des Telefonnetzes als eine *Conditio sine qua non* zur Verbesserung der Infrastruktur. Ich darf sagen: Was jene Bezirke mitmachen, die noch nicht den Segen der Automatisierung miterlebt haben, ist Legende geworden. Ich selbst gehöre zu jenen Leuten, die zwar ein Telefon besitzen und auch dafür bezahlen, aber nicht absolut und immer reibungslos telefonieren können. (*Abg. Horr: Da müssen Sie mit Trommlern arbeiten!*) Herr Präsident, ja sicher, mit der Trommel. Aber sagen Sie einem Unternehmer oder einem Ihrer Sekretäre im Burgenland, in Neusiedl am See, er solle trommeln, wenn er mit Ihnen reden will. Ob er damit zufrieden sein wird, weiß ich nicht. Eine Möglichkeit wäre es, aber dann müßte ich annehmen, daß wir diese Gebiete abgeschrieben haben, und sie würden zu Kafferngebieten, von denen es heißt: Von Kapland bis zur Elfenbeinküste trommeln die Negertrommeln. Wir möchten nicht dazu gehören. Ich darf das, bitte, feststellen.

Ich glaube aber auch, daß ein derartiges Fehlen von solchen Kriterien nicht absolut Anreiz für betriebliche Ansiedlungen in solchen Gebieten sein kann. Ich darf nur einen Satz über die verstärkten Ausbaumöglichkeiten und Notwendigkeiten von Schulen sprechen und möchte hier nur zwei Punkte nennen: die Fertigstellung der technischen Mittelschule in Pinkafeld und zweite Ausbauphase der gleichen Schultype in Oberwart.

Lassen Sie mich, Hohes Haus, zum ERP-Sektor im Rahmen der Strukturpolitik etwas sagen. Ich glaube, daß die Sektion V des Bundeskanzleramtes bei der Betrachtung und bei der Gestion der ERP-Kredite im Rahmen einer Strukturpolitik eine andere Vorgangsweise als bisher wird anwenden müssen, wenn sie bewirken will, daß, was wir hoffen, brauchbare Dinge in die Notstandsgebiete kommen. Es wird sich zweifellos als notwendig erweisen, die Eigenkapitalquote zu verringern, die Zinssätze zu senken und die Besicherung zu erleichtern. Das wird schon allein deshalb geschehen müssen, weil wir nicht wünschen, daß sich Fälle wie Tauchen und Pinkafeld in der Zukunft wiederholen. Die Form, in der es bisher geschah, nämlich daß man dort, wo eine gute wirtschaftliche Struktur vorhanden ist, mehr Kredite und diese leichter gegeben hat und dort, wo es um die Wirtschaft schlecht bestellt ist, zugeknöpfter war, wird sich in Hinkunft nicht als sehr tragfähig erweisen.

Ich darf nun allmählich zum Schluß dieser Beispielfolgerungen kommen und einiges zu

Robert Graf

den steuerlichen Maßnahmen sagen, von denen wir glauben, daß sie strukturfördernde Möglichkeiten in sich bergen. Ich habe schon einmal die Einkommensteuergesetznovelle 1966 zitiert. Ich bin dankbar, daß es sie gibt, nicht allein deshalb, weil die Entwicklungsgebiete hier eine verstärkte Abschreibungsmöglichkeit haben, sondern weil in dieser Novelle erstmalig die Gebiete taxativ aufgezählt sind, die eine absolute Minusstruktur haben, sodaß wir wenigstens die Möglichkeit haben, festzustellen, welche Gebiete Österreichs absolut am tiefsten in ihrer Wirtschaftskraft stehen. Deshalb, glaube ich, ist diese Novelle sehr zu begrüßen.

Aber es wird nicht möglich sein, von einer Strukturpolitik zu reden, und ich glaube, es ist der Einparteienregierung vorbehalten, etwas zu tun, wonach wir jahrelang geschrien haben: eine Neuregelung der Fernverkehrssteuer durchzuführen. Wenn schon keine gänzliche Eliminierung dieser nach meinem Dafürhalten nicht sehr wirtschaftsfreudigen Steuer zu erreichen ist, so wird man doch dazu kommen müssen, jene Gebiete, die in der von mir schon mehrfach zitierten Novelle aufscheinen, zur Gänze herauszunehmen. Für das Burgenland wird man vermutlich außerdem die Relation Graz und Wien herausnehmen müssen. Ich möchte schon jetzt feststellen: Man kann von einer Wettbewerbsverzerrung absolut nicht reden. Es bedeutet eine Korrektur, denn der Stacheldraht ist es, der den Wettbewerb verzerrt.

Bei der Schaffung dieses Gesetzes, welches die Fernverkehrssteuer gerégelt hat, wurden weite Teile Niederösterreichs, Teile Oberösterreichs und das gesamte Burgenland praktisch von Haus aus und von Gesetzes wegen diskriminiert, weil die im Gesetz vorgesehene 65 km-Zone, die man radial ausnützen kann oder ausnützen können sollte, nicht gegeben ist, weil der Stacheldraht diesen Radius einfach zunichte macht. Ich glaube, daß wir hier etwas verlangen, was nicht unbillig ist und was unbedingt der Besserstellung dieser Räume in Österreich dient, denn zu erwarten, daß sich ein Betrieb in einem Notstandsgebiet etabliert, wenn er mit einer Steuer belastet ist, durch die er praktisch bestraft wird — und es ist eine Strafe für einen Betrieb, wenn er in Oberwart produziert und nach Wien transportiert —, wäre reichlich naiv. Es wäre auch naiv, wenn wir hoffen würden, daß wir auch ohne Wegräumung dieser Bestimmungen etwas bekommen.

Ich darf nur ein Wort zur Strukturpolitik ohne Wohnbau und zum Wohnbau selbst sagen: Sämtliche Entwicklungsgebiete in Österreich leiden unter katastrophalen Wohnbauverhältnissen, leiden unter einem katastro-

phalen Wohnungsmangel. Das Burgenland hat einen Bevölkerungsanteil von 4 Prozent bei einem Wohnbauförderungsschlüssel von 2 Prozent. Ich bin nicht in der Lage, das als Ergebnis einer besonderen Förderung anzusehen.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Sie im Telegrammstil mit den Problemen des ärmsten Bundeslandes vertraut zu machen, wie ich schon sagte, nicht deshalb, um Sie damit zu quälen, um Sie Ihre Sorgen vergessen zu machen, sondern um Ihnen damit zeigen zu können, mit welchen Schwierigkeiten ein Notstandsgebiet zu kämpfen hat. Ich glaube, daß wir hier gemeinsam nach Lösungen werden suchen und auch darum ringen werden müssen. Ich bin der Meinung, daß diese Probleme gesammelt und gesichtet werden müssen. Daraufhin sollten die Bundesregierung und die einzelnen Landesregierungen der betroffenen Länder unter peinlicher Bedachtnahme auf die Vermeidung von Doppelgeleisigkeiten, eine Art Dringlichkeitskatalog erstellen. Danach sollten Parlament und Landtage die nötigen Maßnahmen einleiten, um allmählich in Schwung zu kommen.

Hohes Haus! Ich bin mir sehr darüber im klaren, daß diese von mir sehr vereinfacht dargestellte Materie viel schwieriger zu bearbeiten und zu lösen sein wird, als darüber zu reden. Aber ich glaube, diese Diskussion muß der Ausgangspunkt sein, dieses Problem zu treffen und mit ihm fertig zu werden.

Probleme der Strukturpolitik und deren Lösung sind für die österreichische Volkswirtschaft von derartiger Bedeutung, daß man sie kaum hoch genug einschätzen kann. Ich meine, daß diese Fragen aus dem Gezänk der Tagespolitik herauszuhalten sind und unter rein sachlichen Gesichtspunkten zu besprechen sind, und zwar von allen im Hohen Hause vertretenen Parteien. Denn die Maßnahmen, die daraus resultieren können und auch resultieren müssen, sind ja Maßnahmen, die wir wohl heute setzen, die wir aber für die Generation von morgen beschließen. Erst diese Maßnahmen könnten Wohlstand, Auskommen, Fortschritt und alle diese Begriffe erst stabilisieren.

Ich glaube zum Schluß sagen zu können: Die scheinbar statisch gewordenen Betrachtungen der Wirtschaft müßten einer neuen, einer dynamischen Betrachtungsweise Platz machen, wenn wir alle von der Strukturpolitik und vom verstärkten Wachstum nicht nur reden, sondern auch dafür eintreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Kreisky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In einer Demokratie mit einem gut funktionierenden Parlamentarismus kommt der Budgetdebatte besondere Bedeutung zu. Das war schon in dem sogenannten Nachwächterstaat, im Staat des klassischen Liberalismus, im Staat des Laissez-faire der Fall. Schon damals hat es dort, wo es Parlamente gegeben hat, zu ihren vornehmsten Pflichten und Aufgaben gehört, sich mit den Ausgaben und Einnahmen des Staates gründlich zu beschäftigen.

Ich habe nicht die Absicht, mich in theoretischen Betrachtungen zu ergehen, inwieweit das uns heute vorliegende Budget auch den traditionellen Budgetgrundsätzen entspricht, obwohl es gewiß verlockend wäre, dies zu tun. Es wäre verlockend, dieses Budget in der Richtung hin zu prüfen, inwieweit es vollständig ist, inwieweit es klar und übersichtlich ist, inwieweit es eine Einheit darstellt. Das alles würde uns viel zu weit wegführen von den eigentlich dringenden und drängenden Fragen, die im Zusammenhang mit diesem Budget gestellt werden müssen.

Die Budgetpolitik des modernen Staates hat eine immense gesamtwirtschaftliche Bedeutung, sie ist aber auch gleichzeitig der Ausdruck der politischen Grundhaltung der Regierung, die dieses Budget dem Parlament vorlegt. Wir haben es diesmal mit dem ersten richtigen Budget der ÖVP-Alleinregierung zu tun. Ich glaube, dieses erste Budget der ÖVP-Regierung zeigt mit aller wünschbaren Deutlichkeit, wes Geistes Kind diese Regierung ist.

Herr Dr. Withalm hat heute gesagt, daß die Österreichische Volkspartei für dieses Budget die Verantwortung übernimmt und die Verantwortung dafür auch zu tragen bereit ist. Wir als Opposition nehmen das zur Kenntnis, möchten aber hinzufügen, daß dann aber auch die Regierung und die sie tragende Partei akzeptieren muß, daß wir sie dafür auch zur Verantwortung ziehen, und Sie dürfen nicht immer wehleidig aufschreien, wenn wir uns einer etwas deutlicheren Sprache in der Budgetkritik bedienen.

Die Einnahmen unseres Staates kommen zum allergrößten Teil von den Unselbständigen. Betrug die Steuereinnahmen, die von den Unselbständigen kamen, im Jahre 1958 noch 68 Prozent und die der Selbständigen 32 Prozent, so werden im kommenden Budgetjahr 73 Prozent der Budgeteinnahmen von den Unselbständigen und nur 27 Prozent von den Selbständigen kommen. (Abg. **Kulhanek**: Das ist ein Zeichen dafür, daß die Privatwirtschaft immer weniger Betriebe zählt! — Abg. **Sekanina**: Das ist die Cremeschnitten-

theorie! — Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Weil die Löhne und Gehälter gestiegen sind in dieser Zeit!) Und das alles, obwohl wir wissen, daß es gerade in diesem Zeitraum zu einem Ansteigen der großen Einkommen und Vermögen gekommen ist wie nie zuvor in der Wirtschaftsgeschichte der Ersten oder Zweiten Republik.

Meine Damen und Herren! Es darf daher von allem Anfang an kein Zweifel darüber bestehen, daß jedenfalls von sozialistischer Seite die Frage nach der Aufbringung von Mitteln für die Erfüllung von Aufgaben im Interesse der Gesamtbevölkerung, wann immer sie gestellt wird, so beantwortet werden wird, wie es sich aus der oben genannten Gegenüberstellung von selbst ergibt, nämlich im Sinne einer gerechteren Verteilung der Steuerlasten! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Sozialistische Partei wird daher den Auffassungen des Herrn Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Benya ihre volle Unterstützung leihen. Wir kündigen Ihnen schon heute an, daß wir unsere großen Organisationen ganz in den Dienst dieser Aufgabe stellen werden und daß wir alles tun werden, um zu verhindern, daß jedesmal, wenn die Gewerkschaften auf den Arbeitsplätzen eine Besserstellung der Arbeiter und Angestellten erreichen, der Finanzminister an erfolgreichen gewerkschaftlichen Organisationen sozusagen als erster mitpartizipiert. Man hat mir vorgeworfen ... (Abg. **Hartl**: Was sind das für Organisationen? — Abg. **Lola Solar**: Ist der Gewerkschaftsbund eine sozialistische Organisation?) Ich habe erklärt, daß die Sozialistische Partei den Standpunkt des Herrn Präsidenten Benya nicht nur billigt, sondern ihn auch in ihren Organisationen fördernd und mit aller Kraft vertreten wird. (Abg. **Lola Solar**: Der Gewerkschaftsbund ist nicht Ihre Organisation!) Das gehört mit zur Bildung der öffentlichen Meinung. Wir können Ihnen heute schon versprechen, daß Ihnen dabei nicht sehr wohl zumute sein wird, vor allem den Herren des ÖAAB. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*)

Man hat mir unlängst vorgeworfen ... (Abg. **Dr. Kranzlmayr**: Die Identifizierung des Gewerkschaftsbundes mit der Sozialistischen Partei!) Das habe ich nicht getan, sondern ich habe erklärt: Namens der Sozialistischen Partei werden wir die Ziele des Gewerkschaftsbundes fördern, das kann Ihnen doch nicht ganz neu sein, das ist ja eigentlich eine Binsenwahrheit, das können Sie im Protokoll ruhig nachlesen. Wenn Sie gut zugehört haben, werden Sie das auch dort so finden. (Abg. **Dr. Kranzlmayr**: Das ist Ihnen herausgerutscht!)

Dr. Kreisky

Man hat mir vorgeworfen, meine Damen und Herren, daß ich, seitdem ich nicht mehr in der Regierung bin, meine Sprache geändert habe. Erstens möchte ich feststellen, daß ich das Recht habe, als Abgeordneter der Opposition die Regierung zu bekämpfen, da sollten Sie nicht zu zimperlich sein. Und zweitens möchte ich Ihnen auch sagen, worin meine Argumentation besteht, und ich will gerne zugeben, daß sie Ihnen durchaus nicht sympathisch sein muß.

So haben Sie, meine Damen und Herren, im Wahlkampf vor dem 6. März den Wählern versprochen — und ich zitiere wörtlich —, daß es nach den Wahlen keine Preis-, Steuer- und Tarifierhöhungen geben wird.

Wie sehen nun die ersten hundert Tage der ÖVP-Regierung aus? Die Eisenbahntarifierhöhung wird im Jahr ungefähr 630 Millionen Schilling betragen. Der Mineralölsteuerzuschlag wird jährlich ungefähr 600 Millionen ausmachen. Die Fleischpreiserhöhungen, von denen die meisten nicht zurückgegangen sind, werden, wenn der Konsum gleichbleibt, die Konsumenten beim Rindfleisch im Jahr ungefähr 145 Millionen kosten, beim Kalbfleisch 80 Millionen Schilling, beim Schweinefleisch 644 Millionen Schilling. Das heißt, es ergibt sich aus den Preissteigerungen, die in den ersten hundert Tagen der ÖVP-Regierung eingetreten sind, eine Belastung von ungefähr 874 Millionen Schilling. (*Abg. Mitterer: Die Straßenbahn und das Wasser rechnen Sie dazu!*) Darauf habe ich schon gewartet. Dann nehmen Sie der Stadt Wien nicht soviel Geld weg, dann wird sie nicht gezwungen sein, diese Erhöhungen durchzuführen! (*Beifall bei der SPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Es ergibt sich somit eine jährliche Belastung von ungefähr 2,1 Milliarden für die Konsumenten, während gleichzeitig die Gesetze, die Sie jetzt verschämt „Wachstumsgesetze“ nennen und früher in einer Zeit größerer Ehrlichkeit „Kapitalmarktgesetze“ genannt haben, den Industriellen und Unternehmern nach den Schätzungen der Arbeiterkammer 1,7 Milliarden bringen. Das heißt, die Preissteigerungen, die Sie den Konsumenten bereiten — das Geld aus diesen Preissteigerungen ist ja nicht in Rauch aufgegangen, es ist bei den Kreisen gelandet, die Sie hier vertreten, bei den Agrariern, bei den Händlern und bei den Fleischhauern —, machen zusammen 2,1 Milliarden aus, und das, was Ihre Regierung den Unternehmern gebracht hat, auch 2,1 Milliarden. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Es ist daher gar kein Wunder, daß Sie in den zweiten 100 Tagen der Regierung, in denen Sie uns das Budget für das nächste Jahr präsentieren,

schaufen müssen, woher Sie das Geld nehmen, das Sie hier verschenkt haben. (*Abg. Mitterer: Das ist eine Milchmädchenrechnung!*)

Zuerst einmal sehen wir, daß die Erhöhungen aus dem Abbau der Subventionen bei Milch und Milchprodukten sowie bei Brotgetreide die Konsumenten 800 Millionen Schilling kosten werden. Die Aufwertung der Lagerbestände zu Lasten der Konsumenten und der Gewinn für den Handel wird 220 Millionen Schilling bringen. Die Erhöhung des Briefportos wird 585 Millionen kosten und die Erhöhung der Telefongebühren 731 Millionen.

Unlängst habe ich zufällig im Spital gehört, wie jemand eine Frau gefragt hat: Was sagen Sie denn zu den Telefongebührenerhöhungen und zu den Erhöhungen des Briefportos? Da hat sie gemeint: Das ist mir eigentlich egal, denn ich schreibe einmal im Jahr einen Brief, und ein Telefon habe ich nicht. — Nur hat die arme Frau übersehen, daß der Handel und die Wirtschaft natürlich nicht diese eineinviertel Milliarden Schilling an Tarifierhöhungen beim Porto und beim Telefon aus eigenem tragen wird, sondern daß das natürlich in den Preisen seinen Niederschlag finden wird.

Das heißt, die 200 Tage der ÖVP-Regierung werden die Konsumenten ungefähr 4 Milliarden Schilling kosten. Ich habe nichts anderes behauptet als das und hinzugefügt: Hier hat die österreichische Regierung, das heißt die Regierung der ÖVP, in Wirklichkeit nichts anderes getan, als den Arbeitnehmern dieses Landes, ganz gleich, ob sie Arbeiter, Angestellte oder Beamte sind, ihren Arbeitsertrag, ihren Nettoarbeitsertrag um mehr als 4 Milliarden Schilling reduziert. (*Abg. Kern: Der Gewerkschaftsbund erhöht ebenfalls seine Beiträge! — Abg. Dr. Haider: Gebrüder Grimms Märchen!*)

Meine Damen und Herren! Nicht ich habe meine Sprache geändert, sondern die Regierung hat ihre Politik geändert. Wir haben es nämlich jetzt mit einer Regierung zu tun, die sich in erster Linie um die Interessen der Wohlhabenden, der Besitzenden in diesem Lande bemüht. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Geh! Geh! — Abg. Kulhanek: Die Reichen!*) Nicht ich, meine Damen und Herren von der ÖVP ... (*Abg. Fachleitner: Wie ist das mit England und mit der neuen Koalitionsregierung in Deutschland? Wie wird das werden?*) Das weiß ich nicht. Jetzt reden wir ja vom österreichischen Budget. Meine Damen und Herren! Sie reden immer dann, wenn es Ihnen unangenehm ist, von Deutschland oder von England oder von Amerika, nur nicht von Österreich. Jetzt reden wir vom österreichischen Budget! (*Abg.*

Dr. Kreisky

Kern: Aber Sie könnten mit gutem Beispiel vorangehen und müßten beispielsweise bei Lohn-erhöhungen nicht unbedingt auch die Gewerkschaftsbeiträge mit erhöhen!)

Meine Damen und Herren! Man hat mir also vorgeworfen, daß ich seit neuestem den Klassenkampf predige. Ich kann darauf nur erwidern, daß ich nicht den Klassenkampf predige, sondern daß diese Regierung ihn in Wirklichkeit führt, und das muß einmal gesagt werden! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* Sie können nicht leugnen, daß der Nettoarbeitsvertrag der österreichischen Arbeitnehmer in einer so empfindlichen Art und Weise verringert wird. *(Abg. Mitterer: Aber Sie wissen, daß Ihre Ziffern falsch sind!)* Das weiß ich nicht, sondern sie sind richtig! Und Sie werden beweisen müssen, daß diese Ziffern falsch sind. Die Ziffern sind richtig, denn ich habe mir schon ausgerechnet, daß Sie, Herr Abgeordneter Mitterer, mit diesem Zwischenruf kommen werden. Ich war schon vorsichtig. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die Debatte über das Budget bietet auch Anlaß, eine andere für große Teile der österreichischen Bevölkerung sehr entscheidende Frage zur Diskussion zu stellen. Zu den größten Ausgabenposten des Staates, die der Wirtschaft zufließen, gehören jene für die Bauwirtschaft. So bedauerlich es ist, daß Beamte sich bestechen lassen, so bedauerlich es ist, daß diese Bestechungssummen auf 35 Millionen geschätzt werden — ich persönlich glaube, daß das eine Unterschätzung der Bestechungssummen ist, das wird sich noch zeigen —, so unerträglich der Gedanke ist, daß das Jahre hindurch geschehen konnte, ohne daß die zuständigen Minister eingegriffen haben, so gefährlich das ist für das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, so ist das alles doch nur eine Seite dieses Bauskandals. Nicht feststellbar, nicht berechenbar aber ist der Milliarden Schaden, der seit Jahren dadurch entstanden ist, daß der Staat überhöhte Preise zu zahlen hatte, daß er für diese überhöhten Preise qualitativ mangelhafte Lieferungen erhalten hat. Hier ist der österreichischen Volkswirtschaft, der österreichischen Bevölkerung ein unabsehbarer Schaden entstanden! Um wieviel mehr und um wieviel bessere Wohnungen hätte es geben können, um wieviel mehr und um wieviel bessere Straßen könnte es in Österreich geben, wenn das hiefür zuständige Ministerium auch nur einigermaßen funktioniert hätte.

Wenn meine Freunde auch am vergangenen Mittwoch angekündigt haben, daß diese Debatte über den Bauskandal und die Korruption in Österreich nur der Anfang ist — damit Sie sich keinen trügerischen Hoffnungen hin-

geben, wir werden immer wieder von diesen Fragen sprechen —, so möchte ich es heute nicht tun, sondern nur einige andere, besonders katastrophale Konsequenzen für die Finanzpolitik des Staates, die im Zusammenhang mit dieser Korruptionswirtschaft aufgetreten sind, aufzeigen. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Der Herr Bundeskanzler hat am letzten Mittwoch in seinem Bericht von Maßnahmen gesprochen, die nun seitens des Bauministeriums getroffen werden, damit sich die Dinge bessern. Da muß man sich, wenn man sich diesen Katalog der fünf oder sechs Maßnahmen, die etwas bedeuten, ansieht, fragen: Ja warum hat es denn das alles nicht schon früher gegeben? Ich habe eigentlich geglaubt, daß es schon längst eine Vorstellung über die Rangordnung im Straßenbau gibt, ich habe eigentlich immer geglaubt, daß es ein einigermaßen ordentlich funktionierendes Kontrollsystem gibt, und wir alle sind eigentlich sehr erstaunt, daß dieses Ministerium so gearbeitet hat, daß es heute erst auf alle diese Reformmaßnahmen kommt, von denen einige von den Fachleuten als lediglich homöopathisch bezeichnet werden, die also nicht in der Lage sind, wirklich das Übel zu kurieren.

Was die Regierung wirklich tun müßte, Herr Bundeskanzler, ist, zu einem neuen Verhältnis zwischen der öffentlichen Hand und der Bauwirtschaft zu kommen, und man kann ihr nur dringend raten und dringend empfehlen, sich die Vorschläge der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter sehr gründlich anzusehen. Wenn man die nämlich aufmerksam studiert, sieht man, wie groß das Verantwortungsgefühl der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft nicht nur für die Bauwirtschaft und die Gesamtwirtschaft ist, sondern wie sehr sie auch in ihren Vorschlägen von der Sorge um die Finanzpolitik des Staates, um eine richtige Finanzpolitik des Staates erfüllt ist.

Es liegt mir fern, der Bauwirtschaft die Alleinschuld an dem Bauskandal zuzuschreiben, denn meiner Meinung nach gehören zu dem Skandal drei Partner: die Bauwirtschaft, die besticht, die Beamten, die sich bestechen ließen, und das Ministerium, das nichts bemerkt hat. Wäre es nicht zu diesem Zusammenwirken im negativen Sinne gekommen, hätten wir in Österreich keinen Bauskandal. Aber so sehr ich also die Bauwirtschaft nicht allein verantwortlich machen will, so möchte ich doch nicht unerwähnt lassen, daß es gerade im Bereich des Bauwesens sehr bedenkliche Erscheinungen der Monopolisierung gibt und daß es dort immer wieder zu de facto-Kartellen gekommen ist. Eine echte Konkurrenz gibt es jedenfalls im Bauwesen nicht.

Dr. Kreisky

Im Zusammenhang damit soll nicht unerwähnt bleiben, daß es in Österreich eine wirkliche Tragödie des Wohnungswesens gibt. Es gibt bei uns ein Wohnungselend, das ärger ist als in irgendeinem demokratischen Staat Europas. (*Abg. Kern: Trotz des Mieterschutzes!*) Eben. Sie sprechen von Mieterschutz. Von Ihrer Seite wird immer wieder angeführt, daß der Grund hiefür in dem Umstand zu sehen ist, daß wir keinen echten Wohnungsmarkt haben. Das scheint mir deshalb ein wenig logisches Argument zu sein, weil erstens die Kaufkraft der österreichischen Arbeiter, Angestellten und Beamten einfach nicht ausreichen würde, Mieten zu zahlen, die sich auf einem freien Wohnungsmarkt ergeben würden. Die österreichischen Arbeiter können sich erst seit einigen Jahren gut ernähren und besser kleiden, und sie könnten gar nicht die Mieten zahlen, die der freie Wohnungsmarkt fordern würde. Wir erleben das ja überall dort in Europa, wo es diesen freien Wohnungsmarkt gibt. Aber eines möchte ich Sie noch fragen: Sehen Sie nicht selbst den Widerspruch ein, der darin liegt, daß auf der einen Seite ein freier Wohnungsmarkt verlangt wird, während es auf der anderen Seite für Sie nicht möglich ist, zu verhindern, daß die Bauwirtschaft durch Absprachen einerseits und durch Bestechungen andererseits in Österreich ein Baukostenniveau erreicht hat, das höher ist als in vielen anderen Ländern Europas, in denen es heute schon Europalöhne gibt?

Wenn Sie das bezweifeln, so könnte ich Ihnen ein Beispiel aus meiner vergangenen Praxis als Außenminister angeben. Ich habe in dieser Frage lediglich als Briefträger fungiert und habe als Regierungsmitglied gar nicht das Recht gehabt, die Frage in der Öffentlichkeit zu relevieren. Es hat sich darum gehandelt, daß wir uns an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit einem Kreditansuchen für jenen Teil der Europa-Straße gewendet haben, der durch Österreich gehen soll. Wir haben dieses Ansuchen zu belegen gehabt mit den Kosten für dieses Stück der Europa-Straße. Wir haben in Brüssel von den EWG-Behörden erfahren, daß die italienischen Bauunternehmer bereit wären, dieses Straßenstück mit österreichischen Arbeitskräften, von den leitenden Ingenieuren angefangen bis hinunter, durchzuführen, für wesentlich weniger Geld, als wir für den Kredit in Anspruch genommen haben. Und als ich das dem zuständigen Ministerium mitteilen ließ, haben wir den Auftrag bekommen, das Kreditbegehren nicht länger und nicht weiter bei der EWG zu verfolgen. Das ist eine Tatsache. Jetzt wissen wir ja, warum das geschehen ist; der zuständige Sektionschef war der Herr Sektionschef

Seidl, Sie können sich also denken, warum man uns diesen Auftrag erteilt hat.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus, der gern den Ruhm für sich in Anspruch nehmen möchte, nun endlich Ordnung in die öffentliche Verwaltung zu bringen (*Ruf bei der ÖVP: Wird er auch!*) — ja ich hoffe, daß er es tun wird —, hätte das also seinerzeit, als er noch Minister war, auch ein bißchen besser tun können, jedenfalls hätte er dazu Gelegenheit gehabt. Ohne daß ich jetzt hier und bei der heutigen Gelegenheit den NEWAG-Skandal zur Sprache bringen möchte — ich kann Ihnen versprechen, daß die niederösterreichischen Abgeordneten es im geeigneten Zeitpunkt tun werden —, hätte ich doch gerne den Herrn Bundeskanzler Dr. Klaus gefragt, warum er sich damals, als er noch Finanzminister war, nicht um die Durchführung des Geheimbescheides über die Steuerbefreiung für die Erdgasrabatte der NIOGAS interessiert hat. Es ist damals um einen Betrag von einer halben Milliarde Schilling und damit um 280 Millionen Schilling Steuergelder gegangen. Der damalige Finanzminister Dr. Klaus hätte nur die Rechnungsabschlüsse des Landes Niederösterreich, die ihm als Finanzminister pflichtgemäß zugegangen sind, nicht einmal studieren, sondern nur durchblättern müssen, dann hätte er nämlich festgestellt, daß in diesen Rechnungsabschlüssen nicht ein einziger Groschen von den Rabattgeldern aufgeschienen ist, die das Land Niederösterreich bekommen sollte. Warum, Herr Bundeskanzler, haben Sie sich damals so wenig um eine so große Summe Geldes gekümmert? Dabei hätten die Niederösterreicher sie dringend gebraucht, denn dieses Geld hätte ja dazu dienen sollen, die Infrastruktur dieses so lange von den Russen besetzten Landes zu verbessern.

Warum hat der Herr Bundeskanzler Doktor Klaus nicht beim Finanzminister nachgefragt, was es eigentlich mit der Contibank für ein Bewenden hat? Das Finanzministerium ist doch die oberste Überwachungsbehörde. Ja was hat denn eigentlich das Finanzministerium da überwacht? Warum hat sich der Herr Bundesparteiohmann Dr. Klaus nicht seit 1964, wo wir ihn doch von den ganzen Machinationen nachweisbar in Kenntnis gesetzt haben, um alle diese Dinge gekümmert? Warum hat er geduldet, daß der Mann, der der Hauptschuldige an allen diesen Durchstechereien und Gangsterstreichen war, daß dieser Mann noch im Sommer dieses Jahres zum Obmann des ÖAAB für Niederösterreich gewählt wurde und nebenbei die Funktion des niederösterreichischen Landesparteiohmannes der ÖVP innehat? Ich weiß nicht, ob er von dieser Funktion schon enthoben ist, vielleicht ist er

Dr. Kreisky

auch hier bisher nur „beurlaubt“. (*Abg. Dr. Withalm: Stand in der Zeitung zu lesen!*) Ich frage also den Herrn Bundeskanzler, warum er sich nicht um alles das schon früher gekümmert hat und warum er jetzt erst entdeckt, was es da alles zu tun gäbe.

Die Rolle, die das Finanzministerium in der NEWAG- und NIOGAS-Angelegenheit seit Jahren gespielt hat, diese mangelnde Aufsicht, ist eine der Hauptursachen für die unfassbaren Gangsterstücke, die es dort gegeben hat. Die niederösterreichischen Abgeordneten der Sozialistischen Partei — ich habe es bereits gesagt — werden es der Regierung nicht ersparen, auch zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, und wir würden uns sehr freuen, wenn der Herr Bundeskanzler uns auch in dieser Frage so bald wie möglich einen Bericht der Bundesregierung zur Verfügung stellen könnte. Es wird sich nämlich zeigen, daß hier Niederösterreich hunderte Millionen entzogen wurden, daß sich eine Gruppe politischer Kondottieris persönlich bereichert hat, daß auch der Verdacht besteht — und wenn ich sage: es besteht der Verdacht, so glauben Sie mir, daß er sich für uns schon zur Gewißheit verdichtet hat —, daß auch große Beträge, die von Müllner unterschlagen wurden, politischen Zwecken zugeführt wurden. Seitdem wir da ein bißchen hineinleuchten, entdecken wir die unfassbarsten Dinge. Ich kann mir nicht vorstellen, meine Herren von der ÖVP, daß Sie wirklich das ganze Ausmaß dieses Skandals kennen. Wissen Sie, daß es möglich war, daß 80 Millionen Schilling in den Büchern eines Landesunternehmens als an das Land Niederösterreich ausbezahlt aufscheinen, die dort nie angekommen sind, sondern bei irgendeiner zweifelhaften Gesellschaft in Liechtenstein gelandet sind? Das alles wäre aber zu verhindern gewesen, wenn sich das Finanzministerium in guter Zeit darum gekümmert hätte, was mit diesen Rabatten geschieht.

Wenn sich Niederösterreich heute in einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation befindet, so ist das deshalb der Fall, weil die in Niederösterreich herrschende Partei so wenig für die Entwicklung des Landes getan hat. Ich möchte aber auch sagen, daß das nicht nur die Schuld der niederösterreichischen ÖVP ist, sondern auch die Schuld jenes Ministeriums, dem die Aufgabe zuteil geworden ist, sich um die wirtschaftliche Koordination in unserem Staate zu kümmern. Es gibt nämlich gar keine wirtschaftliche Koordination bei uns in Österreich, es gibt nicht einmal die Voraussetzungen einer solchen Koordination, ein Nationalbudget.

Wir haben in Österreich heute eine große Zahl hervorragender junger Nationalökonomien. Wir verwenden sie bestenfalls als gelegentliche

Ratgeber, sie sitzen in Kommissionen, in denen sie unverbindliche Vorschläge und Gedanken äußern können. Aber das ist diesmal nicht auf den hierzulande üblichen Schlendrian zurückzuführen, sondern vielmehr auf den Umstand, daß man auf konservativer Seite in Österreich nicht nur konservativ, sondern auch besonders reaktionär und steril ist. So ist es heute noch in diesen Kreisen ein Kredo, daß Marktwirtschaft und Planwirtschaft sich ausschließen, daß sie Gegensätze an sich wären. Gewiß, die klassische marxistische Schule hat diesen Grundsatz ebenso vertreten, wie die klassische liberale Schule. Aber heute haben wir erkannt, daß die fortgeschrittensten Länder unter den Demokratien ihre größten wirtschaftlichen Erfolge in erster Linie dieser gemischten Wirtschaft verdanken, dieser Synthese von Marktwirtschaft und Planung. Ein geradezu klassisches Beispiel dafür bietet Frankreich mit seiner sogenannten *Economie concertée*, mit seiner *planification*. Ich spreche darüber, weil ich glaube, daß wir dieses System dringend notwendig hätten, wollen wir echte Strukturpolitik in Österreich machen.

Ihr wesentlicher Inhalt ist der: Eine unabhängige Kommission von Ökonomen erstellt nach Konsultation mit den Ministerien und den zuständigen Behörden einen Plan für Produktions- und Investitionsziele. Von dort geht dann der Entwurf zwecks Stellungnahme an die Vertretung der Industrie, an die Kommissionen des Finanz- und Kreditwesens, an die Kommissionen, die sich mit der Regelung des Arbeitsmarktes beschäftigen, an die Gewerkschaften, und das Ergebnis wird schließlich als Gesetz dem Parlament zugeleitet. Der bekannteste Exponent dieser politischen Ökonomie, dieser neuen Methode der Ökonomie, ist beileibe kein Marxist, sondern der aus der Privatwirtschaft stammende Ing. Jean Monnet. Man hat der Demokratie im wirtschaftlichen Bereich so eine neue Chance durch die Zusammenarbeit der Unternehmer, der Experten und der Beamten gegeben. Dieses System ist von allen politischen Wandlungen in Frankreich unberührt geblieben. Das Besteckende an dieser Rahmenplanung war und ist, daß dieser Plan lediglich gesetzliche Wirkungen für den staatlichen Bereich hat, daß aus ihm kein gesetzlicher Zwang im privaten Sektor der Wirtschaft abgeleitet werden kann.

Die natürliche Konsequenz ist, daß die private Wirtschaft diese Bestrebungen mit den Zielen der Rahmenplanung synchronisiert, weil diese Rahmenplanung und ihre Grundsätze mit ihr und allen Partnern durchgesprochen wurden und werden.

Es wäre weltfremd, zu leugnen, daß, wenn die Hälfte der Gesamtinvestitionen in einem

Dr. Kreisky

modernen Staatswesen von der öffentlichen Hand in der einen oder anderen Form geleistet wird, hier nicht ein starkes Moment der Beeinflussung vorliegt, aber der Marktbeeinflussung, meine Damen und Herren; denn der Unternehmer kann selber entscheiden, ob er die Verwirklichung der Planziele für sein Unternehmen für zweckmäßig hält oder nicht. Bei uns gibt es davon gar nichts, obwohl wir doch so dringend eine echte Strukturpolitik nötig hätten.

Der Herr Abgeordnete Graf hat hier eigentlich eine sehr eindrucksvolle Oppositionsrede gehalten, denn alles, was er hier gesagt hat, war ja eine einzige, zwar in sehr sanfter Form vorgetragene Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung. Er hat sich darüber beklagt, daß es keine Raumordnungspolitik, keine Raumplanung, keine Strukturpolitik gibt. *(Abg. Dr. Hauser: Herr Abgeordneter! Das ist die erste Regierung, die in ihrem Regierungsprogramm die Strukturpolitik nennt!)* Herr Abgeordneter Hauser, ich kann Ihnen auch sagen, wieso das passiert ist: Als wir nämlich noch ein gemeinsames Regierungsprogramm in den Verhandlungen besprachen, da habe ich im Namen meiner Partei die Forderung erhoben, daß die Raumordnung und die Strukturreform in dieses Regierungsprogramm aufgenommen wird, und dort ist sie geblieben. Aber in dem Budget merkt man ja gar nichts davon, das ist ja das Malheur. Es steht in der Regierungserklärung, aber im Budget hat es sich wieder verflüchtigt.

Dabei möchte ich Ihnen, Herr Abgeordneter Hauser, und Ihren Freunden sagen, daß man sich sogar in der Schweiz, wo man doch wahrlich nicht zu den Stürmern und Drängern auf diesem Gebiet gehört, sehr ernstlich mit diesen Fragen zu beschäftigen beginnt. Erlauben Sie mir zu zitieren, was unlängst als absolute Postulate vertreten wurde — Sie haben es sicher auch gelesen, ich fürchte, zu Ihrem Mißvergnügen —: Die Zeitung ist im Original hier, Herr Abgeordneter Mitterer, damit Sie sicher sind, daß ich hier richtig zitiere. *(Abg. Mitterer: Ich habe nicht die Zeitung angezweifelt, ich habe die Ziffern bezweifelt, das ist etwas ganz anderes!)* Die Ziffern, die ich hier genannt habe, sind längst in den Zeitungen gestanden. Ich zitiere:

„Die bauliche Entwicklung hat sich auf dem ganzen Gebiet der Schweiz durch Planung geordnet zu vollziehen.“ Davon gibt es keine Spur in Österreich. Das den Föderalisten ins Stammbuch geschrieben: „Die Kantone haben Bau- und Landwirtschaftszonen auszuscheiden und dabei mit Hilfe des Bundes dem Schutz und der Pflege der Landschaft alle Aufmerksamkeit zu schenken.“

Es dürfen — von klar umschriebenen Ausnahmen abgesehen — nur auf baureifem Land andere als landwirtschaftliche Bauten erstellt werden.

Der Bund soll in wirtschaftlich schwachen Regionen die Bildung von Schwerpunkten durch vorübergehende, rückzahlbare Beihilfen unterstützen.“ Auch davon gibt es nichts in unserem Budget.

„Der Bund soll mithelfen, die ungleichen Entwicklungsmöglichkeiten und die ungleichen Lasten, die den Kantonen und Gemeinden aus ihrem Standort zufallen, in wirksamer Weise und stärker als bisher finanziell auszugleichen.“

Der Bund soll unter gewissen Bedingungen mithelfen, durch vorübergehende, rückzahlbare Beihilfen die Erschließung von Bauland zu fördern und zu erweitern, um das Angebot an Bauland zu erhöhen.

Der Bund soll allgemein für die Koordination seiner Aufgaben, die sich auf die Raumordnung auswirken, mit jenen der Kantone sorgen. Der Bund soll die Kantonsgrenzen überschreitende Regional- und Ortsplanung durch Beiträge fördern und — am besten zusammen mit der privaten Wirtschaft — eine Organisation mit der Standortberatung der Wirtschaft beauftragen.

Der Bund soll Forschung und Lehre der Raumplanung weiter fördern.“

Die „Zürcher Zeitung“ schreibt im Zusammenhang damit: Das freie Bodeneigentum wird unweigerlich ins Wanken geraten, „wenn es nicht gelingt, offenkundigen Mißständen zu steuern“.

Wir wissen, Herr Bundeskanzler, daß von der Strukturpolitik in Ihrer Regierungserklärung die Rede war, und wir wissen auch, daß Sie einer Reihe von Experten den Auftrag gegeben haben, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Nun ist aber das Programm dieser Expertenkommission bis heute der Öffentlichkeit noch nicht bekanntgegeben worden. Ich selbst weiß nur, daß sich die Experten, offenbar auch deshalb, weil es für diesen Zweck keine Mittel, keine wirklich verwendbaren, keine mobilisierbaren Mittel im Budget gibt, ein Programm zurecht gelegt haben, mit dessen Erstellung sie ungefähr in zwei bis drei Jahren fertig werden. Ich fürchte, daß das dann ein bißchen zu spät sein wird, weil wir, wenn die Entwicklung so weitergeht, dann noch dringendere Sorgen haben werden.

Die Regierung setzt ihr ganzes Heil auf einen Vertrag mit der EWG. Man hat manchmal das Gefühl, daß es der Regierung so geht wie dem Kaninchen mit der Kobra. Dabei ist die Regierung das Kaninchen. Man wartet gebannt auf das, was kommt, und ob man

Dr. Kreisky

jetzt endlich darankommt. Und jetzt frage ich Sie allen Ernstes: Ja, wie könnten wir denn dem rauen Klima der Konkurrenz, das aus den hochentwickelten Volkswirtschaften der EWG-Staaten in unser Land einströmen würde, standhalten, ohne daß wir vorher zu einer echten durchgreifenden Strukturveränderung gekommen sind, ohne daß wir nicht schon heute ein Raumplanungskonzept haben und es auch verwirklichen.

Niemand weiß heute in Österreich, wie die österreichische Wirtschaft in ein paar Jahren aussehen soll. Wissen Sie denn nicht, meine Damen und Herren, daß heute in Niederösterreich ununterbrochen Betriebe stillgelegt werden? Nicht nur die Betriebe, von denen in den Zeitungen zu lesen ist, sondern heute werden Betriebe mit 30, 40 oder 50 Leuten nahezu wöchentlich stillgelegt. Natürlich kann man sagen, das ist kein solches Malheur, denn die Leute werden schon wieder Arbeit finden — und sie finden sie auch. Ich habe aber schon einmal geagt, es ist ein großer Unterschied, ob man zu seinem Arbeitsplatz eine halbe Stunde hat oder ob man zwei und drei Stunden unterwegs ist. Für die Menschen, die jetzt ein Opfer dieser „Flurbereinigung in der Wirtschaft“ werden, verlängert sich die Arbeitswoche auf manchmal 65 bis 70 Stunden.

Die Regierung gibt auch in diesem Budget keine Antwort auf die Frage, wie wir morgen leben und wirtschaften werden, obwohl das die wirkliche Schicksalsfrage der Menschen unseres Landes ist. Sie reden von Wachstums politik, und Sie haben — wie es der bekannte amerikanische Nationalökonom und Berater des ermordeten Präsidenten Kennedy, Paul Samuelson, einmal ausgedrückt hat — bestenfalls Steuerschlupflöcher geschaffen, die die Investitionsneigungen in vager und unkontrollierbarer Form anregen sollen. Von echter Wachstumspolitik aber gibt es in diesem Budget nichts zu sehen.

Es geschieht nicht einmal etwas wirklich Durchgreifendes in den Bereichen, bei denen es zwischen uns gar keine Meinungsverschiedenheiten gibt, nämlich was die Förderung der Forschung und der Wissenschaft überhaupt betrifft. Erst vor einiger Zeit haben Ihnen nahestehende Persönlichkeiten des wissenschaftlichen Lebens diesen Umstand kritisiert.

Was gibt es in diesem Budget zur Sanierung der Elendsgebiete unseres Staates? Ja, wissen die Mitglieder der Regierung nicht, daß es in unserem Staat, vor allem in Niederösterreich Notstandsgebiete gibt von einer Intensität und Grausamkeit, wovon sich die Menschen in den besser situierten Teilen unseres Staates gar nichts träumen lassen?

Ich bin einmal in das Haus eines Handschuhstrickers ins Waldviertel gekommen, dort haben Mann und Frau gearbeitet, und das Kind hat mitgeholfen, als es aus der Schule kam. Und sie haben miteinander 237 S in der Woche verdient! Es ist doch auch aus staatspolitischem Grund so ungeheuer bedenklich, daß wir diese Notstandsgebiete, diese Elendsgebiete gerade entlang jener Grenzen haben, die die demokratische Welt von der kommunistischen trennten. Ja, es ist in manchen dieser Orte so, daß man nicht richtig weiß, auf welcher Seite der Grenze man gelandet ist. Wäre es nicht in höchstem Maße klug, wenn wir uns gerade um diese Gebiete kümmern? Der Herr Abgeordnete Graf hat schon davon gesprochen. Wäre es nicht zweckmäßig und nicht ein Akt aktiver Demokratie, wenn es entlang dieser langen Grenzen einen breiten Gürtel des Wohlstandes gäbe? Aber in Wirklichkeit sind gerade in diesen Teilen unserer Republik die großen Elendsgebiete, echte Elendsgebiete, um deren Sanierung sich jedenfalls die Regierung nicht kümmert. (*Abg. Dr. Withalm: Sie tun so, Herr Kollege Kreisky, als ob das nach dem 6. März entstanden wäre! Sie waren 20 Jahre Mitglied der Regierung! Haben Sie das vergessen? Haben Sie 20 Jahre lang geschlafen?*) Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Ich habe nicht geschlafen. Darf ich Ihnen dazu etwas sagen? (*Abg. Dr. Withalm: Ich bin sehr neugierig!*) Das werden Sie müssen, denn Sie wissen die Antwort schon genau. Sie wissen ganz genau, daß ich, obwohl ich kompetenzmäßig gar nicht dafür zuständig war, die Gründung der Kommunalbank vorgeschlagen habe und daß Sie selbst — damals als Staatssekretär im Finanzministerium — dieser Gründung zugestimmt haben, weil wir Sozialisten andererseits der Gründung dieser Investment-Bank auch unsere Zustimmung gegeben haben. Sie wissen, daß wir uns um dieses Problem gekümmert haben, aber Sie wissen auch ganz genau, daß das Bundeskanzleramt uns jedes Jahr um mindestens 10 Millionen weniger für die Kommunalbank gegeben hat, obwohl das, was die Kommunalbank getan hat, nur ein Tropfen auf einen sehr heißen Stein gewesen ist. Sie wissen auch, daß die Verantwortung dafür — die Ministerverantwortung gilt ja in Österreich — ausschließlich bei Ministerien lag, die Sie verwaltet haben, die Ihre Partei verwaltet hat. Das Sozialministerium unter Proksch hat große Anstrengungen gemacht, sanierend einzugreifen (*Beifall bei der SPÖ*), und hat in der ganzen Welt Annoncen, die zu Betriebsgründungen in Österreich einladen, erscheinen lassen.

Ich kann Ihnen aber noch etwas sagen: Ich glaube, daß diese ewige Unsicherheit

Dr. Kreisky

über unsere Zugehörigkeit zur EFTA auch ein vollgerütteltes Maß an Schuld trägt. In der Schweiz gibt es hunderttausende Fremdarbeiter, gar keine Frage. Die Schweizer und Österreicher werden — sofern wir bei der EFTA bleiben, und das hoffe ich — in ganz kurzer Zeit einen echten gemeinsamen Markt darstellen, denn alle Handelshindernisse zwischen uns, sofern sie nicht auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft liegen, werden verschwunden sein. Wäre man — und ich weiß, was ich rede, weil mir das der Minister Schaffner selber gesagt hat — unserer Haltung in EFTA-Sachen sicherer gewesen, dann wäre es gar nicht schwer gewesen, gerade in jene Gebiete, wo die fleißigsten und ärmsten Menschen unseres Landes leben, ins Waldviertel, einen Strom an Kapital zu lenken. Es ist auch für einen schweizerischen Unternehmer ein viel geringeres Risiko, in einen solchen Teil unseres Landes zu gehen, als sich 500 italienische Arbeiter zu engagieren, von denen er nicht weiß, was sie taugen und wie er sie beherbergen soll. Alles das hätten wir ihm abgenommen, hätte es nur größere Sicherheit über unsere Absichten gegeben. *(Abg. Dr. Withalm: Erlauben Sie, Herr Kollege Kreisky, das mit den 10 Millionen Schilling: Sie wissen doch ganz genau, daß das nicht stimmt!)* Sagen Sie das nicht. Es ist eine bewährte Methode von Ihnen, Herr Dr. Withalm, zu sagen: Sie wissen genau, daß das nicht stimmt! Lieber Herr Kollege, gewöhnen Sie sich ein für allemal daran: Wenn ich hier etwas sage, so bin ich zutiefst davon überzeugt, daß es stimmt. Ich will nicht ausschließen, daß ich mich irren kann. *(Abg. Dr. Withalm: Dann haben Sie sich eben geirrt!)* Ich will nicht ausschließen, daß ich das Opfer falscher Ziffern wurde, aber ich bitte Sie, mir zu glauben, daß ich alles getan habe, was in meiner Macht steht, um mir richtige Ziffern und richtige Fakten zu verschaffen.

Ich kann Ihnen das ja beweisen: Wir haben bei 50 Millionen begonnen, sind dann auf 35 Millionen gekommen und schließlich bei 25 Millionen gelandet, und jedesmal hat man mit den Mitteln „legaler Erpressung“ arbeiten müssen, um überhaupt diesen Betrag zu erreichen. *(Abg. Dr. Withalm: Sie irren sich wieder! Wir haben nie 25 Millionen bekommen!)* Vorige Woche habe ich Sie im Vorsitz in der Kommunalkreditbank vertreten, weil Sie krank waren! Ich wurde gebeten, für 30 Millionen Sorge zu tragen! Wir haben voriges Mal 25 Millionen bekommen! *(Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege, es tut mir leid, daß Sie sich irren! Vorige Woche haben wir in der Sitzung des Beirates festgestellt, daß wir mit den Mitteln, die wir bekommen haben, jedes Jahr ausgekommen sind!)* Daß die Kommunalbank für

die begrenzte Politik, die sie führen kann, mit den Mitteln auskommt, ist ja ganz klar, weil wir doch von vornherein keine echte Strukturpolitik betreiben, sondern nur dem einen oder anderen Betrieb helfen können. Wir haben durch „legale Erpressung“ nur erreicht, daß die Beträge aufrechterhalten werden, weil wir damals in der Regierung gesagt haben, wir stimmen sonst nicht dem gleichen Betrag für diese Investment-Bank zu. Und nur deshalb, weil Sie um diese Gelder Angst gehabt haben, haben Sie der Kommunalbank auf der anderen Seite die Mittel gewährt. *(Abg. Dr. Withalm: Das war nie ein Streitpunkt! Sie irren schon wieder! Ich bin in meiner Fraktion immer dafür eingetreten!)* Daß Sie als Vorsitzender des Beirates nicht dafür eintreten, das fehlte noch! Aber daß es in der Regierung schwer war, diesen Betrag durchzusetzen, ist eine andere Frage.

Ich habe, wie Sie wissen, oft bedauert, daß Sie nicht mehr in der Regierung gewesen sind. Wir hätten sonst wahrscheinlich ähnlich zusammenarbeiten können, wie das seinerzeit geschehen ist, als Sie noch Staatssekretär waren. So aber haben Sie andere Gefilde aufgesucht und damit der Zusammenarbeit keinen großen Dienst erwiesen. *(Abg. Dr. Withalm: Wir haben keinen einzigen Antrag unbefriedigt lassen müssen!)* Weil wir doch von vornherein schon ausscheiden, Herr Kollege Dr. Withalm. Sie werden doch nicht ernstlich glauben, daß mit den 30, 40 Millionen, die im Jahr auf diese Art vergeben werden, eine echte Strukturpolitik in Österreich betrieben werden kann. *(Abg. Dr. Withalm: Das haben wir gar nicht behauptet, sondern nur, daß die Kommunalkreditbank ausgekommen ist!)* Ich habe nur gesagt, daß die Kommunalbank die einzige auf diesem Gebiet ist und daß sie um die Beschaffung ihrer Mittel jedes Jahr aufs neue ringen mußte. Ich will Ihnen aber gerne attestieren, daß Sie zu jenen gehört haben, die uns bei diesen Bemühungen immer unterstützt haben. *(Abg. Dr. Withalm: Na also!)* Daß es aber Schwierigkeiten mit dem Bundeskanzleramt gegeben hat, diese Mittel zu bekommen, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. *(Abg. Mitterer: Daß die Schweiz mit ihrer Industrie emigriert, das glauben Sie doch selber nicht!)*

Aber Herr Abgeordneter Mitterer, ich muß Sie korrigieren: Wir erleben es doch in Österreich. Wissen Sie, daß eine der größten Unternehmungen der Schweiz auf dem Gebiete der pharmazeutischen Chemie sich vor ganz kurzer Zeit in Österreich etabliert hat, und zwar in Kundl in Tirol, und daß es dort weitere Ausbaupläne gibt? *(Abg. Mitterer: Das ist doch eine Kooperation!)* Nein, das ist keine Ko-

Dr. Kreisky

operation. Ich bitte, zu Protokoll zu nehmen — jetzt werde ich dem Herrn Abgeordneten Mitterer einmal so kommen —, daß ich die Behauptung aufstelle, daß die Kunder Chemie dem schweizerischen Konzern Sandoz gehört. (*Zwischenruf des Abg. Mitterer. — Abg. Ing. Kunst: Und Schafstau dazu! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Die Schafstauer gehören dazu. Sie werden nicht leugnen können, daß auch andere große schweizerische Betriebe in Österreich ausgebaut haben. Ich bin aber nicht dazu da, Ihnen hier einen Katalog aus dem schweizerischen Firmenregister vorzulesen. Wissen Sie, daß die vorsichtigen Schweizer vor einigen Jahren sogar 30 km vom Eisernen Vorhang entfernt einen riesigen neuen Betrieb errichtet haben — die Herren der Gewerkschaften werden es bestätigen —, weil sie sich eben Hoffnungen gemacht haben, daß es zwischen uns und der Schweiz zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommen wird.

Ich möchte aber zum Schluß kommen — die Debatte hat schon lange genug gedauert — und noch einige grundsätzliche Bemerkungen in aller Offenheit machen. Einer der jüngeren Theoretiker der sozialistischen Bewegung hat unlängst die Behauptung aufgestellt, daß in Österreich die großen Parteien einander immer näher kommen, daß sie sich in ihrer politischen Zielsetzung immer stärker annähern, sodaß sie schließlich — wenn ich das mit eigenen Worten ausdrücken darf — beide nur zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellen. Er hat damals den Schluß daraus gezogen, daß die beiden Parteien sozusagen jede für sich eine Art Flügelstellung des Liberalismus beziehen sollten. Für unsere Partei hat er den Vorschlag gemacht, daß wir uns in eine links-liberale Partei verwandeln sollten, woraus ich den Schluß ziehe, daß er Ihnen (*zur ÖVP gewendet*) empfohlen hat, Sie sollten eine rechts-liberale Partei werden. (*Abg. Dr. Withalm: Weder das eine noch das andere!*)

Ich glaube, meine Damen und Herren — und das meine ich wirklich sehr ernst ... (*Abg. Kern: Das andere nicht?*) Das andere auch, aber hier handelt es sich um eine Frage, auf die ich nicht einfach mit einem Zwischenruf replizieren möchte. Ich glaube, daß eine solche Entwicklung dem politischen Leben in der Demokratie sehr abträglich wäre, weil sie die politische Orientierung des Staatsbürgers nicht zu einer Frage des politischen Abwägens und des politischen Überlegens machen würde, sondern noch mehr als bisher irrationale Momente in das politische Leben eingeführt werden würden.

Es ist durchaus begreiflich, daß es in der Zeit der großen Bedrohung der Demokratie —

der Demokratien des Westens und unserer Demokratie im speziellen —, daß es in der Zeit dieser großen Bedrohung der Demokratie und ihrer Einrichtungen zu einer Entideologisierung im Bereich der Innenpolitik gekommen ist. Ich habe mir einmal erlaubt, das so zu formulieren: In dem Maße, als es zu einer ideologischen Aufspaltung in der Weltpolitik gekommen ist, ist es zu einer Entideologisierung in der Innenpolitik gekommen. Vielleicht kann man es auch so ausdrücken: Wir alle haben uns unter das Dach einer Überideologie der Demokratie schlechthin geflüchtet.

Was heute besonders notwendig erscheint, ist nicht, diese ideologische Denaturierung unseres politischen Lebens fortzusetzen, das heißt, die Parteien herabzuwürdigen zu Manipulatoren der öffentlichen Meinung und des öffentlichen Lebens, sondern die Demokratie fruchtbarer zu machen, ihre ganze gesellschaftliche Nützlichkeit dadurch unter Beweis zu stellen, daß die Parteien dem Staatsbürger helfen, sich ein klares Bild über ihre Absichten zu machen, damit diejenigen, die in der Demokratie mitentscheiden sollen, auch genau wissen, wofür diese Mitentscheidung verlangt wird.

Die Sozialistische Partei jedenfalls hat ihre Grundsätze in ihrem Parteiprogramm vom Jahre 1958 niedergelegt. Sosehr sie bereit ist, sie immer wieder im Lichte der Entwicklung zu überprüfen, so ist sie andererseits entschlossen, sich in ihrer Tagespolitik dieses Programm als Grundlage zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Wir lehnen dieses Budget ab, nicht weil es von einer Regierung kommt, der wir nicht mehr angehören, sondern weil es einem Geist entspringt, der mit den Erfordernissen der modernen Wirtschaft und der modernen Zeit nicht in Einklang steht. Weil es vor allem keine Antwort gibt auf die Frage, wie es in Österreich morgen aussehen wird, wie seine Menschen morgen leben werden. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Altenburger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Altenburger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kreisky hat zum Schluß gefragt, wie Österreich, wie wir alle morgen auf Grund des Budgets leben werden. Ich darf ihm sagen: sicherer und besser, als Sie es vielleicht annehmen wollen. (*Abg. Gertrude Wondrack: Und teurer!*) Sicherer und besser deshalb, weil dieses Budget jene Werte schafft, die wir bei richtig verstandener Verantwortung und gerechter Verteilung zur Absicherung und als Voraussetzung der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit benötigen.

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky hat auch darauf verwiesen, daß die SPÖ den Österreichi-

Altenburger

schen Gewerkschaftsbund in seinen Forderungen unterstützen wird. Die Österreichische Volkspartei hat in keiner Weise behauptet, daß sie dies nicht tut. Nur erheben wir keine demagogischen Forderungen, die wir von der Partei aus unterstützen, um morgen hinaustreten und sagen zu können: Unsere Partei hat es durchgesetzt! Statt dessen haben wir im Österreichischen Gewerkschaftsbund — Herr Präsident Benya ist ja hier — eine überparteiliche Form der Verantwortung. Wir gehen zum Herrn Bundeskanzler und zum Herrn Finanzminister, und melden dort die Forderungen des Gewerkschaftsbundes nicht nur an, sondern beraten auch, wie sie durchsetzbar sind. Denn einzig und allein mit Unterstützung der Sozialistischen Partei bekommen weder der Finanzminister noch die Regierung einen Groschen Geld. Worum wir uns bemühen müssen, ist, diese Fragen so zu lösen, daß wir insgesamt durchkommen können. Ich bedaure, daß Herr Dr. Kreisky von dieser Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes nicht informiert ist oder sie verschweigt.

Ich möchte feststellen, daß wir uns sehr ernstlich bemühen, die Forderungen des Gewerkschaftsbundes in Beratung zu nehmen und einer Lösung zuzuführen. Es ist daher unrichtig und demagogisch, die Behauptung aufzustellen, die Regierung sei blind, die Regierung kümmere sich um nichts, die zuständigen Minister hätten gar kein Interesse, lebenswichtige Fragen zu lösen.

Hohes Haus! Ich erinnere mich an eine Zeit, als die Sozialistische Partei an dem „Glück“, den Finanzminister zu stellen, recht knapp vorübergegangen ist. Ich erinnere mich daran, wie vorher sehr viele Forderungen springlebig vorgetragen wurden. Als aber dann dieses „Glück“ näherrückte, vielleicht doch den Finanzminister zu stellen (*Abg. Czettel: Es hat nur drei Tage gedauert!*), haben Sie nach drei Tagen — Sie erinnern sich, Herr Kollege Czettel — sofort ein Halt-Zeichen gegeben und gesagt: Schluß mit dem Fordern — wir müssen zum Schluß vielleicht den Finanzminister stellen, dann können wir das nicht durchsetzen, was wir gefordert haben! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das Bild hat sich seither nicht allzuviel verändert. Sie sind zwar nicht mehr in der glücklichen Lage, im Rahmen einer Koalitionsregierung den Finanzminister zu stellen, aber Sie haben es noch viel einfacher: Sie können nunmehr als Opposition alle Kräfte freimachen. Aber ob das in Ihrer Verantwortung liegt und ob Sie damit etwas Gutes tun, wird früher oder später die Bevölkerung selbst zu entscheiden haben.

Sie sprechen sehr häufig — das zieht sich durch die Betriebsversammlungen und geht

dann noch etwas radikaler weiter — von „Geschenken“ an die Wirtschaft durch die Wirtschaftswachstumsgesetze und dergleichen mehr. Darf ich vielleicht auch dazu ein Wort sagen, wobei ich glaube, daß Kollege Benya als Präsident des Gewerkschaftsbundes dazu gar nicht im Widerspruch stehen wird. Warum sind Wirtschaftsgesetze und gewisse Lösungen auf diesem Gebiet notwendig geworden? Wir haben in den letzten Jahren Lohn- und Gehaltsbewegungen in der Großindustrie nicht auf die Konsumenten umgelegt. Jeder in der verstaatlichten Industrie — Kollege Czettel wird das sicher auch bestätigen — wird nachweisen können, daß ein großer Teil, ja vielleicht der ganze Teil der Lohnforderungen nicht auf die Preise umgelegt wurde, sondern auf Kosten der Investitionen, wie es heißt, aufgesaugt wurde. Diese Möglichkeit, auf Kosten der Investitionen weitere Steigerungen der Unkosten einzubauen, ist aber nicht mehr gangbar. Auch Sie von der Sozialistischen Partei, die Sie mit den Betriebsräten ja in unmittelbarer Verbindung stehen, müssen doch bestätigen, daß wir zum Teil gar nicht mehr die Möglichkeit haben, im Export auf internationalen Märkten mit unserer Produktion durchzukommen. Wenn ich daher keine Möglichkeit mehr habe, die Lohn- und andere Unkostensteigerungen umzulagern, so ist es auch ein Weg, für einen Teil dieser auf Kosten der Investitionen in der Vergangenheit umgelagerten Lohnsteigerungen und Unkostensteigerungen nunmehr in den Wirtschaftswachstumsgesetzen einen Ausgleich zu finden.

Ich weiß wirklich nicht, warum Sie es unter allen Umständen so einseitig sehen. Vielleicht hat die Wirtschaft da oder dort daraus einen Vorteil, aber insgesamt gesehen müssen wir uns doch darüber klar sein — Herr Dr. Kreisky hat ja auf gewisse Gefahren hingewiesen —, daß eine weitere Erhaltung unserer Wirtschaft, eine Möglichkeit, sie auszubauen, auch eine entsprechende Stützung durch den Staat erfahren muß. Ein Teil dieser Wachstumsgesetze dient dazu.

Ich möchte daher gegenüber der Meinung, daß das bloß Geschenke und verschleuderte Gelder sind, daß das etwas ist, was wir unter allen Umständen abzulehnen haben, wie die Sozialisten es bringen, doch zur Vorsicht mahnen. Ich möchte auch daran erinnern, daß wir uns im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Erhaltung der Beschäftigung hier eine andere Sprache angewöhnen sollten.

Sie sprechen darüber, daß der Finanzminister einen einseitigen Griff auf die Löhne und Gehälter durch seine Besteuerung vornimmt. Ich befinde mich hier wieder in einer einheitlichen Auffassung mit dem Präsidenten des Gewerk-

Altenburger

schaftsbundes, und ich möchte diese Überparteilichkeit feststellen, weil es viel einfacher ist, wenn wir sie auch hier im Hause zum Ausdruck bringen: Die Lohnerhöhungen, die eingetreten sind, beinhalten — und das ist unbestritten, das werden Sie auch in Erklärungen des Gewerkschaftsbundes und bei Veranstaltungen festgestellt finden — auch eine echte Erhöhung des Realeinkommens, die der Österreichische Gewerkschaftsbund erreicht hat. Das dauernd zu verschweigen und dauernd so zu tun, als sei in den letzten Jahren oder im letzten Jahr alles danebengegangen, als wären wir verarmt, das steht im Widerspruch zu den Feststellungen Ihrer eigenen Funktionäre im Gewerkschaftsbund, es widerspricht der Tatsache, daß wir eine echte Steigerung unserer Realeinkommen erreicht haben. (*Abg. Czettel: Deswegen nehmen Sie es jetzt wieder weg!*) Herr Kollege Czettel, ich bin überzeugt, daß Sie gerade in Ihrem Bereich die Möglichkeit, meine Feststellungen zu prüfen, früher hatten, jetzt haben und auch in Zukunft haben werden. Bei einer Lohnsteigerung von 8 oder 10 Prozent — ich weiß nicht, wieviel Sie im Schnitt annehmen wollen — werden darin 4 Prozent echte Steigerung enthalten sein. Die Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer kommen aus dieser echten Steigerung. Ich gebe aber zu — und das ist doch Gegenstand der Verhandlungen —, daß wir uns bemühen, das, was durch die Preissteigerungen, durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, dadurch wieder wettzumachen, daß dieser Ausgleich nicht auch der Besteuerung unterliegt. Das ist doch der Weg, den wir vorschlagen. Um diesen Weg gehen ja die Verhandlungen, und um diesen Weg ist man bemüht.

Aber man kann doch die Frage nicht so stellen, daß man meint, die gerechte Verteilung bestehe nur darin, daß die Regierung das tut, was die Sozialistische Partei als Opposition verlangt. Was nennen Sie „gerechte Verteilung“? Ich höre immer zu, ich bin sehr aufmerksam, ich passe sehr genau auf das auf, was hier gesprochen wird. Ich habe noch keinen Vorschlag gehört, wie Sie sich die „gerechte Verteilung“ vorstellen, wie Sie sich vorstellen, wie durch dieses Budget die Fragen einer entsprechenden Förderung der Strukturwandlung, der Förderung der Wissenschaft und so weiter gelöst werden sollen. „Gerechte Verteilung!“ Ein konkreter Vorschlag in dieser Hinsicht ist bisher nicht gemacht worden. Ich höre nur immer „gerecht verteilen“.

Eine solche gerechte Verteilung liegt, finde ich, auch in der Sicherung der sozialen Voraussetzungen durch die Sozialpolitik. Und das, was wir jetzt zum Teil tun — auch Minister Proksch hat darauf hingewiesen —, ist doch

die Ausführung dessen, was wir an Gesetzen beschlossen haben, für die heute die Mittel aufzubringen sind. Darin liegt ein Teil der gerechten Verteilung. Ich muß das auch hier sagen, denn ich weiß nicht, was Sie unter „gerecht“ verstehen.

Wenn Sie der Meinung sind, daß wir in den Fragen der Sozialpolitik zu streichen haben, daß wir in der Wirtschaftspolitik etwas zu streichen haben, um die Gefahren, die Sie geschildert haben, zu beseitigen, die Notstände im Waldviertel zu beseitigen, so muß ich Sie fragen: Ja, wie wollen Sie denn der Heimarbeiterin, der Handschuhstrickerin gerecht helfen? Über diese Fragen kann man doch nicht so allgemein sprechen. Man kann nicht mit politischer Demagogie einer Regierung zum Vorwurf machen, daß sie nicht in der Lage war, einer Heimstrickerin im Waldviertel — so bedauerlich das ist — mittelbar durch Strukturveränderung helfen zu können. (*Abg. Czettel: Er hat das Problem aufgezeigt, daß es noch Elendsgebiete gibt! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Ing. Kunst: Neue Betriebe errichten!*) Das Problem im Waldviertel ist nicht heute und auch nicht morgen zu lösen. Sie werden der Heimstrickerin im Waldviertel — so bedauerlich die Erscheinung auch sein mag — nicht mit Strukturwandel helfen, weil diese Heimstrickerei ein Teil der wirtschaftlichen Entwicklung des Waldviertels ist. (*Abg. Czettel: Nein, aber auf das Schicksal der Gebiete ander, „toten Grenze“ kommt es an!*) Und Sie können sie gar nicht verlagern, weil es sich zum Teil um einen aussterbenden Beruf handelt.

Wir sollten uns darüber nicht streiten, daß es notwendig ist, eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, aber man darf sich doch nicht herausnehmen, das Gesamtproblem von Einzelfällen her lösen zu können. (*Abg. Czettel: Aber das ist keine Demagogie, wenn man Einzelfälle nachweist, welche Zustände da herrschen!*) Und dagegen wehren wir uns, daß Sie immer solche Einzelfälle herausgreifen, und dort schweigen, wo es sich um das Große, um das Ganze handelt. (*Abg. Czettel: Gerade Sie als Gewerkschaftsbund-Vizepräsident sollten das nicht sagen! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) O ja, vielleicht gerade deswegen werde ich es sagen! Ich muß auch feststellen, daß der Herr Sozialminister Proksch das Strukturproblem auch nicht lösen konnte, obwohl er sicherlich auch darum bemüht war. Also so von heute auf morgen lösen wir die Strukturprobleme nicht, und wir lösen auch nicht die Probleme, von denen Sie selbst nicht genau wissen, wie sie morgen aussehen.

Ich glaube daher feststellen zu dürfen, daß man immer wieder den Versuch machen

Altenburger

muß, den Dingen nicht blind und planlos gegenüberzutreten. (*Abg. Ing. Kunst: Die Sozialisten haben die Betriebsgründungen in den Notstandsgebieten gefördert! Die ÖVP war gegen die Betriebsgründungen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Das Wort hat der Abgeordnete Altenburger.

Abgeordneter **Altenburger** (fortsetzend): Ich kenne manche Betriebsgründungen, die gestern durchgeführt wurden, wo aber am nächsten Tag der Betrieb schon wieder geschlossen wurde. Wenn Sie meinen, daß das Problem damit gelöst ist, und wenn Sie meinen, daß eine politische Aufbauschung eine Lösung ist, dann mögen Sie zur Kenntnis nehmen, daß das keine Lösungen sind. Wir brauchen Betriebe, die dauernd tätig sind, und keine parteipolitischen Betriebe. (*Abg. Ing. Kunst: Herr Abgeordneter! In Tirol werden Betriebe aufgekauft und stillgelegt, damit keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auftritt, und hunderte Menschen haben keinen Arbeitsplatz!*) Aber Kollege Kunst! Ihre Erzählung von der Konkurrenz, das ist ja ein Märchen aus dem Tiroler Land und keine sachliche Basis. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident: Es kann sich jeder zum Wort melden.

Abgeordneter **Altenburger** (fortsetzend): Ich habe mich aber zum Wort gemeldet, weil ich zu dem Kapitel Bundesgesetzgebung heute und auch in früheren Tagen manches gehört habe von der Aufwertung des Parlaments, von der größeren Verantwortung und der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments, die wir verstärken müssen, von der Notwendigkeit, daß die Abgeordneten mehr an Hilfe bekommen. Aber ich habe eigentlich eines vermißt, Herr Präsident: Wir haben bisher noch nicht darüber gesprochen, wie es mit der Verantwortung des einzelnen Abgeordneten und wie es damit steht, daß die Immunität nicht eventuell zur Tarnung oder zum Mißbrauch führt.

Ich möchte diese meine Meinung begründen und hoffe, daß man hier doch auch nach dem Rechten sieht. Dazu veranlaßt mich ein Vorfall, der sich dieser Tage hier im Hohen Hause abgespielt hat.

Ich habe den Herrn Abgeordneten Peter von der Freiheitlichen Partei um den Beweis ersucht, daß die Österreichische Volkspartei vom ÖGB Millionen erhalten hat. Der Abgeordnete Peter hat seinen Anwalt, den Abgeordneten Zeillinger, mit seiner Verteidigung beauftragt. Herr Abgeordneter Zeillinger hat versucht, seiner Meinung Ausdruck zu geben. Das ist im stenographischen Protokoll enthalten, aus dem ich zitieren möchte, was Herr

Abgeordneter Zeillinger hier im Hause von dieser Stelle aus sagte:

„Ob es der Altenburger bekommt, ob es die christlichen Gewerkschafter bekommen oder die ÖVP oder der ÖAAB ist bei Ihrer Vielfalt von Organisationen und Bündnen ...“ Auf meine Frage, wer sie bekommen hat, stellte er fest: „Dann hat die Fraktion die 80 Millionen bekommen. Die ÖVP-Fraktion“ — laut Protokoll, Herr Abgeordneter Zeillinger — „hat von der Gewerkschaft 80 Millionen bekommen.“ Auf meine Frage: „Herr Kollege, wann hat die Fraktion christlicher Gewerkschafter 80 Millionen bekommen?“ antwortete er: „Seit dem Jahre 1945, ... Das ist bis heute nie bestritten worden.“ Ich suchte bisher vergeblich, wann in dem Haus behauptet wurde, daß die Fraktion christlicher Gewerkschafter oder sonst jemand, von dem Sie hier sprechen, 80 Millionen Schilling bekommen hat. Ich habe in den Unterlagen bisher nichts gefunden.

Nun kommt es noch etwas stärker: Auf meine Frage, wer das Geld bekommen habe, sagen Sie, Herr Abgeordneter Zeillinger: „... vielleicht waren es die christlichen Gewerkschafter, oder vielleicht hat es der Kollege Altenburger selber bekommen, auf ein Konto gelegt, wo es blüht, wächst und gedeiht. Vielleicht sind es schon 100 Millionen.“ Und nun kommt der Satz: „Aber das interessiert mich nicht.“

Das interessiert vielleicht nicht Sie, Herr Abgeordneter Zeillinger, aber mich interessiert es! Und ich stelle nun von dieser Stelle aus die Frage, weil es mich interessiert, Herr Abgeordneter Zeillinger, wieso Sie zu dieser Auffassung gekommen sind.

Sie sagen dann auch noch so schön: „Aber wieder zurück vom Altenburger zur Korruption.“ Sie haben versucht, irgendwie einen Zusammenhang herzustellen. Doch Sie sagen: „Nein, bitte, das habe ich nicht persönlich gemeint. Kollege Altenburger hat bei seinem Kampf gegen die Korruption jene Gewerkschaftsgelder gebraucht, daher habe ich ebenso in meinen Ausführungen in der Diskussion dazu Stellung bezogen.“

Es wurde also nicht nur die Behauptung aufgestellt, daß ich etwas bekommen habe, sondern auch die Behauptung, daß ich es verbraucht habe.

Ich bin der Auffassung, daß ein Abgeordneter, wenn er vor dem Parlament und von dieser Stelle aus spricht, es doch etwas überlegt und nicht leichtfertig tun sollte. Es ist hier im Hause noch nicht vorgekommen, unter dem Schutz der Immunität derartige Behauptungen aufzustellen.

Und nun, Hohes Haus, die Folgerung daraus. Ich habe ein parteiunabhängiges Organ

Altenburger

in der Hand. In Wiedergabe der Rede Zeillinger steht hier:

„Zu Altenburger: Wollen Sie sich wirklich auf den Standpunkt stellen, weil man die armen Würscheln, die Arbeiter, nicht gefährden darf, sollen die Sektionschefs Korruption betreiben?“ — Also: die Arbeiter, diese „armen Würscheln“, dieses Wegwerfende! — Aber dann kommt so nebenbei der Seitenhieb, gedeckt durch die Immunität: „Und so nebenbei bringt Zeillinger auch noch an, daß die Fraktion Christlicher Gewerkschafter vom ÖGB 80 Millionen Schilling für verschiedene Zwecke bezogen habe. Ob das der Herr Altenburger genommen hat oder ob es die ÖVP erhielt, weiß ich nicht.“

Was wissen Sie eigentlich, Herr Abgeordneter Zeillinger? Ich stelle fest, daß die Fraktion christlicher Gewerkschafter im Jahre 1945 gar nicht bestanden hat. Ich weiß nicht, welche Gewährsmänner Sie haben; haben Sie sie aus einem Nachtlokal oder sonstwoher? Sie nennen sie ja nicht! Aber ein Abgeordneter, der hier beschuldigt und behauptet, seit 1945 habe eine Organisation etwas bekommen, mußte sich wenigstens darüber erkundigen, ob diese Organisation zu diesem Zeitpunkt überhaupt bestanden hat.

In Ihrem Organ, in Ihrer eigenen Zeitung (der Redner blättert eine Zeitung auf) — sie ist zwar groß, größer als die Partei —, in der „Neuen Front“, datiert vom 26. November, schreiben Sie, auch wieder unter Nennung meines Namens, sehr deutlich: „Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter hat vom ÖGB 80 Millionen Schilling bekommen!“ — Das geschieht unter dem Deckmantel und unter dem Schutz der Immunität.

Es ist auch sehr interessant, daß der „Kurier“, der darüber berichtet, festgestellt hat, daß diese Auffassungen und diese Meinungen, die da der Abgeordnete Zeillinger vertreten hat, die „Hochform“ war, die sich im Parlament bei dieser „Skandalsitzung“, wie sie auch der „Kurier“ nennt, abgespielt hat, denn es steht da: „in Hochform“. Es war also die „Hochform“, hier unter dem Schutze des Parlaments Behauptungen aufzustellen, für die weder Beweise, noch Angaben, noch andere Unterlagen beigebracht worden sind.

Ich habe vorhin dem Herrn Abgeordneten Peter zugehört, mit welcher Leidenschaft er gegen eine Presseaussendung der ÖVP zu Felde gezogen ist: „Kanzler verlangt nach Staatsanwalt“, und was weiß ich, was da alles geschehen soll. Aber welche Möglichkeiten ergreift man nun, Herr Präsident, um einen Abgeordneten des Hauses, eine Gruppe hier zu schützen? Welche Möglich-

keiten bestehen für eine Verbesserung des Ansehens des Parlaments? Wir sprechen darüber, ob wir eine andere Wertung haben sollen. Aber Abgeordnete benützen die Immunität, gegen andere Abgeordnete unbewiesene Beschuldigungen — und immerhin ist es eine Beschuldigung, wenn ich sage: „Du hast 80 Millionen Schilling erhalten!“ —, ohne auch nur den leisesten Beweis dafür zu bringen, auszusprechen. (Abg. Peter: Die Unterstellung des „Nazismus“ ist keine? Sind das „Beweise“?) Es mag sein, daß für Sie die Unterstellung des Nazismus oder sonst irgendeine Unterstellung unangenehm ist. Für mich als Abgeordneten ist es unangenehm, mir zu unterstellen, daß ich 80 Millionen erhalten habe! (Abg. Peter: Was im ÖVP-Pressedienst gestanden ist!) Und ich wehre mich hier als Abgeordneter nicht nur persönlich dagegen (Abg. Peter: Keine Ablenkung!), sondern ich stelle auch fest, daß das Geld auch die Fraktion nicht bekommen hat.

Herr Präsident! Hohes Haus! So wie der „Kurier“, so wie Ihre Zeitungen, meine Herren von der FPÖ, es nunmehr hinaustragen (Abg. Peter: Sie dürfen uns des „Nazismus“ unwidersprochen bezichtigen?), so wie das Ihre Zeitungen hinaustragen, so hat morgen jeder das Recht, mich zu fragen ... (Abg. Peter: Sie werden die Antwort kriegen! — Abg. Dr. van Tongel: In fünf Minuten haben Sie sie!) Es mag für Sie nicht ehrenrührig sein, für mich ist es ehrenrührig! Mit der Ehre hat es etwas zu tun. Morgen oder übermorgen wird man mich fragen: Herr Abgeordneter, was ist mit diesen 80 Millionen? Wenn mich draußen in der Stadt irgendein Kollege, irgend jemand fragt, so sage ich darauf: Diese Behauptung ist eine Lüge! Und wenn Sie das sagen, so sind Sie ein Lügner oder ein Verleumder! Wenn ich es hier sage, Herr Präsident, dann haben Sie das Recht oder die Pflicht, mir nach der Geschäftsordnung den Ordnungsruf zu erteilen. Dem einzelnen, der draußen nicht geschützt ist, wenn er eine unwahre Behauptung aufstellt, demjenigen, der nicht die Immunität besitzt (Abg. Peter: Der ÖVP-Pressedienst darf verleumden?), Herr Abgeordneter Peter, kann ich gegenüberreten, den kann ich klagen. Ich kann ihn rechtlich verfolgen. Ein Abgeordneter, der das hier im Hause ausspricht, der aber dafür keine Beweise erbringt, der nicht willens ist, einen Beweis zu erbringen — denn ich habe ihn ersucht, er möge den Beweis erbringen —, der kann unter dem Schutze der Immunität auch die Unwahrheit sagen.

Wenn wir nun auf der einen Seite von dem Ansehen sprechen, wenn wir auf der einen Seite das Parlament so herausstellen — ge-

Altenburger

rade Sie, das halbe Dutzend hier im Parlament, hat es getan —, so frage ich Sie: Was haben Sie denn bei Ihrer Kritik in diesem Parlament alles getan? Sie sind es, die durch diesen Mißbrauch das Ansehen des Parlamentes schädigen! (*Abg. Peter: Das ist genauso wieder eine Unterstellung! Kritik gehört zum Wesen der Demokratie — nehmen Sie das zur Kenntnis!*) Was soll denn der einzelne draußen denken, wenn der Abgeordnete hier unter dem Schutze der Immunität eine Unwahrheit spricht? (*Abg. Peter: Immer wieder diese Withalm-Diktatur, die Sie vertreten!*) Was soll der einzelne draußen von diesem Parlament denken, wenn der Abgeordnete dieses Hauses hier unter diesem seinem Schutz für seine politische Tätigkeit — aber nicht unter dem Schutz, Herr Abgeordneter Peter, für persönliche Diffamierung und auch nicht unter dem Schutz für eine Gemeinheit, die eine Gemeinheit ist, solange man einen Beweis dafür nicht bringt — nur verdächtigt?

Aus diesem Grunde meine ich: Wir sind dabei, diesem Hause im Budget eine größere Summe für die Öffentlichkeitsarbeit zu bewilligen, uns hier selbst größere Möglichkeiten zu geben. Es ist erfreulich, daß wir es tun, und wer dem Hause seit 1945 angehört, weiß, wie es ausgesehen hat, wie schwierig die Arbeit war und wie wir es verbessern können. Ich möchte aber doch auch, Herr Präsident, gebeten haben, daß wir mit der Steigerung des Ansehens des Parlamentes auch Maßnahmen treffen, damit das Ansehen nicht am Ende von jenen selbst geschädigt wird, die als Abgeordnete Träger dieses Parlamentes sind.

In diesem Sinne hoffe ich, daß wir nicht nur für uns und für ein besseres Ansehen des Parlamentes nach außenhin sorgen, sondern daß auch der einzelne Abgeordnete, wenn er hier eine Meinung ausspricht, wenn er hier Behauptungen aufstellt, die das Persönliche berühren, das doch auch nicht unter dem Schutz der Immunität tut. (*Abg. Doktor van Tongel: So wie Sie es mit Ihren Zwischenrufen tun!*) Aber wenn er es tut und es dann hier nicht richtigstellt, dann werde ich in diesem Fall den Herrn Abgeordneten Zeillinger das nennen, was ich jeden anderen nenne, der eine Unwahrheit spricht, und was ich jeden anderen nenne, der eine Verleumdung begeht. Es ist dem Sinne nach Lüge und Verleumdung, und der, der das sagt, ist eben ein Lügner und Verleumder. Ich glaube, es ist notwendig, daß Sie diese Frage klären, daß Sie hier mutig dafür einstehen und den Beweis erbringen. Im anderen Falle, Herr Präsident, werde ich nach wie vor den Herrn Abgeordneten Zeillinger — auch

im Interesse des Ansehens dieses Hauses — das nennen, was er letzten Endes in diesem Falle wäre, wenn er nicht bereit ist, für seine Behauptung den Beweis zu erbringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist ein Zufall, daß ich gleich nach dem Kollegen Altenburger zu Wort komme. Ich hatte mich schon vorher gemeldet, aber ich werde trotzdem die Gelegenheit benützen, nach Abschluß meiner Ausführungen auf Ihre Bemerkungen zu antworten.

Sie haben mich jetzt hier — vorläufig noch ungestraft — einen Lügner und einen Verleumder genannt, wenn ich mich richtig erinnere. Das ist nach der bisherigen Praxis des Hauses einen Ordnungsruf wert. Allerdings haben wir heute hier, wie ich glaube, eine neue Praxis eingeführt, die jedoch zum Teil wieder korrigiert wurde. Herr Präsident, darf ich die Frage, nachdem ja auch das Parlament hier zur Debatte steht, gleich anschneiden, ob es eine neue Geschäftsordnung gibt. Es ist heute vom Präsidenten des Hauses wegen Beleidigung eines Pamphletes — nicht eines Abgeordneten — versehentlich, und ich möchte das gleich anerkennen, ein Ordnungsruf erteilt worden. Dieser Ordnungsruf ist dann später wieder zurückgenommen worden. Ich erinnere mich, daß dies vor wenigen Monaten noch als nach der Geschäftsordnung nicht möglich erklärt worden ist, als ich einen Ordnungsruf erhielt, wobei sich dann herausgestellt hat, daß jemand anderer den Zwischenruf gemacht hat.

Ich würde also als Abgeordneter bitten, wenn in der Zwischenzeit irgendwo die Geschäftsordnung geändert worden ist, ebenfalls verständigt zu werden, damit ich wenigstens weiß, wenn ich mich zu Wort melde, unter welchen Spielregeln oder nach welcher Geschäftsordnung heute die Debatte läuft.

Herr Kollege Altenburger, so wie Sie sich über meine Ausführungen aufgeregt haben — ich darf dann später darauf zurückkommen —, so habe ich mich selbstverständlich auch erregt, als ich den Pressedienst Ihrer Partei — „exklusiv“ nennt er sich — zur Kenntnis genommen habe, der — das müssen Sie wohl zugeben — schwerste Verdächtigungen, der schwerste kriminelle Vorwürfe enthält gegenüber Abgeordneten der Freiheitlichen Partei, dem Parteiobmann Peter, und interessanterweise bin plötzlich ich in den Mittelpunkt des Interesses gezogen und wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung in Österreich von der ÖVP gerügt worden.

Zeillinger

Ich darf hier an den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, den Bundeskanzler Dr. Klaus, eine Bitte richten. Ich kenne ihn seit 20 Jahren, und eben weil ich ihn kenne, möchte ich hier der Meinung Ausdruck geben, daß ich überzeugt bin, daß der Bundesparteiobmann der ÖVP dieses Pamphlet vielleicht bis zum heutigen Tage gar nicht gekannt hat. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß es nicht aus seiner Feder stammt; es ist nicht der Stil, den ich an ihm kenne. Umsomehr wäre interessant, zu erfahren, wer tatsächlich ein Interesse hat, unabhängige Zeitungen in dieser Form zu informieren, wobei es für uns wieder interessant ist, festzustellen, welche unabhängigen Zeitungen auf das Generalsekretariat so reagieren, daß sie selbst solche unhaltbare Vorwürfe ohneweiters übernehmen.

Ich darf an den Herrn Bundesparteiobmann und Bundeskanzler die Frage richten: Welches Interesse hat die Österreichische Volkspartei, die Regierungspartei, an dieser Brunnenvergiftung? Und das ist eine Brunnenvergiftung. Ich möchte darüber hinaus sagen, es ist eine staatsgefährliche Brunnenvergiftung, denn ich bin überzeugt, daß Parteiobmann und Bundeskanzler Dr. Klaus genau weiß, daß kein Wort von dem, was hier über Neonazismus und Wiederbetätigung steht — ich darf hier nur für meine Person sprechen —, auf Wahrheit beruht. Und dennoch, Herr Kollege Altenburger — sehen Sie, so ändern sich in wenigen Minuten die Fronten —, wird das ungestraft von Ihrem Generalsekretariat unter der Leitung Dr. Withalms versendet.

Herr Bundesparteiobmann Dr. Klaus! Ich habe genauso wie der Kollege Altenburger eine Ehre, und ich lege nun Wert darauf, daß das hier geklärt wird. Ich darf Sie nun bitten: Entweder, Herr Bundesparteiobmann, beruht das, was Generalsekretär Dr. Withalm über den ÖVP-Pressedienst aussendet, auf Wahrheit, dann bitte ich Sie, Herr Bundesparteiobmann, erstatten Sie heute noch die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, denn dann bin ich eines Verbrechens beschuldigt und verdächtigt, dann sollen die Gerichte untersuchen, ob es richtig ist. Oder aber, wenn es nicht auf Wahrheit beruht, dann darf ich Sie, Herr Bundesparteiobmann, bitten, sich in diesem Falle von dem Machwerk des Generalsekretariats der Österreichischen Volkspartei zu distanzieren. *(Abg. Dr. Withalm: Sie können ja jederzeit klagen! Der Kollege Altenburger kann nicht klagen!)* Ich denke gar nicht daran, zu klagen, Herr Kollege Withalm. Ich darf Ihnen noch einmal sagen: Ich denke daran, meine Stellungnahme zu beziehen, meine Einstellung und mein Urteil über Sie zu bilden. Ich betone hier noch

einmal: Ich kenne den Herrn Bundesparteiobmann seit 20 Jahren, aus einer Zeit, wo wir beide noch nicht ahnten, daß wir einmal in die Politik kommen werden. Ich bin überzeugt, daß er bis zur Stunde das gar nicht gekannt hat. Aber ich kenne Sie, Herr Doktor Withalm. Ich habe kein Interesse, mich vor einem Gericht mit Ihnen wegen einer Ehrenbeleidigung auseinanderzusetzen, wenn Sie mich derartig schwerer Verbrechen oder wenn mich das Generalsekretariat der ÖVP unter Ihrer Führung derartig schwerer Verbrechen beschuldigt. Wenn ich ein solcher Verbrecher bin, dann habe ich nicht eine Minute mehr auf freiem Fuß zu sein. Das, Herr Bundesparteiobmann und Bundeskanzler, ist wert, geklärt zu werden, ist es wert im Interesse der Sicherheit Österreichs, denn wenn das wahr ist, was hier steht, dann bin ich das staatsgefährlichste Element, das herumläuft.

Ich glaube, Herr Generalsekretär Dr. Withalm, die Regierungspartei sollte auch ein Interesse daran haben, dies zu klären. Daher darf ich diese Bitte in aller Ruhe und Leidenschaftslosigkeit an den Bundesparteiobmann — in diesem Fall auch an den Regierungschef —, aber an den Bundesparteiobmann der Partei richten, unter dessen Verantwortung ja letzten Endes — die Parteiobmänner müssen immer für alles herhalten, das stellen Sie ja bei jeder Wortmeldung unter Beweis — das geschehen ist, diesen Fall zu klären. Entweder hat das Generalsekretariat unter der Leitung von Dr. Withalm recht — das werden die Staatsanwaltschaften zu klären haben —, oder sie haben nicht recht; ich glaube, Herr Generalsekretär, dann wissen auch Sie, was in einem solchen Fall Ihre Pflicht ist. Ich gehöre erst 13 Jahre dem Parlament an; vielleicht gehören Sie ihm länger an. *(Abg. Dr. Withalm: Wenn es Sie beruhigt, werden wir es sehr gerne tun!)* Mir ist, Herr Kollege, eine solche Ehrabschneidung bis zur Stunde noch nicht untergekommen, und ich habe in diesem Hause schon manche stürmische Sitzung erlebt. Das möchte ich einmal klarstellen.

Man soll mit dem Vorwurf der Wiederbetätigung, des Neonazismus etwas vorsichtiger sein. Sie sehen, meine Herren, ich bemühe mich heute, das in aller Ruhe und Leidenschaftslosigkeit zu sagen. Nicht nur das Inland und die wenigen Zuhörer, die um 1/28 Uhr noch da sind, hören das: Es bemächtigt sich sehr gerne dann das Ausland solcher Meldungen. Was kann es Interessanteres geben, als wenn das Generalsekretariat einer Regierungspartei praktisch behauptet, daß es hier im Abgeordnetenhaus Männer gibt, die sich von der ehemaligen NSDAP nur noch durch das Fehlen der zwei Buchstaben SA unterscheiden und

Zeillinger

die nur darauf warten, hier die alte NSDAP wieder zu errichten. Ob Sie damit, Herr Generalsekretär Withalm, dem Parlament, Ihrer Partei oder Österreich einen guten Dienst erwiesen haben, möchte ich bezweifeln. Aber jene Staaten, vor allem des Ostens, die nur darauf warten, eine Wiederbetätigung, einen Neonazismus in Österreich behaupten und gegen uns ausspielen zu können, die werden Ihnen in diesem Fall bestimmt Beifall klatschen.

Nun darf ich, weil wir hier gerade bei den Verdächtigungen sind, noch auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen. Es hat heute hier der Tiroler Abgeordnete Dr. Leitner eine Brutus-Rede auf den Rechnungshof gehalten. Er hat nichts Konkretes behauptet. Er hat sogar eingangs, glaube ich, allen Beamten des Rechnungshofes den Dank übermittelt, aber dann doch wieder jene Linie des „doch etwas sagen, aber nicht beweisen“ fortgesetzt.

Ich darf hier etwas, was ich vor einiger Zeit bereits einmal gesagt habe, wiederholen. Ich bedauere dabei nur eines immer wieder. Herr Kollege Leitner, Sie dürfen es mir nicht übelnehmen, wenn ich nun sage — ich nehme an, Sie haben es ja bewußt getan, denn ich habe es ja hier schon gesagt, und wir haben darüber schon so oft gesprochen —: Warum haben Sie das, was Sie heute hier gesagt haben, nicht im Rechnungshofausschuß gesagt oder anklingen lassen, in dem Ausschuß, wo der Rechnungshofpräsident sitzt und sich gegen derartige Unterstellungen und Verdächtigungen zur Wehr setzen kann? Es war ja schon einmal, es ist ja nichts Neues. Sie haben es heute hier im Hause gebracht, weil Sie genau wußten, daß es dem Rechnungshofpräsidenten nicht gestattet ist, sich auf die Ministerbank zu setzen. Er kann als Zuhörer auf der Galerie teilnehmen, aber es ist ihm nicht möglich, das Wort zu ergreifen und den Rechnungshof gegen derartige Unterstellungen in Schutz zu nehmen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Ich habe dem Rechnungshofpräsidenten nichts unterstellt, sondern dem Rechnungshof!)* Nein, Sie haben es dem Rechnungshof unterstellt, was ich ja fast als noch übler ansehe. Dem Rechnungshofpräsidenten haben Sie nur etwas unterstellt in der Form, daß Sie gesagt haben, es fällt Ihnen auf, daß die Freiheitlichen so gut informiert sind, worauf ich auch noch zu sprechen kommen werde. Aber Sie haben es dem Rechnungshof unterstellt. Sehen Sie, Herr Kollege Leitner, das halte ich für noch viel übler. Der Rechnungshof ist ein Organ des Parlaments und meiner Ansicht nach, und ich glaube nach der Ansicht der Mehrheit des Hauses, ein sehr wertvolles Organ. Wir sollten den Rechnungshof eher gegen Angriffe von außen in Schutz nehmen, als immer in dem

Moment — und das ist doch ein System, das nicht erst seit heute besteht, Herr Kollege Leitner, Sie sind nicht der Erfinder, denn das, was ich jetzt sage, habe ich hier schon ein halbes dutzendmal gesagt —, wo also der Rechnungshof irgend etwas aufgreift, plötzlich nicht mehr von dem, was der Rechnungshof erfreulicherweise aufgreift und uns als Arbeitsunterlage in die Hand gibt, sondern dann plötzlich von „Methoden des Rechnungshofes“ zu reden: „Wieso hat der Rechnungshof das erfahren?“ Da hat vielleicht ein Beamter mit einer Frau einmal irgendwo ein Pantscherl gehabt. Erinnern Sie sich genau an den Fall. Den haben wir ja auch hier gehabt. Das war auch ein Abgeordneter Ihrer Fraktion. So hat man also das behauptet. Und heute sagen Sie nun nichts anderes in diesem Staat, wo das Wort Korruption immer so in der Luft hängt, als: Es werden die Rechnungshofberichte, bevor sie veröffentlicht werden, bereits an der Nachrichtenbörse gehandelt. Das klingt so nach Spionage. Da gibt es also Kaffeehäuser, wo die Agenten gegenseitig die Meldungen austauschen. Man hat nichts gesagt und, Herr Kollege, ich sage Ihnen gleich, Sie werden nachweisen können — wortwörtlich —, daß Sie bestimmt nichts Ehrenrühriges gesagt haben. Aber Sie werden mir glauben, im Raum bleibt stehen: Irgendwo im Rechnungshof ist ein Loch, und da dringen die Nachrichten heraus. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Wenn Sie meine Rede nachlesen, werden Sie feststellen, daß damit nicht der Rechnungshof, sondern der lange Weg im Rechnungshof gemeint war!)* Ja, Herr Kollege, wenn Sie auf der einen Seite ... *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Da müssen Sie genau aufpassen!)* Ja, Herr Kollege, ich habe sehr genau aufgepaßt, und ich werde Ihnen jetzt ein kleines Beispiel geben, Sie haben einen Moment zu früh den Zwischenruf gemacht. Ich werde Ihnen ein kleines Beispiel bringen, daß nicht etwa hier im Hause etwas undicht ist, sondern ich darf Ihnen das Beispiel bringen, das Sie im Auge hatten, das von der NEWAG.

Ich habe mittlerweile über die niederösterreichische Landesregierung festgestellt, daß die niederösterreichische Landesregierung im Juni neun Exemplare dieses Berichtes erhalten hat. Sie sind damals, sicher streng vertraulich, zu Händen des mittlerweile verstorbenen Landeshauptmannes Dr. Hartmann gesendet worden, der die neun Exemplare an die Mitglieder der Landesregierung verteilt hat. Wenige Wochen später ist dann in einer Wiener Zeitung der Bericht veröffentlicht worden. Es ging eine lebhafte Debatte darüber, wieso der Bericht in diese Zeitung kam. Man sprach von Konkurrenzgründen. Da gibt es in Wien eine große Zeitung, die

Zeillinger

mehr der einen Farbe, und eine, die mehr der anderen Farbe nahesteht. Man läuft sich natürlich gegenseitig den Rang ab, und es war das Interessante, daß dieser Rechnungshofbericht wörtlich in der eher Ihnen nahestehenden Zeitung gestanden ist. (*Ruf: Das war der lange Weg!*) Das war der lange Weg, den Sie, Herr Kollege, gemeint haben. Und dann hat die Zeitung eines Tages folgendes geschrieben, in der Spalte „Hintergrund“. Sie schrieb damals, daß diesen Rechnungshofbericht die ÖVP hochgehen ließ, da sie damit den Müllner hochgehen lassen wollte. Wir haben natürlich auf ein Dementi gewartet. Es ist anständigerweise nicht dementiert worden. Nun dürfen Sie es mir aber nicht übelnehmen, Herr Kollege Leitner, wenn ich annehme, daß das nicht ganz unrichtig war, und vielleicht ist das Loch doch irgendwo bei Ihrer Fraktion gewesen, die dieser Zeitung diesen Bericht gegeben hat. Sie aber gehen heute ins Haus und schildern das so, als ob die Berichte frühzeitig an der Nachrichtenbörse gehandelt werden. Es bleibt nichts an der ÖVP hängen und ich hätte überhaupt nicht davon gesprochen, aber ich möchte nur verhindern, daß am Rechnungshof oder an einem Rechnungshofbeamten oder an einer Institution, der wir jeden Schutz geben sollten, irgend etwas hängen bleibt.

Ich glaube, daß jede sachliche und rechtliche Information zulässig ist. Ich möchte das vorausschicken, weil ich nun zu dem Vorwurf Stellung nehme: Seitdem ein ehemals freiheitlicher Politiker Präsident des Rechnungshofes ist, seien die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei auffallend gut informiert. Ich bin das einzige freiheitliche Mitglied des Rechnungshofausschusses, und so geht der Schuß in erster Linie an meine Adresse.

Wenn ich Ihnen nun sage, daß mich der Rechnungshofpräsident vielleicht weniger informiert als jeden anderen, so werden Sie erstaunt sein und werden es mir nicht glauben. Ich würde übrigens auch kein Verbrechen darin sehen, wenn ich jetzt sage, Kandutsch hat, seitdem er Rechnungshofpräsident ist, noch nie an einer Klubsitzung bei uns teilgenommen, aber Sie werden mir zugeben, daß der Vizepräsident des Rechnungshofes, dem ich gleich genauso wie Kandutsch assistiere, daß er bestimmt keine undichte Stelle ist, bei der was herauskommt, wiederholt — und dagegen ist gar nichts zu sagen — an Klubsitzungen und Ausschußklubsitzungen Ihrer Fraktion teilnimmt. (*Abg. Dr. Withalm: Das ist mir neu!*) Ich finde gar nichts dagegen einzuwenden, Herr Generalsekretär! Ich habe gesagt „an den Rechnungshofaus-

schußsitzungen“, Herr Kollege, ich könnte Ihnen das Datum sagen. (*Abg. Dr. Withalm: An den Klubsitzungen?*) Nein, nicht beim Rechnungshof, sondern Ihre Fraktionen machen eigene Besprechungen. Ich bin allein, aber Sie sind ja, wie ich glaube, zwölf im Ausschuß; Sie machen logischerweise Besprechungen. Das ist bis zur Stunde, Herr Generalsekretär, nie bestritten worden. Ich erkläre, ich finde ja gar nichts, überhaupt nichts dabei, nur möchte ich das feststellen, damit man also jetzt nicht sagt, der Kandutsch käme zu uns und informiere uns. Er informiert uns gar nicht. Ich bin überzeugt, auch der Vizepräsident informiert Sie nicht, aber Sie können mir glauben, daß ich oft Kollegen gegenüber, ich möchte sagen, in wirklich ehrlichem Bemühen, zu guten Lösungen zu kommen, das Material auswerten zu können, festgestellt habe, daß die Angehörigen Ihrer Fraktion eigentlich viel mehr und viel früher etwas gewußt haben als ich. Und Sie können den Rechnungshofpräsidenten fragen, ob ich ihn nicht gefragt habe, ob ich das nicht auch schon zu einem solchen Zeitpunkt wissen könnte.

Ich möchte hier erklären, ich richte gegen keinen Vizepräsidenten, gegen keinen Beamten deswegen einen Verdacht, aber ich möchte diese Versuche zurückweisen, Herr Kollege Leitner, denn darin sehe ich ein System, und das ist das Resümee, das ich hier gebe: So wie immer in der Vergangenheit ist, wenn irgend etwas in Österreich passiert, dann nie derjenige, der es gemacht hat, schuld, es wird so lange geredet, bis es diejenigen sind, die etwas aufgedeckt haben, die etwas loyal, objektiv und korrekt untersucht haben, bis plötzlich über ihnen das Schwert der Schuld aufgehängt wird. Wir wundern uns dann — und wir müssen uns ja wundern —, daß es in Österreich noch Beamte gibt, die unter diesen Umständen, Herr Kollege Leitner, und in der Atmosphäre, die Sie erzeugen, noch Lust haben zu korrekter Arbeit.

Ich darf hier erinnern, daß der Generalsekretär Withalm im Ausschuß schon einen Antrag gestellt hat, der einstimmig angenommen worden ist. Aber dabei ist schon die Frage aufgetaucht: Muß es sein, es war ohnehin schon im Ausschuß; muß ein solcher Antrag sein, wobei wieder nur die Frage ist, ob nicht doch irgendwo im Rechnungshof eine undichte Stelle ist. Darüber ist ja im Ausschuß schon gesprochen worden. (*Abg. Dr. Withalm: Einstimmig!*) Herr Kollege, gegen einen solchen Antrag kann man nicht stimmen, aber ich darf Ihnen, Herr Kollege, sagen: Ich halte Sie für viel zu klug und viel zu intelligent, als daß Sie nicht genau gewußt

Zeillinger

hätten: mit der Stellung dieses Antrages bleibt wieder so eine Kleinigkeit am Rechnungshof hängen. Das ist Ihnen ja sofort gesagt worden, Herr Kollege, aber es war ein raffiniert gestellter Antrag, gegen den man nicht stimmen konnte. Ich habe damals noch gesagt: Vielleicht, vielleicht war es wirklich ehrlich gemeint.

Sehen Sie, Herr Kollege Dr. Withalm: Seit der Wortmeldung und der Fortsetzung dieser Linie heute durch den Abgeordneten Leitner aus Tirol ist mir klar: Auch da liegt System drinnen. (*Abg. Dr. Withalm: Das „vielleicht“ können Sie sich sparen!*) Es wird der Rechnungshof angegriffen, Herr Kollege Withalm, Sie können doch nicht bestreiten, daß wir in dem Ausschuß und in den Unterausschüssen des Rechnungshofes dauernd den Rechnungshof gegen Abgeordnete in Schutz nehmen müssen, die immer wieder feststellen: nicht die Untersuchten, bei denen etwas aufgedeckt worden ist, sind schuld, sondern wie konnte der Rechnungshof das erfahren, darf er das überhaupt untersuchen? Dauernd müssen wir doch den Rechnungshof gegen die Wortmeldungen der Abgeordneten in Schutz nehmen. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner:*) Bitte, Herr Kollege Leitner, Sie sind so weit weg, Sie müssen lauter reden, ich höre Sie nicht. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Sie unterstellen mir Dinge, die ich nicht gesagt habe, Sie brauchen den Rechnungshof vor mir nicht in Schutz zu nehmen!*) Herr Kollege Leitner, ich unterstelle Ihnen nicht Dinge, die Sie nicht gesagt haben, sondern ich sage es Ihnen so, wie ich Ihre Rede gehört habe. Lesen Sie sie noch einmal durch, und es ist genauso wie damals bei Ihrem Fraktionskollegen, der gesagt hat: Der Beamte hat ein Pantscherl mit einer Frau gehabt, dadurch hat er das überhaupt erst erfahren, und das ist eine Sauerei. Auf derselben Linie, Herr Kollege Leitner, lag Ihre heutige Brutus-Rede: „Brutus ist ein ehrenwerter Mann — der Rechnungshof ist eine ehrenwerte Institution, aber es werden halt seine Nachrichten, bevor sie noch veröffentlicht werden, schon auf den Nachrichtenbörsen gehandelt. — Oh, der Rechnungshofpräsident ist ein ehrenwerter Mann, aber die Freiheitlichen sind halt immer so gut informiert.“

Nun, Sie haben natürlich nichts gesagt, Herr Kollege. Brutus ist ein ehrenwerter Mann, das nennt man eine Brutus-Rede. Sie können jetzt ruhig sagen, wie Sie es gesagt haben wollten. (*Zwischenrufe.*) Aber ich darf es doch auch in aller Ruhe sagen, so wie ich es seit Jahren immer wieder höre, und ich bedauere das.

Ich möchte eigentlich damit abschließen, daß ich wieder, so wie in der Vergangenheit, bitte: Lassen wir doch diese Nadelstiche gegen den Rechnungshof! Es ist doch ganz gleichgültig, wer dort Präsident ist, ganz gleichgültig, wer der Vizepräsident ist. Der Rechnungshof ist doch eine so wichtige Institution, und ich glaube, gerade in diesen Tagen und Wochen ist das wieder unter Beweis gestellt worden. Jahrelang waren Rechnungshofpräsident und Vizepräsident Angehörige anderer Parteien. Haben Sie jemals von einem Freiheitlichen eine solche Brutus-Rede gegen den Rechnungshof gehört, wie ich Ihnen ein halbes Dutzend hier zitieren könnte? Nie! Es ist einfach die grundsätzlich andere Einstellung, die wir dazu haben. Mag sein, daß Ihre richtig ist, mag sein, daß unsere richtig ist. Ich möchte eigentlich nur — deswegen habe ich mich zum Wort gemeldet — die Bitte und den Appell aussprechen: Revidieren Sie doch noch einmal Ihren Standpunkt zu dem Problem Rechnungshof und denken Sie darüber nach, ob es nicht immer dann, wenn Sie in solchen Augenblicken solche Meldungen über den Rechnungshof ausstreuen, die Wirkung einer Brutus-Rede hat, ob es nicht die Wirkung hat, daß man den Eindruck bekommt, es ist im Rechnungshof doch irgend etwas nicht ganz in Ordnung, es ist nicht so, wie es sein sollte.

Ich darf noch zu einem Punkt hier Stellung nehmen. Es ist heute hier schon einmal der Artikel 1 der Bundesverfassung und die daraus abgeleitete Bedeutung der Volksvertretung unterstrichen worden. Ich weiß, daß jetzt gleich der Zwischenruf kommt, ich sei selber schuld, weil ich mich zum Wort gemeldet habe. Aber mein Entschluß, das heute hier zu sagen — das kann ich nur bei jenem Kapitel sagen, bei dem die obersten Organe behandelt werden —, war schon heute in den Morgenstunden gefaßt. (*Rufe bei der SPÖ: Man hört nichts! Lauter!*) Ich spreche aber laut, es tut mir leid. Ich kann am Mikrophon nicht drehen, und mir ist so oft der Vorwurf gemacht worden, daß ich zu sehr schreie, darum spreche ich heute ruhig. (*Abg. Doktor Withalm: Man ist nicht gewohnt, daß ein Freiheitlicher so leise redet! — Abg. Dr. van Tongel: Sie waren schon geistreicher! — Abg. Machunze: Zeillingers Zärtlichkeiten sind wir nicht gewohnt! — Abg. Benya: Da macht man keine Witze!*)

Ich darf wieder fortsetzen: Ich wollte eigentlich nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß das meiner Ansicht nach, Herr Präsident, keine glückliche Lösung ist. Ich sage das für mich persönlich, ich kann das nicht für meine Fraktion sagen. Ich finde es

Zeillinger

bedauerlich, daß wir — ich glaube, es sind noch drei oder vier Redner gemeldet — um 9 Uhr oder um 10 Uhr abends erst zu dem Kapitel Inneres, das so viele heiße Eisen beinhaltet, kommen, zu einem Kapitel, über das wir bekanntlich immer eine viestündige Diskussion hatten.

Ich darf daran erinnern, daß wir auch in früheren Jahren Budgetreden über die Bühne gebracht haben, aber wir haben irgendeinen Schluß vereinbart. Damals haben wir gesagt: Um 19 Uhr wird Schluß gemacht. Man könnte sagen: Um 21 Uhr wird Schluß gemacht, aber irgendwo sollte ein Punkt sein.

Herr Präsident! Ich bin nicht der älteste, aber auch nicht der jüngste Abgeordnete. Es muß heute noch eine vollständige Debatte über die Parlamentstribüne gehen, es muß das alles noch für morgen für den Rundfunk hergerichtet werden, und wir sollen morgen um 9 Uhr früh wieder frisch und munter hier sitzen und keinen Herzinfarkt haben. Ich darf vorausschicken: In der Nacht vorher sind die meisten von uns nach Wien gefahren. Die Wiener Kollegen mögen folgende Feststellung entschuldigen: Es wird so wenig Rücksicht auf jene hier im Hause genommen, die acht bis zehn Stunden Anreise haben, die in der Früh ankommen, die ganze Nacht kein Bett gesehen haben, die jetzt hier schon zehn Stunden sitzen und die jetzt noch ein Kapitel mit fünf, sechs Stunden Diskussion vor sich haben.

Herr Präsident! Für meine Person darf ich sagen: Das ist zuviel, darunter leidet das Niveau des Parlaments, es leidet natürlich auch die Güte der Ausführungen. Ich darf ruhig mit einem Mea culpa sagen: Es leiden auch die Nerven. Man läßt sich nach zehn Stunden zu einer Bemerkung hinreißen, die man im ausgeruhten Zustand vielleicht nicht gemacht hätte. Vielleicht finden Sie, Herr Präsident, im Einvernehmen mit den Klubobmännern noch eine Lösung, denn ich sage gleich: Drei Wochen lang stehen wir das garantiert nicht durch; aber es ist für drei Wochen so geplant.

Ich darf vielleicht gleich noch einen anderen Punkt erwähnen. Ich möchte darauf hinweisen, wie schwer es für Abgeordnete aus den Bundesländern ist. Ich bin in der Vorwoche dreimal zu einer Ausschußsitzung nach Wien gekommen und habe sie doch nicht erwischt. Für Dienstag nachmittag war, wie ich glaube, der Justizausschuß angesetzt, eine halbe Stunde, nachdem wir aus den Bundesländern alle da waren, ist diese Ausschußsitzung abgesagt worden. Es hat geheißen, es ist schon in der Früh abgesagt worden, da hätte man noch immer den einen oder den anderen

telegraphisch von der Reise nach Wien abhalten können. Wer hiergeblieben ist und geglaubt hat, der Termin am nächsten Tag werde tatsächlich eingehalten, der mußte erleben, daß auch der auf den nächsten Tag verschobene Termin nicht eingehalten wurde, er mußte noch einmal verschoben werden. Wer heimgefahren und wieder hergefahren ist, der hat allmählich natürlich die Sache dick bekommen, weil er dann schon zweimal den Weg gemacht hat und die Sitzung noch immer nicht durchgeführt werden konnte. Vielleicht wird mir jetzt ein Wiener Kollege widersprechen, aber vielleicht wird mir der eine oder der andere in einer anderen Fraktion recht geben, ich möchte sozusagen „interfraktionell“ fragen: Könnte man nicht etwas ökonomischer mit unserer Zeit und unserer Gesundheit umgehen und etwas besser organisieren, um solche, sagen wir es ruhig, Leerläufe, die alle auf Kosten unserer Gesundheit und auf Kosten der Qualität unserer Arbeit gehen, zu vermeiden?

Ich habe das ruhig gesagt, Herr Präsident, leidenschaftslos, das hat gar nichts mit einer bestimmten Partei zu tun, das habe ich vollkommen persönlich hier gesagt.

Wir haben in den letzten Tagen eine Diskussion über den Bautenskandal erlebt, die viele Stunden dauerte. Ich möchte gleich sagen: Wenn ich jetzt ein kritisches Wort sage, so muß auch für diejenigen, die ich kritisiere, das gelten, was ich selber in Anspruch nehme: daß man nach zehn Stunden seine Nerven vielleicht nicht mehr richtig in der Hand hat. Wir haben hier im Hause eine Diskussion erlebt, in der es letzten Endes um folgende Frage ging: Stellung des Parlamentes beziehungsweise Stellung der Regierung zu diesem Parlament.

Das ist ein Problem, das praktisch schon seit jener Entscheidung im Raume schwebt, daß die Österreichische Volkspartei die Alleinregierung bildet. Immer mehr wird der Versuch unternommen, die Stellung der Regierung weiter auszubauen und die Stellung des Parlaments um eine Stufe niedriger zu drücken. Ich stelle das fest und bitte die Abgeordneten, ganz gleichgültig welcher Partei sie angehören, über diese Entwicklung nachzudenken und dann, wenn sie es für richtig halten, nicht im Hause, aber wenigstens in ihrem eigenen Klub einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die vielleicht dem einen oder anderen Generalsekretariat eine gewisse Freude macht, die aber zweifellos dem Parlamentarismus und der Demokratie in Österreich nur abträglich sein kann.

Wir haben nach einer stundenlangen Debatte erleben müssen, daß der Präsident zwei- oder

Zeillinger

dreimal, glaube ich, einen Minister ersuchen mußte, von der Regierungsbank aus nicht zu polemisieren und der Minister gar nicht daran dachte, diese Appelle des Präsidenten zu beachten, sondern immer wieder weitergesprochen hat, bis es dann zu einem Wirbel gekommen ist, bis es zu einer Unterbrechung gekommen ist und bis der Minister dann auf Grund irgendwelcher Einflüsse plötzlich den Ton gefunden hat, der einzig und allein diesem Hause angepaßt ist. Das Polemisieren in diesem Hause steht den Abgeordneten, und nur den Abgeordneten zu.

Damit Sie auch sehen, daß ich objektiv bin, möchte ich hier mit aller Klarheit feststellen, daß sich der Kanzler in diesem Punkte immer wohlthuend und vorteilhaft von seinen Ministerkollegen unterschieden hat. Mir ist eine solche Entgleisung von seiten des Kanzlers nicht bekannt. (*Abg. Dr. Kotzina: Die Salzburger!*) Der Herr Bundeskanzler weiß, daß ich bei einem anderen Punkt sehr gerne wieder Front gegen ihn beziehe, das ist die demokratische Diskussion.

Aber Herr Minister, Sie sollten meine Blicke bei diesem Punkte nicht gerade so auf sich lenken; denn es waren Ihre Ausführungen, die letzten Endes zu sehr nervösen Szenen in diesem Haus geführt haben. Ich möchte aber hinzufügen — lesen Sie es sich heute, meine Damen und Herren, durch —: Es waren auch die Ausführungen anderer Minister so, wie wir es in der Vergangenheit in einer solchen Form in diesem Hause zumindest nicht gewohnt waren.

Ich möchte hier feststellen, daß der Herr Präsident den Bautenminister sofort in die Schranken gewiesen hat. Ich möchte auch feststellen, daß eine leise Ermahnung vielleicht auch bei den anderen Ministern am Platze gewesen wäre. Die Polemik bleibt ein Vorrecht des Abgeordneten, und es bleibt nun einmal so, daß die Regierung die Gesetze zu vollziehen hat, die dieses Parlament beschließt, daß die Regierung Rechenschaft zu geben hat, aber nicht Noten oder Belehrungen hier auszuteilen hat. Das ist einer der Punkte, die ich heute noch zum Kapitel Parlament vorbringen wollte.

Herr Kollege Altenburger! Außerhalb meiner geplanten Ausführungen darf ich zu dem, was Sie sagten, Stellung nehmen. Ich war nicht mehr in der Lage, ein Protokoll zu bekommen, aber ich möchte hier eines klarstellen, falls Sie das gemeint haben: einen Verdacht, daß Sie Millionen übernommen haben, in die Tasche verschwinden ließen, Sie, Herr Abgeordneter Altenburger, habe ich nie ausgesprochen und könnte ich auch nie aussprechen. Aber wir haben behauptet, Herr Kollege: Die ÖVP hat be-

kommen. Darauf haben Sie auf die Feststellung Wert gelegt: die ÖVP nicht! Darauf habe ich gesagt: Wer es übernommen hat, ob die ÖVP, die christliche Fraktion — ich glaube, auch den ÖAAB habe ich erwähnt — oder Sie, Altenburger — Sie sind ja immerhin der Chef dieser Organisation —, spielt dabei keine Rolle!

Aber, Herr Kollege Altenburger, etwas bedarf einer Aufklärung: Sie haben festgestellt, keine dieser Organisationen hätte etwas damit zu tun. Ich hatte letztes Mal den Eindruck, und den habe ich heute noch immer, daß Sie nicht so sehr Wert darauf legen, wer es bekommen hat, aber die Möglichkeit besteht, eine mir nicht bekannte Institution hätte es bekommen.

Sie haben heute gesagt, daß weder die ÖVP noch der ÖAAB noch die christlichen Gewerkschafter noch irgendeiner der Obmänner, weder Sie noch ein anderer, von der Gewerkschaft irgendwelche Bildungsmittel oder Fraktionszulagen seit 1945 bekommen haben. Das ist mir neu, denn die Behauptung, daß sie das bekommen haben, ist ja nicht von mir neu aufgestellt worden, sondern sie ist seit Jahren aufgestellt und seit Jahren zu lesen gewesen.

Ich nehme zur Kenntnis, Herr Kollege, daß Sie nun sagen, Ihre Partei, Ihre Fraktion, Sie selbst, die Gewerkschaftsfraktion, niemand habe vom Gewerkschaftsbund unter irgendeinem Titel — das muß ich ausdrücklich sagen, sei es Bildungs- oder Fraktionszulage oder eine sonstige Zulage, die einzelne Abgeordnete bekommen — jemals auch nur einen Groschen bekommen. (*Abg. Altenburger: Laut Protokoll haben Sie gesagt: Die ÖVP-Fraktion hat 80 Millionen Schilling bekommen!*) Jawohl, das habe ich gesagt. (*Abg. Altenburger: Ich frage Sie, was ist mit den 80 Millionen Schilling! Das haben Sie laut stenographischem Protokoll gesagt!*) Ja, Herr Kollege, es ist richtig. Sie werden mich auch jetzt nicht zur Polemik verleiten, ich bleibe heute ruhig. Ich habe zuerst behauptet: die ÖVP-Fraktion!, und mir fiel dann auf, Herr Kollege, daß Sie immer gesagt haben: Aber die ÖVP hat es nicht bekommen. Dann habe ich gesagt, das ist gleichgültig, dann hat es nicht die ÖVP als Partei bekommen, dann hat es entweder die Fraktion christlicher Gewerkschafter oder der ÖAAB oder Sie haben es für die Fraktion übernommen oder es hat jemand anderer übernommen. Irgend jemand hat solche Gelder unter irgendeinem Titel bekommen. (*Abg. Altenburger: Sie haben behauptet: 80 Millionen Schilling! Ich frage Sie: Wer hat die 80 Millionen bekommen? Wer hat sie bekommen?*) Habe ich auch gesagt, Herr Kollege. Ich bin nicht kleinlich, wenn es 79 sind, kann man mit

Zeillinger

mir reden. (*Abg. Altenburger: Wer hat sie bekommen? Sie können nicht sagen: der und der und der! Wer hat sie bekommen?! Herr Kollege, ich bin nicht dazu da, daß ich Ihnen jetzt nachweise, wer sie bekommen hat. Es ist interessant, daß Sie erst jetzt, erst heute, nachdem das seit zwei oder drei Jahren x-mal zu lesen war und darüber geredet wurde, zu protestieren beginnen, daß Ihnen heute plötzlich auffällt, daß man dagegen ist.*)

Herr Kollege! Ich mache Ihnen einen sehr fairen Vorschlag: Sie, Kollege Altenburger, haben heute hier erklärt: Weder die ÖVP noch der ÖAAB noch die Fraktion christlicher Gewerkschafter noch irgendeiner ihrer Obmänner oder Mandatare, niemand hat unter einem solchen Titel von der Gewerkschaft, sei es als Bildungszulage, sei es Arbeitszulage, irgendein Geld bekommen. Das wird im Protokoll nachzulesen sein. (*Abg. Altenburger: Das ist eine Unwahrheit! Ich habe Sie gefragt, wer die 80 Millionen Schilling bekommen hat!*) Es wird im Protokoll nachzulesen sein, Sie haben hier heute wörtlich gesagt: Wir haben nicht...

Präsident: Herr Abgeordneter Altenburger! Bitte sich zurückzuhalten.

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Wir werden es prüfen. Wenn Sie nichts bekommen haben, verpflichte ich mich, an das Rednerpult zu gehen und eine Ehrenerklärung für Ihre Fraktion abzugeben. Wenn Sie aber bekommen haben, Herr Kollege, dann müssen Sie es tun. Ich bin Jurist, und ich bin nicht der einzige Anwalt hier in diesem Hause, Herr Kollege! (*Abg. Altenburger: Sie haben behauptet: 80 Millionen Schilling! Ich frage Sie: Wer hat die 80 Millionen Schilling bekommen?*) Ja, genau. Herr Kollege. (*Abg. Altenburger: Wer hat sie bekommen? Geben Sie die Antwort!*) Etwas fällt an Ihnen auf: Sie bestreiten immer, und zuerst haben Sie gesagt, die Partei hat nichts bekommen. Heute haben Sie zuerst gesagt: Wir haben nichts bekommen. Weil ich jetzt sage, das Wort „nichts“ werden wir untersuchen ... (*Abg. Altenburger: Wer hat es bekommen?*) Herr Kollege! Das werden Sie doch hoffentlich wissen, wer es gekriegt hat. Es wäre ja ein zweiter Skandal, wenn Sie nicht einmal selber wissen, wer es gekriegt hat. Aber, Herr Kollege, ich möchte noch einmal feststellen: Wenn Sie nichts bekommen haben, gebe ich eine Ehrenerklärung ab. Ich frage Sie also nochmals zum letzten Male, und Sie haben jetzt noch eine Möglichkeit, hier herauszugehen, um es klarzustellen. Sie bleiben bei der Behauptung, Sie haben nichts bekommen. (*Andauernde heftige Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Abgeordnete Zeillinger. (*Abg.*

Altenburger: Hier laut Protokoll: 80 Millionen Schilling!) Die Frage ist gestellt — vernommen. Bitte, der Herr Abgeordnete Zeillinger hat das Wort.

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Der Herr Präsident würde Ihnen sehr gerne helfen, aber ich glaube nicht, daß er jetzt ex cathedra dazu die Möglichkeit hat, Ihnen hier mit den 80 Millionen zu helfen. Ich darf nochmals sagen, Herr Kollege: Ich habe behauptet: Sie, die christliche Fraktion, die ÖVP, irgendeine Institution oder Mandatare haben im Laufe von zwanzig Jahren insgesamt 80 Millionen oder eventuell 79 Millionen bekommen. (*Abg. Altenburger: Nein, Sie haben gesagt, 80 Millionen Schilling! In Ihrer Zeitung haben Sie gesagt: auch ausgegeben! Daher müssen Sie wissen, wer sie erhalten und wer sie ausgegeben hat!*)

Herr Kollege, ich hoffe nicht, daß sie noch auf dem Konto liegen. Darüber kann ich keinen Wahrheitsbeweis antreten, wer es ausgegeben hat und wofür Sie es ausgegeben haben. (*Abg. Altenburger: Sie können ja Witze machen, aber das lasse ich mir von Ihnen nicht bieten!*)

Präsident: Herr Abgeordneter Altenburger! Bitte sich etwas zurückzuhalten. (*Abg. Altenburger: Nein, da halte ich mich gar nicht zurück! — Heiterkeit.*)

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Herr Kollege Altenburger glaubt, nun Morgenluft zu wittern, denn er hat heute ja schon „Lügner“ und „Verleumder“ zu mir gesagt und hat dafür noch keinen Ordnungsruf bekommen. (*Abg. Altenburger: Solange Sie es nicht beweisen, sind Sie bei mir ein Lügner!*)

Präsident: Herr Abgeordneter Altenburger! (*Abg. Altenburger: Von mir aus Ordnungsrufe nach Serie, er ist das, was ich gesagt habe! — Heiterkeit.*)

Herr Abgeordneter Altenburger! Ich erteile den Ordnungsruf, weil Ordnungsrufe nicht nach Serie erteilt werden, sondern dann, wenn sie am Platze sind. (*Abg. Altenburger: Dabei bleibe ich: Lüge, Lüge!*)

Herr Abgeordneter Altenburger! Ich bitte Sie, sich jetzt zurückzuhalten. (*Abg. Altenburger: Lüge ist Lüge! — Heiterkeit.*)

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Es gibt auch eine Lüge, Herr Kollege, durch halbe Wahrheit. Sehen Sie, ich darf Ihnen nochmals sagen, es kommt jetzt auf die Klärung an: Haben Sie etwas bekommen oder haben Sie nichts bekommen? Ich habe meine Stellungnahme abgegeben, Sie sagen, Sie haben nichts bekommen, ich sage, Sie, die ÖVP, haben ... (*Abg. Altenburger: Sie haben gesagt: 80 Mil-*

Zeillinger

tionen Schilling!) Lassen Sie mich ausreden, Herr Kollege, ich möchte zu einem Schluß kommen.

Präsident: Herr Abgeordneter Zeillinger ist beim Wort. Die Frage ist vernommen, man wird dazu Stellung nehmen.

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Herr Kollege Altenburger, ich will Ihnen gar nicht helfen, Sie wehren sich hier vergebens. Ich bin ein hilfsbereiter Mensch (*Abg. Altenburger: Das sind Sie nicht!*), es wäre aber das letzte, Ihnen dabei zu helfen. Ich darf also nochmals klarstellen, Herr Kollege, denn Sie haben in den letzten Tagen immer so gesagt: Aber die ÖVP hat nichts bekommen. Das haben Sie vier- oder fünfmal gerufen. Ich darf klarstellen: Ich behauptete ... (*Abg. Altenburger: 80 Millionen Schilling! — Heiterkeit.*) Darf ich jetzt einmal, Herr Kollege Altenburger, sagen, was ich behauptet habe. (*Abg. Altenburger: Nicht irgend etwas, 80 Millionen Schilling! Nicht 1 S, nicht 10 S!*)

Präsident: Herr Abgeordneter Altenburger! Ich bitte um Zurückhaltung, am Worte ist der Herr Abgeordnete Zeillinger, er wird dazu Stellung nehmen.

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Ich behauptete, daß die ÖVP oder die Fraktion christlicher Gewerkschafter oder Sie als Obmann oder einer der Mandatare vom Gewerkschaftsbund unter irgendeinem Titel, sei es Bildungszulage, sei es Fraktionszulage, in den letzten 20 Jahren 80 oder 79 — aber bitte, 80 Millionen bekommen haben. Das ist meine Behauptung.

Sie haben heute gesagt, das sei Lüge und Verleumdung, weder die ÖVP noch die Fraktion christlicher Gewerkschafter noch einer der Mandatare noch ein Obmann habe etwas bekommen. Sie haben wörtlich gesagt, Sie haben nichts bekommen. (*Abg. Altenburger: Ich habe gefragt: 80 Millionen Schilling!*) Ich habe mitstenographiert, er hat heute gesagt: Nichts bekommen! Das wird das Protokoll, Herr Präsident, ergeben. (*Abg. Altenburger: Stehen Sie zum Protokoll!*) Ich stehe zum heutigen Protokoll, daß Sie sagen, „nichts bekommen“, wir werden es feststellen, Herr Kollege. Ich darf Ihnen aber sagen, um etwas klarzustellen, Herr Kollege: Wenn sich herausstellen sollte, daß Sie 65 oder 85 Millionen bekommen haben, dann gebe ich keine Erklärung für Sie ab. (*Abg. Altenburger: Herr Präsident! Ich sage nochmals laut Protokoll: Der Herr Abgeordnete hat erklärt: 80 Millionen Schilling!*) Ich bestreite es gar nicht.

Präsident: Herr Abgeordneter Altenburger! Sie können sich zum Wort melden. Ich habe keine Einflußnahme auf das, was da ein Abge-

ordneter am Rednerpult sagt. (*Abg. Altenburger: Dann gibt es auch keinen Ordnungsruf, wenn er etwas sagt, was unwahr ist!*)

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Ich bestreite es nicht, ich habe genau das wiederholt, was ich gesagt habe, nur habe ich gesagt, mit diesem Tanz kommen Sie mir nicht aus, daß Sie dann sagen: 65 oder 86 Millionen.

Präsident: Ich bitte das Hohe Haus zu bedenken: Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat davon gesprochen, daß wir noch eine stundenlange Debatte vor uns haben. Ich will Ihnen ja die Wortfreiheit verschaffen.

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Ich wollte diesen Punkt überhaupt nicht aufgreifen, aber ich glaube, es war notwendig, es zu sagen. (*Abg. Reich macht eine Bewegung mit der Hand.*) Herr Kollege! Sie brauchen jetzt gar nicht so zu deuten, ich habe die Reden Ihrer Redner diszipliniert angehört. Wenn Sie die Minuten zählen, dann werden Sie feststellen, daß wir sehr kurz waren. Ich möchte keinem Abgeordneten das Wort abschneiden: Nur Herr Kollege, die Methoden, die Sie jetzt praktiziert haben (*Abg. Altenburger: Ihre Methoden!*) — ich meine Ihren Nachbar, Herr Kollege, jetzt rede ich einmal nicht von Ihnen, jetzt rede ich vom Kollegen Reich, der neben Ihnen sitzt —, die Methode: Gemma, jetzt ist Schluß!, das sind die Methoden, warum wir Freiheitlichen gegen das System sind und warum wir gegen das Kapitel stimmen. (*Abg. Altenburger: Er ist ein Lügner und bleibt ein Lügner und ein Verleumder! — Heftige Rufe bei der FPÖ. — Abg. Altenburger: Das sind nationalsozialistische Methoden! — Abg. Peter: Was!? Nationalsozialistische Methoden! Fangen Sie schon wieder an! — Heftige Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und FPÖ. — Abg. Peter: Fangen Sie schon wieder an! — Abg. Zeillinger: Ich melde mich zum Wort!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Hohes Haus! Ich verstehe kein einziges Wort und bin daher dann nicht in der Lage, die Ordnung aufrechtzuerhalten! Ich bitte, in Ruhe zu sprechen, weil der Präsident sonst nicht feststellen kann, wer im Unrecht ist. (*Abg. Zeillinger: Darf ich mich dann gleich wieder zum Wort melden!*) Ich werde das dann im Protokoll feststellen, ich kann das jetzt nicht entscheiden.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Gabriele. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Gabriele** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In Österreich ist die oberste personalführende Dienststelle für die Belange der öffentlich Bediensteten das Bundeskanzleramt. Gestatten Sie mir daher, daß ich mich anläßlich der Behandlung dieses

Gabriele

Kapitels mit verschiedenen Problemen, welche die öffentlich Bediensteten betreffen, beschäftigen. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Geltendes Recht für das Dienstverhältnis der Bundesbediensteten ist heute noch immer die Dienstpragmatik vom 25. Jänner 1914 und die Lehrerdienstpragmatik vom 29. Juli 1917 für das Dienstverhältnis der Lehrer. Seit Jahren habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß Bestimmungen eines Gesetzes, welches vor 52 beziehungsweise vor 49 Jahren beschlossen wurde, nicht mehr zeitgemäß sind und durch ein neues, modernes, den Lebensbedingungen einer technisierten Zeit angepaßtes Gesetz abgeändert werden müßten.

Leider hat man die Dienstpragmatik, die 155 Paragraphen umfaßt, von denen 34 aufgehoben worden sind, nicht nur nicht durch ein neues Dienstrechtsgesetz ersetzt, sondern im Jahre 1965 kamen noch sechs Paragraphen, das Urlaubsrecht der Bundesbediensteten enthaltend, neu hinzu. Obwohl auch das Personalrecht in das neu zu schaffende Dienstrechtsgesetz eingebaut gehört hätte, hat man einen separaten Entwurf eines Personalvertretungsgesetzes endlich im Nationalrat eingebracht. Dieser Entwurf wird derzeit in einem Untersuchungsausschuß des Verfassungsausschusses behandelt, und die öffentlich Bediensteten hoffen, daß die gegenüber dem Betriebsrätegesetz darin enthaltenen sehr wesentlichen Unterschiede beseitigt werden. Damit würden die öffentlich Bediensteten endlich nach 45 Jahren dieselben Rechte hinsichtlich der Vertretung ihrer Berufsinteressen erhalten wie die Dienstnehmer in der Privatwirtschaft.

Sie erwarten aber auch, daß endlich die Arbeiten über ein neues Dienstrechtsgesetz beginnen, in welchem außer dem Einbau des Personalrechtes insbesondere die Qualifikationsbestimmungen und das Disziplinarrecht neu geschaffen werden müßten. Es ist schon nicht mehr zu verstehen und auf die Dauer wirklich untragbar, daß man die Qualifikationsbestimmungen vom Jahre 1914, wo es zum Beispiel zum Großteil nur Diener gab — auch die heutigen Exekutivkörper waren noch unter militärischem Kommando und hatten gar keinen Beamtencharakter —, auf die öffentlich Bediensteten im Jahre 1966 anwendet. Ebenso verhält es sich mit dem Disziplinarrecht, welches für eine große Gruppe von Beamten überhaupt keinen Instanzenweg vorsieht und sie dadurch zu Staatsbürgern zweiter Güte degradiert.

Ein weiteres Problem stellen die geltenden Beförderungsrichtlinien für die öffentlich Bediensteten dar. Obwohl im Pensionsgesetz 1965

für die öffentlich Bediensteten die Herabsetzung der Dienstzeit von bisher 40 auf 35 Jahre erreicht werden konnte, hat man bis jetzt die Beförderungsrichtlinien, die zwangsläufig dadurch geändert hätten werden müssen, nicht geändert. Abgesehen davon, daß die öffentlich Bediensteten in ihren Beförderungen gegenüber Landes- und Gemeindebediensteten, welche viel bessere Beförderungsrichtlinien haben, seit Jahren schwerstens benachteiligt wurden, könnte man nun bei einigem guten Willen mit Rücksicht auf die herabgesetzte Dienstzeit eine Korrektur vornehmen.

Im Finanz- und Budgetausschuß haben wir uns auch mit den Reisegebühren, und zwar insbesondere mit dem sogenannten Tarif II der Reisegebührenvorschrift, beschäftigt und eine diesbezügliche Entschließung, gerichtet an die Bundesregierung, einstimmig beschlossen. Es ist doch auch in dieser Angelegenheit unverständlich, daß ein Beamter, der in irgendeinem Ort in Österreich eine Überprüfung durchzuführen hat oder aus dienstlichen Gründen für einige Zeit dorthin abgeordnet wird, nach 14 Tagen in diesem Ort weniger Kosten für Unterkunft und Verpflegung hat als vorher. Der Vorschrift nach zahlt er weniger, denn er hat innerhalb der 14 Tage Gelegenheit, sich ein billigeres Hotel und Gasthaus zu suchen, daher: wenn er weniger bezahlt, bekommt er auch weniger. Dauert nämlich die Dienstverrichtung an einem Ort über 14 Tage, was natürlich bei Beamten der steuerlichen Betriebsprüfung oder bei den Prüfungsbeamten des Rechnungshofes fast immer zutrifft, so werden dem Beamten die ihm jeweils auf Grund seiner Dienstklasse gebührenden Tages- und Nächtigungsgebühren um fast ein Drittel bis zwei Drittel gekürzt. Diese Bestimmung ist nicht nur unverständlich, sondern man kann auch dem Beamten nicht zumuten, daß er die Differenz aus seiner eigenen Tasche bezahlt, und daher wird in dieser Entschließung verlangt, die derzeitige Frist von 14 Tagen entsprechend zu verlängern.

Eine besondere, seit Jahren immer wieder erhobene und sehr wichtige Forderung der öffentlich Bediensteten ist die Einführung einer Arbeitsinspektion für die Ämter und Dienststellen des Bundes. Es wurde sicherlich in den vergangenen Jahren sowohl hinsichtlich der Ausstattung der Büros wie auch in baulicher Hinsicht verschiedenes getan und viel gemacht, aber in vielen Dienststellen ist der Raummangel so groß, daß noch immer acht und mehr Beamte in einem Raum zusammengepfercht ihren Dienst verrichten müssen, wo sie oft noch Parteienverkehr haben, der aber höchstens für drei Beamte geeignet wäre.

Gabriele

Erkrankungen durch Ansteckung, Verschlechterung der Sehkraft, Kreislaufstörungen, hervorgerufen durch ständiges Arbeiten unter erschwerten Bedingungen, sind die Folgen. Es fehlt aber auch noch vielfach an sanitären Einrichtungen, es gibt keine Umkleieräume, keine Aufenthaltsräume zum Einnehmen des Mittagessens et cetera. Ich glaube, wenn solche Zustände in einem Privatunternehmen vorkommen würden, würde sofort — und es ist auch richtig — die Arbeitsinspektion einschreiten und sie abstellen.

Die Frage, die wir schon so oft gehört haben: Wo soll nun diese Arbeitsinspektion für den Bereich des Bundes organisiert werden, und wer soll sie durchführen?, ist leicht zu beantworten. Dem Bundeskanzleramt als oberste personalführende Dienststelle würde die Kompetenz dafür zufallen, und die Durchführung könnte von Beamten der Bundesgebäudeverwaltung II mitübernommen werden. Dies würde keine weiteren Personalkosten verursachen und endlich auch dazu führen, daß den öffentlich Bediensteten dieselben Rechte hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes zukommen würden, wie sie schon seit langem für die Arbeiter und Angestellten im privaten Sektor bestehen.

Ein weiteres Problem ist das Fehlen einer geeigneten, dem Gehaltsgesetz 1956 angepaßten Dienstzweigeverordnung. Es wäre auch hier schon hoch an der Zeit, daß zehn Jahre nach Erscheinen des Gehaltsgesetzes endlich die dazu notwendige Dienstzweigeverordnung fertiggestellt wird, damit die Beamten auf Grund ihrer Einteilung in den jeweiligen Dienstzweig ihre ihnen zustehenden richtigen Bezüge erhalten. Vor einigen Tagen ist ein Entwurf über die Handwerkerdienstzweigeverordnung dem Hohen Hause zugegangen, doch ist dies gegenüber der Dienstzweigeverordnung für die übrigen Beamten nur ein kleiner Teil der gesamten Verwaltungszweige und kann höchstens die Beamten befriedigen, die darunterfallen.

Ich möchte den Herrn Bundeskanzler ersuchen, Anweisung zu geben, damit dieser schon seit Jahren besprochene und immer wieder zurückgestellte Entwurf einer Dienstzweigeverordnung endlich in das Parlament kommt, behandelt werden kann und wirksam wird.

Ferner muß ich wieder einmal die Gesetzgebung des Zwischendienstzeitengesetzes, auch unter dem Namen eines Dienstrechtsbereinigungsgesetzes bekannt, urgieren. Im Finanz- und Budgetausschuß wurde uns mitgeteilt, daß ein diesbezüglicher Entwurf am 6. Oktober 1966 zur Begutachtung ausgesendet worden sein soll, doch glaube ich, man kann

hier wirklich von keinem raschen Tempo der Behandlung dieses Problems sprechen, wenn ebenfalls nach fast 10jährigen Verhandlungen der Entwurf zur Begutachtung ausgesendet wurde. Ich möchte aber feststellen, daß die derzeitige Regierung sicherlich dafür keine Schuld trifft, sondern im Gegenteil, endlich hat sich eine Regierung gefunden, die auch dieses heiße Eisen — und das Zwischendienstzeitengesetz ist ein heißes Eisen! — angreift.

Nun einige Bemerkungen zur Verwaltungsreform. Bei den Beratungen der einzelnen Kapitel des Bundesfinanzgesetzes 1967 im Finanz- und Budgetausschuß wurde so, wie schon seit Jahren immer wieder, über eine notwendig durchzuführende Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsreform gesprochen. Hiezu möchte ich sagen, daß man eine Verwaltungsreform nicht mit Schlagworten oder wie sie von Zeit zu Zeit in Zeitungsartikeln gefordert wird, durchführen kann, denn jeder unserer Mitbürger versteht darunter etwas anderes. Zur Durchführung einer Verwaltungsreform muß man zuerst die notwendigen Voraussetzungen schaffen, das heißt, man müßte so, wie es in anderen Ländern bereits geschehen ist, Fortbildungsseminare für Beamte einrichten, deren Absolvierung erst die Voraussetzungen bieten würde, auf Grund eines Personalausgleichsgesetzes einen Austausch von Beamten von Ressort zu Ressort vornehmen zu können.

Gestatten Sie mir, Hohes Haus, einige Beispiele anzuführen. Im „Rheinischen Merkur“ 1965 hat Professor Roman Schnur aus Bochum in einem ausgezeichneten Artikel die Einführung eines fortführenden akademischen Studiums für höhere Verwaltungsbeamte in der Mitte ihrer Laufbahn nachdrücklich befürwortet. Ebenso beschäftigte sich die „Süddeutsche Zeitung“ vom 29. Oktober 1965 mit diesem Problem und berichtete über geplante zweisemestrige Lehrgänge, in denen Jungakademiker zwischen 25 und 35 Jahren lernen sollten, die Arbeitsgebiete eines modernen Industriebetriebes zu überblicken und aufeinander abzustimmen. Schließlich gestatte ich mir noch, auf die Ideen und Erfahrungen der Verwaltungsreform 1964 in Frankreich aufmerksam zu machen, welche für die Durchführung in Österreich sehr nützlich und interessant sein könnten. Diese Reform erstreckt sich in Frankreich hauptsächlich auf drei Gebiete, und zwar auf eine Reform der Strukturen der Staats- und Kommunalverwaltungen, auf eine Reform der Ausbildung und den Aufbau des öffentlichen Dienstes und auf die Modernisierung der Methoden der Verwaltung und ihrer Beziehungen zu den Staatsbürgern. Das Stichwort dieser neuen Politik des öffent-

Gabriele

lichen Dienstes in Frankreich lautet: „mobilité de la fonction publique supérieure“. Die von ihr betroffenen Ministerialbeamten sind verpflichtet, sich zeitweilig in ein anderes Ministerium oder in die regionalen Verwaltungskommissionen abordnen zu lassen. Die Homogenität der obersten Beamtenkader, die in der Ausbildung durch die Hochschulen gewährleistet wird, soll durch den Austausch zwischen den Beamtenkorps ergänzt werden. Ich hoffe, daß die in der „Wiener Zeitung“ verlautbarten Reorganisationsmaßnahmen im Bundesministerium für Finanzen tatsächlich einen ersten Schritt zur Verwaltungsreform in Österreich darstellen und den Anfang einer allgemeinen Verwaltungsreform, welche im Rahmen des Bundeskanzleramtes durchzuführen wäre, bedeuten.

Zusammenfassend zur Verwaltungsreform möchte ich nochmals wiederholen: zuerst Voraussetzungen schaffen — ich denke an eine Verwaltungsakademie, an welcher in Fortbildungskursen, in Wochenendkursen oder in Abendkursen den aktiven Beamten der Verwendungsgruppen A und B von Zeit zu Zeit jeweils der Stand der Wirtschafts- und Sozialpolitik et cetera übermittelt wird —, dann planen und durchführen.

Man könnte aber schon jetzt so, wie der Herr Bundesminister für Finanzen in dankenswerter Weise in seinem Ressort damit begonnen hat, Untersuchungen anstellen, ob tatsächlich alle seinerzeit eingerichteten Dienststellen heute noch notwendig sind, und sie auflösen, wie zum Beispiel das Zentralfinanzamt, welches aufgelöst wurde.

Ich könnte mir vorstellen, daß man untersuchen sollte, ob die ehemalige Sektion IV des Bundeskanzleramtes, jetzt Sektion V des Verkehrsministeriums, in Zukunft noch notwendig ist, wenn der Sektor der verstaatlichten Industrie durch die Schaffung der Österreichischen Industriegesellschaft eine andere Gestaltung erfährt. Ich könnte mir auch vorstellen, daß man einige hundert Beamte anders verwenden könnte, die sich heute mit den verschiedenen Vordienstzeitenverordnungen bezüglich der Anrechnung oder Nichtanrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge beschäftigen müssen. Ich glaube, man sollte die Einstufung der Beamten nach den gleichen Gesichtspunkten vornehmen wie in der Privatwirtschaft, und zwar nach Ausbildung, Vorbildung, Verantwortung und Leistung. Die Abschaffung der Vordienstzeitenverordnung beziehungsweise der Vordienstzeitenanrechnung wäre ein wirklich realistischer Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung, und es würden die durch Stichtage immer wieder zwangsläufig erzeugten Unge-

rechtigkeiten gegenüber einzelnen Beamten aus der Welt geschafft.

Abschließend möchte ich mich noch ganz kurz mit der Gehaltssituation der öffentlich Bediensteten beschäftigen. Als das Hohe Haus im Juni 1966 die 15. Gehaltsgesetznovelle, die 14. Vertragsbedienstetengesetznovelle und einige andere Novellen, die öffentlich Bediensteten betreffend, beschlossen hat, habe ich in meinen damaligen Ausführungen hiezu betont — ich zitiere wörtlich —: „Ich bin sehr erfreut, daß meine seinerzeit im Hohen Haus vorgebrachte Anregung, einen gewissen Prozentsatz für eine etwaige Verbesserung der Gehälter der öffentlich Bediensteten schon im Voraus jeweils in das Budget des kommenden Jahres einzubauen, im Budget 1966 einen Niederschlag gefunden hat.“ Tatsächlich war im Budget 1966 im Kapitel 30 unter dem Titel „Pauschalvorsorge für Verbesserungen der Besoldung der vom Bund bezahlten Bediensteten“ ein Betrag von 1085 Millionen Schilling eingesetzt worden. Ich habe mich aber leider zu früh gefreut, denn im Budget 1967 ist wohl der Titel erhalten geblieben, doch kein Groschen eingesetzt worden. (*Abg. Gratz: Hört! Hört!*) Ich will über die Gründe der Nichteinsetzung eines Betrages auf das hierfür vorgesehene Kapitel keine Nachforschungen anstellen, aber ich bringe in Erinnerung, daß der Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes damals bei den Abschlußverhandlungen über die Erhöhung dieser Bezüge um 6 Prozent ab 1. Juni 1966 und weitere 2,5 Prozent ab 1. Jänner 1967 nur zugestimmt hat, daß dieses Verhandlungsergebnis sich nur auf den Zeitraum vom 1. September 1964 bis 31. August 1965 erstreckt, und sich vorbehalten hat, daß er nach diesem Zeitpunkt bei allenfalls steigenden Lebenshaltungskosten eine Abgeltung derselben durch eine weitere Verbesserung ihres Reallohnes verlangen wird. Wie aus Tageszeitungen zu entnehmen war — und auch Kollege Weisz hat es ausgeführt —, haben am 10. November 1966 bereits die ersten Gespräche zwischen Vertretern der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und Vertretern des Bundes und der Gebietskörperschaften stattgefunden, welche am 9. Dezember 1966 fortgesetzt werden sollen. Ich glaube, daß man den öffentlich Bediensteten, welche in der „Wochenpresse“ vom 16. November 1966 — auch das hat Kollege Weisz schon zitiert — als „Die allzeit Vergessenen“ bezeichnet wurden, eine Erhöhung ihrer Bezüge nicht wird verweigern können, wenn man andererseits in der Privatwirtschaft verschiedenen Gruppen von Lohnempfängern 12 Prozent und mehr in den letzten Wochen auf ihre derzeitigen Löhne gegeben hat. Außerdem

Gabriele

möchte ich auf die heutige Pressenachricht hinweisen, wo festgestellt wird — ob es stimmt, weiß ich nicht —, daß bereits in Oberösterreich im Landesbudget 1967 schon 6 Prozent Vorsorge für Landesbedienstete vorgesehen sein sollen. Ich hoffe, daß man bei den weiteren Verhandlungen zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis kommt und nach Abschluß dieser Verhandlungen endlich die Arbeiten für ein neues, zeitnahes Gehaltsschema aufnimmt.

Hohes Haus! Ich habe mich bemüht, Ihnen, meine Damen und Herren, in meinen Ausführungen einige dringende und schon seit Jahren anhängige Probleme der öffentlich Bediensteten ohne Polemik, sondern rein sachlich aufzuzeigen. Ich glaube, Sie haben aber daraus entnehmen können, daß man viele Probleme lösen könnte, deren Lösung nichts kostet, aber die Unzufriedenheit der Beamten abbauen würde. Wir haben derzeit schon in vielen Dienststellen Mangel an Spezialisten, an Technikern, an Professionisten auf dem Sektor des Krankenpflegepersonals und in vielen anderen Sparten, und wir müssen daher einige Probleme einer Lösung zuführen, wenn wir jungen Menschen einen Anreiz bieten wollen, in den Bundesdienst einzutreten. Es handelt sich daher nicht nur um die geringe Bezahlung, sondern auch um viele andere kleine Dinge, die es in der Privatwirtschaft überhaupt nicht gibt.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur immer wieder wie seit Jahren als Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten abschließend um Ihr Verständnis für alle diese Probleme und um Ihre Unterstützung für die Besserstellung der öffentlich Bediensteten, meiner Kollegen, bitten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gratz das Wort.

Abgeordneter **Gratz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich weiß, es ist weder für den Redner noch für das Haus ein Vergnügen, zu so später Stunde und mit weiteren Stunden vor sich einer Debatte beizuwohnen oder hier zu reden. Aber ich kann mich nur damit trösten, daß wir nicht gewählt sind, um uns selbst und schon gar nicht, um vielleicht der anderen Fraktion in diesem Haus Vergnügen zu bereiten. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Daher muß ich Sie doch bitten, einige meiner Ausführungen zu diesem Kapitel, das jetzt zur Beratung steht, anzuhören. In der Debatte sind ja auch von Ihrer Fraktion im wesentlichen immer wieder Fragen gestellt worden. Wenn das ganze ein Dialog sein soll, dann muß man diese Fragen eben auch beant-

worten und darauf eingehen. Darf ich zu Beginn noch einmal kurz präzisieren:

Die sozialistische Fraktion wird in den Einzelabstimmungen alle Kapitel des Budgets mit Ausnahme der Kapitel 01, 02, 03, 04 und 06 ablehnen und in dritter Lesung dem gesamten Bundesfinanzgesetz die Zustimmung verweigern. Das noch als Bemerkung zur Generaldebatte, die ja gleichzeitig jetzt stattfindet. Es wurde von vielen unserer Redner bereits dargestellt, warum wir dieses Bundesfinanzgesetz ablehnen. Bei den einzelnen Kapiteln wird noch weiter Gelegenheit sein, bei jedem einzelnen Kapitel genau auf die Schwächen dieses Budgets einzugehen.

Nur noch zusammenfassend: Das Budget ist unserer Ansicht nach in einzelnen Punkten des Allgemeinen Teiles verfassungswidrig; es ist ein Budget des Sozialstopps und der einseitigen Belastung breiter Bevölkerungsschichten. Es ist ein Budget, bei dem sich ja jetzt schon zeigt, daß die Bundesregierung mit dem Dilemma konfrontiert wird, daß sie Mehreinnahmen durch Tarif- und Preiserhöhungen schaffen muß, und das so wenig durchdacht ist, daß die korrespondierenden Mehrausgaben im Budget überhaupt noch nicht drinnen stehen.

Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß darauf hingewiesen, daß ja auch der Bund Portogebühren hat und daß ja auch Bundesdienststellen zu telefonieren pflegen und daß es daher ein eigenartiges Budget ist, bei dem auf der Einnahmenseite die Tarifierhöhungen berücksichtigt sind, während sie auf der Seite der Ausgaben nicht berücksichtigt sind beim Sachaufwand der Ressorts. *(Abg. Dr. Pittermann: Dafür hat es einen Überschuß!)* Es wurde uns gesagt: Ja, dann müssen eben Einsparungen gemacht werden. Heißt das, daß das Budget schon so erstellt ist — was wir ja immer wieder glauben und was zurückgewiesen wird —, daß man ohnedies innerhalb der einzelnen Positionen mit Hilfe der Ermächtigungen an den Herrn Finanzminister herumrangieren kann? Wir glauben, daß das nur zeigt, wie schlecht dieses Budget vorbereitet ist, daß, wie gesagt, bei der unsozialen Bedeckung, die die Regierung für ihre Ausgaben gefunden hat, die korrespondierenden Ausgaben im Budget selbst nicht einmal noch vorgesehen sind.

Dieses Budget — und darum lehnen wir es auch ab — ist ja noch viel mehr. Es ist ja die Arbeitsbasis für ein weiteres Jahr, für eine Bundesregierung, die — und das ist sicher kein Geheimnis — von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses abgelehnt wird. Es ist die Arbeitsbasis einer Bundesregierung — und auch darauf soll man hinweisen —,

Gratz

deren Politik sich ja nicht nur durch dieses Budget manifestiert, sondern auch durch ihre Taten auf dem Gebiet der Gesetzgebung, seit es diese Alleinregierung gibt. Und da sich diese Bundesregierung und die Mehrheit dieses Hauses durch ihre Taten selbst darstellt, sind auch wir — darf ich hier mit dem Herrn Klubobmann Dr. Withalm einer Ansicht sein — froh, daß sich die Österreichische Volkspartei im Jahre 1970 wieder den Wählern zu stellen hat. Denn eine bessere Bestätigung — auch darauf wurde schon hingewiesen, meine Damen und Herren — für die Richtigkeit der sozialistischen Wahlkampfangaben als die Politik der Bundesregierung in den ersten Monaten ihrer Existenz hätten wir uns gar nicht wünschen können, auch wenn wir dem österreichischen Volk diese Bestätigung gerne erspart hätten.

Und nun zur sogenannten Alternative. Diesem Bundesfinanzgesetz stellt die sozialistische Fraktion den im Minderheitsbericht in den Einzelheiten dargelegten Alternativplan gegenüber. Der Alternativplan ist ein Plan der Schwerpunkte auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung, auf dem Gebiet des sozialen Fortschritts und auf dem Gebiet des Wirtschaftswachstums. Drei Dinge, die der Budgetentwurf der Bundesregierung unberücksichtigt läßt. Dem Minderheitsbericht der sozialistischen Fraktion ist aber auch zu entnehmen, daß ohne Mehrbelastung der breiten Schichten dieses Landes eine ausreichende Bedeckung dieser Maßnahmen möglich ist.

Darf ich dabei noch zusätzlich zu den detaillierten Bedeckungsvorschlägen, die im Minderheitsbericht abgedruckt sind und besonders beim Kapitel Finanzen noch näher erläutert werden, auf eines hinweisen. In diesem Bundesfinanzgesetz, das mit seinen tausenden Einzelpositionen innerhalb der Regierung und der Ministerien monatelang vorbereitet wurde, wäre sicher eine große Menge von Einsparungen möglich. Zu diesen Einsparungen gehört natürlich auch die Nichtdurchführung einiger Dinge, die die Mehrheit dieses Hauses beschlossen hat. Wenn die Wirtschaftswachstumsgesetze einer zielbewußten Wachstumspolitik dienen, statt einen milden und lauen Regen ohne irgendwelche Unterschiede über weite Bereiche der Wirtschaft niedergehen zu lassen, dann könnte ein echter Impuls für das Wirtschaftswachstum gegeben und könnten gleichzeitig Beträge erspart werden. Wenn der Subventionsabbau Hand in Hand ginge mit einer sehr notwendigen Produktionsplanung auf dem Sektor der Landwirtschaft, wenn auf dem großen Sektor der vielen Einzelbegünstigungen und

Subventionen — darauf möchte ich dann noch im einzelnen etwas eingehen — eine rechtsstaatliche Regelung geschaffen würde, dann könnten auch sehr große Beträge erspart werden.

Eines, meine Damen und Herren, wird auch der Bundesregierung nicht erspart bleiben, nämlich sich langsam auch beim Budget zu dem zu bekennen, was sie manchmal in Reden ihrer Mitglieder tut, nämlich zu einer echten Rangordnung der Werte, die ja durch dieses Budget repräsentiert wird.

Ich kann hier nur — da es, wie gesagt, sehr spät ist — einige Andeutungen machen und nur einige kleine Hinweise geben. Wir haben hier einen Staat mit einem 70-Milliarden-Budget und, wie gesagt, wir haben als sozialistische Fraktion — das ist ja bekannt — seinerzeit der Regelung über die Hilfe für die Hochwassergeschädigten zugestimmt. Aber wenn ein solcher Staat mit einem Budget, in dem angeblich so viele nützliche und notwendige Dinge drinnen sind, eine seiner Grundaufgaben erfüllen will, nämlich das Leben und das Eigentum seiner Bürger zu schützen, dann muß er eine Sondersteuer einführen. In diesem Staat wird seit den Wirtschaftswachstumsgesetzen alles mögliche begünstigt, zum Beispiel der Bau von schönen Geschäftsportalen, und Gemeinden stoßen Notschreie aus, weil sie die Spitäler nicht erhalten können und weil sie keine Ärzte und keine Lehrer in ihre Gebiete bekommen. Da stimmt doch irgendwas nicht an dieser Reihenfolge der Werte, die durch dieses Budget repräsentiert wird. Ich möchte hier nur andeuten, daß es weder der Regierung noch diesem Haus erspart bleiben wird, sich sehr eingehend mit diesen Werten, die durch das Budget repräsentiert werden, und mit dieser Rangordnung auseinanderzusetzen.

Der Herr Klubobmann Dr. Withalm hat darüber hinaus noch eine detaillierte Alternative verlangt. Dazu kann ich hier nur eines sagen: Das Budget ist, wie gesagt, die ziffernmäßige Basis der Regierungspolitik und vor allem die ziffernmäßige Erfolgsbilanz der Regierungspolitik. Sie können nicht ernsthaft erwarten, daß auf einer Pyramide von Gesetzen, die wir für dieses Land als schädlich betrachten, eine Idealalternative aufgesetzt werden kann. Die Idealalternative wäre: Weg mit den Tarif-, Steuer- und Preiserhöhungen, weg mit den einseitigen Steuer geschenken; mit einem Wort: Die Alternative wäre, in den letzten sechs Monaten keine ÖVP-Politik gehabt zu haben. Und diese Alternative können wir nicht bieten, die kann nur im Jahr 1970 das österreichische Volk bieten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg.)*

Gratz

Dr. Withalm: Sie haben es angekündigt, Herr Kollege Gratz!

Darf ich jetzt nur mehr auf einige Detailpunkte kommen. Die Bundesregierung legt im Allgemeinen Teil des Bundesfinanzgesetzes ein Budget vor, das unserer Ansicht nach — es ist bereits ausgeführt worden, es steht gedruckt — verfassungswidrige Bestimmungen enthält. Ich möchte jetzt nicht in die Details dieser Bestimmungen eingehen. Zusammengefaßt nehmen diese Bestimmungen dem Nationalrat Rechte weg, Rechte, die ihm durch die Bundesverfassung unserer Ansicht nach eindeutig gegeben werden.

In den Erläuternden Bemerkungen wurde angekündigt, daß vom Bundesministerium für Finanzen der Entwurf des Haushaltsrechtes in Ausarbeitung ist. Wir möchten nur jetzt schon, bevor die Beratungen beginnen, jede Illusion zerstören, daß wir zustimmen werden, daß aus diesem Haushaltsrecht, das zum Teil Verfassungsrang haben muß, nichts anderes wird als eine verfassungsmäßige Bestätigung jener Bestimmungen, die unserer Meinung nach dem Nationalrat verfassungswidrig Recht wegnehmen. Dieses Haushaltsrecht muß eine Klärung bringen, die es schwerer macht, unter dem Hinweis auf nicht ganz klare Bestimmungen dem Nationalrat Recht zu entziehen. Aber sie wird nicht mit unserer Zustimmung dem Nationalrat Rechte wegnehmen und der Regierung oder dem Bundesminister für Finanzen geben.

Auf eines — darauf möchte ich jetzt nur aufmerksam machen — werden wir sehr genau sehen, nämlich auf das Verhalten der Bundesregierung, falls der Verfassungsgerichtshof einige Teile des Bundesfinanzgesetzes für 1966 als verfassungswidrig feststellt. Wir haben im Frühjahr schon Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, und ich muß es jetzt wieder tun. Die Regierung würde formal im Recht sein, wenn sie dann sagt, das hat für das Bundesfinanzgesetz 1967 keine Auswirkungen, auch wenn es sich inhaltlich um die gleichen Bestimmungen handelt, weil es eben ein anderes Gesetz ist. Wir werden — nur soviel möchte ich heute dazu sagen — unsere Einstellung zur Verfassungstreue der Regierung danach ausrichten, wie sich die Bundesregierung im Falle einer solchen Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des Allgemeinen Teiles verhalten wird.

Ich muß hier neuerlich kurz ein Problem zur Sprache bringen, weil es in den Komplex gehört, von dem der Herr Klubobmann Dr. Withalm gesagt hat, es geht doch hier um allgemeine Spielregeln, um den allgemeinen Schutz der Minderheiten, der einmal jedem

zugute kommen kann. Es geht um einen Antrag, den ich namens unserer Fraktion im Finanzausschuß gestellt habe und den ich in einigen Tagen oder in einigen Wochen als Initiativantrag im Haus neuerlich stellen werde. Es geht darum, eine Lücke in der Rechtsschutzeinrichtung der Verfassung zu schließen, die an sich einer Minderheit nicht mehr Rechte gibt, als sie jetzt schon haben müßte, und die vor allem der Minderheit nicht das Entscheidungsrecht gibt, sondern nur ein Recht, überhaupt mit ihrem Problem dorthin zu kommen, wo über dieses Problem entschieden wird. Ich möchte hier nur kurz wiederholen: Es geht darum, daß die Minderheit, die mehr als ein Drittel der Abgeordneten in diesem Hause umfaßt, mit Hilfe dieser Anzahl von Abgeordneten in der Lage ist, eine Verfassungsänderung zu verhindern, und aus gutem Grund dazu in der Lage ist, rechtspolitisch gesehen, weil eben die Verfassung etwas mehr Bestand haben soll, als daß sie mit einfacher Mehrheit geändert werden könnte.

Dieses Recht der Minderheit wird aber materiell umgangen, wenn eine Verfassungsänderung in Form eines einfachen Gesetzes erfolgt. Denn ein verfassungswidriges Gesetz ist nichts anderes als eine materielle Verfassungsänderung, nur nicht bezeichnet als Verfassungsgesetz, sondern eben als einfaches Bundesgesetz. Sie können jetzt sagen: Was wollen Sie denn, es fechten ja ohnedies Landesregierungen solche Gesetze beim Verfassungsgerichtshof an. Wir betrachten es als dieser Volksvertretung unwürdig, daß eine Minderheit, die das Recht der Verhinderung eines Verfassungsgesetzes hat, darauf warten muß, ob und wann eine Landesregierung das ihr zustehende Antragsrecht auf Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof ausnützt. Wir hielten es für ein Gebot der Fairneß und für etwas, was der verfassungsmäßigen Mehrheit keine Rechte wegnimmt, dieses Antragsrecht beim Verfassungsgerichtshof der Minderheit selbst zu geben, die ein Verfassungsgesetz, wenn es als solches deklariert ist, verhindern kann, nämlich einer Minderheit, die ein Drittel oder mehr der Mitglieder des Nationalrates umfaßt.

Wir haben ja ein großes Programm von Verfassungsgesetzen im Verfassungsausschuß liegen, wir werden uns erlauben, dieses Bündel von Verfassungsgesetzen unter anderem durch diesen Antrag, durch ein weiteres Gesetz, das wir für sehr wichtig halten, zu vermehren.

Ja, einen kurzen Hinweis kann ich mir hier nicht ersparen, wo es um das Kapitel Oberste Organe geht, auch wenn ein Voredner, ich glaube, der Freiheitlichen Partei

Gratz

bereits darauf hingewiesen hat. Es haben Mitglieder der Bundesregierung nicht nur in der letzten Sitzung, sondern auch früher immer wieder Erklärungen über den Rechtsstaat abgegeben und dem Hohen Hause erklärt, was der Nationalrat tun dürfe und was er nicht tun dürfe. Das geht ja so weit, Hohes Haus — ich weiß nicht, ist das Gedankenlosigkeit, hat man das Gefühl, zu viel Geld für Papier zu haben —, daß in den Erläuternden Bemerkungen zur Gruppe Nationalrat im Bundesfinanzgesetz den Abgeordneten dieses Hauses als Erläuterung erklärt wird, daß der Nationalrat die Aufgabe habe, Gesetze zu beschließen und an der Vollziehung mitzuwirken; also der Nationalrat kennt jetzt endlich seine Funktion, da er durch die Erläuternden Bemerkungen aufgeklärt wurde. (Abg. Dr. Pittermann: Dank Heilungsetzer!) Ich weiß nicht, ob das Gedankenlosigkeit ist, oder glaubt man, das dem Nationalrat wieder einmal darstellen zu müssen. Ich möchte an dieser Stelle die Bundesregierung bitten, mit solchen Äußerungen, Belehrungen und Hinweisen deswegen vorsichtig zu sein, weil, abgesehen von Mehrheitspartei oder Opposition, die Regierung erstens durch das Vertrauen dieses Hauses existiert und weil zweitens die Schranken der Befugnisse dieses Nationalrates in der Bundesverfassung liegen. Die Schranken der Befugnisse der Bundesregierung und ihrer Mitglieder liegen aber im Gesetz, und zwar in jenem Gesetz, das von diesem Nationalrat beschlossen wird.

Der Herr Abgeordnete Dr. Withalm hat — auch darauf möchte ich hinweisen — etwa 5 oder 10 Minuten lang — mir ist es sehr lang vorgekommen — der Österreichischen Volkspartei das Lob ausgesprochen, daß seit dem 6. März nichts passiert ist, daß die Österreichische Volkspartei, obwohl sie die Mehrheit hat, die demokratischen Spielregeln einhält und daß nichts geschehen ist. Das Lob war sehr ausführlich. Ich glaube es ja nicht, aber wenn so lange gelobt wird, dann kommt einem das so vor, als ob sich jemand lobt, weil er sich endlich zu etwas durchgerungen hat. (Abg. Dr. Withalm: Das war kein Lob, das war eine nüchterne, trockene Feststellung! — Abg. Dr. Pittermann: Einer muß ja die ÖVP loben!) Das war ein sehr langes Lob, ... na ja, nüchtern, es war eine sehr lange — mir ist es zumindest so vorgekommen — Lobeshymne auf etwas, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wenn wir uns bei jeder Sitzung zu Beginn erzählen müssen, daß wir Demokraten sind, dann kommt mir das nicht sehr logisch oder normal vor. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, darf ich auf etwas hinweisen: Man soll die demokrati-

schen Spielregeln nicht nur hier im Hause einhalten. (Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Schauen Sie sich die Wahlpropaganda Ihrer Partei vor den Wahlen an!) Zur Wahlpropaganda komme ich jetzt gerade, mit „Wahlpropaganda“ hat man mir ein Stichwort geliefert. (Abg. Dr. Withalm: Das haben ja Sie gesagt: Um Gottes Willen, was wird passieren, wenn die ÖVP die Mehrheit hat? Gar nichts ist passiert! Genau das habe ich festgestellt, sonst gar nichts!)

Zur Wahlpropaganda: Ich habe mit brennender Erwartung darauf gewartet, den Zwischenruf „Wahlkampf“ zu bekommen. Man soll nämlich, glaube ich, diesen demokratischen Geist nicht nur hier im Hause pflegen. Ich komme gar nicht so sehr auf den Wahlkampf zurück als auf eine Einladung, die einer Rentnerin in einem kleinen Ort in Niederösterreich zugeschickt wurde. Da wird vom Hauptbezirksparteiobmann und vom Hauptbezirksparteisekretär der ÖVP zu einer Rentner- und Pensionistenberatung eingeladen. (Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege Gratz! Das hat sehr viel auf sich!) Kommt schon. Hier steht: „Wir haben eine ÖVP-Regierung, eigentlich dürften Sie keine Rente oder keine Pension mehr bekommen. Sie erhalten diese aber weiterhin.“ Also darauf sind Sie auch stolz! (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Also darauf sind Sie auch stolz, meine Damen und Herren! (Abg. Mayr: Das ist eine Verdrehung sondergleichen! — Abg. Glaser: Wo Sie geschrieben haben: Wenn die ÖVP die Mehrheit bekommt, gibt es keine Renten mehr! Lauter Wahllügen!) Das haben wir nicht geschrieben! (Abg. Glaser: Das steht in Dutzenden eurer Schriften!) Auch darauf habe ich gewartet. Wir haben gesagt: Wenn die ÖVP die Mehrheit bekommt, dann sind die Renten in Gefahr. (Abg. Dr. Withalm: Das haben Sie gesagt!) Ja, darf ich wiederholen: Wir haben gesagt: Wenn die ÖVP die Mehrheit bekommt, dann sind die Renten in Gefahr. (Abg. Dr. Withalm: Es hat auch geheißen, Herr Kollege Gratz: Wenn der Gorbach Bundespräsident wird, dann gibt es keine Renten mehr!) Darf ich jetzt endlich sagen, daß wir weiterhin dazu stehen, denn die Rentner bekommen die Rente weiterhin, das stimmt schon, aber ziffernmäßig, meine Damen und Herren: Sie haben hier in den ersten 6 Monaten Belastungen beschlossen, die für den Rentner und Pensionisten, der die Mindestrente bekommt, fast ebensoviel an Kaufkraftminderung bedeuten, als hätten Sie ihm den 14. Bezug gestrichen. Dazu stehe ich. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Den „Rentenklaue“ haben wir schon einmal kennengelernt, das war 1953! — Abg. Dr. J. Gruber: Sie sind doch

Gratz

viel zu intelligent, daß Sie das selber glauben! — Heiterkeit bei der ÖVP.) Das kann ich Ihnen vorrechnen. Sie glauben, meine Damen und Herren — und jetzt hört sich nämlich der Spaß auf —, wenn man den Menschen ihr Geld groschenweise, halbschillingweise das ganze Jahr hindurch wegnimmt, daß das keine Verkürzung des Renten- und Pensionsbezuges ist? Das ist ebenfalls eine Verkürzung. (*Abg. Dr. Withalm: Sie haben gesagt: Die ÖVP nimmt alles weg! Es werden überhaupt keine Renten mehr ausbezahlt!*) Nein, wir haben gesagt: Die Renten sind in Gefahr. Wir triumphieren nicht, meine Damen und Herren, weil uns die Rentner leid tun, aber die ÖVP hat bewiesen, daß wir damit Recht gehabt haben, daß die Renten in Gefahr sind, denn im ganzen nächsten Jahr werden die einzelnen Rentner und Pensionisten das leiden müssen.

Bei dieser Einladung ist übrigens eine Panne passiert: Es ist ihr ein blauer Zettel beigelegt. Sie haben abgestritten, daß er von Ihnen ist. Ich glaube, er dürfte im ÖVP-Bezirkssekretariat übriggeblieben sein. Ich lese ihn nur deshalb nicht vor, um dieses Machwerk nicht zu immunisieren. Sie werden wissen, worum es geht, und der Öffentlichkeit bleibt es besser erspart. Daß man das jetzt noch beilegt, kann ich nur als Panne betrachten, denn das ist nicht sehr schön.

Meine Damen und Herren! Da ich schon einige Zeit gesprochen habe, möchte ich jetzt nur noch einige Andeutungen zum Bauskandal machen. Es ist sehr viel von Konsequenzen gesprochen worden. Die Konsequenzen — auch darauf muß ich hier eingehen, weil es um eine Frage der Stellung und der Rechte des Nationalrates geht — aus dieser Erforschung der Wahrheit, die jetzt langsam vor sich geht und wo wir auf die ganze Wahrheit gespannt warten, dürften sein, was zum Beispiel ein Mitglied der Bundesregierung — es wurde schon darauf hingewiesen —, Herr Universitätsprofessor Dr. Klecatsky, bereits im Jahre 1957 in einem öffentlichen Vortrag gefordert hat. Ich hoffe, daß er es jetzt in der Regierung durchsetzen wird. Er hat gefordert, daß auf dem großen Gebiet der Privatwirtschaftsverwaltung die Herrschaft des Rechtes statt der Herrschaft der Willkür eingeführt wird. Ich möchte jetzt nicht ins Detail gehen. (*Abg. Hartl: Gräf & Stift!*) Ich bitte Sie, wenn das der Zwischenruf ist! Übrigens: Was ich jetzt gesagt habe, Herr Abgeordneter Hartl, war ein wörtliches Zitat Ihres derzeitigen Herrn Justizministers. Wenn Sie schon diesen Zwischenruf machen, dann machen Sie ihn bitte zu ihm.

Ich möchte jetzt nur noch ganz kurz sagen, was wir damit meinen. Wir glauben, daß es

zuwenig ist, daß die Bundesregierung oder das Bundesministerium für Bauten und Technik Erlässe ändert oder aufhebt oder neue Erlässe einführt, weil ein Erlaß eben auch ein Verwaltungsakt ohne Gesetz ist. Wir glauben, daß es notwendig ist, diesen Riesenkomplex der Rechtmäßigkeit der Privatwirtschaftsverwaltung zu überprüfen.

Es ist auch für den Nichtjuristen grotesk: Ein Autofahrer, der 50 S Geldstrafe zahlt, kann damit in drei Instanzen und in zwei höchste Gerichtshöfe gehen. Es muß auch der Hauptausschuß befaßt werden, wenn man Zigarettenpreise oder den Salzpreis erhöht oder ein kleines Grundstück verkauft. Aber es wird auf einem Sektor der staatlichen Verwaltung, der ja über Milliarden entscheidet, nach dem Grundsatz vorgegangen: Gemäß Artikel 17 der Verfassung kann der Bund wie ein Privater wirtschaften, und der, der entscheidet, handelt eben wie ein privater Kaufmann. Nur handelt der private Kaufmann mit seinem eigenen Geld, und derjenige, der hier handelt, handelt als Staatsorgan mit fremdem Geld.

Es ist doch nicht zuviel verlangt, wenn man sagt: Dieser Nationalrat soll hier Konsequenzen ziehen und nicht nur der Regierung applaudieren, die Erlässe herausgibt, die sie ja jederzeit ändern kann. Hier haben wir einen großen Sektor des Staates, für den die ganze Rechtsschutzbestimmung des Artikels 18 nicht gilt, weil es keine gesetzliche Verwaltung ist. Hier haben wir einen Riesensektor, der ohne Gesetze verwaltet wird, einfach deswegen, weil zur Zeit der Schaffung der Verwaltung dieser Sektor ja praktisch noch nicht existiert hat. Diesen Sektor sollten wir gemeinsam in Ordnung bringen. Das heißt: rechtliche Regelung des Subventionswesens, des ganzen komplexen Gebietes der Vergebung von öffentlichen Aufträgen und der Verwaltung von Staatsvermögen. Das meinen wir mit den Konsequenzen, ohne daß wir diese Konsequenzen im Detail jetzt vorschlagen können, weil man dazu erst den Bericht braucht, um zu wissen, welche Möglichkeiten hier überhaupt bestehen, um Dinge falsch oder schlecht zu machen. Dann kann man die Konsequenzen ziehen.

Mich hat auf einem anderen Sektor ein Vorwort zu einem englischen Bericht sehr beeindruckt. In einem Bericht über den englischen öffentlichen Dienst wird nämlich gesagt, daß dieser so gelobte und objektive englische öffentliche Dienst das Ergebnis einer Untersuchungskommission ist, die eine Verwaltung schon vor vielen, vielen Jahren untersucht hat, die damals diejenige war, die am meisten von persönlicher Patronage beherrscht war.

Gratz

Warum kann nicht aus einer solchen Untersuchung des Parlaments auch hier ein System entstehen, auf das wir stolz sein können, ein System, das darin besteht, daß dieser große Sektor ohne Recht und Gesetz endlich auch dem Artikel 18, den wir als leitendes Prinzip der Verfassung betrachten, unterstellt wird?

Darf ich abschließend zum Problem der Verwaltungsreform nur noch eines sagen: Wir betrachten, obwohl es Regierungskommissionen zur Verwaltungsreform seit dem Jahr 1907 gibt — aus diesem Jahr habe ich zum erstenmal darüber gelesen — oder noch viel länger, auch jetzt abgesehen von irgendwelchen parteipolitischen Erwägungen, denn von dort aus gesehen müßte Ihnen die Reform leichter fallen, weil Sie zwischen den Ministerien keine Konkurrenz zwischen verschiedenen politischen Parteien haben, das Parlament als den Ort, an dem unbeeinflußt von irgendwelchen Kompetenzerwägungen die Dinge weitergehen können, und daher haben wir vor, wenn der Bericht der Regierung, der ja angekündigt ist, kommt, vorzuschlagen, daß man sich hier in einem Parlamentsausschuß damit beschäftigt.

Hohes Haus! Ich komme damit zum Schluß. Ich wollte diese einzelnen Punkte vorbringen. Abschließend möchte ich nur noch eines wiederholen: Wir sagen nein zu diesem Bundesfinanzgesetz, das ein Spiegel der ÖVP-Politik ist, und müssen feststellen: Die echte, die gute, die wirkliche Alternative ist erst ab dem Jahr 1970 möglich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Stohs das Wort.

Abgeordneter Stohs (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt seit Jahren keine Budgetdebatte, ohne daß die Forderung nach Verwaltungsvereinfachung laut geworden wäre. Leider ist der spürbare Erfolg bisher ausgeblieben.

Unter Vorsitz von Herrn Staatssekretär Dr. Gruber wurde nach der Regierungsbildung am 18. April dieses Jahres im Bundeskanzleramt eine Kommission eingerichtet, die der Verwaltungsrationalisierung zum Durchbruch verhelfen soll. Der Ruf nach Verwaltungsvereinfachung ist in allen Staaten Europas hörbar und nicht neu. Nirgends aber ist er so dringend wie gerade bei uns in Österreich. Mitentscheidend wird sein, ob es uns gelingt, verwaltungsgerechte Gesetze zu schaffen, Gesetze, die klar verständlich sind und keinen erhöhten Verwaltungsaufwand erfordern.

Kompetenzänderungen zugunsten der Länder werden ebenfalls dringend er-

forderlich sein. Hier möchte ich beispielsweise auf die bereits eingeleitete Koordinierung der Wohnbauförderung verweisen, die den Ländern übertragen werden soll.

Das wichtigste für die Verwirklichung der Verwaltungsvereinfachung wäre aber meines Erachtens der Umstand, daß die Beamten der Ministerien und Bundesbehörden sowie der Bundesdienststellen in den Bundesländern von der eingangs erwähnten Kommission beim Bundeskanzleramt aufgefordert werden, entsprechende Vorschläge für die Verwaltungsvereinfachung einzubringen. Sicherlich würde dieser Aufforderung positiv entsprochen, wenn den betreffenden Dienststellen, die Personalerparungen ermöglichen, zugesagt würde, daß der ersparte Betrag in Form von Leistungszulagen den Bediensteten der Dienststelle zukommen würde. Ich bin überzeugt, daß auf diese Weise mancher Dienstposten eingespart werden könnte.

Die Verwaltungsvereinfachungsvorschläge sollten so rasch wie möglich geprüft werden und eventuelle Bedenken gegen die Annahme dieser Vorschläge den oder dem Beamten zur Kenntnis gebracht werden, damit sie die Möglichkeit haben, erneut Stellung zu nehmen, und ihnen nötigenfalls eine Aussprache zur näheren Begründung ihrer Vorschläge ermöglicht werden könnte.

Daß solche Vorschläge gemacht werden, dessen bin ich mir sicher. Mir ist aber auch bekannt, daß schon seit Jahren unaufgefordert von verantwortungsbewußten Beamten des Bundes aus unserem Bundesland Vorarlberg solche Vorschläge erstattet wurden. Gestatten Sie mir, daß ich einige solche Vorschläge, die vom Landesarbeitsamt in Vorarlberg an das Sozialministerium übermittelt wurden, aber bisher keine Berücksichtigung gefunden haben, möglicherweise nicht einmal überprüft wurden, zur Kenntnis bringe.

Für das Invalideneinstellungsgesetz 1953 wurden Vereinfachungsvorschläge gemacht, und zwar schon im Jahre 1963. Das derzeitige Invalideneinstellungsgesetz entspricht nach Ansicht dieser Fachbeamten sozialpolitisch nicht mehr und ist auch arbeitsmarktpolitisch infolge der Vollbeschäftigung überholt. Dieses Gesetz ist zu kompliziert und verlangt unproduktive Arbeiten in den Arbeitsämtern, in den Landesinvalidenämtern und in den einzelnen Betrieben. Gut ausgebildete Fachkräfte müssen monatelange formalistische Arbeiten machen, anstatt daß sie die Versicherten umsichtig beraten könnten. Dieses Gesetz führt auch zu ungerechten Belastungen und gibt Anlaß zur Verbitterung gegen die Arbeitsämter.

Stohs

Das Ergebnis dieser Beratungen müßte sein: weniger Formalismus am grünen Tisch und dafür mehr Einsatz für die versehrten Menschen und ihre Familien.

Am 25. Februar 1964 wurde für die Berechnung des Arbeitslosengeldes ein Vereinfachungsvorschlag gemacht, in dem angeregt wurde, daß die Lohnstufenschemen der Krankenversicherungsträger angewendet und auf die zeitraubende Ermittlung eines eigenen Berechnungsschlüssels verzichtet werden soll. Auch die Arbeitsbescheinigung ließe sich wesentlich vereinfachen, sodaß sich diese Reform auch kostensparend auf die Privatwirtschaft auswirken müßte.

Hinsichtlich des Verfahrens für die Beschäftigung von Gastarbeitern wurden konkrete Vereinfachungsvorschläge gemacht und darauf verwiesen, daß in den Nachbarländern Deutschland und Schweiz, die wesentlich mehr Gastarbeiter beschäftigen, zweckmäßigere Formulare verwendet werden. Aber leider blieben auch diese Vorschläge ungehört.

Ein anderes Gebiet ist das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz. Hier müßten andere Bestimmungen Platz greifen, um die Produktivität unserer Bauwirtschaft zu heben. Auch hiefür wurden am 8. April 1964 vom Landesarbeitsamt Vorarlberg Vorschläge erstattet, aber geschehen ist bis heute nichts.

Am 15. November 1964 wurde vorgeschlagen, die Pauschalierung des Karenzurlaubsgeldes einzuführen. Jetzt bedarf es der zeitraubenden Errechnung der Lohnklassen, wobei Sonderzahlungen, Krankheitszeiten und so weiter berücksichtigt werden müssen.

Das sind nur einige Vorschläge, die den Bereich des Sozialministeriums betreffen. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß es Sozialminister Proksch war, der all diesen Vorschlägen durch Jahre hindurch die kalte Schulter gezeigt hat. Es ist selbstverständlich, daß die Frau Sozialminister Rehor, die nun ein halbes Jahr mit dieser schweren Aufgabe betraut ist, noch nicht imstande war, die Vorschläge zu überprüfen. (*Abg. Rosa Weber: Glauben Sie wirklich, was Sie hier erzählen, oder halten Sie uns für so dumm?*) Ich bin aber überzeugt, daß sie bereit ist, eine weitestgehende Berücksichtigung dieser Vorschläge vorzunehmen.

Ein anderes Beispiel für die Verwaltungsvereinfachung möchte ich erwähnen, und zwar eines aus dem Finanzamt in Feldkirch. Die Abteilung für Lohnsteuer und Beihilfen beim Finanzamt Feldkirch hat an Stelle des Sollstandes von 30 Beamten und Angestellten nur 14 Bedienstete. Zudem reichen auch die Räumlichkeiten für die geordnete Akten-

ablage nicht aus, sodaß die Akten auf dem Fußboden aufgestapelt werden mußten, was eine ungemeine Arbeiterschwernis zur Folge hatte. Der zuständige Beamte hat, um die unmögliche Situation zu meistern, eine Tat gesetzt, die meines Erachtens beispielgebend für die Verwaltungsvereinfachung ist. Diese Tat ist ein Beweis dafür, daß durch Verfügung von Änderungen in der Verwaltungsarbeit Verbesserungen eintreten, die dem Finanzministerium und den betroffenen Steuerzahlern zugute kommen können. Der Oberfinanzrat hat veranlaßt, daß die Steueraufsichtsstellenleiter während dreier Wochen mit der Eintragung von Lohnsteuerfreibeträgen und der Lohnsteuerprüfung eingeschult wurden, und ab 1. Juli 1966 wurden die sieben Steueraufsichtsstellen des Finanzamtes Feldkirch mit dieser Aufgabe betraut. Die Lohnsteuerbefreiungsakten wurden nach dem Wohnsitz der Arbeitnehmer der zuständigen Steueraufsichtsstelle zur Bearbeitung zugeteilt. Sämtliche Freibetragsanträge werden nun, soweit es sich nicht um Zweifelsfälle, schwierige Fälle oder um Fälle handelt, die sich die Lohnsteuerstelle des Finanzamtes zur Erledigung selbst vorbehalten hat, bei den Steueraufsichtsstellen erledigt und approbiert. Dadurch kann die Masse der einfachen Anträge rasch erledigt werden. Auch die erforderlichen Erhebungen werden von den Steueraufsichtsstellen vorgenommen.

Es kann heute schon festgestellt werden, daß sich diese Neuregelung bestens bewährt hat und eine großartige Verwaltungsvereinfachung darstellt. Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ergeben sich Vorteile, da der Steuerpflichtige die Belege größtenteils persönlich vorlegen kann, an Ort und Stelle manche Aufklärungen bekommt und der Schriftverkehr des Finanzamtes sich wesentlich reduziert. Das wichtigste ist daher, daß der Steuerzahler schon nach wenigen Tagen, oft schon nach ein bis drei Tagen, längstens aber innerhalb von vier Wochen die Lohnsteuerkarte mit der Eintragung des Steuerfreibetrages wieder zurückbekommt und sie dem Arbeitgeber wieder vorlegen kann. Die Gehalts- und Lohnauszahlungsstellen der Arbeitgeber sind somit nicht gezwungen, zuerst die Lohnsteuer mit dem laut Lohnsteuertabelle vorgeschriebenen Steuersatz zu berechnen und dann — so wie es bisher leider notwendig war — nach Monaten die Lohnsteuer auf Grund des anerkannten Steuerfreibetrages rückwirkend für mehrere Monate neu zu berechnen.

Ich habe mich bei der Steueraufsichtsstelle in Dornbirn, wo annähernd 7000 solcher Akte liegen, über diese reformierende Neuregelung unterrichten lassen und mich überzeugen

Stohs

können, wie ausgezeichnet es funktioniert. Leider habe ich erfahren müssen, daß auch Bestrebungen im Gange sind, diese Verwaltungsvereinfachung einzustellen und den alten Zustand wiederherzustellen. Ich habe mich diesbezüglich schon an den Herrn Finanzminister gewendet und ihn gebeten, die Angelegenheit persönlich zu überprüfen, damit eine so beispielgebende Initiative nicht von der Verwaltungsbükratie totgeschlagen werden kann.

Ich glaube, daß dieses Beispiel dem entspricht, was wir unter Verwaltungsreform verstehen wollen. Es ist sicher zweckmäßig, diesen Versuch in einem verhältnismäßig kleinen Dienstbereich auszuprobieren und erst dann, wenn feststeht, daß es sich bewährt hat, eine entsprechende Änderung für einen größeren Verwaltungsbereich und schließlich und endlich für das ganze Bundesgebiet anzuordnen. Einem Beamten, der eine so dankenswerte Initiative unternommen hat, sollten aber nicht Schwierigkeiten erwachsen, sondern dem müßte von höchster Stelle Anerkennung und Belohnung zuteil werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte auch zu einigen dienst- und besoldungsrechtlichen Dingen Stellung nehmen. Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit will ich aber darauf verzichten, und ich möchte mich ganz den Worten, die Kollege Gabriele namens meiner Fraktion gesprochen hat, anschließen. Ich glaube, daß gerade eine möglichst rasche und echte Verwaltungsreform mithelfen kann, daß im Interesse des Staates und seiner arbeitswilligen Bevölkerung der berechtigten Forderung des öffentlichen Dienstes baldmöglichst entsprochen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum gleichen Tagesordnungspunkt hat sich noch einmal zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach Schluß meiner Ausführungen hat der Herr Abgeordnete Altenburger zu mir herübergerufen: „Das sind nationalsozialistische Methoden!“ Aus diesem Grunde — Sie bestätigen es mir — habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet. *(Abg. Altenburger: Solche Verdrehungen!)* Wenn ich bis dahin noch bereit gewesen war — obwohl dabeisteht, daß es der Wunsch der ÖVP-Parteiführung ist, die Öffentlichkeit zu informieren —, darin eine einmalige Entgleisung, hinter der vielleicht nicht die gesamte Partei steht, zu sehen, so sehe ich in der Tatsache, daß Sie, Herr Kollege Altenburger, diese Methode der Diffamierung gegenüber Abgeordneten des Hohen Hauses, wenn

sie einer anderen Partei angehören, fortsetzen, ein System, das ich nicht zur Kenntnis nehmen kann, zumal es meine Person betrifft. Ein solches System will ich deswegen hier anprangern, weil Sie in einem Augenblick, wo es Ihnen offenbar unangenehm ist, daß über verschiedene Skandale die Diskussion hier entbrannt ist, damit antworten, daß Sie glauben, Sie können die Angehörigen anderer Parteien mit dem Vorwurf eines Verbrechens diffamieren. Herr Kollege, das ist der Vorwurf eines Verbrechens, das ist der Vorwurf der Wiederbetätigung, das wird Ihnen der Herr Justizminister und jeder sagen. Das ist die Methode, die da drinnensteckt. Das heißt, Sie glauben mit der Methode Ihre politischen Gegner, jene, die anderer Meinung sind, von den Sachen, die Ihnen unangenehm sind, vor allem dadurch abzulenken, daß Sie den Vorwurf des verbrecherischen Tatbestandes gegen politisch anders Denkende erheben.

Herr Kollege Altenburger! Ich habe mich zum Wort gemeldet, damit Sie nicht glauben, ich weiche einer solchen Diskussion aus. Ich möchte hier noch einmal feststellen: Ich bin jederzeit bereit, wenn Ihr Parteiobmann oder Sie, Herr Kollege Altenburger, eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten, mich jeder Untersuchung zu stellen. Ich bin aber nicht bereit, mich als Abgeordneter dieses Hauses — es bleibt dem Herrn Präsidenten überlassen, ich werde keinen Ordnungsruf verlangen, ob er bei solchen Vorwürfen einen Ordnungsruf erteilt oder nicht — weiterhin verbrecherisches Verhalten von Ihnen oder von einem anderen Abgeordneten vorhalten oder vorwerfen zu lassen.

Zur Sache selbst, Herr Kollege Altenburger, darf ich Ihnen sagen: Ich habe bisher davon nicht Gebrauch gemacht, denn ich mache es ungern, aber wenn Sie mich dazu zwingen, bin ich gerne bereit, dem Hohen Hause mitzuteilen, welche Angehörigen Ihrer Fraktion hier sitzen und ehemals hohe Ämter bei der ehemaligen NSDAP innegehabt haben. Ich suche nicht diesen politischen Kampf. Aber wenn Sie glauben, man kann den Bautenskandal dadurch ausgleichen, daß man sagt: Wer davon spricht, ist ein Neonazi, und wir werden jeden, der hier ans Rednerpult geht, des Verbrechens der Wiederbetätigung beschuldigen!, dann irren Sie sich, Herr Kollege! Es wird der Bautenskandal genauso wie die Millionen untersucht werden, es wird auch die Wiederbetätigung und der Vorwurf des Neonazismus untersucht werden, und es wird, wenn Sie es wünschen, auch bekanntgegeben werden, welche Gaufunktionäre der NSDAP in Ihrer Fraktion hier sitzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Es haben sich zwei Abgeordnete zu tatsächlichen Berichtigungen gemeldet. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Redezeit von fünf Minuten dabei nicht überschritten werden darf.

Zuerst der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. (*Abg. Melter: Der Altenburger macht eine Linkswendung! — Heiterkeit. — Abg. Kulhanek: Zeillinger hat vorher kehrtgemacht!*)

Abgeordneter Dr. van **Tongel** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet, weil der Tiroler Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei Dipl.-Ing. Dr. Leitner in seinen Ausführungen, bei denen er bekanntlich nichts gegen den Rechnungshof gesagt hat, ausgeführt hat, ich hätte bei der mehrfach erwähnten Fernseh-sendung, der einige hundert Leute beigewohnt haben, aber auch einige Mitglieder dieses Hohen Hauses, Einzelheiten aus dem Rechnungshofbericht dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm vorgehalten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Withalm wird es zunächst selbst bestätigen müssen, daß das nicht stimmt, sondern ich habe — und das berichtige ich hiemit tatsächlich — bei dieser Fernseh-sendung, bei der einzigen Gelegenheit, bei der ich zu Wort gekommen bin — man kommt dort nicht so leicht zum Wort wie hier —, festgestellt, daß der Rechnungshof dem früher zuständigen Ressortminister Dr. Fritz Bock als Bundesminister für Handel und Wiederaufbau einen Einschaubericht zugemittelt hat, aus welchem ja der Bundesminister Dr. Bock einiges hätte entnehmen können. Ich habe festgestellt, daß wir im Parlament diese Angelegenheit noch zur Sprache bringen werden.

Ich stelle weiters tatsächlich fest, daß ich keine Einzelheit aus dem Rechnungshofbericht behandelt habe, daß aber am vergangenen Mittwoch, dem 23. November, hier Kollege Weikhart einen Brief verlesen hat, den der Herr Dr. Leitner offenbar nicht apperzipiert hat, nämlich einen Brief des Rechnungshofpräsidenten an den Bundesminister Bock.

Ich stelle also fest, daß tatsächlich in den Ausführungen des Herrn Dr. Leitner Unterstellungen nicht nur gegen den Rechnungshof, sondern auch gegen meine Person gewesen sind, die ich hiemit tatsächlich berichtige. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Altenburger das Wort.

Abgeordneter **Altenburger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mich zu folgender Berichtigung zum Wort gemeldet:

Ich habe das, was Herr Abgeordneter Zeillinger behauptet hat, nicht gesagt. Ich habe ihn weder einer verbrecherischen Handlung noch sonst etwas bezichtigt, sondern ich habe deswegen, Herr Abgeordneter Zeillinger, weil Sie hier Worte gebraucht haben, die ich nie gesagt habe, von denen nur Sie behaupten, ich hätte sie gesagt, festgestellt, daß Ihre Verdrehungen meiner Worte einem System ähneln, das dem Nationalsozialismus gleichkommt. Den Beweis hiefür, daß ein solches System im Nationalsozialismus bestanden hat, werde ich gerne erbringen. Und solange Sie mir hier Behauptungen unterschieben, die ich gar nicht gemacht habe, bin ich meiner Ansicht nach berechtigt in diesem Sinne Vergleiche zu ziehen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Sie haben von „nationalsozialistischen Methoden“ gesprochen!*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundeskanzler Dr. Klaus. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Klaus**: Hohes Haus! Ich bin mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen der Debatterer zu den Kapiteln, die mein Ressort beziehungsweise die Bundesregierung insgesamt betreffen, gefolgt. Gestatten Sie mir nun, daß ich nur zu den wichtigsten Fragen und Bemerkungen, die mein Ressort oder die Bundesregierung insgesamt betreffen, vor Ihnen abschließend Stellung nehme.

Zur Verfassungsmäßigkeit des Bundesfinanzgesetzes. Die Bundesregierung hat sich vor der Beschlußfassung über den Wortlaut des Bundesfinanzgesetzes 1967 wiederum, wie schon beim Bundesfinanzgesetz 1966, ernstlich bemüht, der Auffassung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom Dezember 1962 Rechnung zu tragen. Dies tat die Bundesregierung umso mehr, als ihr ja bewußt ist, daß eine neue An kämpfung vor dem Verfassungsgerichtshof, und zwar gegen das Bundesfinanzgesetz 1966, anhängig ist.

Schon im Bundesfinanzgesetz 1966 wurden die Auffassungen des Verfassungsgerichtshofes dahin gehend beachtet, als die Ermächtigungen im Sinne des Artikels 18 des Bundes-Verfassungsgesetzes hinlänglich ausgestaltet, das heißt spezifiziert und ziffernmäßig präzisiert wurden. Dies wurde auch beim vorliegenden Entwurf des Bundesfinanzgesetzes beachtet.

Vom Ausgang dieses Verfahrens wird es nun abhängen, ob die Bemühungen der Bundesregierung, verfassungskonforme Regierungsvorlagen zu präsentieren, das Richtige getroffen haben. Es geht hier um eine von der Opposition verschiedene Rechtsauffassung, keineswegs aber um ein leichtfertiges Über-

Bundeskanzler Dr. Klaus

sehen von Verfassungsbestimmungen oder von Verfassungsgerichtshofurteilen.

Ich weise aber auch darauf hin, daß dem erwähnten Verfassungsgerichtshof durch diese Regierung viel weitergehend Rechnung getragen worden ist als von den Regierungen seit 1962, seit das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vorliegt. (*Abg. Dr. Pittermann:* Stimmt ja nicht!)

Zur Beachtung der Monierungen des Rechnungshofes. Nachdem der diesbezügliche Wunsch der Abgeordneten mir seinerzeit übermittelt worden war, habe ich den einzelnen Ressorts schon in der nachfolgenden Sitzung des Ministerrates den diesbezüglichen Wunsch des Nationalrates mitgeteilt und aufmerksam gemacht, daß die Monierungen des Rechnungshofes auf jeden Fall zeitgerecht beantwortet werden mögen.

Zum Abwurf von Flugzetteln durch ein ausländisches Flugzeug am 26. November: Die zuständigen Ministerien haben ein Komunique vorbereitet, aus dem ich Ihnen auszugweise mitteilen möchte, daß auf Grund des internationalen Luftfahrtübereinkommens, dem auch Österreich beigetreten ist, keine Einflugbeschränkungen gegen zivile Flugzeuge getroffen werden können, soweit nicht Sperrzonen festgelegt wurden. Solche Sperrzonen sind aber in Österreich nicht vorgesehen. Jedoch werden die zuständigen Stellen offenkundige Gesetzesverletzungen, die sich bei diesem Flug ergeben haben, wie Überquerungen der Einflugschneisen, Einhaltung der Flughöhe und Abwurf von Flugzetteln, zum Gegenstand einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft beziehungsweise bei den zuständigen Verwaltungsbehörden machen. Der Außenminister wird, solange die Erhebungen noch im Gange sind, keine diplomatischen Schritte unternehmen. Sollte sich nach Abschluß der Untersuchungen eine Verletzung der österreichischen Lufthoheit herausstellen, werden aber unverzüglich die notwendigen diplomatischen Schritte eingeleitet werden.

Zur Vorsorge für die Forderungen des öffentlichen Dienstes. Über die Forderungen des öffentlichen Dienstes werden am 9. Dezember mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes weitere Verhandlungen stattfinden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen muß abgewartet werden. Eine Novellierung der Reisegebührenvorschrift wird bereits vorbereitet. Da sich die Verhandlungen mit den Ressorts und den Gewerkschaften sehr schwierig gestalten, ist geplant, schon in Kürze wenigstens die Gebührenansätze zeitgemäß anzuheben.

Über das Personalvertretungsgesetz wurde noch länger als über das Pensionsgesetz, und zwar auch mit den Gewerkschaften des öffent-

lichen Dienstes, verhandelt. Die letzte Fassung des Entwurfs war ein Kompromiß zwischen dem Bundeskanzleramt und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Zum Zeitplan des Wirksamwerdens der Durchführung des Rundfunkgesetzes: Die Österreichische Rundfunk Ges. m. b. H. hat bereits die Bundesländer eingeladen, ihre Vertreter für die Generalversammlung bis 20. Dezember 1966 zu nominieren. Weiters wurden vom Bundesminister für Unterricht die einschlägigen Organisationen, Sport, Kirchen et cetera, eingeladen, Dreivorschläge für den im Gesetz angeführten Personenkreis ebenfalls bis 20. Dezember 1966 zu erstatten. Auf Grund dieser Dreivorschläge wird der Bundesminister für Unterricht dem Ministerrat einen entsprechenden Vorschlag von fünf Kandidaten unterbreiten.

Hinsichtlich der Vertreter der politischen Parteien in der Generalversammlung werden der Bundesminister für Unterricht und der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, also die derzeit für den Rundfunk zuständigen Minister, eine Einladung an die drei im Parlament vertretenen Parteien um Nominierung der Kandidaten ebenfalls bis 20. Dezember 1966 ergehen lassen.

Das Rundfunkgesetz verlangt aber auch die Bestellung des Aufsichtsrates bis 31. Jänner 1967. Es wird daher die Generalversammlung voraussichtlich zwischen dem 10. und 20. Jänner 1967 zusammentreten, um den Aufsichtsrat zu bestellen und den bisherigen Gesellschaftsvertrag durch entsprechende Beschlüsse dem neuen Gesetz anzupassen. Anschließend hat dann der Aufsichtsrat den Posten des Generalintendanten öffentlich auszuschreiben. Nach dessen Bestellung durch den Aufsichtsrat hat dieser wiederum die Posten der vier Direktoren und der Länderintendanten so auszuschreiben, daß auch ihre Bestellung durch den Aufsichtsrat auf Grund des Vorschlages des Generalintendanten noch vor dem 31. März 1967 erfolgen kann.

Ferner wurde gewünscht, daß die Regierungsvorlagen einen verständlichen Gesetzestext enthalten sollen. Das Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst versucht immer wieder, im Begutachtungsverfahren nicht nur Verfassungsfragen zu interpretieren, sondern auch Vorschläge für die sprachliche Gestaltung des Gesetzestextes zu machen. Diesbezüglich sind auch wiederholt Rundschreiben an die einzelnen Ressorts ergangen. Im übrigen wird gerne jedem Vorschlag zu sprachlichen Verbesserungen von Regierungsvorlagen im Begutachtungsverfahren oder in Ausschüssen oder wo immer in diesem Hause derartige Vorschläge gemacht werden, seitens der Bundes-

Bundeskanzler Dr. Klaus

regierung beziehungsweise des zuständigen Ressortsministers beigetreten.

Zur Frage der Vermögensrückgabe an die Familie Habsburg: Im Finanz- und Budgetausschuß habe ich am 3. November auf eine diesbezügliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann, ob meine Erklärung auch für Miet-, Pacht- und Baurechte gelte, geantwortet: Dies hängt vom Umfang des Antrages ab. Wenn der Umfang des Antrages einer Vermögensrückgabe gleichkäme, dann würde ihm nicht stattgegeben werden.

Der Herr Abgeordnete Pittermann interpretierte heute diese Antwort dahin gehend, daß auf diese Weise, zum Beispiel mit einem Pachtvertrag, das Schloß Eckartsau im Marchfeld oder der Kobernauserwald zu einem billigen Pachtzins überlassen werden könnte. Das Gegenteil, Herr Kollege, ist jedoch von der Bundesregierung geplant, wie ich schon in der Anfragebeantwortung im Finanzausschuß am 3. November zum Ausdruck gebracht habe.

Überdies habe ich dem Herrn Abgeordneten Hellwagner bei einer Diskussion am 11. November in Ranshofen wortwörtlich erklärt: Wenn der Kobernauserwald mit seinen tausenden Hektaren (*Abg. Dr. Pittermann: 21.000!*) verpachtet werden sollte, käme dies einer Vermögensrückgabe gleich und müßte daher abgelehnt werden. Wenn jedoch um Überlassung eines Baurechtes von einigen hundert Quadratmetern eingekommen würde, würde der Antragsteller genauso behandelt werden wie jeder andere österreichische Staatsbürger. Es ist schade, daß der Herr Abgeordnete diese Auffassung dem Herrn Klubobmann Dr. Pittermann nicht mitgeteilt hat. Ich habe darum ersucht.

Im übrigen ermöglicht die Bundeshaushaltsverordnung keine unangemessenen Pacht- oder Mietzinse. Solches müßte der Rechnungshof gemäß Artikel 126 b des Bundes-Verfassungsgesetzes als einen Verstoß feststellen, und damit würde sich das zuständige Regierungsmitglied politisch und auch ressortmäßig verantwortlich machen.

Zur Vorsorge für integrations- und strukturpolitische Maßnahmen im Budget: Wenn ich zunächst die finanziellen Maßnahmen auf dem Gebiete der Integrations- und Strukturpolitik nennen darf, so wurde bekanntlich bisher eine Milliarde Schilling aus dem ERP-Fonds für Umstellungs- und Anpassungsmaßnahmen reserviert. Die zuständige Sektion des Bundeskanzleramtes, die Sektion V, hat bereits ein Konzept für die zweckmäßige Verwendung dieser Mittel fertiggestellt. Darüber hinaus wird der ERP-Fonds nach entsprechenden Vorarbeiten auf integrations- und strukturpolitische Maßnahmen überhaupt um-

gestellt werden. Dem treten Kredite an die Seite, die durch die Investitionskreditbank, durch die Kommunalkreditbank, durch andere Hilfen der Bundesländer und der zuständigen Gemeinden, zum Beispiel für Aufschließungshilfe, gewährt werden. Im übrigen werden, wie Sie wissen, die Wachstumsgesetze wirksam, denen gleichfalls wichtige strukturpolitische Wirkungen beizumessen sind.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung ist sich darüber im klaren, daß auf die Dauer bei Strukturschwächen, sowohl branchenmäßiger wie auch regionaler Natur, nicht durch Subventionen und Haftungsübernahmen für gefährdete Unternehmungen geholfen werden kann, sondern nur durch zukunfts-trächtige Betriebsneugründungen, Betriebsumstellungen, Betriebsaufstockungen und dergleichen.

Das Raumordnungskomitee, das heute des öfteren erwähnt worden ist, arbeitet seit 1965, hat also schon in der Koalitionsregierung seine Tätigkeit begonnen. Es ist gelungen, 40 ausgezeichnete Fachleute zur Mitarbeit in diesem Raumordnungskomitee und den einzelnen Arbeitsgruppen zu gewinnen. Die Experten werden mit aktuellen Teilergebnissen schon 1967 zur Verfügung stehen. Sie können mir glauben, daß weder ich noch die Bundesregierung ein Interesse daran haben, jahrelang auf ein etwa tausend und mehr Seiten beinhaltendes wirtschaftsgeographisches Lehrbuch für Österreich zu warten und dann erst zu forschen, ob darunter Vorschläge sind, die man raumordnungsmäßig oder strukturpolitisch verwenden könnte. Nein, wir sind für praktische Vorschläge — sie sind uns auch zugesagt worden — für die rasche und ziel-führende Überwindung von Strukturschwächen, von Strukturschwächen, die nationalen und internationalen Anpassungsvorgängen unterworfen werden müssen. Das gilt nicht nur für die österreichischen Unternehmungen, verstaatlichte oder private, sondern selbstverständlich auch für hundertausende Arbeitnehmer, denen wir ebenfalls Sicherheit und Vollbeschäftigung schuldig sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Reich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Reich** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die sozialistischen Abgeordneten Robert Weisz, Ulbrich, Jungwirth, Frau Dr. Firnberg und Lukas haben einen Entschließungsantrag eingebracht, nach welchem die Witwenpensionen nach dem Pensionsgesetz von 50 auf 60 Prozent erhöht werden sollen. In diesem Entschließungsantrag wird verlangt, daß die Bundesregierung dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvor-

Reich

lage zuleiten soll, welche diese Erhöhung der Witwenpensionen nach dem Pensionsgesetz von 50 auf 60 Prozent zum Inhalt hat.

Meine Damen und Herren! Wir bedauern, diesem Entschließungsantrag nicht beitreten zu können, und wissen sehr genau, daß Sie einen ähnlichen Entschließungsantrag bei der Behandlung des Kapitels Soziale Verwaltung einbringen werden. *(Abg. Dr. Pittermann: Treten Sie dem wenigstens bei!)*

Meine Damen und Herren! Sie haben schon anlässlich des Budgets für 1966 ähnliche Anträge gestellt. Sie wissen aber sehr genau, daß diese Anträge in der Form im Augenblick nicht zu erfüllen sind. Sie wissen sehr genau, daß es dazu Mittel bedarf, die in diesem Budget nicht vorhanden sind. *(Abg. Czettel: Sie haben es versprochen! Ihre Partei hat es versprochen! Die Frau Sozialminister hat es versprochen!)* Wir werden sicherlich Gelegenheit haben, uns noch etwas gründlicher mit diesen Fragen auseinanderzusetzen! Herr Abgeordneter Czettel, Sie haben gesagt, daß unsere Partei das versprochen hat. Wir haben aber immer erklärt, was wir im Verlaufe dieser vier Jahre tun wollen, wir haben niemals versprochen, daß wir sofort, wenn wir in diesem Hause die Mehrheit haben, alle Wünsche erfüllen können, die an uns herangetragen werden. Sie wären auch nicht imstande gewesen, wenn Sie die Mehrheit bekommen hätten, alle Wünsche zu erfüllen. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Czettel: Armer ÖAAB!)*

Mein Freund Altenburger hat schon ganz richtig darauf hingewiesen, in welcher schwierigen Situation Sie sich in den drei Tagen befunden haben, als Ihnen ein Finanzministerium schon fast ins Haus stand. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)* Damals wußten Sie, daß unter Umständen nicht alle Wünsche erfüllt werden können, die Sie selbst erhoben haben.

Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen *(Zwischenrufe bei der SPÖ)* — das hat mit dem Arbeiter und Angestelltenbund gar nichts zu tun! —: Es können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Das wissen Sie sehr genau! *(Abg. Pay: Ihr habt ja nur Preiserhöhungen gemacht!)* Sie sind ja manchmal in derselben Lage, in Einrichtungen, in denen Sie die Mehrheit haben, auch Wünsche ablehnen zu müssen, weil sie in diesem oder jenem Augenblick nicht erfüllbar sind. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Deshalb möchte ich Ihnen nur sagen: Sie haben ganz genau gehört — auch der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede darauf hingewiesen *(Abg. Czettel: Er verspricht ja nur Reformen!)* —, daß dieses Problem der

Erhöhung der Witwenpensionen für uns ein sehr ernstes Anliegen ist. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Herren! Keine Aufregung! Jeder kann sich noch zum Wort melden! *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Abgeordneter Reich *(fortsetzend)*: Die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich auch persönlich sehr dafür einsetzen wird *(Abg. Czettel: Aber euch glaubt man ja nicht in der Regierung!)*, daß dieses Problem einer Lösung zugeführt wird, und zwar auch, wenn es etappenweise geschieht. *(Abg. Weikhart: Nur Versprechungen!)* Wenn sie erfüllt sind, was werden Sie dann sagen, Herr Abgeordneter Weikhart? Dann haben Sie keine Möglichkeit mehr, Zwischenrufe zu machen, und das ist ja im Augenblick Ihr eifrigstes Geschäft.

Ich glaube, daß Sie, weil Sie ja das Budget sowieso ablehnen, in diesem Fall auch gar nicht erwarten, unsere Zustimmung zu bekommen. Wir wollen den verantwortungsbewußten Weg weitergehen *(Rufe bei der SPÖ: Preiserhöhungen!)*, den wir auf diesem Gebiet gehen müssen, und der ist, daß wir nach einer etappenweisen Lösung jener Probleme suchen, die unsere Bevölkerung betreffen, und dazu gehört auch die etappenweise Erhöhung der Witwenpensionen, im besonderen für jene Frauen, die ausschließlich auf ihre Pension angewiesen sind. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Keinen Groschen für die Witwen, aber Steuergeschenke für die Reichen! — Abg. Rosa Jochmann: Die Ärmsten können warten, Herr Abgeordneter, die haben Zeit! — Abg. Reich: Was Sie jetzt alles erfunden haben, weil Sie nicht mehr in der Regierung sind, das ist sehr interessant!)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann das Wort.

Abgeordneter Dr. Pittermann (SPÖ): Hohes Haus! Ich befolge gehorsamst als erster die Aufforderung des Herrn Präsidenten, es könne sich jeder zum Wort melden, und nütze meine Wortmeldung aus, um zur Klarstellung eine direkte Anfrage an den Herrn Bundeskanzler in bezug auf seine letzten Ausführungen zu richten.

Sind Sie, Herr Bundeskanzler, bereit, dem Hohen Haus die Erklärung abzugeben *(Rufe bei der ÖVP: Fragestunde!)*, daß die Bundesregierung jeden Antrag des Herrn Otto Habsburg oder seiner Familie auf Vermietung, Verpachtung oder Einräumung von Baurechten an der Republik verfallenen Habsburger-

DDr. Pittermann

gütern ablehnen wird? (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Haider: Kaiserjäger!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Herr Abgeordneter, das hängt vom Umfang eines solchen Antrages ab. Ist ein solcher Antrag ... (*Abg. Weikhart: Was ist das für ein Rechtsstandpunkt? Entweder — oder! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Darf ich um Aufmerksamkeit bitten, denn man muß sich ja deutlich aussprechen und anhören (*Abg. Dr. Pittermann: Wollen wir ja!*), damit nicht Mißverständnisse entstehen, die dann zu Leitartikeln führen. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Herta Winkler: Entweder ja oder nein!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Ich bitte, den Herrn Bundeskanzler doch anzuhören! Es wurde eine Auskunft verlangt, und sie wird gegeben. Ich bitte also, sie anzuhören! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm, zur SPÖ gewendet: Das habt ihr jetzt notwendig gehabt!*)

Bundeskanzler Dr. Klaus (fortsetzend): Wenn ein solcher Antrag auch nur irgendwie einer partiellen Vermögensrückgabe gleichkäme, wird die Bundesregierung, falls sie überhaupt zuständig ist, einen solchen Antrag ablehnen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Sonst aber nicht! Danke, Herr Bundeskanzler!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm. (*Abg. Glaser: Uns bleibt gar nichts erspart! — Heiterkeit.*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir wollen die Exklusivfragestunde für den Herrn Bundeskanzler um eine Frage erweitern, deren Beantwortung er uns bislang schuldig geblieben ist. Es ist ein Thema, das eigentlich den Heiterkeitserfolg, den meine Wortmeldung nach sich gezogen hat, nicht unbedingt rechtfertigt.

Herr Bundeskanzler! Von unserem Parteiohmann, dem Abgeordneten Peter, wurde die sehr klare und wie gewohnt auch laut genug vorgebrachte (*Heiterkeit*) Anfrage an Sie gerichtet, ob Sie als Bundesparteiohmann sagen können — Sie können mir jetzt natürlich ausweichen und sagen: Ich spreche hier als Bundeskanzler!; ich hoffe aber, daß Sie dieser schizophrenen Spaltung nicht unterliegen werden (*Heiterkeit*) —, ich frage Sie also, Herr Bundeskanzler, ob es Ihre Meinung ist, was Ihr Exklusivpressedienst hier schreibt. Ich zitiere nur einen Satz:

„Auch die FPÖ schwimmt also ins nationalsozialistische Fahrwasser, und unsere beiden Abgeordneten Tongel und Peter hätten es darauf angelegt, die Ideologie von vorgestern sozusagen oder der Vergangenheit hier in Österreich wieder Urständ feiern zu lassen, ja eine glorreiche Zukunft zu bescheren.“

Es ist für uns eine sehr wesentliche Frage, Herr Bundeskanzler, Ihre Meinung dazu zu hören und von Ihnen zu erfahren, ob Sie der Auffassung sind, daß das noch im Rahmen üblicher parteipolitischer Auseinandersetzungen vertretbar ist, vor allem auch im Hinblick auf die eine Überlegung, ob wir damit wirklich Österreich gerade in der jetzigen Situation dienen — und der Podgorny-Besuch hat Ihnen ja, glaube ich, manche Illusion genommen —, wenn man in dieser Form eine hier im Haus vertretene Partei vor der Öffentlichkeit herabsetzt und angreift, indem man ihr Tendenzen unterstellt, die vom österreichischen Strafgesetz mit nicht unerheblichen Strafen bedroht sind. Herr Bundeskanzler, ich glaube, diese Antwort sind Sie uns moralisch schuldig. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand gemeldet. — Doch, es meldet sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Regierungsmitglieder können sich jederzeit zum Wort melden beziehungsweise im Hohen Haus in Angelegenheiten ihrer ressortmäßigen Vollziehungszuständigkeiten befragt werden. Ich bin leider nicht in der Lage, Aussendungen des ÖVP-Pressedienstes, die nicht Angelegenheiten der Vollziehung des zuständigen Ressorts betreffen, hier zu beantworten. (*Abg. Dr. Pittermann: Mein Name ist Klaus, ich weiß von nichts!*) Ganz im Gegenteil. Ich werde mir erlauben, Ihnen auf dem gegebenen Wege außerhalb dieses Hohen Hauses die Antwort auf Ihre Frage zukommen zu lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppen I und II beendet.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über Beratungsgruppe I. Diese umfaßt Kapitel 01: Präsidienkanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 06: Rechnungshof.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsanträge. Zunächst lasse ich über die vom Ausschuß beantragte Entschließung abstimmen, betreffend Maßnahmen, welche die rechtzeitige und direkte Vorlage der Rechnungshofberichte an die zuständigen gesetzgebenden Körperschaften vor ihrer Veröffentlichung sichern sollen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, ist einstimmig angenommen.

Wir stimmen nun ab über den zweiten Entschließungsantrag des Ausschusses, der ebenfalls dem Ausschußbericht beige druckt ist. In dieser Entschließung wird der Bundeskanzler ersucht, eine Novelle zur Reisegebührenvorschrift, betreffend Verlängerung des Zeitraumes für Tarif I, vorzulegen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke, ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beratungsgruppe II. Diese umfaßt Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen beiden Kapiteln in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zunächst zur Abstimmung über die zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsanträge. Ich lasse zunächst über die dem Ausschußbericht beige druckte Entschließung abstimmen, in der die Bundesregierung um Überprüfung der Gewährung von Zulagen im öffentlichen Dienst im Interesse der Vermeidung von Ungleichheiten ersucht wird. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, ist einstimmig angenommen.

Ich lasse nunmehr über den zweiten dem Ausschußbericht beige druckten Entschließungsantrag abstimmen, in dem die Bundesregierung ersucht wird, dem Nationalrat einen Bericht über die Rechtsbereinigung und Verwaltungsreform vorzulegen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die zwei Entschließungsanträge, die von den Abgeordneten Robert Weisz und Genossen eingebracht wurden.

Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag abstimmen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, alles zu unternehmen, um die laufenden Verhandlungen über die Gehaltsforderung der öffentlich Bediensteten so rasch wie möglich einem positiven, für die Bediensteten zufriedenstellenden Ergebnis zuzuführen und allenfalls durch ein Nachtragsbudget für die Deckung dieser Forderung Vorsorge zu treffen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, das ist die Minderheit, daher abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den zweiten Entschließungsantrag der Abgeordneten Robert Weisz und Genossen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, dem Nationalrat ehestens eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche die Erhöhung der Witwenpensionen nach dem Pensionsgesetz von 50 auf 60 Prozent zum Inhalt hat. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, das ist die Minderheit, ist ebenfalls abgelehnt.

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IV

Kapitel 11: Inneres

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Nunmehr gelangen wir zur Spezialdebatte über Beratungsgruppe IV. Diese umfaßt Kapitel 11: Inneres. Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida, den ich um seinen Bericht bitte.

Spezialberichterstatter Dipl.-Ing. Tschida: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe über Kapitel 11: „Inneres“, zu berichten.

Bei Kapitel 11 sind im Bundesvoranschlag 1967 für den Bereich des Bundesministeriums für Inneres insgesamt Ausgaben von 2.261,583.000 S vorgesehen.

Hievon entfallen auf den Personalaufwand 1.789,195.000 S, also 79 Prozent, und auf den Sachaufwand insgesamt 472,388.000 S, somit 21 Prozent.

Die Personalkredite erfuhren gegenüber dem Vorjahr infolge der durchgeführten Bezugserhöhung eine Steigerung um 165,248.000 S.

Dipl.-Ing. Tschida

Für den Sachaufwand stehen dem Bundesministerium für Inneres im Jahre 1967 um 68,065.000 S mehr als 1966 zur Verfügung. Davon entfallen allerdings 24,429.000 S auf die erstmalig bei Kapitel 11 veranschlagten Kredite für Bezugsvorschüsse.

Bei Titel 0 sind 39,874.000 S für den Aufwand der Zentralleitung veranschlagt.

Beim Titel 1 sind für den Zweckaufwand des Bundesministeriums für Inneres 20,142.000 S vorgesehen.

Hievon entfallen auf die Flugpolizei und den Flugrettungsdienst 7,970.000 S.

Für den Zivilschutz stehen ebenso wie im Jahre 1966 7,695.000 S zur Verfügung.

Für Wahlkosten ist im Jahre 1967 ein Betrag von 3,371.000 S vorgesehen. Mit diesen Krediten sollen die Restkosten für die Nationalratswahl 1966 und für die Wahl des Bundespräsidenten 1965 erstattet werden. Außerdem ist hierin der Kostenersatz an die Gemeinden für die Führung der Wähler-evidenz inbegriffen.

Für das Wanderungswesen ist ein Kredit von 266.000 S präliminiert, der vor allem für die Rückführung mittellos gewordener Österreicher aus dem Ausland vorgesehen ist.

Die Aufwendungen für die Anlagenkredite des Entminungsdienstes sind mit 800.000 S veranschlagt.

Bei Titel 2 sind die Kosten für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene veranschlagt.

Hievon entfallen auf den Sachaufwand der politischen Behörden 6,189.000 S und auf die Kriegsgräberfürsorge 3,617.000 S.

Titel 3 enthält die Aufwendungen für die Bundespolizei im Gesamtbetrag von 178,277.000 S.

Der Ansatz im Verwaltungsaufwand ist um 8,977.000 S höher als im Jahre 1966.

Die Anlagenkredite sind gegenüber 1966 um 5 Millionen Schilling höher. Durch diese Krediterhöhung wird es möglich sein, die Motorisierung und vor allem die nachrichtentechnische Ausrüstung weiter zu verbessern.

Die Aufwandskredite der Bundespolizei wurden gegenüber dem Vorjahr um 660.000 S erhöht.

23 Polizeibeamte sind derzeit dem österreichischen Polizeikontingent in Cypern dienstzugeteilt.

Bei Titel 4 ist der Sachaufwand der Bundesgendarmerie mit 203,485.000 S veranschlagt.

Die Anlagenkredite konnten von 30,100.000 S auf 39,500.000 S erhöht werden, sodaß es möglich sein wird, die Motorisierung der Gendarmerie und die Ausstattung mit Funk-

geräten entsprechend dem fünfjährigen Anschaffungsprogramm der Bundesgendarmerie weiter zu verbessern.

Für das Nachrichtenwesen sind im Budget 1967 18 Millionen Schilling vorgesehen.

11 Gendarmeriebeamte sind derzeit dem österreichischen Polizeikontingent für Cypern dienstzugeteilt.

Die Ausgaben für die bei Titel 5 veranschlagten Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber sind auf drei Paragraphen aufgeteilt.

Beim § 1 ist für Flüchtlingsanstalten im Jahre 1967 ein Betrag von 2,850.000 S vorgesehen. An Anstalten werden derzeit noch die Pflegeanstalt für chronisch Kranke in Thalham und das Fürsorgeheim in Bad Kreuzen, beide in Oberösterreich, geführt.

Die zweckgebundene Gebarung ist im § 2 mit Ausgaben von 2,273.000 S veranschlagt, das sind um 1,346.000 S mehr als im Jahre 1966. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um die Aufnahme der Gebarung des Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen in die Bundesrechnung.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen 13 Mitglieder des Finanz- und Budgetausschusses das Wort. Bundesminister Dr. Hetzenauer beantwortete in eingehender Weise die während der Debatte aufgeworfenen Fragen.

Bei der Abstimmung am 17. November 1966 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze des Kapitels 11 in der unten angeführten Fassung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit auf Grund seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 11: Inneres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 (204 der Beilagen) unter Berücksichtigung der angeschlossenen Abänderungen beziehungsweise Druckfehlerberichtigungen und drucktechnischen Korrekturen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Spezialdebatte einzuleiten.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kratky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kratky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist schon ein wenig spät für das sehr wichtige Kapitel, aber trotzdem wird es notwendig sein, zu einer Reihe von Fragen Stellung zu nehmen.

Eingangs meiner Ausführungen erkläre ich namens meiner Fraktion, daß wir diesem

Kratky

Kapitel unsere Zustimmung nicht geben können, nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch aus Mißtrauen gegenüber der gegenwärtigen Regierung und gegenüber jedem einzelnen Mitglied dieser Regierung. Dieses Mißtrauen richtet sich jedoch nicht gegen die Beamten und Mitglieder der Exekutive, denen ich hier namens meiner Fraktion den Dank und die Anerkennung für ihre Pflichterfüllung trotz aller Widerwärtigkeiten ausspreche. (*Abg. Hartl: Olah!*) Das ist ja Ihr Mann gewesen. (*Abg. Hartl: Ihr Mann! Ihr habt ihm ja Beifall geklatscht!*) Sie haben ja dafür gestimmt daß er hier im Haus bleibt, Herr Kollege Hartl!

Und nun zu meinen Debattenbeiträgen. Ich will mit der Reihenfolge keine Qualifikation der einzelnen Fragen vornehmen, denn die meisten Fragen würden den Vorrang verdienen.

Das Thema Verkehrsunfall und Alkohol am Lenkrad ist jedoch ein ganz besonderes, denn das „Leben hat Vorrang“.

Verkehrsunfälle: Keine Woche, vor allem kein Wochenende vergeht ohne eine Vielzahl von Verkehrsunfällen mit einer sehr oft erschütternden Todesbilanz. Für viele Autofahrer, aber auch für viele Familien ist das der Beginn einer sehr ungewissen Zukunft.

Zur besseren Illustration einige Zahlen: Mit Beginn des Jahres 1966 betrug der Kraftfahrzeugbestand 1.319.450, hinzu kommen noch 490.320 Mopeds und Fahrräder mit Hilfsmotor. Das ergibt eine Zahl von 1.809.770 Kraftfahrzeugen, eine fast unglaubliche Zahl.

Im Jahre 1965 wurden 44.970 Straßenverkehrsunfälle registriert, bei denen Personen verletzt oder getötet wurden, sowie 46.738 Straßenverkehrsunfälle, bei denen nur Sachschaden entstand; somit eine Gesamtzahl von 91.708 Straßenverkehrsunfällen. Bei den Verkehrsunfällen, bei denen Personen zu Schaden kamen, gab es insgesamt 61.816 Verletzte, darunter eine Vielzahl Schwerverletzter, und 1829 Tote. Für das Jahr 1966 wird schätzungsweise mit 2000 Toten gerechnet.

Nach Angaben der Versicherungsgesellschaften betrugen die Ausgaben bei wirksamen Schäden infolge Verkehrsunfällen 1323 Millionen Schilling, davon bei den Pkws 987 Millionen Schilling. Hinzugerechnet werden müßte bei den Verletzten noch die Schadenssumme, die sich durch die Krankheitstage ergibt, und die Schadenssumme für die Angehörigen der tödlich Verunglückten. Gering geschätzt ergibt sich meiner Meinung nach eine Schadenssumme von rund 1,5 Milliarden Schilling, die der Volkswirtschaft entzogen werden.

Unfälle, die ihre Ursache im Alkohol am Lenkrad haben, gab es 3984. Diese Zahl mag für den einzelnen im Verhältnis zur großen Zahl der Unfälle ein Bruchteil sein, aber trotzdem könnte gerade in solchen Fällen viel Unglück verhütet werden.

Für die Weinbauern in meiner Fraktion und in Ihrer Fraktion möchte ich sagen, daß ich nicht das Verlangen stelle, jeder Autofahrer müsse zum Abstinenzler erzogen werden. Wenn wir aber an den diversen Gaststätten, vor allem in den Heurigen-gegenden, vorbeikommen, und die große Zahl der Pkws sehen, dann muß die Frage aufgeworfen werden: Was kann seitens der Behörden noch geschehen, um den alkoholisierten Autolenker zu hindern, daß er seinen Pkw besteigt, damit er nicht in die Gefahr kommt, selbst das Opfer seines Zustandes oder aber Totschläger beziehungsweise Mörder am Volant zu werden.

Zusammenfassend möchte ich, Herr Bundesminister, einige Fragen stellen. Ich habe sie teilweise bereits im Finanz- und Budgetausschuß gestellt. Vielleicht wäre es aber gut, daß auch hier das Haus erfährt, was auf diesem Gebiet seitens Ihres Ministeriums geschieht.

Herr Bundesminister, Ihr Vorgänger hat die Aktion „Leben hat Vorrang“ eingeleitet. Was geschieht auf diesem Gebiet weiter an Aufklärung und Information? Vielleicht könnten Sie beim Herrn Unterrichtsminister veranlassen, daß die Verkehrserziehung als Unterrichtsgegenstand in allen Schulen eingeführt wird.

Weiters: Gibt es einen Plan oder ein Konzept, wie in Zukunft Verkehrsunfälle weitestgehend verhindert werden könnten? Wäre es nicht zweckmäßig, daß durch eine neuerliche Kompetenzvereinbarung die gesamten Verkehrsfragen dem Innenministerium zugeteilt werden? Sind Sie der gleichen Auffassung? Wenn ja, frage ich: Wurde in dieser Richtung bereits Ihrerseits Fühlung genommen?

Zu Personalfragen: Uns allen sind die Schwierigkeiten bekannt, die sich aus dem Personalmangel ergeben; wobei ich in diesem Zusammenhang darauf verweisen möchte, daß nach Informationen, die ich erhielt, bloß 15 Prozent der Angehörigen der Exekutive jünger als 30 Jahre alt sind und sich durch die zunehmende Überalterung natürlich viele Probleme, darunter erhöhter Krankenstand und so weiter, ergeben.

Seitens des Personals gibt es aber auch eine Reihe von Forderungen, die bisher teilweise unberücksichtigt geblieben sind. Ich nenne hier die Erhöhung der Nebengebühren; darunter sind zu verstehen die Pauschal-

Kratky

Bereitschafts- und Inspektionsgebühren, vor allem werden ja mit der Pauschalgebühr geleistete Überstunden abgegolten.

Wir haben in der Haussitzung der vergangenen Woche Beträge gehört, die direkt oder indirekt dem Staat entzogen worden sind. Mit diesen Millionenbeträgen hätten berechnete Wünsche teilweise erfüllt werden können. Ich erinnere aber auch hier an die berüchtigten 23 Haselgruber-Millionen, die die ÖVP wohl versprochen hat zurückzuzahlen, aber noch immer schuldig ist.

Die letzte Erhöhung der Nebengebühren erfolgte im Jahre 1962, und seither ist eine starke Steigerung der Lebenshaltungskosten und im gleichen Ausmaß ein Kaufkraftverlust eingetreten, sodaß die Forderungen mehr als berechtigt sind, wobei einige Kollegen hier bereits in der Debatte über das vorige Kapitel auf die Forderungen der Bundesbeamten im allgemeinen Bezug genommen haben.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß gerade durch den Personalmangel zusätzliche Arbeiten übernommen werden müssen und dadurch eine wesentliche qualitative, aber auch quantitative Leistungssteigerung der Exekutivangehörigen erfolgte.

Der Herr Finanzminister oder Sie, Herr Bundesminister, werden fragen, woher die Gelder genommen werden sollen, die für die Erfüllung dieser oder anderer Forderungen notwendig sind. Ziel jeder Personalpolitik, vor allem der Personalpolitik des Bundes, müßte sein, durch gute Arbeitsbedingungen — dazu gehört selbstverständlich die Entlohnung — den Beamten und Bediensteten das Gefühl zu geben, daß ihre Arbeit und ihre Leistungen anerkannt werden. Außerdem müßte infolge des Personalmangels bei den Budgetansätzen für den Personalaufwand Geld übrigbleiben, und zweitens wird es bei einer besseren Entlohnung noch bessere und größere Leistungen geben. Diese Mehrleistungen bringen gleichzeitig Einsparungen auf dem Personalsektor; man würde durch diese Mehrleistung weniger Personal brauchen.

Zu den guten Arbeitsbedingungen — und auch hier sind Forderungen des Personals vorhanden — gehört auch, daß die Aufenthalts- und Arbeitsräume der Beamten zeitgemäß ausgestattet werden, um ein möglichst gutes Arbeitsklima zu schaffen. Die Privatwirtschaft hat auf diesem Gebiet bereits große psychologische Erfahrungen gesammelt und diese für ihre Betriebe nutzbringend verwendet. Ich glaube, die Behörden sollten das gleiche tun. Ich frage deshalb auch — vielleicht könnten Sie mir Auskunft geben, Herr Bundesminister —, ob unter den Sachausgaben auch einiges für die Modernisierung

der Amtsräume der Exekutivbeamten vorgesehen ist.

Der fühlbare Personalmangel, aber auch der größer werdende Aufgabenbereich zwingen zu einer verstärkten Motorisierung und verstärkten technischen Ausrüstung, damit die Exekutive ihren Dienstaufgaben gerecht wird.

Vielleicht könnten Sie, Herr Minister, soweit es Ihnen möglich ist, dem Hause sagen, was an größeren Dingen hier vorgesehen ist.

Personalversetzungen: Immer wieder wird Klage geführt, daß Veränderungen am Personalsektor ohne Befragen der zuständigen Gewerkschaftsvertreter erfolgen. Oder meint man, daß das einseitige Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Angestelltenbund schon die Meinung der Gewerkschaft ist?

In diesem Zusammenhang verweise ich auf einen Artikel in der Donnerstagsausgabe der Tageszeitung „Die Presse“, wo auf einen größeren Wechsel und entscheidende Veränderungen in einer Reihe von Dienststellen des Innenministeriums hingewiesen wird.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß die letzte Entscheidung beim Minister liegen soll, aber wenn in diesem Artikel von Unruhe unter den Beamten und von keinen sehr glücklichen Lösungen die Rede ist, dann muß man zu der Meinung kommen, daß nicht immer das Einvernehmen mit den zuständigen Gewerkschaftsvertretern hergestellt wurde.

Von Gewerkschaftern wurde mir auch mitgeteilt, daß sie in vielen Fällen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Können Sie, Herr Minister, dem Hause eine erschöpfende Auskunft geben?

Wirtschaftspolizei: Diese ist bekanntlich eine Einrichtung der Wiener Polizeidirektion und ist zu einem Organ geworden, das mitteilt, daß das Wirtschaftsleben in unserer Republik sauber bleibt, vor allem daß der überwiegende Teil der Wirtschaftstreibenden vor unsauberen Elementen geschützt wird, daß aber auch das Eigentum der Gemeinschaft vor dem Zugriff asozialer Elemente bewahrt wird. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Gerade die letzten Ereignisse sind ein Beweis dafür, wie nützlich und notwendig solche Einrichtungen sind. Soweit mir bekannt ist, wurden noch in der Zeit der Koalition für die Erhebungsbeamten Kurse angesetzt und durchgeführt, die sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigt und die den Beamten wirtschaftliches Wissen vermittelt haben, das sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Werden diese Kurse fortgesetzt, und besteht die Absicht, hiezu auch Beamte aus dem gesamten Bundesgebiet einzuladen?

Kratky

Ganz kurz zum Asylrecht. Auch auf diesem Gebiet hat unsere Republik Vorbildliches geleistet; obwohl die gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen meiner Meinung nach unzureichend sind. Ist daran gedacht, ein moderneres Asylrecht, das verfassungsrechtlich verankert werden soll, zu schaffen?

Abschließend, Herr Minister, möchte ich Sie noch um folgendes fragen: Vor mir liegt die Photokopie eines Erlasses des Bundesministeriums für Inneres — Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Zahl 159.130-B/66. Der Erlaß betrifft die Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer, Versicherungs-AG.; kollektive Zusatzkrankenversicherung für die Bediensteten des Bundesministeriums für Inneres, mit Datum vom 27. Oktober 1966. Dieser Erlaß ist an alle Landesgendarmeriekommanden, an das Kommando der Gendarmeriezentralschule und an das Gendarmeriebeschaffungsamt gerichtet. In diesem Erlaß wird für die Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer, Versicherungs-AG., geworben; wobei ich mir gestatte, aus diesem Erlaß einiges vorzulesen.

„Die Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer, Versicherungs-AG., in Wien II, Praterstraße 1—7, hat ein Anbot auf Abschluß einer kollektiven Zusatzkrankenversicherung, wie sie bereits seit vielen Jahren in anderen Dienststellen des Bundes besteht, gestellt.“ Nun kommen die Angebote, und dann heißt es weiter:

„Die durch den kollektiven Abschluß begünstigte monatliche Prämie, die um ein wesentliches niedriger ist als die gleichwertigen Einzelversicherungen, ist für männliche und weibliche Versicherungsnehmer, unbeschadet des Alters und des derzeitigen Gesundheitszustandes gleich hoch.“ Es folgen weitere Ausführungen, auf die ich nicht eingehen will, und dann heißt es zum Schluß:

„Der Abschluß dieser Kollektivzusatzversicherung ist jedoch nur bei entsprechend großer Beteiligung (mindestens 190 Bedienstete ausschließlich der mitversicherten Familienangehörigen) möglich.

Die Versicherungsprämie ist steuerlich absetzbar.

Die von den am Abschluß einer kollektiven Zusatzkrankenversicherung interessierten Beamten ausgefüllten und unterzeichneten Beitritts-erklärungen und Erklärungen für den Gehaltsabzug der Versicherungsprämie durch das Zentralbesoldungsamt sind von den Kommanden nach Dienststellen geordnet und mit einem Verzeichnis (zweifach)“ — ich betone: „zweifach“! — „versehen bis ... 15. November 1966 dem Gendarmeriezentralkommando vorzulegen.“ Gezeichnet: „Für den Bundes-

minister: Dr. Fürböck.“ Meines Wissens General der Gendarmerie.

In Abwandlung des Stehsatzes der ÖVP: „Eine Politik für alle Österreicher!“ könnte man in diesem Falle, wenn es heiterer wäre — aber es ist eine ernste Angelegenheit —, sagen: Für alle österreichischen Bundesbeamten eine Versicherungsgesellschaft, nämlich die Bundesländer-Versicherungsgesellschaft!

Herr Dr. Withalm sprach vormittag mit viel Pathos von Interventionen, und was er gesagt hat, das wird er hoffentlich in den kommenden Wahlversammlungen den Wählern sagen, damit diese wissen, woran sie sind. Ich frage aber den Herrn Dr. Withalm — leider ist er nicht im Saal —: Ist dieser Erlaß, den ich soeben verlas, Intervention — ja oder nein? Meine Meinung dazu ist: behördliche Intervention für eine einzige Gesellschaft, um den Beamten ungewollte Lasten aufzuerlegen.

Herr Minister! Ist Ihnen dieser Erlaß bekannt? Wenn nicht, stelle ich ihn zur Verfügung. (*Redner überreicht das Schriftstück.*) Wenn ja, halten Sie es erstens für würdig, daß das Bundesministerium für Inneres zu einer Agentur für eine Versicherungsgesellschaft wird? Zweitens: Glauben Sie nicht, daß der letzte Satz dieses Erlasses einer Nötigung gleichkommt? Und drittens, daß durch derartige amtliche Aufforderungen, die gar nicht, aber schon gar nicht im Interesse der Republik Österreich oder des Bundesministeriums liegen, sondern nur im Interesse einer Versicherungsgesellschaft, bei vielen Beamten das Gefühl entsteht: Wer bekommt die Provision oder die Werbepremie? Eine Einzelperson, mehrere Personen — oder eine Partei?

Ich halte derartige Erlässe für unmoralisch und will deshalb gar nicht an Sie die Frage richten, ob auch anderen Versicherungsgesellschaften im Erlaßwege dieselben Möglichkeiten geboten wurden.

Vieles, was bisher seitens der ÖVP-Bundesregierung getan wurde — siehe Verhalten in der Frage Otto Habsburg, die Skandalaffären und derartige Erlässe —, höhnen die Republik und die Demokratie aus und können vor allem dem jungen Staatsbürger nicht das Gefühl der politischen Sauberkeit und Anständigkeit geben.

Und deshalb, Herr Minister, unser Mißtrauen, und deshalb auch unsere Ablehnung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Regensburger. Ich erteile es ihm. (*Rufe bei der SPÖ: O je!*)

Abgeordneter Regensburger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Regensburger

Ich freue mich über den Willkommgruß von der linken Seite.

Der Herr Vorredner, Abgeordneter Kratky, hat seine Ausführungen recht objektiv begonnen, aber als er dann die 23 Haselgruber-Millionen mit in die Debatte hineingeworfen hat, dachte ich mir schon: Wieso gehört das zum Kapitel „Inneres“? (*Abg. Sekanina: Wir reden so lange, bis ihr sie bezahlt!*) Aber ich habe mir schon bei der Debatte in der vergangenen Woche, als von der linken Seite und von der Mitte solche Dinge immer wieder aufgeworfen wurden und nur Namen von der ÖVP genannt wurden, gedacht, und es kam mir vor, und ich hatte fast einen leisen Verdacht, daß man ehemals nur in eine gewisse Richtung Untersuchungen anstellte.

Selbstverständlich gebe ich zu, daß es bei jeder Partei Leute gibt, die Gesetze übertreten. Schon seinerzeit soll Bundeskanzler Seipel gesagt haben, daß eben eine politische Partei keine Allerheiligenlitanei sei. Und wenn schon unsere Mitglieder keine Allerheiligenlitanei sind und wir das zugeben, dann werden die Herren von der linken Seite doch nicht behaupten, daß ihre Mitgliederliste eine Allerheiligenlitanei ist! (*Ruf bei der SPÖ: Nein! Vollkommene Heilige! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Rufe bei der SPÖ: Müllner! Müllner! Haselgruber! Und ähnliche Dinge! — Abg. Ing. Kunst: Herr Abgeordneter Regensburger! Es geht um die Einlösung Ihres vom damaligen Bundeskanzler und Parteiboss, ...!*) Herr Kollege Kunst! Ihnen rate ich, das Büchlein von Hans Weigel mit der Überschrift „Tirol für Anfänger“ zu lesen! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Kunst: Die ÖVP versprach einmal die Rückzahlung der Millionen! Das wollen Sie nicht hören!*)

Was die Zusatzversicherung anbelangt, kann ich selber hier feststellen, daß zum Beispiel die Lehrerschaft Tirols bei der Wiener Städtischen versichert ist und noch nie dort im Landtag oder in der Lehrerschaft überhaupt der Eindruck entstanden ist, daß in der Lehrerschaft Tirols irgendwo Parteipropaganda betrieben wird. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Skritek: Erlaß!*) Ich bin selber Zusatzversichert bei der Wiener Städtischen. So gibt es eben Ämter und Institutionen, die einen anderen Versicherungszweig heranziehen.

Wenn nun hier behauptet wird, daß Erlässe über Zusatzversicherungen die Demokratie aushöhlen, dann wundere ich mich gar nicht, daß auch Habsburg täglich als eine Aushöhlung der Demokratie hier bezeichnet wird und aus der ganzen Situation mehr Staub aufgewirbelt wird, als eben notwendig ist. (*Abg. Ma-*

chunze: Oder Habsburg-Schmutzwäsche, wenn wir wollen! — Ruf bei der SPÖ: Da brauchen wir eine große Wäscherei!)

Ich komme nun zur Sache, sehr geehrte Damen und Herren! Plato läßt in einem Stück den Sophisten Kallikles den Unterschied zwischen dem staatlichen Gesetz und dem Gesetz der Natur darlegen. Jenes erscheint ihm in sophistischer Sicht als widernatürlich und ungerecht, weil es nur zum Vorteil der Schwachen und der Masse zugeschnitten sei und dem Starken, den die Natur zur Macht und Größe ausersehen habe, Fesseln anlegt. Deshalb weist er in diesem Zusammenhang an anderer Stelle auf ein dauerndes Spannungsverhältnis zwischen dem Individuum und der staatlichen Ordnung hin.

Auch der Schweizer Otto Woodtli meint in seinem Buch „Erziehung zur Demokratie“, daß der Staat ein Wesen anderer Art als das Volk sei.

Ohne die Zitate nun weiter auszudeuten, ist jedem von uns klar, daß die Einstellung zum Staat in diesem Spannungsverhältnis von seiten der Bevölkerung zu einem guten Teil von einer geschickten und konzeptiven Führung sowie von dem reibungslosen Funktionieren des Innenressorts beeinflußt wird.

Abgeordneter Czettel hat in seiner Rede am 20. Juni dieses Jahres ausgeführt, „daß es auch wertvoll wäre und wertvoll ist, nun bewußt auch ein Konzept zur Hebung und Stärkung der inneren oder öffentlichen Sicherheit ... anzustreben“.

Er gab dabei nach meiner Ansicht indirekt zu, daß bei den früheren sozialistischen Ressortleitern entweder kein Konzept vorhanden war oder ein falsches da war oder ein vorhandenes nicht zur Ausführung gelangte. Das Quasigeständnis wurde von ihm dann in der Folge insofern eingeschränkt, indem er sagte — ich zitiere —: „Nachdem das Innenressort mehr als 20 Jahre von Sozialisten geführt worden ist und insbesondere in der ersten Zeit nach dem Krieg ein Oskar Helmer so demonstrativ bewiesen hat, wie erfolgreich auch wir ein solches Ziel“ — er meinte die Wahrung der demokratischen Ordnung — „vom Konzept her anstreben können ...“

Der Hinweis auf Helmer als Beispiel eines integren und konzeptiven Ressortleiters wird auch von der ÖVP vollinhaltlich ernst genommen. (*Abg. Czettel: Jetzt, weil er nicht mehr lebt! — Abg. Hartl: Haben wir immer!*)

Aber ebenso unbestritten ist die Tatsache, daß Minister Dr. Hetzenauer nach der Betrauung mit der Leitung des Innenministeriums eine schwere Aufgabe vorfand und diese Aufgabe in kurzer Zeit löste und so elegant meisterte, daß die „Presse“ am 14. Oktober 1966

Regensburger

folgende Bilanz zog: „In dem einstigen Palais in der Herrngasse herrscht heute wieder jene aus dem Gefühl der Sicherheit geborene korrekte Ministerialatmosphäre wie einst unter Helmers Zeiten.“ (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Das hat der Helmer nicht verdient!*)

Wie belastet das von Dr. Hetzenauer übernommene Erbe war und wie das absolut rechtliche Denken sowie das auf den Regeln der Fairneß basierende Handeln des neuen Ressortchefs die Belastung beseitigte, daran darf ich Sie, meine Damen und Herren, mit einigen Pressenotizen erinnern. Es ist nämlich von meinem Vorredner Kratky bezüglich der Versetzungen ein Pfeil gegen das Innenressort abgeschossen worden. Aber ich darf nun in der Folge ausführen, daß die Zufriedenheit und die Gerechtigkeit im Innenressort erst seit Hetzenauer wieder vorhanden ist. (*Ruf bei der SPÖ: Keine Märchen!*) Die Presse schreibt: „Die äußeren Attribute von Olahs Machtentfaltung hatte zwar schon Hetzenauers Amtsvorgänger ... verbannt. Die Kriminalbeamten verschwanden wieder aus der Toreinfahrt, das Frage- und Antwortspiel ... unterblieb, die Passierscheine wurden abgeschafft. Aber Czettel wollte gar nicht Olahs Erbe zur Gänze liquidieren, denn sein Ziel war das gleiche wie das seines Amtsvorgängers gewesen: die Exekutive ... einheitlich auf sozialistische Marschroute zu bringen.“ (*Abg. Libal: Erzählen Sie keine Märchen!*) „Nur Czettels Methoden hatten sich von Olahs Amtsführung unterschieden. Was dieser rücksichtslos hatte durchsetzen wollen, war von seinem Nachfolger still und leise, doch ebenso konsequent weiterverfolgt worden.“ (*Abg. Dr. Pittermann: Und der Haril hat zugehaut! Das ist die Kritik!*)

Ein anderes Zitat: „Als der politische Umschwung eintrat und Hetzenauer das Amtszimmer seines sozialistischen Vorgängers bezog, grassierte die Unsicherheit wie eine Krankheit unter dem Personal weiter.“ — Das ist jetzt nicht mehr da. — „Und während, wie übrigens auch in anderen Ministerien, manche Beamte die politische Fraktion wechselten, erklärte der neue Minister plötzlich, er werde in jedem Falle sachliche vor politische Erwägungen stellen, aber auch jedes von den Sozialisten aus politischen Gründen begangene Unrecht wieder gutmachen.“ (*Ruf bei der SPÖ: Warum ist der Hofrat Schobel wieder zurückgekommen auf seinen Posten?*) Der Hofrat Schobel ist selbstverständlich aus Gründen der Wiedergutmachung ehemaliger Fehler auf seinen Posten zurückgekommen!

„Hetzenauer“ — schreibt die Zeitung weiter — „ließ die unter den Sozialisten straff

gezogenen Zügel locker, er zwang damit aber auch die Beamten, wieder selbst zu entscheiden, und gab ihnen auf diese Weise das unter Olah und Czettel verlorengegangene Selbstvertrauen zurück.“ (*Ruf bei der SPÖ: Regensburger-Märchen!*) „Eine neue Geschäftseinteilung, die an Stelle der von Czettel eingeführten in Kraft trat, zeigte, daß man die Sozialisten kaum zu benachteiligen gedachte.“ (*Ruf bei der SPÖ: Kaum!*) Und am Schluß: Hetzenauer ist „in der kurzen Zeit ... etwas gelungen, wofür ein anderer vielleicht Jahre gebraucht hätte.“ (*Abg. Libal: Ja, der Otto ist gekommen! — Allgemeine Heiterkeit.*) Und zwar nach der Formel: „Gib dem Beamten, was des Beamten ist!“ (*Abg. Dr. J. Gruber: Libal, du bist schon zu lang da! — Anhaltende Heiterkeit.*) Der Libal gehört auch zu den „Kaiserjägern“.

Das „Neue Österreich“ überschreibt am 6. Oktober 1966 einen Artikel über Hetzenauers Regierungsstil bezeichnend mit „Recht vor Politik“.

Nun einiges zum Budgetentwurf. (*Abg. Skritek: Weihrauch paßt nicht her!*) Das Budget für das Innenressort ist auf dem Grundsatz einer sparsamen Verwaltung aufgebaut und in den Schwerpunkten auf die Motorisierung und die technische Ausrüstung der Exekutive ausgerichtet.

Die „Motorisierungswelle“, die im Jahre 1963/64 begann, wird nach einem besonderen Programm intensiv fortgesetzt. Ursprünglich war für die Bundesgendarmerie ein dreijähriges Anschaffungsprogramm vorgesehen, das aber aus finanziellen Gründen auf nunmehr fünf Jahre erstreckt wird, wobei der Beginn in das Budgetjahr 1967 fällt. (*Abg. Czettel: Erste Verschlechterung im Innenressort!*)

Das Anschaffungsprogramm sieht die vollständige Einrichtung eines Funkstreifen dienstes in allen Bundesländern vor. Dazu gehören Kraftfahrzeuge, stationäre Funkstationen bei den Hauptposten und mobile Funkgeräte. Ursprünglich rüstete man nämlich die Gendarmerie in den einzelnen Bundesländern mit einem 4 m-Band-Funknetz aus. Obwohl Beratungen mit Fachleuten von der Post und der übrigen Fachwelt durchgeführt wurden, hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, daß dieses 4 m-Band so überlastet ist, daß es teilweise nicht mehr einsatzfähig zur Verfügung steht. Und nun werden in der Zukunft die Neuanschaffungen auf das 2 m-Band umgestellt. Das Ziel für die fünf Jahre ist, 280 Hauptposten mit Funkverbindung auszustatten.

Gleichzeitig muß auch die Fernmeldeverbindung ausgebaut werden, wozu noch die

Regensburger

Einrichtung eines Gendarmerie-Notrufnetzes gehört.

In den geplanten fünf Jahren wird auch die Vollmotorisierung der Exekutive erreicht werden; mit eingeschlossen die Umstellung von Krafträdern und Mopeds auf Kfz.

Obwohl das Budget 1967 grundsätzlich auf den Ansätzen von 1966 fußt, enthält der Entwurf im Sinne der von mir ausgeführten Grundsätze auf dem Anschaffungssektor für Bundespolizei und Bundesgendarmerie zusätzliche Mittel, und zwar 5 Millionen mehr für die Polizei und 9,4 Millionen mehr für die Gendarmerie.

Selbstverständlich würden wir uns und würde sich auch der Herr Innenminister freuen, wenn mehr Mittel vorhanden wären; jedoch sind Fortschritte enthalten, und übrigens kann man ja ein ordentliches Budget nicht nach den Wünschen ausrichten, sondern es muß nach den zu erwartenden Einnahmen tendiert und ausgerichtet werden.

Die nächste Frage, mit der ich mich befasse, betrifft die Sicherheit auf der Straße.

Der Herr Innenminister hat im Finanz- und Budgetausschuß am 3. November 1966 berichtet, daß die Unfallhäufigkeit in Österreich zur Besorgnis Anlaß geben muß. Während der ersten 22 Wochen des heurigen Jahres waren bei insgesamt 24.518 Unfällen 558 Menschenleben zu beklagen. In der Zwischenzeit hat sich die Situation noch weiter verschlechtert. Es darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß der Ausbau der Verkehrseinrichtungen — insbesondere der Ausbau der Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen — in keiner Weise mit dem Zuwachs und der Zunahme der Kraftfahrzeuge Schritt halten kann beziehungsweise Schritt hält.

Für die Aktion „Leben hat Vorrang“, die vom Amtsvorgänger des Herrn Ministers Dr. Hetzenauer initiiert wurde, hat das Innenressort bis Mitte Oktober 1966 2.025.758 S ausgegeben. Derzeit ist aber noch nicht festzustellen, wie sehr und ob überhaupt die Aktion sich positiv ausgewirkt hat, wie es überhaupt der Exekutive nur möglich ist, festzustellen, wie viele Verstöße gegen Gesetze sie bearbeitet hat, nicht aber, wie viele Verstöße sie verhindern konnte. Im allgemeinen läßt sich zwischen dem ersten Halbjahr 1965 und dem ersten Halbjahr 1966 schwer ein Vergleich ziehen, da die Zeitspanne von sechs Monaten wegen der verschiedenen Witterungsverhältnisse der beiden Zeiträume zu kurz ist.

Trotzdem lassen sich einige Schlüsse ziehen. In Kärnten hat sich die Zahl der Verkehrsunfälle von 2906 im ersten Halbjahr 1965

auf 2638 im ersten Halbjahr 1966 verringert. In Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Wien konnte ein Absinken der Verkehrsunfälle mit Sachschaden gezählt werden. Im Burgenland, in Salzburg, Vorarlberg und Wien ist eine Senkung der Zahl der tödlich Verunglückten nachzuweisen. In Wien ist außerdem die Zahl der alkoholbeeinträchtigten Beteiligten an Verkehrsunfällen im genannten Zeitraum zurückgegangen. Ein endgültiger Überblick kann sicher erst nach Vorliegen der Statistik 1966 vorgenommen werden, weil erst dann eine Gegenüberstellung mit dem Jahr 1965 möglich ist.

Da die Aktion „Leben hat Vorrang“ nur ein Teil der möglichen Maßnahmen zur Hintanhaltung von Unglücksfällen sein kann, richtet sich das Bemühen des Ministeriums im Zusammenwirken mit den zuständigen Bundesländerorganen auf eine bessere Kontrolle der verkehrspolizeilichen Einrichtungen. Weiters ist die Errichtung eines Verkehrsinformationsdienstes für die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie eine Neuregelung der Zivilstreifen im Gange. Außerdem wirkt das Ministerium weiter im Einvernehmen mit den Vertretern der Landesregierungen an der Festlegung des monatlichen Schwerpunktprogramms mit. Im Hinblick auf die Häufigkeit von Tankwagenunfällen wurden Exekutivorgane eigens eingeschult, um auch auf diesem Sektor die Verkehrskontrollen sachgerecht durchführen zu können.

Die Sicherheit auf der Straße ist das Innenressort im weitestmöglichen Ausmaß zu gewährleisten bereit, aber es muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß die Sicherheit auf der Straße nicht allein vom Innenressort her im notwendigen Umfange bewerkstelligt werden kann, sondern daß noch eine Reihe anderer Institutionen und Organisationen mitwirken müssen und letztlich auch die Moral des Verkehrsteilnehmers selbst hier eine wichtige Rolle spielt.

Nun wende ich mich dem Problem der Sicherheitsdirektionen zu.

Auf dem Gebiet des öffentlichen Sicherheitswesens bemüht sich die ÖVP-Parlamentsfraktion schon lange, den verfassungsmäßigen Zustand nach dem Bundes-Verfassungsgesetz von 1929 wiederherzustellen. Da alle diesbezüglichen Verhandlungen in der Koalitionsära scheiterten, überreichte die Bundesregierung im Mai dieses Jahres dem Parlament eine Regierungsvorlage — 17 der Beilagen —, die sich „Bundesgesetz, mit dem die Zuständigkeit des Landeshauptmannes auf dem Gebiet des öffentlichen Sicherheitswesens wiederhergestellt wird“ betitelt. Die Vorlage wurde vom Präsidenten des Hohen Hauses dem Ver-

Regensburger

fassungsausschuß zugewiesen, der in der Folge zur weiteren Behandlung einen Unterausschuß vorschlug, der aber bis heute auf Grund einer Blockade der sozialistischen Parlamentsfraktion die Beratungen nicht aufnehmen konnte. Ich darf in dem Zusammenhang wohl die Hoffnung äußern, daß eines Tages auch bei den Sozialisten rechtliches und föderalistisches Denken vor ein reines Standpunktdenken treten wird.

Ich erinnere an folgendes: Die Provisorische Staatsregierung hat am 1. Mai 1945 das Verfassungs-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr. 4, erlassen, dessen Artikel 1 bestimmt, daß das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 nach dem Stand der Gesetzgebung vom 5. März 1933 im Sinne der Regierungserklärung von 1945 wieder in Wirksamkeit gesetzt wird. Diese allgemeine Inkraftsetzung hätte erwarten lassen, daß auch die Besorgung der Angelegenheiten des öffentlichen Sicherheitswesens im Bereich der Länder nach Artikel 102 der Bundesverfassung dem Landeshauptmann und den ihm unterstellten Landesbehörden beziehungsweise den Bundespolizeibehörden innerhalb ihres örtlichen und sachlichen Wirkungsbereiches zukommen würde.

Abweichend von der vorgenannten Rechtslage hat der Gesetzgeber im § 15 des Behörden-Überleitungsgesetzes vom 20. Juli 1945, das unter anderem die Überleitung der staatlichen Behörden, Ämter und sonstigen Einrichtungen, die im Bereich der Republik Österreich am 10. April 1945 bestanden haben, zu regeln hat, die Sicherheitsdirektionen direkt dem Innenministerium unterstellt. Um die Ausschaltung des Landeshauptmannes von der Belastung des Vorwurfes der Verfassungswidrigkeit zu befreien, wurde die Bestimmung am 25. Juli 1946 in den Rang eines Verfassungsgesetzes erhoben. Allerdings sollte es sich bei der Erlassung dieses Bundesverfassungsgesetzes nur um eine vorläufige Maßnahme handeln, wie aus der Fassung des Gesetzes selbst — nachzulesen bei Adamovich-Spanner — durch den Zusatz: „bis zu einer anders lautenden Regelung“ auf eine provisorische Lösung geschlossen werden muß.

Durch die Beseitigung des im § 15 des Behörden-Überleitungsgesetzes geschaffenen Provisoriums würde der Gesetzgeber nicht nur der Verfassungsurkunde, die die Grundlage des gesamten staatlichen Handelns zu bilden hat, sondern auch dem der Bundesverfassung zugrunde liegenden föderalistischen Prinzip einen hohen Dienst erweisen.

Wenn ich nun zur Habsburg-Angelegenheit einiges bemerken darf, so steht auf jeden Fall die Einreisemöglichkeit in rechtlicher Hinsicht klar. Was die politische Frage in diesem

Zusammenhang betrifft, muß man dem früheren Außenminister Dr. Kreisky recht geben, der in der Fernseh-„Spiegel“-Debatte im Vorjahr erklärte, daß dies keine ernstliche Sorge der Bevölkerung sei. Auf jeden Fall ist festzustellen, daß bei der Ausstellung des Reisepasses die Aufregung und die Proteste noch in größerer Zahl vorhanden waren als jetzt bei den Einreisen.

Aus parteipolitischen Gründen — andere Gründe sind nicht zu eruieren — haben KPÖ und SPÖ in der vergangenen Zeit versucht (*Abg. Rosa Jochmann: Wieder die Volksfront!*), die künstlich herbeigeführte „Volksempörung“ dadurch zu nähren, daß behauptet wird, die Bundesregierung wolle Dr. Otto Habsburg ehemaliges Habsburg-Vermögen rück-erstatten.

Daß dem nicht so ist und auch nicht so sein kann, haben Bundeskanzler Dr. Klaus einige Male — auch heute wieder — Finanzminister Dr. Schmitz in einer Presseaussendung und Generalsekretär Dr. Withalm in eindeutigen Erklärungen festgestellt und dargestellt. (*Abg. Sekanina: Ich würde an Ihrer Stelle nicht provozieren!*)

Wenn ich auch dem Preisproblem einige Beachtung widme, so auch deshalb, weil dieser Frage seit der Wahl am 6. März mehr Zeit für Propagandazwecke als für sachliche Auseinandersetzungen und konstruktive Vorschläge gewidmet wurde. (*Abg. Rosa Jochmann: Darauf werden Ihnen die Hausfrauen, die einkaufen gehen, die Antwort geben, ob das Propaganda ist oder Tatsache!*) Die sicherlich vorhandenen Schwierigkeiten kann man bestimmt nicht damit lösen oder beseitigen, gnädige Frau, wenn die Österreichische Volkspartei in Wort und Schrift als Preistreiber auf Bundesebene hingestellt wird und zu gleicher Zeit in sozialistisch geführten Gemeinschaften zu ähnlichen oder noch rigoroseren Tarifmaßnahmen, als sie der Bund vornahm, gegriffen wird oder gegriffen werden muß.

Ich könnte es mir nun leicht machen und mit statistischem Material den Beweis liefern, daß die Preise, seit die neue Regierung im Amt ist, nach dem Verbraucherpreisindex weit weniger — auf keinen Fall aber mehr — anstiegen als in den Jahren vorher.

Auch der Nachweis, daß wir in der Veränderung der Verbraucherpreise im internationalen Vergleich nicht schlecht stehen, wäre leicht zu erbringen. Vergleicht man Juli 1965 mit Juli 1966, standen wir mit 0,1 Prozent an letzter, das heißt an bester Stelle, und im Vergleich der Jahre 1964 bis 1966 unter 22 europäischen Staaten mit plus 5,6 Prozent an viertletzter, also an viertbesten Stelle.

Regensburger

Dieser Nachweis ist aus jedem statistischen Handbuch zu erbringen. (*Abg. Rosa Jochmann: Fragen Sie Ihre Frau!*)

Warum steige ich jetzt in diesen Zahlen-nachweis nicht ein? Erstens weil die Entwicklung des Index eben von den Erfahrungen der Hausfrau abweicht. Wir wissen das ja. Altkanzler Gorbach hat in einer Rede ja selbst gesagt: Wenn ich meiner Frau daheim sage, daß der Lebenshaltungskostenindex nicht gestiegen sei, dann sagt sie: Alphons, schau einmal in meine Tasche hinein, das und jenes ist eben angestiegen! — Die Hausfrauen vergleichen eben meist nur die Güter des täglichen Bedarfes. Neben diesen Gütern berücksichtigt der Verbraucherpreisindex aber auch noch Waren, die nur in größeren Zeitabständen gekauft werden.

Zweitens entspricht der Index nach meiner Ansicht nicht mehr den Verbrauchsgewohnheiten. Ich sage ganz ehrlich, daß ich zu diesem statistischen Material — deshalb bin ich auch nicht ins Detail gegangen — nicht allzuviel Vertrauen habe. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß man als Nichtfachmann die Zusammenhänge und Gegenüberstellungen im Detail zuwenig kennt und infolgedessen das Ganze nicht so überzeugend wirkt. Vielleicht ist auch das Sprichwort, daß die Statistik die Steigerungsstufe der Lüge sei, nicht umsonst entstanden.

Die Gründe für diese unerfreulichen Preisauftriebenden sind ohne Zweifel unterschiedlicher Natur; sie reichen von der Budgetpolitik bis zum Verhalten der Konsumenten. Die Beseitigung dieser Kräfte ist ebenso schwierig wie eine Prognose über eine langfristige Preisentwicklung. Eines aber scheint sicher zu sein, daß dort, wo die Dienstleistung, also die menschliche Arbeitskraft, dominiert, die Preise weiterhin ansteigen werden. Produkte aber, die maschinell innerhalb einer industriellen Produktionsmethode auf den Markt gebracht werden, werden sich im Preis voraussichtlich stabilisieren oder auch senken lassen. Diese Tendenz ist auf jeden Fall in Amerika, in der Schweiz und in Schweden festzustellen. (*Abg. Rosa Jochmann: Die verdienen mehr!*) Ich bin erst in der letzten Woche mit einem amerikanischen Studenten im Zug gefahren, der da sagte: Horchen Sie einmal her: Mein Pulli hat in Österreich 100 S gekostet, bei mir in Amerika bekomme ich den um 1 Dollar. — Man sieht also, daß auf diesen Zweigen sicher eine Bremse oder eine Verbesserung möglich sind.

In Zusammenhang mit der Preisentwicklung hat nach meiner Ansicht die „Paritätische“ im Beirat für Lohn- und Preisfragen und für Wirtschafts- und Sozialfragen die gleiche Be-

deutung wie zu Zeiten Raabs; dies aber sicher nur dann, wenn auch noch der gleiche gute Wille von dazumal vorhanden ist.

Über eine Aufwertung des Beirates bestehen, was die Methode betrifft, verschiedene Ansichten. Professor Koren meint, er müsse, um fruchtbare Arbeit leisten zu können, auf neue Grundlagen gestellt werden, er dürfe nicht weiter ein Kompromißorgan weisungsgebundener Interessenvertreter bleiben, sondern müsse unabhängig und selbständig werden und Verwaltung und Wissenschaft miteinbeziehen. Dr. Alfred Klose empfiehlt eine verstärkte Mitwirkung der Interessenverbände an der Wirtschaftspolitik im allgemeinen und in einem wirtschaftspolitischen Beratungsgremium im besonderen. Dr. Heinz Kienzl vom ÖGB sieht wieder den neuen Stil in der Programmierung à la française.

Abschließend darf ich bei diesem Thema wohl die Meinung vertreten, daß es sicher leichter ist und billiger kommt, ein gesundes Wirtschaftswachstum zu schaffen, als die durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik entstandenen Lücken zu füllen und entstandene Löcher auszuflicken.

Zum Schluß noch etwas zum Zivilschutz. Wenn wir von Zivilschutz sprechen, verfallen wir meistens in den Fehler, daß wir Zivilschutz mit Katastrophenhilfe identifizieren. Wir müssen hier also Zuständigkeitsfaktoren mitberücksichtigen. Weiters ist im Ministerrat 1962 beschlossen worden, daß die Landesverteidigung von der militärischen zur umfassenden umgewandelt werden soll, wodurch erst die zivile Landesverteidigung geboren wurde. Es besteht auch der Leitsatz, daß diese Kette selbstverständlich so stark ist wie jedes Glied in dieser Kette. Man muß also nach dem Beschluß des Ministerrates von 1962 dem Rechnung tragen und auch die umfassende Landesverteidigung irgendwie in die Verfassung miteinbauen.

Die wichtigsten Hauptgebiete der zivilen Landesverteidigung sind Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens, Schaffung eines tauglichen Warn- und Alarmsystems, bauliche Schutzmaßnahmen, Maßnahmen des Selbstschutzes und Regelung des Zivilschutzzeinsatzes.

In diesem Zusammenhang — ich habe vorhin von Katastrophenhilfegesprochen; nach meiner Ansicht ist für den Zivilschutz im weitesten Sinne das Innenministerium zuständig, während für die Katastrophenhilfe auch in Zukunft die Bundesländer zuständig sein werden, wenn auch den Bundesländern Oberösterreich und Tirol Rechnung getragen und ein Rahmengesetz geschaffen wird — darf wohl gesagt werden, daß bei den vergangenen Hochwasserkatastro-

Regensburger

phen in den verschiedenen Bundesländern der Einsatz der Katastrophenhilfe innerhalb des Zivilschutzes gut funktioniert hat und keine Klagen an die Öffentlichkeit gedrungen sind, was wohl als ein kleines österreichisches Wunder bezeichnet werden muß.

Ich möchte nun nicht weiter ins Detail des Zivilschutzes eingehen, weil die Zeit fort-schreitet, möchte aber am Schluß hinzufügen, daß der Aufbau des Zivilschutzes ein großes Maß an freiwilliger Mitarbeit fordern wird. Es wäre falsch, wenn man aus der Rechtsgleichheit der Demokratie die Gleichheit der Pflichten ableiten wollte. Nur in dem, was jeder Bürger als Minimum zu leisten hat, sind die Pflichten für alle gleich. Würden es alle bei diesem Minimum bewenden lassen, entstünde ein Gemeinwesen, das sich aus bloßen Staatsangehörigen und nicht aus einer aktiven Bürgergemeinschaft zusammensetzt. Die Demokratie zählt auf die freiwillige Mitarbeit aller, aber auch auf die Bereitschaft eines jeden, der Gemeinschaft je nach dem Ausmaß seiner Gaben und Güter zu dienen. Ich glaube, daß dieser Leitsatz gerade im Zusammenhang mit dem Zivilschutz auch für uns als führend und beispielgebend und als Grundlage hingestellt werden darf.

Ich darf noch zum Schluß allen aus den Reihen der Exekutive, aus den Reihen der Gendarmerie, aus den Reihen der Beamenschaft und der freiwilligen Helfer, die bei diesen Katastrophen wirkungsvoll und unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit mitgeholfen haben, meinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Selbstverständlich wird die Österreichische Volkspartei dem Kapitel 11 ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van **Tongel** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat dem Hohen Hause eine globale und umfassende Vorlesung geboten, bei der kein Thema unberührt geblieben ist. *(Zwischenruf des Abg. Regensburger.)* Ich habe nicht verstanden, was Sie mir jetzt zugerufen haben. *(Abg. Regensburger: Wenn Sie meinen, daß meines eine Vorlesung war, dann ist Ihres immer eine Ablesung!)* Aha! Diesen geistvollen Unterschied habe ich bis heute nicht gekannt. Ich danke Ihnen für diese Belehrung! *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Regensburger.)* Ich habe nicht davon gesprochen, daß Sie ein Lehrer sind, obwohl Sie das herausgefordert haben. Warum Sie meinen Beruf jetzt erwähnen, weiß ich nicht. Im übrigen waren meine Ausführungen anerkennend gemeint, aber das haben

Sie anscheinend nicht mitbekommen. *(Heiterkeit.)* Ich wollte feststellen, daß Sie kein Thema unberührt gelassen haben. Ich werde mich im Gegensatz zu diesen globalen Ausführungen kürzer fassen.

Meine Damen und Herren! Wie schon heute vormittag angekündigt, werden die freiheitlichen Abgeordneten auch den Budgetansätzen der Gruppe Inneres nicht die Zustimmung geben. Wir haben bereits im Ausschuß den Herrn Bundesminister für Inneres eingeladen, dem Hohen Hause ein Verkehrskonzept zu übermitteln, ein solches Verkehrskonzept ehe-baldigst auszuarbeiten und damit der Öffentlichkeit Österreichs seine Gedanken darüber darzulegen, wie das Chaos des sich immer mehr entwickelnden und kaum mehr zu beherrschenden Verkehrs gemeistert werden kann. Ich möchte es mir heute ersparen, fünf Monate nach der letzten Budgetdebatte neuerlich die Verkehrsprobleme, die Probleme der Verkehrspolizei, die exemplarische und revolutionäre Bestrafung von Verkehrsrowdies und Verkehrs-verbrechern anzuführen. Ich möchte nur zum Ausdruck bringen, daß die optimistischen Ziffern, die mein Vorredner genannt hat, wahrscheinlich nicht bis zum Jahresende halten werden, denn es ist sowohl eine Erhöhung der Zahl der Verkehrstoten als auch insbesondere und höchst bedauerlicherweise eine Erhöhung der Zahl der alkoholisierten Verkehrssünder festzustellen. Ich glaube, der Herr Bundesminister für Inneres wird nicht umhin können, neue Methoden der Bekämpfung dieses Verbrechertums auf unseren Straßen dem Hause vorzuschlagen und in Gesetzesform gießen zu lassen.

Ich möchte der Vollständigkeit halber auch noch anführen, daß die Bekämpfung der Kapitalverbrechen in der letzten Zeit sehr häufig ohne Erfolg geblieben ist. Insbesondere im Raume Wien und Umgebung sind eine Reihe von Kapitalverbrechen unaufgeklärt geblieben, und die Unsicherheit hat sich verstärkt. Ich wäre glücklich, wenn uns der Herr Bundesminister für Inneres sagen könnte, welche Maßnahmen er vorgekehrt hat, um diesem zunehmenden Verbrecherunwesen zu steuern.

Ich darf in einem anderen Zusammenhang den Herrn Bundesminister fragen, ob es richtig ist, daß es im Gendarmeriezentralkommando an Stelle des früheren Gendarmeriegenerals in der Person des Herrn Dr. Josef Kimmel nunmehr drei Gendarmeriegenerale gibt, von denen der eine 13 leitende Beamte unter sich hat, offenbar eine genügende Heerschar, um von einem General befehligt zu werden. In der mir zugegangenen Information wird zum Ausdruck gebracht, daß diese Inflation an Gen-

Dr. van Tongel

darmeriegeneralen darauf zurückzuführen ist, daß parteipolitische Ernennungen eine Rolle gespielt haben. Es soll auch angeblich im Budget unter diesem Titel eine Druckfehlerberichtigung vorgenommen worden sein, um eine solche Generalsbeförderung oder Ernennung zu kaschieren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Herrn Innenminister ferner fragen, welche Vorschläge in seinem Ressort ausgearbeitet worden sind, um den Ausbau der Einrichtungen der direkten Demokratie zu vervollständigen. Ich darf daran erinnern, daß bereits im Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1962 dieser Ausbau der Einrichtungen der direkten Demokratie eine große Rolle gespielt hat. Da mein Herr Vorredner schon jetzt den Regierungsstil des neuen Innenministers so besonders hervorgehoben und gelobt hat, wäre es vielleicht zweckmäßig, zu hören, ob dieser neue Regierungsstil schon dazu geführt hat, daß Forderungen des ÖVP-Wahlprogramms aus dem Jahre 1962 endlich der Verwirklichung zugeführt werden.

Zum Schluß eine sehr ernste Angelegenheit. Herr Minister Dr. Hetzenauer, Ihre Partei, die Österreichische Volkspartei, hat, wie heute mehrfach erörtert wurde — Sie waren ja am Nachmittag schon anwesend und haben das gehört —, einen Pressedienst „exklusiv“ mit Datum vom 25. November 1966 herausgegeben, in dem nicht geringe Hinweise darauf zu finden sind, daß sich erstens einmal die FPÖ auf nationaldemokratischem Kurs befindet und zum zweiten entschlossen hat, auf nationalsozialistischen Kurs überzugehen. Dann werden im besonderen die Mitglieder dieses Hohen Hauses, die Abgeordneten Peter, Zeilinger und meine Wenigkeit, in direkter Weise neonazistischer Bestrebungen und Handlungen beschuldigt.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister für Inneres, als den Chef des Sicherheitswesens dieser Republik: Sind Ihnen amtlich im Bereiche Ihres Ressorts Informationen, Meldungen, Einzelheiten oder Tatsachen zur Kenntnis gekommen, die diese schweren Vorwürfe, die ich jetzt zitiert habe, rechtfertigen? Wenn dies der Fall wäre, warum haben Sie keine diesbezügliche Untersuchung eingeleitet? Wenn es aber nicht der Fall ist: Sind Sie bereit, zur Sicherheit dieser Republik, zur Abwehr ausländischer gezielter Angriffe auf die Gestion dieser Republik und dieses Hohen Hauses dem Nationalrat eine Erklärung abzugeben, wonach Ihr Ressort und die Ihnen unterstellten staatspolizeilichen und sonstigen Sicherheitsorgane keinerlei Feststellungen treffen konnten, die diese Vorwürfe aus dem Hause Kärntner Straße 51 bestätigt hätten, das unter

Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Withalm steht, der sich heute in keiner wie immer gearteten Weise von diesem Sudelpamphlet distanziert hat. Ich fordere Sie auf, Herr Bundesminister für Inneres, hier dem Hohen Hause zu erklären, welche Wahrnehmungen hinsichtlich staatsgefährlicher Umtriebe der Freiheitlichen Partei Österreichs oder ihrer leitenden Funktionäre Ihnen amtlich zur Kenntnis gekommen sind. Und wenn Ihnen keine solchen zur Kenntnis gekommen sind, ersuche ich Sie ebenfalls, dies dem Hohen Hause zur Kenntnis zu bringen.

Wenn einzelne betroffene Herren hier durch ein verlegenes Lächeln vermutlich den Versuch unternehmen, die Angelegenheit zu bagatellisieren, darf ich ihnen, den Herren Lächlern, die Versicherung abgeben (*Heiterkeit bei der ÖVP — Abg. Dr. Withalm: Jetzt lachen wir! — Abg. Glaser: Da muß man lachen!*) — den Herren Lächlern, jawohl, Sie können sich durch lautes Lachen jetzt dazu bekennen —, daß wir von diesem Gegenstand nicht heruntersteigen werden, genausowenig wie vom Bauskandal. Meine Damen und Herren! Sie werden diese Angelegenheit jetzt noch bis zum Überdruß zu hören bekommen, und Sie werden bedauern, daß Sie in Ihrer Mitte Subjekte haben, die dieses Pamphlet verfaßt haben.

Selbstverständlich werden wir gegen das Kapitel Inneres stimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hartl. Ich erteile es ihm. (*Abg. Peter: Jetzt kommt schon die Polizei! — Heiterkeit. — Abg. Pay: Kollege Hartl, Vorsicht: Die „Wochenpresse“ schreibt mit! — Neuertliche Heiterkeit.*)

Abgeordneter **Hartl** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein bekannter und ein berühmter deutscher Fürst (*Heiterkeit bei der SPÖ*) — ich weiß, da kommt wieder etwas — hielt sich, sooft ein Kläger vor ihm auftrat, jedesmal das eine Ohr zu. Um den Grund gefragt, sagte er, das andere Ohr würde er dem Angeklagten vorbehalten. Das war wirklich schön und eines deutschen Kaisers würdig.

So sollte es aber jeder rechtsliebende und jeder friedliebende Mensch halten, bevor er über seinen Nebenmenschen zu Gericht sitzt und ihn verurteilt.

Wenn heute hier in diesem Hause (*Abg. Weikhart: Sollen wir uns nicht beide Ohren zuhalten?*) — Herr Abgeordneter, das können Sie machen, wie Sie wollen —, wenn also heute hier in diesem Hohen Hause so manches gesagt wurde, was dem einen lieb und dem

Hartl

anderen nicht recht war, so glaube ich, daß wir uns gerade beim Kapitel Inneres in einem bestimmten Maße finden müssen. Ich weiß nicht, ob nicht vielleicht der Herr Minister a. D. Czettel genau derselben Auffassung ist: Man kann über verschiedene Positionen streiten, man kann über verschiedene Angelegenheiten einer anderen Meinung sein, aber was die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande betrifft, da müßten wir doch irgendwie einen Gleichklang, einen Akkord herbeiführen.

Wenn wir heute hier in diesem Hause zu dem Kapitel Inneres reden, und das wurde heute schon von einem der Vorredner gesagt, wollen wir den verantwortlichen Funktionären im Innenministerium, aber auch den verantwortlichen Funktionären draußen bei den Dienststellen der Exekutive (*Abg. Dr. van Tongel: Allen! Allen Beamten, nicht nur der Exekutive!*), allen verantwortlichen Funktionären Dank sagen für die Tätigkeit, die sie bis jetzt in Ausübung ihres Dienstes für unser Vaterland geleistet haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vor allem muß das Bemühen anerkannt werden, daß durch die Rationalisierungsmaßnahmen mit möglichst geringem Aufwand ein möglichst großer Erfolg herbeigeführt wird. Die Probleme, die die Exekutive Österreichs berühren und wert sind, in diesem Hohen Hause vorgetragen zu werden, sind so vielfältig, daß nicht sämtliche aufgezählt werden können.

Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich mich, wenn auch im Telegrammstil (*Abg. Pay: Für die „Wochenpresse“!*), bemühen werde, hier einige Fakten zu erwähnen.

In der vorigen Budgetdebatte habe ich bezüglich des Funknetzsystems der Exekutive darauf hingewiesen, daß die Koordinierung der Funknetze Sicherheitswache und Gendarmerie zu wünschen übrig lasse. Es muß nunmehr festgestellt werden, daß hier eine bedeutende Verbesserung herbeigeführt wurde. Ich darf aber den Herrn Minister bitten, vor allem dem Sektor der Funkverbindung ein besonderes Augenmerk zu widmen. Sie, meine sehr verehrten Herren Abgeordneten, die Sie sich im Hochwassergebiet befunden haben und dort Besuche abstatteten, wissen ganz genau, daß die Funkverbindung, die insbesondere von seiten der Gendarmerie hergestellt wurde, das einzige Verbindungsmittel der Abgeschlossenen mit der Außenwelt war.

Als nächstes möchte ich kurz auf die Zusammenlegung von Gendarmerieposten und Sicherheitswachzimmern zu sprechen kommen.

Diese Maßnahmen wurden bekanntlich dadurch ausgelöst, daß die Personalstände verschiedener Wachkörper, insbesondere der Sicherheitswache und Gendarmerie, eine Verringerung erfahren haben. Wenngleich die Straßen in Stadt und Land ständig von motorisierten Einheiten, Patrouillen und Streifen befahren werden, so wäre es dennoch notwendig, daß die vorhandenen Gendarmerieposten und Sicherheitswachzimmer in Betrieb gehalten werden, denn bei aller Wertschätzung der Motorisierung und der Technisierung ist es notwendig, daß solche Dienststellen, die zum Schutz und zur Auskunfterteilung der Bevölkerung dienen, erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir, sehr verehrte Damen und Herren, auf die Polizeirufsäulen hinzuweisen. Sie werden mich fragen: Was sind Polizeirufsäulen? Wir in Wien haben leider Gottes nur neun Stück. Eine dieser Rufsäulen ist in der Nähe des Schottenringes bei der Creditanstalt angebracht. Nun werden aber diese Polizeirufsäulen sehr wenig in Anspruch genommen, weil die Bevölkerung glaubt, daß diese Rufsäulen nur dann betätigt werden können, wenn Gefahr im Verzug ist. Aber ich glaube, meine sehr Verehrten, wenn eine zweckentsprechende Popularisierung dieser Rufsäulen in der Presse oder sonstwo erfolgt ... (*Abg. Steininger: Die Gebrauchsanweisung fehlt!*) Sie brauchen nur hinzugehen und mit dem Finger auf einen Knopf zu drücken, dann können Sie alles sehen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich glaube nicht, daß das einer besonderen Gebrauchsanweisung bedarf. Wenn Sie draufdrücken, dann meldet sich das zuständige Kommissariatswachzimmer und fragt nach dem Begehren. Dann können Sie, wenn schon nicht eine Anzeige erstatten, auch um eine Auskunft fragen, wo die nächste Ambulanz sich befindet, und so weiter. (*Weitere Zwischenrufe.*) Bitte?

Ich möchte nochmals auf die Verringerung der Personalstände zurückkommen. Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, daß dieses Dilemma vor allem in der unzulänglichen Besoldung der Wachbeamten seine Ursache hat. Dieses Problem ist allgemein bekannt, und der Herr Bundeskanzler hat den Auftrag gegeben, die Möglichkeit der diesbezüglichen Verbesserung einer genauen Prüfung zu unterziehen. Ich darf hier vor allem auf die gewünschte Erhöhung der Pauschal- und Bereitschaftsgebühr, der Wachdienst- und Dienstzulage hinweisen.

Weiters möchte ich anführen, daß die Dienstzulage für die Wachbeamten der VI. und VII. Dienstklasse ebenfalls einer Behandlung zugeführt werden soll, da diese Kategorien

Hartl

zurzeit vom Bezug der Dienstzulage ausgeschlossen sind.

Die Wünsche nach einem eigenen Gehaltschema für Wachebeamte sollten baldigst eine Berücksichtigung finden, um den Beruf des Wachebeamten auch finanziell attraktiver zu gestalten. Den Beamten soll die Möglichkeit gegeben werden, den Endbezug ihrer Besoldungslaufbahn tatsächlich zu erreichen.

Wenn schon von den Bezügen gesprochen wird, so darf ich darauf hinweisen, daß bei den Verhandlungen zur Schaffung einer neuen Reisegebührenvorschrift — diese wurde heute hier schon angezogen — vor allem darauf Bedacht genommen werden muß, daß innerhalb der letzten vier Jahre verschiedene Dinge gestiegen sind, die in der Reisegebührenvorschrift zurzeit schlecht oder nicht behandelt werden.

Eine weitere Sorge bereitet den Exekutivbeamten das Wohnungsproblem. Hier kann ich nur an die zuständigen Herren Minister appellieren, dieser Sorge Rechnung zu tragen, jene Mittel aufzubringen beziehungsweise einzubauen, die den Wohnungsbedarf der Exekutivbeamten decken können.

Außer dem Vorgenannten darf ich nur kurz auf nachfolgende Punkte hinweisen, für die die Exekutivbeamten ein besonderes Herz haben. Es wäre festzuhalten, daß ein einheitliches und modernes Qualifikationsrecht für alle öffentlich Bediensteten auszuarbeiten wäre. Der Herr Bundeskanzler hat in dieser Richtung einen Auftrag gegeben. In diesem Qualifikationsrecht sollte aber ausdrücklich volles Einsichts-, Einspruchs- und Berufungsrecht verankert sein.

Zum neuen Disziplinarrecht wäre zu sagen, daß dieses Gesetz die bedingte Verurteilung, die Verjährung, eine entsprechende Berufungsmöglichkeit und die sofortige Verkündung des Urteils nach der Beratung und die nähere Definition der Begriffe „Ordnungsstrafe“ und „Dienstvergehen“ enthalten soll.

In der neuen Vordienstzeitenverordnung sollte die Regelung der Vordienstzeiten einheitlich behandelt werden. Sofort bei Dienst Eintritt sollen die Vordienstzeiten soweit als möglich angerechnet werden.

Wegen der Unfälle auf dem Weg vom und zum Dienstort sollte eine rasche Verabschiedung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes für die öffentlich Bediensteten erreicht werden.

Um die Beförderungsrichtlinien für die Wachebeamten zu verbessern, sollte man versuchen, diese Richtlinien zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden möglichst aufeinander abzustimmen.

Der Dienstgrad „Bezirksinspektor“ sollte in die Zeitbeförderung eingebaut und dem Beamten bei einer mindestens „guten“ Gesamtbeurteilung nach spätestens acht Dienstjahren in seiner Verwendungsgruppe zuerkannt werden.

Das heute hier schon angezogene Zwischen dienstzeitengesetz sollte endlich Verwirklichung finden.

Des weiteren sollte die Ausbildung in der Exekutive den modernen Erfordernissen angepaßt werden. Sie sollte sich auf die primären Notwendigkeiten konzentrieren; derzeit überflüssiger Lernstoff könnte wegfallen.

Hohes Haus! Die vorgetragenen Wünsche auf dem dienst- und besoldungsrechtlichen Sektor sind nicht nur materielle Anliegen der Wachebeamten, sondern sie sind im besonderen Maße mitbestimmend, die Dienstfreudigkeit unter den Beamten zu wecken.

Daß die Wachebeamten immer und immer wieder getreu ihrem Dienst die Pflicht erfüllt haben, beweist der Blutzoll, den die Beamten aller Wachkörper seit Errichtung der Zweiten Republik geleistet haben. Wir ehren sie und danken den Opfern posthum für ihre getreue Pflichterfüllung!

Ein besonderes Kapitel ist das Thema: „Exekutive und Straßenverkehr“.

Da gab es vor kurzem eine Kritik in einem Bundesland. Durch einige Zeilen der Presse wurde die Bevölkerung gegen die Exekutive aufgebracht. Man schrieb über den vielen Innendienst der Gendarmeriebeamten und erwähnte dabei auch die Inspektionsgebühr. Man hat in bezug auf den Inspektionsdienst und die besagte Inspektionsgebühr verschiedentlich in den Zeitungen geschrieben. Daß der Gendarmeriebeamte heute vielleicht mehr an den Schreibtisch gebunden ist als vor Jahren, wird weder durch eine nicht existente Schreibtischzulage noch durch den Kriminaldienst verursacht, sondern ist logische Folgeerscheinung des Verkehrs. Wenn man bedenkt, daß im vergangenen Jahr über 5 Millionen ausländische Kraftfahrzeuge über die Grenzgänge des Bundeslandes Salzburg eingereist sind, so kann man sich den enorm ansteigenden Arbeitsanfall auf dem Sektor des Verkehrs vorstellen.

Nur durch einen permanenten Dienst, wie es der Inspektionsdienst der Gendarmerie ist, wird die dauernde Erreichbarkeit der Gendarmerie und somit erhöhte Sicherheit gewährleistet.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir bitte, daß ich noch etwas über den Einsatz der Exekutive, insbesondere der Gendarmerie, im Hochwassergebiet sage. Die Gendarmerie von Kärnten und Osttirol kann nun auf eine ausgiebige

Hartl

Erfahrung in der Katastrophenhilfe zurückblicken. Dreimal hintereinander erlebten sie Hochwasserkatastrophen, wie sie sonst jahrelang nicht zu verzeichnen waren. Vielfach waren es nur noch die Funkgeräte der Gendarmerie, die den Hilfseinsatz für abgeschlossene Täler und einsame betroffene Gehöfte ermöglichten. Seit dem 4. November stehen die Exekutivbeamten erneut in den überfluteten und vermurten Gebieten nach der letzten Katastrophe im Einsatz.

Ich darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, darauf hinweisen: Der rasche Einsatz weiterer Hilfsmannschaften, die Bergung der Verunglückten durch Hubschrauber und das Rote Kreuz wären oft nicht möglich gewesen, würde nicht der Gendarmeriefunk sofort funktioniert haben. So war es auch diesmal. In alle abgeschnittenen Täler und eingeschlossenen Dörfer, soweit dort nicht vorhanden, wurden Funkstationen mit Notstromaggregaten eingeflogen. Selbst Mitte November waren es in einigen Fällen noch die einzigen Nachrichtenverbindungen. Die Hubschrauber des Bundesheeres sorgten dafür, daß die Gendarmen und die Geräte eingeflogen wurden, sie brachten Kranke und Verletzte in die Spitäler, sie flogen Medikamente und Lebensmittel in die Täler, aber sie waren der riesigen Aufgabe nicht gewachsen. Es müßten daher — und das sind die Lehren, die man aus diesen Katastrophen ziehen konnte — mehr und vor allem größere Hubschrauber angeschafft werden. Es müßten allenfalls in jenen Gebieten, die nun als besonders anfällig für Katastrophen bekannt sind, fixe Funkstationen eingerichtet werden, die vom ersten Augenblick einer sich nahenden Gefahrensituation einsatzbereit sind.

Alles in allem: Jedes Problem, möge es von den im Haus vertretenen Parteien vorgetragen werden und seine Lösung zur Sicherung der Ruhe und Ordnung beitragen, dient dem Wohle unseres Vaterlands und zum Schutz seiner Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Mondl** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hartl hat zum Beginn seiner profunden Ausführungen vom Gleichklang und vom Akkord im Innenressort gesprochen und dürfte dabei gemeinsames Verständnis und die Zusammenarbeit in Sachen innere Sicherheit gemeint haben.

Nun, Herr Abgeordneter, dieser Gleichklang hängt im wesentlichen von der Praxis ab,

wie dieses Ressort geführt wird. Was uns darüber mitgeteilt wird, ist dem Gleichklang kaum förderlich.

Vor einigen Tagen hatte eine junge Frau in einer Stadt in Niederösterreich in den Abendstunden das Bedürfnis, in einem Kaffeehaus einen Kaffee zu trinken. Sie werden sicherlich der Meinung sein, daß dieses Bedürfnis nicht so weltbewegend ist, daß man sich zu so später Stunde im Hohen Hause damit beschäftigt. Kaum hatte aber diese Dame in dem Kaffeehaus Platz genommen, hörte sie von den aufbrechenden Gästen, daß im gleichen Haus, nur einen Stock höher, der Herr Innenminister spricht. Als politisch interessierte Österreicherin beschloß sie sofort, ihren Kaffee nicht im Kaffeehaus, sondern im Veranstaltungssaal zu konsumieren, um gleichzeitig den Ausführungen des Herrn Ministers lauschen zu können. Unbehindert gelangte diese Frau in den Saal und ebenso unbehindert konnte sie Platz nehmen. *(Abg. Dr. Kranzlmayr: So wenig Angst hat der Innenminister!)* Aber mit größter Verwunderung mußte die besagte Frau feststellen, daß der Herr Innenminister in aller Öffentlichkeit derart bemerkenswerte Erklärungen über seine Personalpolitik in seinem Innenressort abgab, daß sie sich sofort entschloß, dieses schriftlich festzuhalten. Und der Herr Abgeordnete — er ist nicht hier ... *(Rufe bei der ÖVP: Doch, da ist er!)* Entschuldigen Sie!

Diese Ausführungen standen in keinem Zusammenhang mit der Zufriedenheit und mit der Ordnung und in keinem Zusammenhang mit dem von Ihnen zitierten Artikel. Der Herr Innenminister forderte die Zuhörer auf, nicht ungeduldig zu werden; da werde er von seiner Partei, vor allem von dem ÖAAB bedrängt, sofort personelle Umbesetzungen vorzunehmen, aber er könne nicht in kurzer Zeit alles umdrehen, was die Sozialisten in 20 Jahren aufgebaut haben. *(Abg. Glaser: Das hat er bestimmt nicht gesagt! — Ruf bei der ÖVP: Das kann man wirklich nicht!)* Er kann aber versprechen, daß von oben Iterab bis zum Bezirksgendarmenkommandanten Umbesetzungen vorgenommen werden. *(Hört! Hört! — Rufe bei der SPÖ.)* Er wird diese Maßnahmen, so führte der Herr Innenminister aus, mit oder ohne Gewalt durchführen. Er wird aber so vorgehen, daß man ihm im Parlament nichts anhaben kann, denn er will nicht haben, daß er gleich am nächsten Tag im Parlament Rede und Antwort stehen müsse.

Nachdem diese Ausführungen des Herrn Ministers von allen Anwesenden mit Beifall belohnt wurden, war es dieser Frau klar, daß sie in der Meinung, eine öffentliche Versammlung zu besuchen, in eine ÖAAB-Ver-

Mondl

sammlung geraten ist. Das wurde ihr aber gleichzeitig auch aus einem anderen Grunde klar. Zwei Männer kamen zu ihr und forderten sie höflich, aber sehr bestimmt auf, ihnen zu folgen. Sofort wurde sie um ihren Namen befragt und zur Ausweisleistung aufgefordert. (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Wer ist Ihr Mann?, Wo ist er beschäftigt?, waren die nächsten Fragen. Mit den Worten „Für welche Zeitung schreiben Sie?“ und „Was haben Sie hier aufgeschrieben?“ nahm man ihr die Notizen weg. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Nachdem die Frau den beiden Herren noch mitgeteilt hatte, daß sie der Aufforderung zur Ausweisleistung nur gegenüber der Gendarmerie nachkommen werde, wurde sie zur Tür hinauskomplimentiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ungeheuerliche an dieser Angelegenheit ist, daß man, ohne befugt zu sein, ohne einen richterlichen Auftrag zu haben, sozusagen unter den Augen des Herrn Innenministers persönliches Eigentum konfiszierte. Es ist auch eigentümlich an diesem Vorfall, daß, obwohl zirka 200 unkontrollierte Zuhörer dasaßen, zu einer solchen Maßnahme gegriffen wurde.

Man muß daraus den Schluß ziehen, daß die Erklärungen des Herrn Innenministers über seine Personalpolitik nicht für das Licht der Öffentlichkeit bestimmt waren und im Widerspruch zu seinen Erklärungen stehen, die er anlässlich seines Amtsantrittes im Innenministerium abgab. Ich glaube, Herr Bundesminister, dies ist ein weiterer Beweis dafür, wie berechtigt unser Mißtrauen gegenüber Ihrer Amtsführung ist und wie wenig Gleichklang und Akkorde in der letzten Zeit auf diesem Gebiet vorhanden sind.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Nun möchte ich mich ebenfalls, so wie der Herr Abgeordnete Regensburger, den Problemen des österreichischen Zivilschutzes zuwenden. Ich glaube, daß als Voraussetzung für eine wirksame Landesverteidigung und für einen glaubwürdigen Willen zur Verteidigung unserer Neutralität der Auf- und Ausbau eines Zivilschutzes in Österreich unerlässlich ist. Dieser Aus- und Aufbau des Zivilschutzes in Österreich soll nach dem Willen der Bundesregierung vom Bundesministerium für Inneres durchgeführt werden.

Ich weiß, es gibt noch viele in Österreich, die dazu bemerken: Wozu das alles? Es hat im Ernstfall doch keinen Zweck; nach einer weltweiten atomaren Auseinandersetzung gibt es keine Chance des Überlebens, es wäre daher viel klüger, die dazu notwendigen Mittel für andere, nützlichere Dinge zu verwenden.

Aber gerade diese Menschen, die so reden, die heute abseits stehen und nicht vorsorgen

wollen, werden im Krisenfälle am lautesten nach dem Schuldigen rufen, um ihn dafür verantwortlich zu machen, daß bis zur Stunde nur wenig, man kann fast sagen keine wirksamen Schutzverankerungen getroffen wurden.

Es ist unsere Pflicht, die Pflicht der Abgeordneten, nicht oberflächlich und leichtfertig an den Dingen vorbeizugehen, sondern genau zu prüfen und abzuwägen, ob der zivile Bevölkerungsschutz nicht doch auch zu den staatspolitischen Notwendigkeiten gehört, zu deren Aus- und Aufbau wir sowie alle anderen zivilisierten Staaten verpflichtet sind. Ich habe schon im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß die derzeitige Dotierung dieses Aufgabengebietes im Vergleich zu dem Umfang dieses Komplexes, aber auch im Vergleich zu den Ausgaben anderer Staaten nur als Erinnerungspost zu werten ist. Dazu kommt noch, daß der Finanzausgleich bis zum Jahre 1972 paktiert wurde, ohne in diesem auf die finanziellen Erfordernisse des Zivilschutzes Rücksicht zu nehmen. Gerade das ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, was ich nicht verstehen kann.

Der Wille zur wirksamen Verteidigung der Neutralität wurde nicht erst vor einigen Monaten, sondern vor über zehn Jahren proklamiert. Seit dem 17. Juli 1959 wird in jeder Regierungserklärung von der umfassenden Landesverteidigung gesprochen und die Notwendigkeit einer Ausdehnung dieser umfassenden Landesverteidigung auch auf die zivilen und wirtschaftlichen Bereiche besonders hervorgehoben. Mit Beschluß der Bundesregierung vom 20. Feber 1962 — der Herr Abgeordnete Regensburger hat es bereits ausgeführt — wurde hiefür ein besonderer Organisationsplan festgelegt, in dem die nähere Arbeitsweise des Zusammenwirkens der damit befaßten Stellen geregelt ist. Man hat in den Jahren bisher über vieles auf dem Gebiete des Zivilbevölkerungsschutzes gesprochen, auch einiges geplant und entwickelt. Nur die gemeinsame Finanzierung scheint tabu zu sein. Denn hätte man über die Finanzierung konkrete Überlegungen angestellt, wäre es nicht möglich gewesen, daß der für Jahre gültige Finanzausgleich ausgehandelt wurde, ohne dabei auch nur im geringsten die finanziellen Erfordernisse eines wirksamen zivilen Bevölkerungsschutzes miteinzukalkulieren.

Ich weiß, was vor allem den zuständigen Stellen Kopfschmerzen bereitet und der Hauptgrund dafür ist, daß die finanziellen Mittel so spärlich zur Verfügung stehen und der Aufbau des Zivilschutzes in Österreich sich in einem solchen Schnecken-tempo vollzieht: Der Zivilschutz ist in der Verfassung nicht verankert. Der Aufgabenbereich des Zivilschutzes

Mondl

ist zwischen dem Bund und den Ländern kompetenzmäßig zersplittert. Diese Zersplitterung der Kompetenz oder vielmehr die Überschneidungen der Kompetenz sind der maßgebliche Grund, daß dieser Komplex derzeit nicht wirksam zu regeln ist.

Aus diesem Grunde erlaube ich mir auch heute wieder die Forderung nach einem allumfassenden Zivilschutzgesetz auszusprechen. In diesem Bundes-Verfassungsgesetz sollen dem Bund die Kompetenzen Strahlenschutz, Alarmierung und Selbstschutz vorbehalten bleiben. Ich glaube, daß im Augenblick die Zeit zu einer gesetzlichen Regelung günstiger ist denn je.

Wurde noch anlässlich der Zivilschutzenquête am 7. Dezember 1961 vom Herrn Landeshauptmann Gleißner als Sprecher der Länder beantragt, die Erörterung der Rechtslage und den Entwurf von Gesetzen auf ein Jahr zurückzustellen, um allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, vorerst praktische Erfahrungen zu sammeln — diese praktischen Erfahrungen sammeln wir noch heute —, so vertrat er am 15. Oktober 1966 anlässlich der Zivilschutzwoche in Linz zum Thema der gesetzlichen Regelung der Zivilschutzmaterie die Auffassung: Der Zivilschutz bedarf einer bundeseinheitlichen gesetzlichen Regelung, die Grundsatzzesetzgebung ist Sache des Bundes, die Durchführung und Ausübung obliegt den Ländern.

Herr Bundesminister, ich glaube, daß gerade jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, neuerlich eine Zivilschutzenquête einzuberufen, um mit den Landeshauptleuten und mit dem befaßten Ministerium, aber auch mit dem Städte- und Gemeindebund über die gesetzliche Regelung des Zivilschutzkomplexes zu diskutieren.

Viele verantwortliche Persönlichkeiten haben schon erkannt, wie wichtig eine rasche technische realisierbare und wirtschaftlich tragbare Lösung dieses Komplexes ist. Diese Meinungsveränderung ist nicht von allein gekommen. Im stillen Kämmerlein wurden nicht nur Rechtsanalysen angestellt sowie legistische Problematik geprüft und Konzepte entworfen, sondern auch ein Aufklärungsfeldzug ausgearbeitet und begonnen. Dieser Aufklärungsfeldzug, der vom Österreichischen Zivilschutzverband mit Unterstützung der Behörden vom Burgenland bis Vorarlberg in Form von Zivilschutzwochen durchgeführt wird, hat viele Menschen zum Nachdenken veranlaßt, aber auch viele davon überzeugt, daß ein allumfassender ziviler Bevölkerungsschutz auch in Österreich unbedingt notwendig ist.

Die Weltpolitik mit den sich dauernd ändernden Spannungsfeldern, die da und dort zu

kräckerischen Auseinandersetzungen führen, die technische Entwicklung mit allen ihren Vorzügen, aber auch mit ihren ungeheuren Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Menschen, die ständigen Naturkatastrophen größten Ausmaßes mit ihren Auswirkungen, die vor allem durch die Wiederholung in kürzesten Zeitabständen größte Not verursacht haben, sind Grund genug, die Verantwortlichen zu veranlassen, trotz mangelnder gesetzlicher Regelung und völlig unzureichender Finanzierung an der Lösung dieses Problems unentwegt weiterzuarbeiten.

Vor allem haben sich die Vorsorgen für einen einigermaßen wirksamen Rettungs- und Bergungsdienst bei den großen Katastrophenfällen nicht nur in Österreich, sondern auch in den betroffenen Nachbarländern bewährt. Geräte und Mannschaften wurden bis zur höchsten Grenze der Leistungsfähigkeit strapaziert. Die Verwüstungen und die Schäden waren so gigantisch, daß es nur unter Einsatz aller derzeit zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten gelang, das Ärgste zu verhindern und die größte Not zu lindern. Die Notwendigkeit der Koordinierung des Einsatzes aller in Österreich für den Katastrophenschutz vorhandenen Mittel und Möglichkeiten hat sich wieder erwiesen.

Allen Helferinnen und Helfern, egal in welcher Organisation sie eingesetzt und wo sie im Rahmen dieses Katastropheneinsatzes tätig waren, möchte auch ich von dieser Stelle aus Dank und Anerkennung für ihre selbstlose Arbeit in diesem gewaltigen Feldzug der Nächstenliebe aussprechen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Für uns aber, meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hauses, sollen die Katastrophen Mahnung und Verpflichtung sein. So wie Teile der österreichischen Bevölkerung ganz plötzlich und unvermittelt von Naturkatastrophen betroffen wurden, können wir auch von Kriegs- und technischen Katastrophen betroffen werden. Es wäre nicht auszudenken, welche Folgen eine dieser Katastrophen hätte, wenn die Zivilbevölkerung völlig schutzlos und unvorbereitet einer solchen Katastrophe ausgesetzt würde.

Ich erlaube mir, den Damen und Herren dieses Hohen Hauses den Vorschlag zu unterbreiten, daß, genauso wie sich die Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses im Rahmen eines Seminars eingehend mit den Problemen der Landesverteidigung beschäftigen, auch Abgeordnete dieses Hohen Hauses im Rahmen eines Zivilschutz-Seminars den ganzen Komplex „ziviler Bevölkerungsschutz“ einer eingehenden Untersuchung und Prüfung unterziehen. Erst nach umfassender Kenntnis

Mondl

der Materie wären wir, wie ich glaube, in der Lage, sachlich zu beurteilen, in welcher notwendigen Breite und innerhalb welcher tragbaren Frist ein überschaubares, popularisierbares, technisch realisierbares, aber vor allem ein wirtschaftlich tragbares gesamt-österreichisches Zivilschutzprogramm verwirklicht werden könnte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Breiteneder. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, auch ein paar Worte zu einem Problem zu sagen, das bereits der Kollege Hartl angeschnitten hat. Es ist Ihnen nicht unbekannt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sich das Ministerium für Inneres mit dem Gedanken trägt, draußen auf dem Lande verschiedene Kleinposten zusammenzulegen, und diese Zusammenlegung so durchführt, daß zuerst ein Einvernehmen mit den Landeshauptleuten und auch mit den Sicherheitsdirektoren hergestellt wird. Die geplanten Maßnahmen entspringen der pflichtgemäßen Sorge, die öffentlichen Sicherheitsdienste ständig zu verbessern und auch der technischen Entwicklung weitestgehend Rechnung zu tragen. Vor allem aber sollen diese Maßnahmen auch dazu dienen, den modernen Erscheinungsformen des Verbrechertums wirksam zu begegnen.

Eine wesentliche Voraussetzung, dieses Ziel zu erreichen, ist eine entsprechende personelle Stärkung der Gendarmerieposten, damit sie in der Lage sind, die technischen Hilfsmittel, die Kraftfahrzeuge und Fernmeldeeinrichtungen zum Vorteil der Bevölkerung auch wirksam einzusetzen. Gerade bei größeren Verbrechen ist die Schnelligkeit und Durchschlagskraft des Einschreitens der Gendarmerie sehr vorteilhaft. Es ist daher grundsätzlich anzustreben, möglichst viele Gendarmerieposten personell so stark zu besetzen, damit sie dauernden Inspektionsdienst versehen können und für die hilfeschuchende Bevölkerung jederzeit erreichbar sind. Die Hauptposten sollen auch zusätzlich noch in die Lage versetzt werden, im Bedarfsfall Funkpatrouillen einzusetzen.

Hohes Haus! Die angestrebte und notwendige Verbesserung des Sicherheitsdienstes kann nur auf zwei Wegen erreicht werden: durch eine beträchtliche Erhöhung des Personalstandes oder durch die Auflassung sicherheitsdienstlich unbefriedigender Dienstposten. *(Zwischenruf des Abg. Czettel.)* Schauen Sie, Herr Abgeordneter Czettel, wenn vielleicht diese Idee von Ihnen stammen sollte, so glaube ich, daß die Österreichische

Volkspartei absolut nicht dagegen wäre, gute Ideen auch von Ihnen zu verwirklichen. *(Weitere Zwischenrufe.)* Aber ich bezweifle das sehr.

Tausende von Beamten wären erforderlich, um die einzelnen Posten zu besetzen. Der Ausbau in dieser Richtung ist mangels entsprechender geeigneter Bewerber nicht durchführbar. Man muß nämlich bedenken, daß es nur durch intensive Werbung möglich ist, geeignete Menschen für diesen so schwierigen Dienst zu bekommen.

Man muß daher der Auflassung und der Zusammenlegung der Kleinstposten ohne Nachteile sicherheitsdienstlicher Betreuung der Bevölkerung schon aus diesen Gründen zustimmen. Freilich entsteht bei der Landbevölkerung oft der Eindruck, daß gegenüber fremden Beamten die einheimischen Beamten Vorteile hätten, weil sie mit dem Charakter der Bevölkerung vertraut sind, was oft zur raschen Aufklärung verschiedener Verbrechen führt. Sicher ist dieses Argument nicht ganz von der Hand zu weisen.

Bei der Durchführung dieser Maßnahmen müßte man unbedingt vermeiden, daß allzu große Landstriche entblößt werden. Dadurch würde man mit Recht die Bevölkerung in Unruhe versetzen. Auch muß man die Verkehrslage einzelner Gebiete berücksichtigen, weil weite Gebiete in Österreich zu gewissen Jahreszeiten oft auch mit Autos und so weiter nicht erreicht werden können. Man wird also in Zukunft auf Grund der verschiedenen Verhältnisse Kleinposten in Österreich nicht entbehren können.

Grundsätzlich kann man diese Maßnahmen im Innenministerium, die Gendarmerieposten auszubauen, damit sie die technischen Errungenschaften zum Wohl der friedliebenden Menschen, aber auch zum Wohl der diensttuenden Beamten nützen können, bejahen. Da dieser Dienst den Beamten bestimmt oft sehr harte Stunden auferlegt, muß man es grundsätzlich begrüßen, wenn Einrichtungen geschaffen werden, die ihnen das Leben und diese Tätigkeit erleichtern.

Ich glaube, es ist eine Selbstverständlichkeit — ich komme aus einem Gebiet, wo der Dienst der Gendarmerie besonders hart ist, besonders zu diesen Jahreszeiten oft —, auch von dieser Stelle aus den entlegensten Posten, die noch um diese Zeit ihre Tätigkeit ausüben, den herzlichsten Dank auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich wollte zu diesem Punkt nicht mehr sagen, weil ich glaube, es ist Zeit, daß wir an die Stunde der Ruhe denken, sonst könnte es sein, daß auch wir von der Sperrstunde betroffen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Innenminister Dr. Hetzenauer. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Inneres Dr. Hetzenauer: Meine sehr geehrten Frauen und Herren Abgeordneten! Im Finanz- und Budgetausschuß hat der Herr Abgeordnete Kratky namens der sozialistischen Fraktion zum Ausdruck gebracht, daß er meiner Ressortführung mißtraue, weil ich anlässlich der Sommerdebatte über das Budget des laufenden Jahres am Schlusse der Budgetdebatte nicht das Schlußwort gehalten habe.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, dem ich selbst mehr als zehn Jahre anzugehören die Ehre habe, daß alle die Erfahrung haben, daß es die Ausnahme und nicht die Regel war, daß die Herren Minister von der Regierungsbank aus zu Budgetdebatten Stellung genommen haben. Ich glaubte daher keineswegs eine Geringschätzung des Hohen Hauses zum Ausdruck gebracht zu haben, wenn ich mich in der Sommerbudgetdebatte nicht zum Schlußwort gemeldet habe. Weil ich aber alles tun will, um natürlich auch das Vertrauen der sozialistischen Fraktion für meine Ressortleitung zu gewinnen, nehme ich heute selbstverständlich zur Budgetdebatte Stellung.

Ich darf eingangs zu allererst den Herren Abgeordneten für ihre Beiträge danken, auch dann, wenn in dem einen oder anderen Fall in diesem Debattenbeitrag eine Kritik enthalten war. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß ich nur die bedeutendsten Vorbringen herausgreifen kann, und versichere Ihnen, meine sehr geehrten Frauen und Herren Abgeordneten, daß ich mit meinen zuständigen Mitarbeitern die gesamte Budgetdebatte zum Gegenstand einer ausführlichen Ressortbesprechung machen und Ihre Überlegungen gewissenhaft prüfen und nach Möglichkeit bei unseren Entscheidungen auch verwerten werde.

Nun darf ich auf die einzelnen Debattenredner zurückkommen.

Herr Abgeordneter Kratky hat auf eine besondere Zunahme der Verkehrsunfälle aus Trunkenheitsanlaß hingewiesen. Ich darf dem Herrn Abgeordneten sagen, daß die mir zur Verfügung stehende statistische Unterlage diese Auffassung nicht unterstützt, sondern wir machen die Feststellung, daß die Trunkenheitsfälle unter den Verkehrsunfällen, die allerdings eine Zunahme, auch gemessen an der stärkeren Verkehrssituation, aufwiesen, durchschnittlich nach den wöchentlichen statistischen Meldungen seit Jahren schon regelmäßig zwischen 3,7 und 6 Prozent stagnieren. Also keine Erhöhung über diesen

durchschnittlichen Prozentsatz hinaus bei Fällen von Trunkenheit. Das soll aber nicht heißen, daß das Bundesministerium für Inneres und unsere zuständigen Organe nicht alle Aufmerksamkeit dieser besonderen Unfallsituation zuwenden.

Wenn man mich fragt, was geschieht, um diese Zunahme der Verkehrsunfallhäufigkeit zu bekämpfen, darf ich in Unterstützung dessen, was der Herr Abgeordnete Regensburger in diesem Hohen Hause ausgeführt hat, noch einmal festhalten, daß ich die Aktion „Leben hat Vorrang“, obwohl ich nicht in allen Belangen über die von meinem Amtsvorgänger angeordnete Aktion der gleichen Meinung war, doch in vollem Umfange, soweit sie nicht von den Landesregierungen beeinträchtigt worden ist, durchführen ließ. Die von Herrn Abgeordneten Regensburger genannten Beträge von beinahe 3 Millionen Schilling wurden tatsächlich für diese einzelnen Aktionen ausgegeben.

Daß es im übrigen mit der Zusammenfassung und der Konzentrierung der Maßnahmen des Bundesministeriums für Inneres in der Richtung einer Aktivierung der Verkehrsüberwachung nicht so einfach steht, hat mein Herr Amtsvorgänger ja selber wahrnehmen müssen, weil er die Anordnungen über die Meldepflichten, die schon vor seiner Zeit getroffen worden sind, um eine gewisse Übersicht über die Unfallhäufigkeit und die Unfallursachen zu bekommen, über Einspruch eines Bundeslandes, aber auch der Bundespolizeidirektion Wien selbst aufheben mußte.

In der Zwischenzeit haben wir uns selbstverständlich bemüht, zur Verstärkung der Verkehrsüberwachung und zur Bekämpfung der Unfallhäufigkeit eine entsprechende Koordination mit den beteiligten Ressorts, insbesondere dem Handelsministerium, aber auch mit den betreffenden Bundesländern, die ja in erster Linie für die Verkehrsüberwachung in den Länderbereichen zuständig sind, zu erreichen. Wir haben hier auch schon bedeutende Fortschritte in der Richtung erzielt, daß wir am 17. Oktober 1966 das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit der Fachtagung der Verkehrsreferenten der Bundesländer koordiniert haben, welche am 8. November 1966 ebenfalls das gesamte Problem einer intensiveren Verkehrsüberwachung und gemeinsamer Maßnahmen beraten und schließlich auch beschlossen haben.

Wir sind also dabei, vor allem der Verkehrserziehung und der Verkehrsüberwachung besonderes Augenmerk zuzuwenden, und wir haben darüber hinaus von den Bundesländern, im Gegensatz zu ihrer früheren Verhaltensweise, bei einer ganzen Reihe von Maßnahmen

Bundesminister Dr. Hetzenauer

zustimmende Erklärungen erhalten, die wir im Laufe der kommenden Monate zur Aktivierung bringen werden. Ich muß es mir leider versagen, auf die Details dieser Maßnahmen und dieser Absichten einzugehen. Ich glaube, daß die fortgeschrittene Zeit eine Entschuldigung dafür ist, daß ich im einzelnen nicht Details berichte.

Auf die Frage, ob ich bereit bin, mit dem Herrn Unterrichtsminister Kontakt aufzunehmen, um eine Verkehrserziehung in den Schulen durchzuführen, kann ich positiv antworten und sagen: Ich bin dazu bereit und werde das in der nächsten Zeit bereits tun.

Hinsichtlich der Meinung, daß man die Kompetenzen in bezug auf die Verkehrsüberwachung, die gegenwärtig bei den Bundesländern liegen, zusammenfassen und im Bundesministerium für Inneres konzentrieren sollte, darf ich darauf aufmerksam machen, daß das Hohe Haus erst im Jahre 1960 die Vollziehung dieser Aufgaben den Ländern übertragen hat und daß ich daher gegenwärtig keine Möglichkeit sehe, eine Änderung in dieser Kompetenzverteilung und in dieser Aufgabenbewältigung durchzusetzen.

Zu der Frage, was für die Modernisierung und Ausstattung der Amtsräume ausgegeben wird, darf ich berichten, daß unter diesem Titel für die Polizei rund 5,1 Millionen Schilling und für die Gendarmerie rund 4 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Hinsichtlich des Presseartikels, der von der Besetzung eines Sektionsleiter- und eines Gruppenleiterpostens handelt, darf ich Ihnen berichten, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß hier an sich keine Möglichkeit besteht, eine Personalvertretung hinsichtlich der Besetzung dieser Posten zu befragen, daß aber dennoch auch in diesem konkreten Falle die Personalvertretung von den beabsichtigten Maßnahmen verständigt worden ist und keinen Einspruch gegen die Anträge erhoben hat, die ich diesbezüglich an das Bundeskanzleramt gestellt habe. Im übrigen habe ich mit der Personalvertretung in allen bedeutenderen strittigen Fragen selber konferiert und eine einvernehmliche Lösung erzielt, was allerdings dann in der Öffentlichkeit nicht in dieser Weise zum Ausdruck gekommen ist.

Ich darf aber diese Gelegenheit wahrnehmen, um auch auf die Kritik an einer Personalmaßnahme hinzuweisen, die erst am vergangenen Samstag in der Öffentlichkeit erschienen ist, des Inhaltes, daß in dem „Zeit im Bild“-Bericht mitgeteilt wurde, daß ich mehrere Staatspolizisten versetzt hätte und daß es sich hier offensichtlich um eine ungerechtfertigte Maßnahme gehandelt hat. Ich

glaube, das Hohe Haus hat Anspruch darauf, zu hören, wie sich der Sachverhalt tatsächlich zugetragen hat.

Es hat keine Versetzung und schon gar keine Versetzung von leitenden Beamten der Staatspolizei stattgefunden. Die Kriminalbeamten Landauer, Valentini und Schöndorfer gehören seit eh und je zum Personalstand der Bundespolizeidirektion Wien und waren lediglich der Abteilung 18 — Aufklärung von NS-Verbrechen — zugeteilt. (*Abg. Rosa Jochmann: Eben!*) Frau Abgeordnete, darf ich Ihnen sagen, daß die Aufhebung der Dienstzuteilung der drei Kriminalbeamten und die Dienstzuteilung eines Ministerialsekretärs bei der Polizeidirektion Wien aus ausgesprochen dienstlichen Gründen und aus keinen anderen Ursachen erfolgt ist, und zwar im Zuge einer Neuorganisation der Abteilung 18. Der Herr Ministerialsekretär, Frau Abgeordnete, hat überdies selbst um seine Versetzung angesucht. (*Abg. Rosa Jochmann: Das stimmt aber nicht!*) Die Abteilung 18, um die es sich hier handelt, die umorganisiert werden mußte, hat nämlich bis zum 1. Juli 1966 580 rückständige Akten ausgewiesen, die zum Teil nicht einmal protokolliert waren. Aus diesem Grunde war eine Reorganisation dieser Abteilung notwendig. Die Einteilung der Kriminalbeamten aber zur Hotelbrigade und des Kriminalbeamten Landauer zum nächsten Zypernkontingent erfolgte über ihren ausdrücklichen Wunsch. Das darf ich dem Hohen Hause berichten.

Nun darf ich in der Beantwortung der übrigen Fragen fortfahren und sagen, daß Kurse für die Wirtschaftspolizeibeamten beziehungsweise für Gendarmerie- und Polizeibeamte, die im wirtschaftspolizeilichen Referat Verwendung finden und dafür ausgebildet werden sollen, stattgefunden haben, und zwar vom 22. November bis zum 10. Dezember vergangenen Jahres und vom 19. Jänner bis zum 6. Februar des heurigen Jahres. Solche Kurse werden selbstverständlich fortgesetzt.

Was nun die Photokopie eines Erlasses betrifft, der eine Versicherung bei der Österreichischen Bundesländerversicherung zum Gegenstand hatte, darf ich ausführen, daß selbstverständlich auch anderen Gesellschaften Gelegenheit geboten wurde, Angebote zu machen. Angebote haben eingereicht die Versicherungsgesellschaft „Collegialität“ und eben die Bundesländerversicherung. Wie mir von dem zuständigen Referat mitgeteilt wurde, ist im Einvernehmen mit der Personalvertretung festgestellt worden, daß das Angebot der Bundesländerversicherung das beste und billigste war. Es wurde daher in Form eines Runderlasses an die Kollegenschaft weitergegeben, es wurde

Bundesminister Dr. Hetzenauer

auf die Möglichkeit einer solchen Zusatzversicherung aufmerksam gemacht. Es war also lediglich im Einvernehmen mit der Personalvertretung ein Aufmerksammachen auf die Möglichkeit einer Zusatzversicherung. Das möchte ich ausdrücklich dem Hohen Hause berichten. (*Abg. Skritek: Der Erlaß ist aber ein bißchen mehr als nur ein Aufmerksammachen!*) Es geschieht freiwillig, wenn sich jemand an einer solchen Zusatzversicherung beteiligt. (*Abg. Konir: Es ist so freiwillig, wie alles beim ÖAAB freiwillig ist!*) Die Personalvertretung hätte dagegen Einspruch erheben können.

Hinsichtlich der Preisentwicklung kann ich unterstützen, was der Herr Abgeordnete Regensburger in diesem Hause vorgetragen hat. Es steht mir die Unterlage zur Verfügung, wonach die Preisentwicklung vom Oktober 1965 auf Oktober 1966 lediglich eine Steigerung von 2,3 Prozent aufweist gegenüber einer Steigerung im Zeitraum vom Oktober 1964 bis Oktober 1965 von 4,8 Prozent. Die Normalisierung und der Rückgang der Preissteigerung ist nach den Berichten meiner zuständigen Abteilung insbesondere auf die Verminderung des Abstandes zum Vorjahr bei den saisonabhängigen Lebensmitteln zurückzuführen.

Der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel fragt mich, welches Verkehrskonzept das Bundesministerium für Inneres hat. Ich darf hier wiederholen, daß das Zusammenwirken der zuständigen Behörden und eine Intensivierung der Verkehrsüberwachung unsere erste und vordringlichste Aufgabe ist, die wir mit aller Energie verfolgen.

Wenn der Herr Abgeordnete anregt, bei Verkehrsunfällen, insbesondere bei Trunkenheit und Fahrerflucht, strengere Strafen zu verhängen, so darf ich darauf verweisen, daß die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen des § 337 Strafgesetz schon eine Strafdrohung bis zu drei Jahren strengen Arrests enthalten. Im übrigen wäre eine weitere Verschärfung dieser Strafbestimmungen nicht in die Zuständigkeit des Innenministeriums fallend, sondern in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Justiz.

Was die Ernennung von Generälen betrifft, darf ich dem Herrn Abgeordneten sagen, daß bereits zu der Zeit, als ich die Ressortleitung übernommen habe, im Dienstpostenplan drei Generalsposten systemisiert waren, und ich habe keinen Anstand gefunden, diese systemisierten Posten auch tatsächlich zu besetzen, weil ich auf dem Standpunkt stehe: Solange wir nicht andere Möglichkeiten haben, die Einkünfte und Gehälter der öffentlich

Bediensteten zu verbessern, muß wenigstens von den einem Ressortleiter zustehenden Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden, um die Einkommenssituation zu verbessern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine Berichtigung im Dienstpostenplan hinsichtlich dieser Generalsystemisierungen hat nicht stattgefunden.

Der Herr Abgeordnete fragt, welche Vorschläge für die direkte Demokratie mein Ressort zu machen habe. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß das, was die Verfassung vorschreibt, das Volksbegehren und die Volksabstimmung, bereits gesetzlich geregelt ist und daß darüber hinaus in einem Zeitraum von acht Monaten noch keine Gelegenheit war, einen Ausbau der Einrichtungen der direkten Demokratie vorzunehmen.

Hinsichtlich des Informationsdienstes, den ich nicht genau zu bezeichnen vermag, weil ich weder den Titel noch den Inhalt kenne, darf ich dem Herrn Abgeordneten antworten, daß es sich nach der Darstellung um ein Presseerzeugnis gehandelt hat, das mit einem entsprechenden Impressum versehen sein muß. (*Abg. Dr. van Tongel: Es hatte kein Impressum!*) Dann, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wäre auf alle Fälle die Pressestaatsanwaltschaft zuständig gewesen. Ich vermag jedenfalls zu Vorwürfen, die ich im Detail nicht kenne, keine Erklärungen abzugeben.

Hinsichtlich der Kapitalverbrechen darf ich dem Herrn Abgeordneten berichten, daß wir bereits seit Jahren eine Aufklärungshäufigkeit zwischen 97 und 99 Prozent haben. Daß insbesondere in Großstädten das eine oder andere Kapital- und Blutverbrechen nicht aufgeklärt werden kann, ist keine österreichische Spezialität. Es ist eine Tatsache, daß sich immer wieder Tatbestände so verwickeln lassen, daß man trotz aller kriminalistischer Mittel meist erst durch zufällige Ereignisse dahinterkommen kann.

Der Herr Abgeordnete Hartl hat auf dienst- und besoldungsrechtliche Forderungen der Exekutive hingewiesen. Sie erfahren selbstverständlich alle Unterstützung des Innenministeriums.

In das Beschaffungsprogramm ist bereits eingebaut, daß in den Katastrophengebieten entsprechende Funkstationen eingerichtet werden, und im kommenden Budget ist auch die Beschaffung eines größeren Hubschraubers vorgesehen, wie das angeregt worden ist.

Der Herr Abgeordnete Mondl hat darauf hingewiesen, daß sich eine Dame in einem

2300

Nationalrat XI. GP. — 31. Sitzung — 28. November 1966

Bundesminister Dr. Hetzenauer

Kaffeehaus Aufzeichnungen über eine Rede gemacht hat — hier wurde gesagt: über eine Märchenerzählung —, die ich gehalten habe. Darf ich im Detail berichten: Es hat sich um eine geschlossene Versammlung der Kameradschaft der Exekutive am 24. dieses Monats in Laa an der Thaya gehandelt. In dieser geschlossenen Versammlung der Kameradschaft der Exekutive wurden alles eher als Märchen erzählt. In dieser Versammlung der Kameradschaft der Exekutive wurde bittere Klage darüber geführt, daß in den vergangenen Jahrzehnten in Dutzenden von Fällen durch sozialistische Minister parteipolitische Maßnahmen gegen Gendarmen ergriffen worden sind. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich berichte dem Hohen Hause lediglich Tatsachen! (*Abg. Dr. Pittermann: Eure Staatssekretäre waren Wasserln, die zugeschaut haben, von Graf angefangen!*) Mir wurde also berichtet, daß in Dutzenden Fällen parteipolitische Maßnahmen erfolgt sind, und es wurde dort von mir verlangt — das sage ich ausdrücklich —, daß ich beispielsweise in Mistelbach sofort den dort abgesetzten Kontrollinspektor wieder einsetzen soll. Ich habe in dieser Versammlung nicht erklärt, wie hier berichtet worden ist, daß ich etwa mit oder ohne Gewalt, wie ausgeführt worden ist, solche Personalmaßnahmen treffen werde. Ich habe erklärt, daß ich keine Personalmaßnahmen mit Gewalt treffen werde (*Abg. Rosa Jochmann: Mit sanfter Gewalt!*), sondern daß ich mich bemühen werde, solche Rehabilitierungen und Wiedergutmachungen im Laufe der Zeit ohne Härten durchzuführen. Das habe ich dort erklärt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf dem Herrn Abgeordneten außerdem mitteilen, daß das Ereignis, über das er hier berichtet hat, nicht unter oder vor meinen Augen stattgefunden hat. Erst am Schluß der Versammlung hat man mir berichtet, daß sich eine Dame hinter dem Vorhang versteckt hatte (*Heiterkeit*) und dort dabei bemerkt wurde, wie sie Aufzeichnungen gemacht hat, die sie aber auf die Erklärung hin, daß es sich um eine geschlossene Versammlung handelt, sofort freiwillig abgegeben hat. So der Bericht, den ich bekommen habe. (*Abg. Horr: Man muß das Eigentum zurückgeben, das weggenommen wurde!*) Ich habe hier nach den Unterlagen berichtet, die man mir zur Verfügung gestellt hat. Aus diesen Unterlagen geht hervor, daß diese Dame ihre Aufzeichnungen freiwillig abgegeben hat. Die Dame weiß, wer diese Aufzeichnungen besitzt, und sie kann sie dort beheben. (*Abg. Horr: Wir werden Ihnen die Frau vorführen! — Heiterkeit.*) Ich habe mich in den Sachverhalt nicht eingemengt. Ich bitte, diese Dame jenen Exekutivbeamten vorzuführen, die mit dieser

Dame gesprochen haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Hinter dem Vorhang!*)

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mondl über einen umfassenden Zivilschutz darf ich sagen, daß die Bemühungen des Innenministeriums ausdrücklich in diese Richtung gehen.

Ich stimme voll dem bei, was der Herr Abgeordnete Breiteneder in diesem Hause hinsichtlich der Konzentrierung der Gendarmerieposten zum Zwecke einer besseren Überwachung der Verkehrssituation und der Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Sicherheit vorgetragen hat.

Ich darf die Gelegenheit, daß ich am Wort bin, noch dazu benützen, um auf die Erklärung zurückzukommen, die der Herr Bundeskanzler im Zusammenhang mit der Bautenaffäre abgegeben hat. Ich war nämlich damals, weil mir am Regierungstisch nicht die stenographischen Protokolle zur Verfügung stehen, nicht in der Lage, auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel mitzuteilen, wer damals die von mir festgestellten Ausführungen gemacht hat. In der Zwischenzeit habe ich mir, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. van Tongel, das Manuskript des stenographischen Protokolls vom Mittwoch, dem 26., ausgehoben und festgestellt, daß die von mir sinngemäß wiedergegebenen Ausführungen von Herrn Abgeordneten Czernetz und von Herrn Abgeordneten Zeillinger stammen. Der Kürze halber will ich sie nicht verlesen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zum Schluß kommen: Die Regierungserklärung vom 20. April dieses Jahres ist auch für meine Amtsführung maßgeblich. In ihr wurde ausgeführt, daß sich die Regierung mit besonderem Nachdruck zu unserer Verfassung und zu ihren tragenden Grundsätzen, zur Republik, zur Demokratie und zum Rechtsstaat bekennt, daß sie aber auch die Kompetenzen und die Zuständigkeiten der Bundesländer achte. Nichts anderes habe ich bisher in meiner Amtsführung getan, und es ist mein Ehrgeiz, das Ressort mit meinen Mitarbeitern künftig so zu leiten, daß bei objektiver Beurteilung der Entscheidungen und Maßnahmen, die in meinem Ressort getroffen werden, allen Fraktionen die Billigung dieser Entscheidungen und Maßnahmen möglich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe IV beendet. (*Abg. Horr: Der „Maigret“ ist zu Ende! — Heiterkeit.*)

Präsident Wallner

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe IV. Diese umfaßt Kapitel 11, Inneres.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit, angenommen.

Entschließungsanträge liegen nicht vor.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Dienstag, 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 14: Kultus, Kapitel 71: Bundestheater.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 0 Uhr 5 Minuten